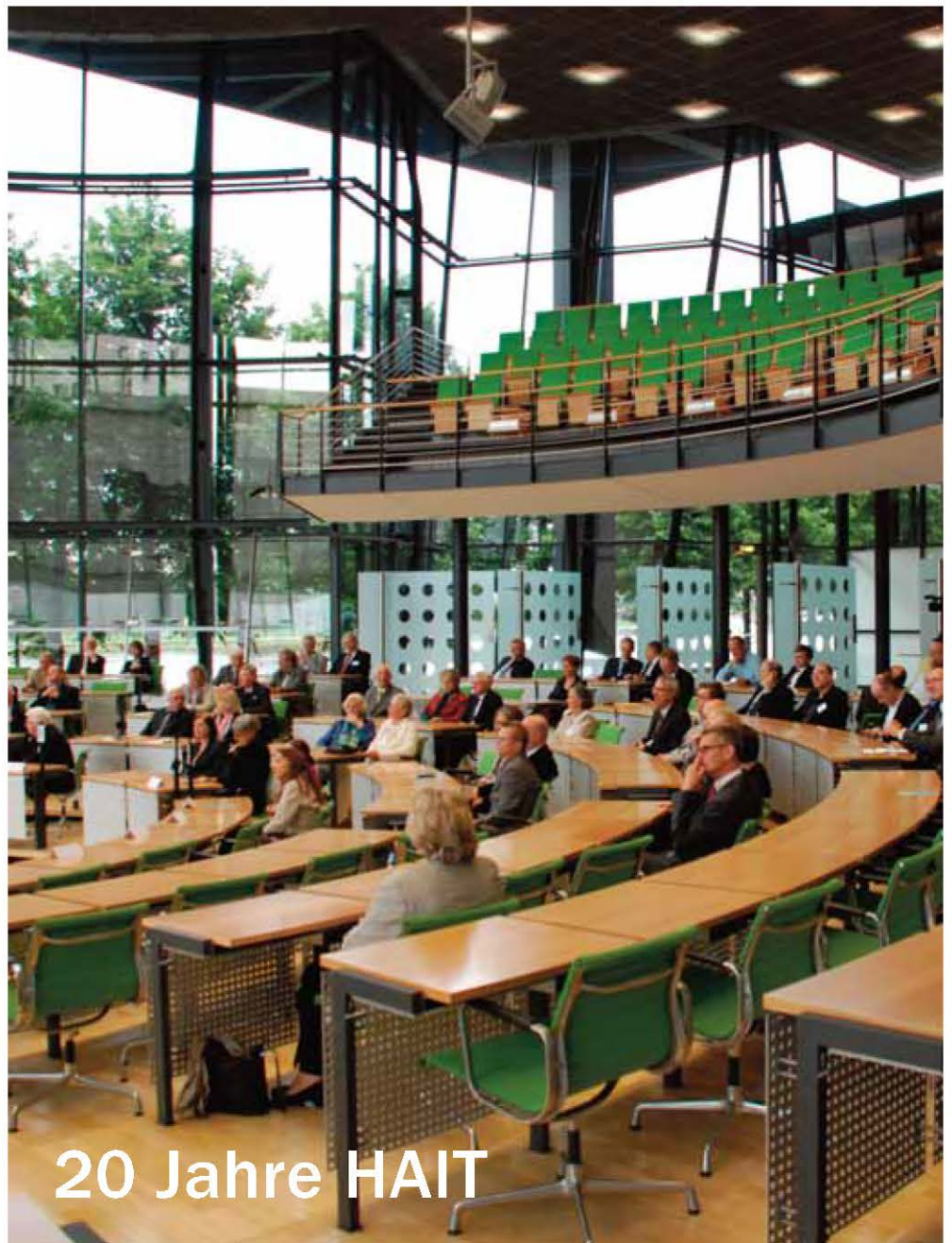




Hannah-Arendt-Institut

für Totalitarismusforschung e.V. an der
Technischen Universität Dresden

Jahresbericht 2013



20 Jahre HAIT

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V.
an der Technischen Universität Dresden
Direktor: Prof. Dr. Günther Heydemann

Postanschrift:
01062 Dresden

Sitz:
Tillichbau der TU Dresden
Helmholtzstraße 6
01069 Dresden

Tel.: 0351 463 32802
Fax: 0351 463 36079

Mail:
hait@mx.tu-dresden.de

Internet:
www.hait.tu-dresden.de

Inhalt

1.	Einleitung	5
2.	Neuerscheinungen	7
2.1	Schriften des Hannah-Arendt-Instituts	7
2.2	Wege der Totalitarismusforschung	8
2.3	Berichte und Studien	9
2.4	Lebenszeugnisse – Leidenswege	9
2.5	Institutszeitschrift: „Totalitarismus und Demokratie“	10
2.6	Einzelveröffentlichungen	10
3.	Zum 20-jährigen Bestehen des Instituts	12
4.	Ausgewählte Pressestimmen und wissenschaftliche Rezensionen	20
5.	Forschungen	43
5.1	Empirische Diktaturforschung	43
5.2	Theoretische und konzeptionelle Grundlagen	50
5.3	Systemtransformation und politischer Extremismus	51
6.	Konferenzen, Arbeitstagungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen	53
7.	Öffentliche Vorträge	62
8.	Kooperationen mit wissenschaftlichen Partnereinrichtungen/ Gastwissenschaftler	64
9.	Wissenschaftliches Personal	67
9.1	Wissenschaftliche Mitarbeiter	67
9.2	Wissenschaftliche Hilfskräfte	73
9.3	Funktionen und Mitgliedschaften	73
9.4	Lehrtätigkeit	74
9.5	Veröffentlichungen	75
9.6	Vorträge und Diskussionsleitungen	79
10.	Technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	83
11.	Bibliothek und Archiv	84
12.	IT und Internet	84
13.	Gremien, Freundeskreis	85
14.	Personal und Finanzen	86
15.	Verzeichnis der Publikationen in den Reihen des Hannah-Arendt-Instituts	87

1. Einleitung

Einem griffigen historischen Diktum zufolge ist das 20. Jahrhundert als „Kampf zwischen Diktatur und Demokratie“ charakterisiert worden. Ganz offensichtlich setzt sich diese fundamentale politische Auseinandersetzung jedoch auch im 21. Jahrhundert fort. Zwar stellten die Epochenjahre 1989/90 einen Meilenstein für die demokratische Entwicklung in den ost- und südosteuropäischen Staaten dar, indem die ehemaligen „realsozialistischen“ Ostblockstaaten zu Demokratien und liberalen Marktwirtschaften wurden und als neue Mitgliedsstaaten der EU seit 2004 und 2007 eine insgesamt positive politische und ökonomische Entwicklung nahmen. Aber in unmittelbarer Nachbarschaft der neuen Mitgliedsländer der EU gab und gibt es leider auch gegenläufige Entwicklungen, nicht zuletzt in jüngster Zeit: Innerhalb nur weniger Jahre entwickelte sich die aufblühende Demokratie in der Ukraine zu einer „defekten Demokratie“ mit allen Folgeproblemen, die gegenwärtig in der Krise der internationalen Staatengemeinschaft durch die russische Annexion der Krim kulminieren – ein i. Ü. eindeutiger Bruch des Völkerrechts. Doch auch in der Türkei unter Ministerpräsident Erdogan sind Maßnahmen, die einer Weiterentwicklung der dortigen Demokratie entgegenlaufen, unübersehbar: Die angestrebte Reduzierung freier Meinungsäußerung und ungehinderter Berichterstattung durch die Medien sprechen eine ebenso deutliche Sprache wie die Versetzung kritischer Richter und nicht zuletzt der Versuch, den freien Zugang zum Internet zu kontrollieren und reglementieren.

Wissenschaftliche Diktaturforschung bleibt daher nach wie vor unverzichtbar. Gleichwohl hat sich die vor wenigen Jahren getroffene Entscheidung des Instituts, auch die Transformationsforschung, d.h. den Prozess des Übergangs von „realsozialistischen“ Diktaturen in Demokratien und Marktwirtschaften in sein Forschungsspektrum aufzunehmen, als richtig erwiesen: So stieß der im Berichtsjahr 2013 veröffentlichte Sammelband „Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990–2012 im Vergleich“ erfreulicherweise auf großes Interesse, was sich auch darin manifestierte, dass die Bundeszentrale für Politische Bildung nach dessen Erscheinen 2000 Exemplare übernahm.

Auch das vergangene Jahr ist von einer intensiven Forschungsarbeit und Publikationstätigkeit des HAIT geprägt gewesen. Allein die Zahl der Neuerscheinungen, die im letzten Jahr herausgebracht wurden, stellt dies

unter Beweis (vgl. S. 7 ff.) 2013 konnte das Institut zudem sein zwanzigjähriges Bestehen feiern. In einem Festakt im Sächsischen Landtag am 27.6.2013 (s. Umschlagfoto) würdigten Landtagspräsident Dr. Matthias Röbber und die Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst Prof. Dr. Dr. Sabine von Schorlemer in dankenswerter Weise die Arbeit des HAIT. Ein Festvortrag des international renommierten ungarischen Schriftstellers und Historikers György Dalos schloss sich an. An den beiden darauffolgenden Tagen wurde eine internationale, vergleichend ausgerichtete Konferenz zur Thematik „Nach den Diktaturen. Der Umgang mit den Opfern in Europa“ durchgeführt. Mit der Tagung wurde Neuland beschritten, da es bis heute keine entsprechenden, die europäischen Länder umfassenden Kenntnisse gibt, wie die einzelnen Staaten mit ihren Opfern rechtlich und sozialpolitisch umgehen bzw. umgegangen sind. Inzwischen ist mit der Erstellung eines Sammelbandes begonnen worden.



György Dalos bei seinem Festvortrag am 27.6.2013 im Sächsischen Landtag.

Nach mehrjähriger Editionsarbeit ist es darüber hinaus gelungen, das für die Diktaturforschung zentrale Werk „Geschichte der totalitären Demokratie“ von Jacob L. Talmon (3 Bände) mit einem Umfang von insgesamt 1700 Seiten in der Reihe „Wege der Totalitarismusforschung“ neu herauszubringen. An weiteren Publikationen seien nur der Band „Nationalistische Politik und Ressentiments“ zum deutsch-polnischen Verhältnis vom Kaiserreich bis zur Gegenwart hervorgehoben; ebenso der gemeinsam mit der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten herausgegebene Band „Er kommt nicht wieder. Geschichte eines Überlebenden“, in dem die erschütternde Biographie eines Juden aus Bautzen geschildert wird. Außerdem konnte der Sammelband „Mit Herz und Verstand. Protestantische Frauen im Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik“ veröffentlicht werden.

Kurz vor Jahresende 2013 wurden noch die Redaktionsarbeiten an einem Sammelband zu „Sachsen und der Nationalsozialismus“ abgeschlossen, der den gegenwärtigen Forschungsstand repräsentiert. Das galt auch für die politikwissenschaftlich und ideologiekritisch ausgerichteten Untersuchungen zu „Ideologie und Moral im Nationalsozialismus“ und „Moralische Ordnungen im Nationalsozialismus“ sowie den Sammelband „Ideokratien im Vergleich“, in dem Weltanschauungsdiktaturen vom „Dritten Reich“ über die Sowjetunion und die Volksrepublik China bis hin zu Cuba und Nordkorea miteinander verglichen werden. Alle Bände sind inzwischen im Frühjahr dieses Jahres erschienen.

Sehr erfreulich war darüber hinaus, dass einem Antrag des Instituts beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zur Erforschung der konkreten Funktionsweise des (vorgetäuschten) Mehrparteiensystems in der SBZ/DDR, vornehmlich am Beispiel der LDPD, die Zustimmung erteilt wurde. Mit einer Bewilligung von drei Jahren Laufzeit soll dadurch einem noch immer bestehenden Defizit der DDR-Forschung abgeholfen werden.

Darüber hinaus hat das Institut noch weitere Tagungen und Konferenzen organisiert, so z. B. den Workshop „Rassistische Segregation“. Die nationalsozialistische Volkstumspolitik – neuere Forschungen“ (Dresden, 19./20.9.2013), die hochrangig besetzte Tagung „Von der sozialistischen Zentralplanwirtschaft der SBZ/DDR zur sozialen Marktwirtschaft in den Neuen Bundesländern“ (Dresden, 21./22.11.2013) sowie einen Workshop „Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen“ (9.12.2013). Dass das Institut darüber hinaus zahlreiche öffentliche Veranstaltungen durchführt (Vorträge, Buchpräsentationen etc.) sei nur am Rande erwähnt. So wurde das HAIT erstmals Mitveranstalter und Kooperationspartner bei der „Leipziger Demokratiekonferenz“, die zum dritten Mal mit mehr als 500 vornehmlich jugendlichen Teilnehmern am 14. und 15. Mai 2013 in der Messestadt durchgeführt wurde. Auf großes Interesse stieß ebenso eine Podiumsdiskussion mit der Regisseurin Margarethe von Trotta anlässlich der Premiere ihres Films „Hannah Arendt“ im Dresdner Kino in der Fabrik.

Die genannten Publikationen, die Tagungen sowie das 2014 begonnene Forschungsprojekt zeigen, dass das wissenschaftliche „Kerngeschäft“ des HAIT, ganz im Sinne seiner Satzung, in der weiteren Erforschung der NS- und der SED-Diktatur besteht.

Insgesamt erfährt das HAIT in der Öffentlichkeit eine erfreulich große Aufmerksamkeit, was sich auch in der Berichterstattung der Medien widerspiegelt (siehe S. 20–42). Letztlich besteht der entscheidende Zweck eines zeitgeschichtlich und politikwissenschaftlich ausgerichteten Forschungsinstitutes nach wie vor darin, neue Ergebnisse und Erkenntnisse, erzielt aufgrund solider Forschung, der Öffentlichkeit zu vermitteln und zu breiter Diskussion anzuregen. Denn die zeithistorische und politikwissenschaftliche Vergegenwärtigung von Geschichte und Gegenwart ist für eine demokratische Zivilgesellschaft unerlässlich. Angesichts des weitergehenden „Kampfes zwischen Demokratie und Diktatur“ sowie unübersehbarer antidemokratischer Tendenzen in Staaten in unserer Nachbarschaft bleibt die Wahrnehmung dieser Aufgabe nach wie vor unverzichtbar.

2. Neuerscheinungen

2.1 Schriften des Hannah-Arendt-Instituts



Vom Ostblock zur EU
Systemtransformationen 1990–2012 im Vergleich
Herausgegeben von Günther Heydemann und Karel Vodička
(Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 49)
Göttingen 2013
ISBN 978-3-525-36960-9, 387 S.

Im vorliegenden Band analysieren und vergleichen Politikwissenschaftler und Zeithistoriker politische, ökonomische und gesellschaftliche Transformationsprozesse all jener ehemaligen Ostblockländer, die EU-Mitglieder wurden, einschließlich der ostdeutschen Bundesländer. Dieser komparative Ansatz hat sich als ausgesprochen ertragreich erwiesen. Für den postkommunistischen EU-Raum sind

strukturelle Gemeinsamkeiten und analoge Entwicklungstrends kennzeichnend, die ihn sowohl von den etablierten Demokratien in der EU als auch von den übrigen Ländern des ehemaligen Ostblocks, die nicht EU-Mitglieder sind, markant unterscheiden. Aus den einzelnen Länderbeiträgen wie auch aus der vergleichenden Gesamtanalyse wird deutlich, welchen Konsolidierungsstand Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im postkommunistischen EU-Raum inzwischen erreicht haben, welche Defizite weiter bestehen und welche Entwicklungstrends zu erwarten sind.

Das Buch ist auch als Band 1353 in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen



Ideologie und Moral im Nationalsozialismus
Herausgegeben von Wolfgang Bialas, Lothar Fritze
(Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 50)
Göttingen 2014
ISBN 978-3-525-36961-6, 444 S.

Wissenschaftliche Untersuchungen zum Nationalsozialismus konzentrieren sich zum großen Teil auf das nationalsozialistische

Herrschaftssystem und die Herrschaftspraxis. Die Analysen zur „nationalsozialistischen Moral“ stehen dagegen erst am Anfang. Doch kann man überhaupt von einer „nationalsozialistischen Moral“ sprechen und den Tätern eine „Moral“ zubilligen? In den nationalsozialistischen Texten wurde durchaus mit moralischen Kategorien, wie Anstand, Würde, Ehre und Pflicht operiert. Die Beiträge des Bandes zeigen u. a., wie diese klassischen moralischen Denkfiguren ideologisch umfunktioniert wurden. Sie analysieren die Begründung einer rassenethischen Moral durch die nationalsozialistische Ideologie, Philosophie und Medizinethik und untersuchen die ethischen Standards der deutschen Ärzte zwischen 1933 und 1945.



Ideokratien im Vergleich
Legitimation – Kooptation – Repression
Herausgegeben von Uwe Backes, Steffen Kailitz
(Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 51)
Göttingen 2014
ISBN 978-3-525-36962-3, 406 S.

Ideokratien oder Weltanschauungsdiktaturen, wie das „Dritte Reich“, die Sowjetunion und die Volksrepublik China prägten die Geschichte des 20. Jahrhunderts weit stärker als alle anderen Autokratieformen. Trotz eines unleugbaren Bedeutungsverlusts sind sie im 21. Jahrhundert nicht von der Weltbühne verschwunden, blickt man etwa auf China, Kuba oder Nordkorea. Die Autoren des Bandes, Politikwissenschaftler, Soziologen, Philosophen und Historiker, beleuchten die spezifische Funktionsweise von Ideokratien in Fallstudien und systematischen Vergleichen. Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht das charakteristische Wechselspiel von Legitimation, Kooptation und Repression beim Ringen autokratischer Eliten um Herrschaftsstabilisierung.



Wolfgang Bialas:
**Moralische Ordnungen
des Nationalsozialismus**
(Schriften des Hannah-Arendt-
Instituts 52)
Göttingen 2014
ISBN 978-3-525-36963-0, 354 S.

Im Buch werden die Versuche der Nationalsozialisten, eine eigene moralische Ordnung in philosophischen, medizinethischen und ideologischen Texten zu begründen, analysiert. Dabei zeigt Wolfgang Bialas, wie klassische moralische Denkfiguren durch die nationalsozialistische Rassenethik eines artgerechten Humanismus ideologisch umfunktioniert wurden. Gegenüber den Juden gab es keinerlei moralische Verpflichtungen. Einen eigenen Abschnitt widmet das Buch den Bemühungen der Täter, sich nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus mit dem Verweis auf ihre ideologische Indoktrinierung für moralisch unzurechnungsfähig zu erklären.



**Sachsen und der
Nationalsozialismus**
Herausgegeben von Günther
Heydemann, Jan Erik Schulte,
Francesca Weil
(Schriften des Hannah-Arendt-
Instituts 53)
Göttingen 2014
ISBN 978-3-525-36964-7, 324 S.

Sachsen gehörte zu den wichtigsten regionalen Zentren des Nationalsozialismus im Deutschen Reich. Neuere Forschungsansätze nehmen vor allem die gesellschaftlichen Akteure im „Dritten Reich“ in den Fokus. Auf dieser Basis analysiert der Band den Anteil von sozialen Gruppen, Netzwerken und Individuen an der Durchsetzung und Etablierung der NS-Herrschaft in Sachsen. Insbesondere wird die soziale Praxis von Akteuren, die auf der mittleren und unteren Ebene des Herrschaftssystems sowie im regionalen und lokalen Zusammenhang agierten, untersucht. Dabei wird deutlich, wie vielfältig die Möglichkeiten waren, das Regime zu unterstützen und seine Funktionsfähigkeit zu garantieren.

2.2 Wege der Totalitarismusforschung



Jacob Talmon:
Die Geschichte der totalitären Demokratie
Band I–III
Herausgegeben von
Uwe Backes
Wege der
Totalitarismusforschung
Göttingen 2013
ISBN 978-3-525-31012-0,
1746 S.

Die Trilogie des aus Polen stammenden, bis zu seinem Tod viele Jahre lang an der Hebräischen Universität Jerusalem lehrenden Historikers Jacob L. Talmon (1916–1980) zur Geschichte der „totalitären Demokratie“ war für die Rekonstruktion der intellektuellen Geschichte der totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts bahnbrechend. Während sich die Bände 1 und 2 auf die geistige Genealogie des Linkstotalitarismus konzentrieren, umfasst Band 3 den Links- wie den Rechtstotalitarismus. Nur die beiden ersten Bände wurden in deutscher Sprache veröffentlicht und sind seit langem vergriffen. Sie werden nun in einer wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Weise neu herausgegeben. Der 1980 kurz nach dem Tod Talmons in englischer Sprache erschienene 3. Band wurde erstmals ins Deutsche übertragen.

Band 1:
Im ersten Band behandelt Talmon die Ursprünge der „totalitären Demokratie“ im 18. Jahrhundert.

Band 2:
„Politischer Messianismus“ lautet der Leitbegriff des zweiten Bandes, der ein breiteres Spektrum politischer Ideen des 19. Jahrhunderts in den Blick nimmt, die nach Talmon die „totalitär-demokratische Erwartung einer vorbestimmten, allumfassenden und exklusiven Ordnung der Dinge“ teilten.

Band 3:
Im dritten Band der Trilogie analysiert Talmon die Wechselwirkung der Totalitarismen und betont die (pseudo-)demokratischen Züge des Faschismus wie des Nationalsozialismus.

2.3 Berichte und Studien



Nationalistische Politik und Ressentiments

Deutsche und Polen von 1871 bis zur Gegenwart
Herausgegeben von Johannes Frackowiak
(Berichte und Studien 64)
Göttingen 2013
ISBN 978-3-8471-0152-9, 313 S.

Welchen Einfluss haben nationalistisches Denken und gegenseitige Ressentiments auf das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen? Zwölf Historiker, Politik- und Sozialwissenschaftler aus Deutschland, Polen und Tschechien beleuchten in diesem Band die Verflechtung von deutschem und polnischem Nationalismus. Ausgangspunkte sind die in ihrer Radikalität ständig gesteigerte Anti-Polenpolitik des Deutschen Kaiserreichs und die um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert dominierende Gegnerschaft zwischen Deutschen und Polen. Betrachtlicher Raum ist dem absoluten Tiefpunkt der deutsch-polnischen Geschichte gewidmet: der nationalsozialistischen Besatzungspolitik in Polen während des Zweiten Weltkriegs und der anschließenden Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße. Entgegen dem medialen Eindruck spielen indes Ressentiments in der Bevölkerung beider Länder aktuell kaum noch eine Rolle – das ist das erfreuliche Fazit des Bandes.



Mit Herz und Verstand – Protestantische Frauen im Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik

Herausgegeben von Manfred Gailus und Clemens Vollnhals
(Berichte und Studien 65)
Göttingen 2013
ISBN 978-3-8471-0173-4, 280 S.

Über viele Jahrzehnte würdigte die protestantische Kirchenkampfhistorie und Gedenkkultur nur ihre großen Männer: Bischöfe, Professoren, Pfarrer – kaum jemals Frauen. Dieser Band stellt in elf biografischen Beiträgen mutige Protestantinnen vor, die ihre Stimme gegen die nationalsozialistische Rassenpolitik erhoben und praktische Solidarität mit den verfolgten Juden übten. Dieses Engagement, das sie als die selbstverständ-

liche Bezeugung ihres christlichen Glaubens verstanden, war lebensgefährlich. Mit ihrer Kritik am tradierten Antijudaismus und der Politik des NS-Regimes standen die Frauen nicht nur im offenen Gegensatz zur angepassten Amtskirche; sie fanden auch in Kreisen der Bekenntenen Kirche kaum Gehör. Und nach 1945 störte der mutige Widerstand und selbstlose Einsatz für die Verfolgten nur die geglättete Erinnerung und Selbstrechtfertigung der Mitläufer.

2.4 Lebenszeugnisse – Leidenswege



Isidor Nussenbaum:

„Er kommt nicht wieder“

Geschichte eines Überlebenden
Herausgegeben von Hans Medick und Jens-Christian Wagner
(Lebenszeugnisse – Leidenswege 22), Dresden 2013
ISBN 978-3-934382-24-4, 216 S.

„Er kommt nicht wieder“ ist ein erschütterndes Selbstzeugnis eines Holocaust-Überlebenden. Isidor Nussenbaum (1927–2012) berichtet von seiner Kindheit in Bautzen und Dresden und von der Deportation seiner Familie in das Ghetto Riga. In eindringlicher, doch zumeist nüchterner Sprache beschreibt Nussenbaum Hunger, Zwangsarbeit, Terror und Mord im Ghetto und seinen anschließenden Leidensweg durch mehrere Konzentrationslager, der erst im April 1945 nach einem Todesmarsch mit der Befreiung durch die Rote Armee in Pommern endet. Doch es war eine glücklose Befreiung, wie Nussenbaum schreibt, denn seine Eltern und seine Schwester haben den Holocaust nicht überlebt, und sein Bruder Siegfried wird wenige Tage nach der Befreiung von einem sowjetischen Soldaten erschlagen. Isidor wird als Soldat zur Roten Armee eingezogen. 1946 kehrt er nach Bautzen zurück. Doch in Deutschland, unter den ehemaligen Verfolgern, möchte er nicht mehr leben. Mit Hilfe seiner beiden ältesten Brüder, die noch vor dem Krieg emigrieren konnten, gelingt ihm 1948 die Ausreise in die USA.

2.5 Institutszeitschrift: „Totalitarismus und Demokratie“



Totalitarismus und Demokratie/ Totalitarianism and Democracy (TD) ist eine Zeitschrift, die sich als internationales Forum der vergleichenden, historischen wie gegenwartsorientierten Erforschung nichtdemokratischer Systeme und Bewegungen versteht. Ausgehend von den beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts sollen Entstehungsbedingungen, Funktionsweisen und Auswirkungen

autokratischer Systeme im europäischen und außereuropäischen Raum vergleichend analysiert werden. Darüber hinaus wird historisch-politischen, sozialpsychologischen und kulturellen Konstellationen, Bedingungen und Dispositionen nachgegangen, die Geist und Wirklichkeit freiheitlich-demokratischer Gesellschaften fördern. Die Zeitschrift versteht sich als ein Medium interdisziplinären Austausches zwischen Historikern, Politikwissenschaftlern, Soziologen, Psychologen, Pädagogen, Religionswissenschaftlern und Philosophen.

10. Jahrgang 2013, Heft 1

Themenschwerpunkt: Akteure der Diktatur – Regionale Fallstudien zur NS- und SED-Herrschaft

Kathrin Stern: Ländliche Elite und Volksgemeinschaft – Ostfrieslands Volksschullehrkräfte im „Dritten Reich“

Anja Hildebrandt: Der Berliner NSDAP-Lokalfunktionär Karl Kasper – Eine exemplarische Karriere

Kathy Hannemann: Die Leiter der staatlichen Chemiekombinate im mitteldeutschen Raum – Interessenvertreter ihrer Belegschaften im Rahmen der SED-Wohnungspolitik in den 1960er Jahren

Tilman Siebeneichner: Proletarische Virtuosen? Widersprüche und Verwerfungen in der Elitenpolitik der SED am Beispiel der Kampfgruppen der Arbeiterklasse

Tilman Pohlmann: Von „Antifaschisten“ und „neuen Kadern“ – Sozialbiografische Betrachtungen zu den Ersten Kreissekretären der SED in der Region Sachsen (1945–1971)

Lothar Fritze: Indoktrination und irrationale Überzeugungsbildung – Über eine Herrschaftstechnologie der Weltanschauungsdiktatur

10. Jahrgang 2013, Heft 2

Themenschwerpunkt: Rechtsextremistische Gewalt

Christoph Busch: Die NSU-Morde – ein neuer Typ rechtsextremistischer Gewalt

Matthias Mletzko: Resonanzräume der Gewaltkriminalität – Zwei rechtsextremistische Gruppen im Vergleich

Michail Logvinov: Terrorismusrelevante Indikatoren und Gefahrenfaktoren im Rechtsextremismus

Jan Buschbom: Anlass oder Legitimation? Zum Verhältnis zwischen rechter Gewalt und Ideologie

Uwe Backes: Zwischen Hasskriminalität und Terrorismus: politisch motivierte Gewalt in Deutschland

2.6 Einzelveröffentlichungen



Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 25

Herausgegeben von Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse
Baden-Baden 2013
ISBN 978-3-8329-7999-7, 534 S.

Das Jahrbuch Extremismus & Demokratie dokumentiert, kommentiert und analysiert umfassend die Entwicklung des politischen Extremismus im Berichtsjahr. Neben Analysen, Daten und Dokumenten finden sich eine ausführliche Literaturschau bzw. Rezensionen zu den wichtigsten Publikationen aus dem Bereich der Extremismusforschung.

Mit Beiträgen u. a. von Uwe Backes, Alexander Gallus, Eckhard Jesse, Nicola Karcher, Michail Logvinov, Ulrike Madest, Tom Mannewitz, Manuel Seitenbecher, Elmar Vieregge, Barbara Zehnpeffnig.



Widerstand und Auswärtiges Amt Diplomaten gegen Hitler

Herausgegeben von Jan Erik Schulte und Michael Wala, München 2013
ISBN 978-3-8275-0015-1, 352 S.

Während der Zeit des Nationalsozialismus trugen die meisten Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes die Politik des Regimes mit, aber

es gab auch Gegner der NS-Herrschaft unter ihnen. Zum ersten Mal zeigt dieser Band die unterschiedlichen Facetten des Widerstands unter Hitlers Diplomaten und bietet anhand von individuellen Beispielen eine Gesamtchau auf die Protagonisten und deren Handlungsweisen.

Unmittelbar nach Kriegsende entstand der Mythos eines im Auswärtigen Amt weit verbreiteten Widerstands gegen das nationalsozialistische Regime. Jüngere Forschungen haben jedoch gezeigt, wie wenig verwurzelt der Widerstand unter Hitlers Diplomaten tatsächlich war und wie schwierig es ist, eine klare Grenze zwischen Mittätern und Widerständlern zu ziehen. Eine geschlossene Opposition „des“ Auswärtigen Amtes gegen Hitler hat es nicht gegeben, wohl aber einen Widerstand, bei dem einzelne Angehörige oder Pensionäre des Amtes mit Mitgliedern anderer Widerstandszirkel außerhalb des diplomatischen Dienstes konspirierten. Neben prominenten Figuren des Attentats vom 20. Juli 1944 und Ernst von Weizsäcker widmet sich das Buch vor allem den vergessenen Widerstandskämpfern sowie der Phase der Aufarbeitung nach 1945 und den erinnerungspolitischen Herausforderungen.



Andreas Kötzing:
Kultur- und Filmpolitik im Kalten Krieg
Die Filmfestivals von Leipzig und Oberhausen in gesamtdeutscher Perspektive 1954–1972
Göttingen 2013
ISBN 978-3-8353-1264-7, 427 S.

Die Filmfestivals von Leipzig und Oberhausen zählen zu den renommiertesten Filmfestivals weltweit.

Beide Filmwochen wurden Mitte der 1950er Jahre gegründet und entwickelten sich schnell zu zentralen Kulturveranstaltungen in der Bundesrepublik bzw. in der DDR. Andreas Kötzing untersucht am Beispiel der Westdeutschen Kurzfilmtage und der Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche, wie sich der Ost-West-Konflikt auf die deutsch-deutsche Kultur- und Filmpolitik auswirkte. Verflechtungen sowie Anknüpfungs- und Abgrenzungspunkte zwischen beiden deutschen Staaten stehen dabei besonders im Mittelpunkt. Unter welchen Umständen konnten sich ost- und westdeutsche Filmemacher an den Festivals beteiligen? Welche Filme wurden gezeigt und welche Konflikte riefen sie hervor? Welchen kulturpolitischen Einfluss übten die Festivals aus? Welche persönlichen Kontakte ergaben sich im Rahmen der Filmwochen?



Asymmetrisch verflochten?

Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte
Herausgegeben von Detlev Brunner, Andreas Kötzing und Udo Grashoff
Berlin 2013
ISBN 978-3-86153-748-9, 240 S.

Wie kann man die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR gemeinsam betrachten, ohne die Unterschiede zwischen beiden Gesellschaften außer Acht zu lassen? Über eine solche „integrative deutsche Nachkriegsgeschichte“ wird rege debattiert. Besondere Beachtung hat dabei der von Christoph Kleßmann geprägte Ansatz der „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ gefunden. Der vorliegende Band versammelt aktuelle Forschungsarbeiten, die die Grenzen und Möglichkeiten des Ansatzes hinterfragen. Dabei werden gezielt einzelne Aspekte der Verflochtenheit zwischen beiden deutschen Staaten untersucht, so zum Beispiel die Erinnerungspolitik, Kultur- und Filmpolitik, der Umgang mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen, erzwungene Wanderungen von Ost nach West und die Suizidprävention.



Mike Schmeitzner / Francesca Weil:
Sachsen 1933–1945
Der historische Reiseführer
Berlin 2014
ISBN 978-3-86153-782-3, 128 S.

Sachsen war der am dichtesten besiedelte Flächengau des „Dritten Reiches“. Lange vor 1933 formierten sich hier starke Gruppierungen der nationalsozialistischen Bewegung. Nach der Machteroberung der NSDAP wurde der politische Widerstand weitgehend gebrochen, zahlreiche Konzentrationslager entstanden. Das Reichsgericht in Leipzig und das Reichskriegsgericht in Torgau agierten bald im Sinne des NS-Regimes. In der Gauhauptstadt Dresden liefen die Fäden von Partei, Staat und NS-Organisationen zusammen. Synagogen wurden zerstört, Juden entrechtet, verfolgt und ermordet. Im Zweiten Weltkrieg entwickelte sich Sachsen zur „Rüstungskammer“ des Deutschen Reiches: Leipzig produzierte Raketenwaffen, Chemnitz Maschinengewehre und Plauen Panzer. Der Historische Reiseführer informiert über mehr als 80 markante Orte sowie wichtige Ereignisse und Personen der Zeit. Karten und zahlreiche historische Fotos sowie wie Angaben zu Museen und Gedenkstätten helfen bei der Spurensuche.

3. Zum 20-jährigen Bestehen des Instituts

Lassen Sie mich zuerst Ihnen, Herr Landtagspräsident Dr. Rößler auch im Namen des Instituts dafür danken, dass wir heute in diesem hohen Hause das 20-jährige Jubiläum feiern dürfen. Einer entsprechenden Anfrage unsererseits vor einigen Monaten haben Sie sofort zugestimmt. Es ist gut zu wissen, dass das HAIT, das ja auch Ihr Kind ist, ich werde darauf noch zu sprechen kommen, Ihnen nach wir vor am Herzen liegt.

Ganz herzlich möchte ich aber auch Ihnen Dank sagen, sehr geehrte Frau Staatsministerin von Schorlemer, für den Zuspruch und die stete Unterstützung unseres Instituts durch das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. Wir freuen uns, dass das HAIT auch in der Zukunft weitere Förderung durch das SMWK erfährt. Namentlich bedanken möchte ich mich bei Frau Dr. Wagner und Herrn Ministerialrat Joachim Linek, die für uns immer verlässliche Ansprechpartner sind.

Ohne die Friedliche Revolution von 1989/90, die erfolgreichste Revolution in der deutschen Geschichte, ist die Gründung des HAIT nicht zu denken. Das ist nach 20 Jahren vielleicht schon fast wieder in Vergessenheit geraten. Denn erst die gewaltfreie Überwindung der SED-Diktatur, durch die zugleich die Einheit Deutschlands wieder hergestellt wurde, hat den Boden für die Schaffung eines solchen Instituts bereitet.

Erstaunlich ist zudem der Zeitpunkt seiner Entstehung; denn die Idee zur Gründung eines entsprechenden Instituts kam Ende 1990 auf, zu einem Zeitpunkt also, als das tatsächliche Ausmaß des materiellen und immateriellen Schadens erst richtig deutlich wurde, das die sowjetische Besatzungsmacht und die SED-Diktatur seit dem Ende des II. Weltkrieges hinterlassen hatten. Angesichts der damaligen massiven Probleme einer postsozialistischen Transformationsgesellschaft, die in möglichst rascher Zeit zu bewältigen waren, einschließlich der enormen finanziellen Kosten auf Jahre hinaus, wäre es durchaus nachvollziehbar gewesen, auf die Gründung eines solchen Institutes zu verzichten. Schien anderes damals nicht wichtiger?

Völlig zu Recht stellte der frühere Präsident des Sächsischen Landtags, Erich Iltgen bei der festlichen Einweihung des HAIT am 17. Juni 1993, dem 40. Jahrestag der ersten Vollerhebung im Ostblock nach Kriegsende, denn auch fest: „Im Moment sind wir mit den

Alltagssorgen des Zusammenwachsens und des Aufbaus im Osten sehr beschäftigt“, um dann fortzufahren, „dass wir die Geschichte unserer Teilung und das damit verbundene Leid zu vergessen scheinen“.

Genau das sollte jedoch verhindert werden. Anstoß für die Gründung eines Forschungsinstitutes, das den Ideologien und Strukturen von Diktaturen und autoritären Herrschaftssystemen mit wissenschaftlichen Methoden nachspüren sollte, war und blieb letztlich das eigene Erleben und Erleiden der SED-Diktatur, zugleich aber auch dessen revolutionär-demokratische Überwindung in jenem „annus mirabilis“ 1989/90. Aus dem gleichsam doppelten Motiv der Erfahrung der Diktatur und genuiner demokratischer Überzeugung resultierte das Bewusstsein, dass es nicht ausreichte, „nur“ den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Modernisierungsrückstand zu bewältigen, den der Realsozialismus und seine niemals demokratisch legitimierte Monopolpartei in der DDR hinterlassen hatte. Es bedurfte auch einer wissenschaftlichen Einrichtung, die ganz grundsätzlich und mit unterschiedlichen theoretischen und methodischen Ansätzen der Kernfrage nachgehen sollte: „Von welcher Art sind eigentlich die Strukturen und Methoden in Herrschaftssystemen, die auf der Basis einer Ideologie die Komplexität der Geschichte durch eine alles zu bestimmende staatliche Ordnung in den Griff zu bekommen suchen und jedes menschliche Denken und Handeln einer vorgegebenen Perspektive unterordnen?“ So hat es der damalige Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Prof. Hans Joachim Meyer, beim Festakt formuliert und damit die eigentliche Forschungsaufgabe des HAIT bis heute präzise umrissen.

Nachdem bereits Ende 1990 die Idee zur Gründung eines solchen Instituts existent war, beschloss das sächsische Kabinett am 23. April 1991, ein Institut zur Erforschung des Widerstandes gegen Diktatur und Gewaltherrschaft von 1933 bis 1989 in Sachsen in Aussicht zu stellen, so die vorläufige Formulierung.

Doch dabei blieb es nicht. Es war nicht zuletzt der damalige wissenschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion und heutige Landtagspräsident, Dr. Matthias Rößler, der diese Idee energisch weiterverfolgte, so dass die CDU am 9. Oktober 1991, ebenfalls inzwischen ein historisches Datum, den Antrag an die Sächsische Staatsregierung stellte, ein Institut zur Erforschung totalitärer Strukturen zu errichten.

In dieser generellen Formulierung kommt bereits die erhebliche Ausweitung des Aufgabenkatalogs des noch zu gründenden Forschungsinstituts zum Ausdruck.



Prof. Dr. Günther Heydemann bei seiner Ansprache am 27. Juni 2013 im Sächsischen Landtag; links die Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst Prof. Dr. Sabine von Schorlemer und der Sächsische Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler.

Sechs Wochen später, am 21. November 1991, wurde der Antrag schließlich im Sächsischen Landtag erörtert und erhielt die Zustimmung aller dort vertretenen Fraktionen. Ein Änderungsantrag der SPD-Landtagsfraktion, eine Gründungskommission für das geplante Institut einzuberufen, fand ohne Gegenstimmen Zusppruch, so dass eine gemeinsame Kommission aus Parlamentariern und Wissenschaftlern mit der Aufgabe betraut wurde, ein Konzept für die Ausrichtung, Struktur und Arbeitsweise des Forschungsinstituts zu entwickeln. Mit der Gründung eines Vereins am 9. November 1992 wurde die juristische Trägerschaft des Instituts geschaffen.

Mit der Namensgebung „Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung“, wurde eine Philosophin und streitbare Publizistin gewählt, die nicht nur eine der herausragenden Persönlichkeiten der Erforschung von totalitären Diktaturen und autoritären Herrschaftsformen darstellt, sondern auch mit ihrer Biographie als NS-verfolgte Emigrantin jüdischer Herkunft die Opferseite des totalitären Zeitalters verkörpert.

Es war vor kurzem eine schöne Gelegenheit für das Institut, dass wir anlässlich der ersten Präsentation des Filmes „Hannah Arendt“ in Dresden im Januar dieses Jahres, mit der Regisseurin Margarethe von Trotta eine

gemeinsame Podiumsdiskussion vor mehr als 200 Kinobesuchern über Leben und Werk Hannah Arendts durchführen konnten.

Gelegentlich führt die Hommage in der Namensgebung des Instituts an die große deutsch-jüdische Wissenschaftlerin allerdings auch zu einem Missverständnis. Denn selbstverständlich ist das HAIT seinem satzungsgemäßen Forschungsgegenstand verpflichtet, nicht jedoch einer speziellen Theorie oder einzelnen Methode zur Interpretation der Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Die damals durch die Gründungskommission erarbeitete Satzung gilt im Wesentlichen auch noch für die heutige Forschungsarbeit des Instituts.

Von Anfang an interdisziplinär ausgerichtet, was neben der Zusammenarbeit von Historikern und Sozialwissenschaftlern zugleich die beabsichtigte Anwendung unterschiedlicher Theorien und Methoden implizierte, stehen „die politischen und gesellschaftlichen Strukturen von NS-Diktatur und SED-Regime sowie ihre Folgen für die Gestaltung der deutschen Einheit“ im Vordergrund. So der Wortlaut der Satzung. Zudem soll das Andenken an die Opfer und Leidtragenden beider Diktaturen erforscht, dokumentiert und dadurch wach gehalten werden. Doch soll die Arbeit nicht bei der deutschen Geschichte und ihren Diktaturen stehen bleiben, sondern auch auf weitere totalitäre bzw. autoritäre Systeme und Strukturen ausgreifen und dadurch den internationalen Vergleich ermöglichen. Damit der Ertrag entsprechender zeitgeschichtlicher und politikwissenschaftlicher Forschung auch umgesetzt wird, wurde dem HAIT aufgetragen, seine Forschungsergebnisse nicht nur durch Publikationen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sondern auch durch Lehrveranstaltungen an den Universitäten, den Lehrerbildungsinstitutionen sowie den Schulen weiter zu vermitteln.

Mit aller gebotenen Zurückhaltung lässt sich nach 20 Jahren intensiver Forschungs-, aber auch Öffentlichkeitsarbeit und Lehrtätigkeit des Instituts feststellen, dass das HAIT diese Aufgaben in hohem Maße erfüllt hat und

sich dadurch auf nationaler wie internationaler Ebene einen weithin anerkannten Platz sichern konnte. Das Institut gehört im wieder vereinten Deutschland zu den drei führenden, staatlich geförderten Instituten der Zeitgeschichtsforschung.

Schon rein quantitativ lässt sich diese Feststellung untermauern: In der „Schriftenreihe“ des Instituts steht gegenwärtig der 50. Band kurz vor der Fertigstellung; in der Reihe „Berichte und Studien“ der 64. Band; die gemeinsam mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten herausgegebene Reihe „Lebenszeugnisse und Leidenswege“ steht kurz vor der Veröffentlichung des 22. Bandes. Und in den erst vor wenigen Jahren begründeten „Wege der Totalitarismusforschung“, in denen wichtige Autoren und Werke der inzwischen ja fast 100 Jahre alten Totalitarismus-Theorie neu ediert und publiziert werden, ist soeben die dreibändige Ausgabe des grundlegenden Werkes von Jacob L. Talmon zur Ideengeschichte des Totalitarismus erschienen. Daneben sind 54 Untersuchungen und Studien auch außerhalb des Instituts, oft zusammen mit anderen wissenschaftlichen Autoren und Einrichtungen, publiziert worden. Damit hat das Institut in den zwei Jahrzehnten seiner Existenz pro Jahr im Schnitt acht bis zehn Monographien und Sammelbände herausgebracht. Hinzuzufügen ist noch, dass die vom HAIT herausgegebene Zeitschrift „Totalitarismus und Demokratie“ in diesem Jahr zum zehnten Mal mit zwei Heften pro Jahrgang erscheint. Sie hat sich inzwischen als internationale Plattform der vergleichenden zeitgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Erforschung nichtdemokratischer Systeme und Bewegungen etablieren können.

Das ist für ein relativ kleines Institut, das über nur elf Haushaltsstellen für Wissenschaftler verfügt, keine geringe Leistung. Darüber hinaus hat das HAIT seit seiner Gründung 6,4 Millionen Drittmittel eingeworben, die sich auf 95 einzelne Projekte verteilen, von denen die Erarbeitung einer zeithistorischen Studie über die Geschichte der Dresdner Bank während der Zeit des Nationalsozialismus sowie ein EU-Projekt die bisher finanziell umfangreichsten waren.

All das ist weithin auch in qualitativer Hinsicht anerkannt worden. Bereits unmittelbar nach seiner Gründung hat sich das HAIT mit dem damals gerade erst vergangenen epochalen Ereignis der Friedlichen Revolution wissenschaftlich auseinandergesetzt und dies wiederholt vertieft, je mehr Quellen zur Verfügung standen; so etwa mit einer umfassenden zweibändigen Darstellung der Friedlichen Revolution in Sachsen, einer Monographie zur Bürgerbewegung in Dresden 1989/90 und einer



Die beiden stellvertretenden Direktoren Dr. Clemens Volnhals (am Pult) und Prof Dr. Uwe Backes auf der Konferenz „Nach den Diktaturen. Der Umgang mit den Opfern in Europa“.

Untersuchung zur Bildung des Freistaats Sachsen, einschließlich einer regionalen Graphik und Statistik der Demonstrationen während des revolutionären Umbruchs von 1989/90. Auf diese Weise ist Sachsen derjenige Staat, der unter den neuen Bundesländern die eigene Landesgeschichte seit der Friedlichen Revolution am intensivsten aufgearbeitet hat.

Solchen Forschungen liefen Untersuchungen zu den unterschiedlichen Formen von politischer Repression und individueller Selbstbehauptung im SED-Regime parallel, gefolgt von Analysen zur kommunistischen Diktaturdurchsetzung in Sachsen während der sowjetischen Besatzung und den Anfängen der DDR. Überhaupt ist die Verfolgung von Oppositionellen und Andersdenkenden in und durch beide deutsche Diktaturen, die aus demokratischer Überzeugung verfolgt und inhaftiert wurden und nicht selten auch ihr Leben verloren oder schwere physische und psychische Schäden erlitten, immer wieder ein Forschungsgegenstand des Instituts gewesen – bis heute. Damit wurde das HAIT seiner in der Satzung ausdrücklich festgehaltenen Aufgabe, dem

„Schicksal von Opfern der NS-Diktatur, der sowjetischen Besatzungsherrschaft und des DDR-Regimes“ nachzugehen, gerecht. Leider können wir durch solche quellenmäßig oft schwierigen und aufwändigen Forschungsarbeiten nur noch ihr Andenken ehren, um wenigstens dadurch ihr oft tragisches Schicksal nicht völlig dem Vergessen anheim fallen zu lassen. Aber immerhin. Diese Thematik bleibt auch bis in die Gegenwart ein unverzichtbarer Forschungsgegenstand. Deshalb werden wir in den kommenden zwei Tagen eine internationale Konferenz durchführen, die erstmals in vergleichender Perspektive dem „Umgang mit den Opfern in Europa nach den Diktaturen“ nachspürt.

Auch wenn wir uns schwerpunktmäßig in einem zeitgeschichtlichen Rahmen bewegen, der vom Ende des Ersten Weltkriegs bis in die Gegenwart reicht, politikwissenschaftliche, ideologie- und philosophiekritische Forschungen haben immer gleichgewichtig zur Arbeit des Instituts gehört. Die zu Recht von den Gründern des HAIT von Anfang an angestrebte Interdisziplinarität ist bis heute umgesetzt worden. Ohnehin sind die Übergänge zwischen zeitgeschichtlicher und politikwissenschaftlicher Forschung schon seit längerem immer fließender geworden. Die moderne zeitgeschichtliche Forschung kann heutzutage auf Theorien und Methoden aus den Politik- und Sozialwissenschaften nicht mehr verzichten; das gilt aber auch vice versa.

Sowohl vom Gegenstand als auch von der Namensgebung des Instituts her sind von der politikwissenschaftlichen und ideologiekritisch-philosophischen Forschung im Institut früh unterschiedliche Ansätze der Totalitarismustheorie aufgegriffen und kritisch analysiert worden. Gleiches gilt z. B. auch für die Frage nach der Moral von Tätern in kommunistischen wie faschistischen Diktaturen bis hin zu der grundlegenden Problematik, ob totalitäre Diktaturen links- wie rechtsextremer Ausrichtung trotz aller Menschenverachtung und -vernichtung nicht auch so etwas wie eine eigene Moral entwickelt haben? Solche Fragen sind für die Forschung unumgänglich, aber gleichwohl schon von ihrem Ansatz her umstritten.

In diesem Zusammenhang stellte es eine konsequente Fortführung politikwissenschaftlicher und ideologiekritischer Forschungen zum Totalitarismus und totalitären Denken dar, entsprechende Analysen auch auf den linken wie rechten Extremismus in modernen demokratischen Gesellschaften auszudehnen. Auf diesem Gebiet hat sich das Institut erfreulicherweise eine inzwischen national und international nachgefragte Kompetenz erwerben können. Derzeit bearbeitet das Institut bei-

spielsweise das vom SMI getragene, im Rahmen des Programms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ geförderte Projekt „Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen“.

Schließlich noch die postsozialistische Transformationsforschung. Auch sie hat sich als neues Forschungsgebiet mit einer natürlichen Konsequenz aus der intensiven Erforschung der Epochenzäsur 1989/90 und ihrer Folgen aus der perspektivischen Frage heraus ergeben, wie dieser Impuls sich eigentlich weiter entwickelt hat. Anfangs nur ein Thema der Politikwissenschaft, der Wirtschaftswissenschaft und der Soziologie, hat das HAIT den bis heute nicht abgeschlossenen Transformationsprozess vom realsozialistischen Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu Demokratie, Rechtsstaat, sozialer Marktwirtschaft und pluralistischer Gesellschaft erstmals in einen zeithistorischen Entwicklungsverlauf gestellt. Auf diese Weise konnte den unterschiedlichen Transformationswegen all jener osteuropäischen Länder, die 2004 und 2007 Mitgliedsländer der Europäischen Union wurden, nachgegangen werden, und zwar sowohl jeweils länderspezifisch als auch im Vergleich untereinander. Daraus ist eine Art Handbuch von den baltischen Staaten im Norden Europas bis hinunter nach Slowenien im Süden entstanden, einschließlich der neuen Bundesländer. Besonders erfreulich ist, dass der Band mit dem Titel „Vom Ostblock zur EU“ noch vor seinem Erscheinen vor zwei Wochen von der Bundeszentrale für Politische Bildung mit 2000 Ex. angekauft worden ist und somit kostengünstig von Interessenten bezogen werden kann.

Noch Ende dieses Jahres werden wir einen umfassenden Sammelband zum Nationalsozialismus in Sachsen herausbringen, durch den die NS-Forschung im Freistaat auf eine neue Stufe gestellt wird. Und der Beitrag des HAIT zum 25-jährigen Jubiläum der Friedlichen Revolution im nächsten Jahr wird in einer Dokumentation aus deutschen und tschechischen Archiven zu den Botschaftsflüchtlingen in Prag im September/Okttober 1989 bestehen. Das Werk, das auch mit Fotos versehen sein wird, soll sowohl am historischen Ort, der bundesdeutschen Botschaft in Prag, als auch in der Tschechischen Botschaft in Berlin der Öffentlichkeit im nächsten Jahr vorgestellt werden. Für die Erstellung der Dokumentation konnten Drittmittel von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds eingeworben werden.

Polen ist neben Tschechien, schon aus geographischen, vor allem aber politisch-historischen Gründen, das wichtigste Nachbarland. Aus einer Tagung mit polnischen

Kollegen ist ein Sammelband hervorgegangen und vor 10 Tagen erschienen, der unter dem Titel „Nationalistische Politik und Ressentiments“ das schwierige Verhältnis von Deutschen und Polen von 1871 bis zur Gegenwart thematisiert, aber auch aufzeigt, dass sich die deutsch-polnischen Beziehungen in den letzten Jahren erfreulicherweise erheblich verbessert haben.

Neben diesen Leistungen und Erfolgen, die ich hier nur überblicksweise skizzieren konnte, darf und kann allerdings nicht verschwiegen werden, dass das Institut intern wie extern auch schwierige Phasen durchgemacht hat, die in der Öffentlichkeit z. T. hohe Wellen schlugen. Einige Probleme waren dabei im eigenen Haus entstanden; einige resultierten aus kontroversen Forschungsansichten und sich daraus entwickelnden öffentlichen Debatten. Doch muss zugleich festgestellt werden, dass die Mitarbeiter des HAIT ihre Forschungsarbeit auch in solchen Phasen unbeirrt weiterführten; zweifellos kein geringes Verdienst! Ungeachtet aller Konflikte sei daher betont, dass selbstverständlich auch meine Vorgänger, Prof. Klaus-Dietmar Henke und Prof. Gerhard Besier, dem Institut wichtige und fruchtbare Impulse gegeben haben.

Fairerweise muss man allerdings auch hinzufügen, dass das Institut auf einem besonders schwierigen politischen und historischen Terrain tätig ist. Angesiedelt im „Zeitalter der Extreme“, wie der englische Historiker Eric Hobsbawm einmal das 20. Jahrhundert markant charakterisiert hat, bedeutet „Zeitgeschichte“ immer auch „Streitgeschichte“. Zu nah ist das unmittelbare Erleben von Zeitgenossen gewesen, zu viele sind Opfer oder Leidtragende von gewaltsamer Herrschaft geworden, zu brisant ist nach wie vor die Frage der Täter- und Mitläuferschaft in diktatorischen Herrschaftssystemen. Und dies alles vor dem historischen Hintergrund einer nationalen Geschichte, die wie kaum eine andere in Europa von einer „Kontinuität der Brüche“ seit dem Ende des Kaiserreichs 1918/19 geprägt worden ist; es genügt vollauf, nur mit den Jahreszahlen auf die weiteren Zäsuren deutscher Geschichte zu verweisen: 1933, 1945, 1949, 1961, 1989/90.

Wie wird die mittelfristige Zukunft des HAIT aussehen? Als sächsisches Landesinstitut wird sich das Institut vor allem der Regionalgeschichte Sachsens im 20. Jahrhundert weiter verpflichtet fühlen und den Folgen des Kampfes zwischen Demokratie und Diktatur nachspüren. Und nachdem es sich inzwischen auf nationaler Ebene als anerkanntes Forschungsinstitut etablieren konnte, muss es in den kommenden Jahren noch stärker als bisher auch auf europäischer und internationaler Ebene präsent werden. Erste Schritte hierzu sind bereits

vor einigen Jahren unter meinem Vorgänger eingeleitet worden. Mit der Anstellung eines polnischen und eines tschechischen Kollegen seit einigen Jahren ist die wissenschaftliche Kooperation mit unseren unmittelbaren Nachbarländern noch einmal intensiviert und damit auch ein Stück europäischer Zusammengehörigkeit revitalisiert worden, die nicht nur wieder gewonnener Normalität, sondern auch der Verstärkung europäischer Integration zugute kommt – trotz aller gegenwärtigen Probleme.

Schließlich die internationale Ebene: Zukünftig wird das HAIT geeignete Publikationen vermehrt auch in englischer Sprache herausbringen, ja herausbringen müssen. Auch in den Wissenschaften hat sich der Wettbewerb verstärkt, ohne das allzu oft gebrauchte Wort der Globalisierung in den Mund zu nehmen; denn Wissenschaft war immer international. In den letzten Jahren erschienen bereits zwei dickleibige Sammelbände jeweils zur extremen Rechten und Linken auf Englisch, dieses Jahr wird ein Band zur Frage der Existenz einer NS-Moral in englischer Sprache erscheinen, und nächstes Jahr werden wir das Werk zu den unterschiedlichen Transformationsprozessen in Osteuropa nach 1989 und ihrem Vergleich ebenfalls auf Englisch herausbringen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle den Abgeordneten des Sächsischen Landtags danken, die mit ihren Beschlüssen das Weiterbestehen des Instituts ermöglicht haben, den früheren und heutigen Gremienmitgliedern, die mit Ihrer konstruktiven Beratung zur Weiterentwicklung des Instituts beigetragen haben, ich darf stellvertretend für viele hier nur die Namen Professor Heinrich Oberreuter, Prof. Wolfgang Marcus, Dr. Günter Kröber und Friederike de Haas nennen. Besonders danke ich den ehemaligen und derzeitigen Mitarbeitern des HAIT, die durch ihre engagierte Arbeit dem Institut zu seinem wissenschaftlichen Ruf verholfen haben, sowie allen Anderen, die dem Institut in den vergangenen 20 Jahren ihre Unterstützung zuteil werden ließen.

Alle Forschungsarbeit wäre freilich sinnlos, würde sie nicht einem gesamtgesellschaftlichen Zweck dienen. In der Tat korrespondiert sie mit der Aufgabe, wissenschaftliche Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zu präsentieren, um sie dort einer kritischen Aufnahme und Diskussion unterziehen zu lassen. Darin besteht die eigentliche gesellschaftspolitische Aufgabe eines Forschungsinstituts. Gerade aus der wissenschaftlich fundierten Kenntnis von Denkweisen und Mechanismen von totalitären und autoritären Herrschaftsformen heraus, ist ein Institut wie das HAIT dazu aufgerufen, wie dies Hans Joachim Meyer bei seiner Gründung vor

20 Jahren formuliert hat, „am Aufbau einer politischen Kultur mitzuwirken, die sich stets den Werten der freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie verpflichtet weiß, und diese politische Kultur gegen offene Angriffe und schleichende Auszehrung zu schützen“. Dieser Aufgabe wird sich das HAIT auch in Zukunft verpflichtet fühlen.

Günther Heydemann

Sächsische Zeitung vom 27. Juni 2013

Es geht nicht mehr nur um deutsche Diktaturen

Direktor Günther Heydemann blickt zurück auf 20 Jahre Hannah-Arendt-Institut und auf die neuen Herausforderungen der Totalitarismusforschung.

Vor 20 Jahren wurde in Dresden das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (HAIT) gegründet.

Trotz effizienter Forschungen machte es immer wieder Negativ-Schlagzeilen, auch wegen der politischen Einflussnahme des Freistaats auf die Institutsarbeit. Ein Direktor musste im Streit über den Aufsatz eines Mitarbeiters über Hitler-Attentäter Georg Elser gehen, sein Nachfolger wegen missverständlicher Aussagen zur Scientology-Sekte. Dann kam heraus, dass ein Mitarbeiter, der über SED-Geschichte forschte, Stasi-IM war. Seit 2009 leitet Günther Heydemann das HAIT. SZ-Redakteur *Oliver Reinhard* sprach mit dem Historiker über die Herausforderungen, dem Institut seinen kreativen und effektiven Arbeitsfrieden zurückzugeben.

Herr Professor Heydemann, als Sie sich 2009 auf den Direktorenposten bewarben, hatte das Hannah-Arendt-Institut mehrere Direktorenwechsel in kurzer Zeit hinter sich, galt dessen Ruf eigentlich als ruiniert. Warum haben Sie sich den Job trotzdem angetan?

Meine Entscheidung war kein Sprung in die Löwengrube. Ich war ja schon seit 2003 im wissenschaftlichen

Der Name verpflichtet

Seit zwanzig Jahren besteht das Dresdener Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung / Von Rainer Blasius

Das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (HAIT) gäbe es ohne die Friedliche Revolution von 1989 nicht. Seine Eröffnung fand am 17. Juni 1993 statt – am 40. Jahrestag der Völkserhebung in der DDR. Die Kernfrage für das Institut formulierte damals der sächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Hans Joachim Meyer: „Von welcher Art sind eigentlich die Strukturen und Methoden in Herrschaftssystemen, die auf der Basis einer Ideologie die Komplexität der Geschichte durch eine alles zu bestimmende staatliche Ordnung in den Griff zu bekommen suchen und jedes menschliche Denken und Handeln einer vorgegebenen Perspektive unterordnen?“ Diesem Ansatz ist das HAIT bis heute treu geblieben – trotz innerer und äußerer Anfechtungen, trotz des Direktoren-Verschleißes, der in der Wissenschaftsgeschichte einmalig sein dürfte, trotz der größeren, bedeutenderen Konkurrenten in München (Institut für Zeitgeschichte) und in Potsdam (Zentrum für Zeithistorische Forschung).

Das Kabinett in Dresden beschloss im April 1991, ein „Institut zur Erforschung des Widerstandes gegen Diktatur und Gewaltherrschaft von 1933 bis 1989 in Sachsen in Aussicht zu stellen“. Der wissenschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion – und heutige Landtagspräsident – Matthias Rößler verfolgte diese Idee weiter und brachte seine Partei dazu, am 9. Oktober 1991 den Antrag für ein „Institut zur Erforschung totalitärer Strukturen“ an die Staatsregierung zu richten. Dem stimmten am 21. November 1991 im Landtag alle Fraktionen zu. Eine Kommission aus Parlamentariern und Wissenschaftlern entwickelte ein Konzept, mit der Gründung eines Vereins am 9. November 1992 wurde die Trägerschaft geregelt.

Mit dem programmatischen Namen

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung ehrte Sachsen dann jene Philosophin und Publizistin, die eine herausragende Forscherin auf dem Gebiet totalitärer Diktaturen war und als eine vom Nationalsozialismus verfolgte Emigrantin jüdischer Herkunft die Opferseite des totalitären Zeitalters verkörperte.

Die Strukturen von NS-Diktatur und SED-Regime sowie ihre Folgen für die Gestaltung der deutschen Einheit stehen laut Satzung für das HAIT im Vordergrund. In der hauseigenen Schriftenreihe steht der 50. Band vor der Fertigstellung; in der Reihe „Berichte und Studien“ gibt es 64 Veröffentlichungen; die gemeinsam mit der Stiftung Sächsische Gedenkstät-

Das Institut geht den Folgen des Kampfs zwischen Demokratie und Diktatur nach, in Deutschland und außerhalb.

ten herausgegebenen „Lebenszeugnisse und Leidenswege“ umfassen 22 Bücher. So sind in zwei Jahrzehnten unter den Direktoren Alexander Fischer, Klaus-Dietmar Henke, Gerhard Besier und Günther Heydemann (sowie einigen Interimsleitern) „pro Jahr im Schnitt acht bis zehn Monographien und Sammelbände herausgebracht“ worden – wie es der seit dem Jahr 2009 amtierende Institutschef Heydemann jüngst bilanzierte. Dabei verfügt das HAIT lediglich über elf Haushaltsstellen für Wissenschaftler. Daneben hat es seit der Gründung 6,4 Millionen Euro Drittmittel eingeworben, die sich auf 95 Projekte verteilen, darunter eine vielbeachtete Studie über die Dresdner Bank in der NS-Zeit. Aus der Beschäftigung mit

dem DDR-Ende sind hervorzuheben: eine zweibändige Darstellung des Umbruchs in Sachsen, eine Monographie zur Bürgerbewegung in Dresden, eine weitere zur Bildung des Freistaates.

Das HAIT machte in den vergangenen 20 Jahren „intern wie extern“ – wie Heydemann zum Jubiläum zugab – „schwierige Phasen“ durch, die in der Öffentlichkeit hohe Wellen schlugen. Einige Probleme seien „im eigenen Haus entstanden“, andere „resultierten aus kontroversen wissenschaftlichen Ansichten“. Dennoch hätten seine Vorgänger Klaus-Dietmar Henke und Gerhard Besier „dem Institut wichtige und fruchtbare Impulse gegeben“. Henkes Vertrag war nach nur fünf Jahren wegen eines Streits über den dümmlichen Aufsatz eines Mitarbeiters über den Hitler-Attentäter Georg Elser beendet worden; Besier verlor gleich in der ersten Amtsperiode wegen missverständlicher Aussagen zur Scientology-Sekte das Vertrauen vieler Mitarbeiter und löste einen Aufstand gegen sich aus. Außerdem war Gründungsdirektor Fischer 1995 verstorben. Daher wurde vor vier Jahren die Ernennung des Leipziger Lehrstuhlinhabers für Zeitgeschichte, Heydemann, zum Chef von vielen als letzte Chance für das HAIT angesehen. Der 1950 geborene Professor aus Franken nutzt sie und ist der Erste an der Institutsspitze, dessen Vertrag die Gremien nun verlängert haben.

Heydemann ist es wichtig, dass das HAIT auch an der Aufgabe festhält, dem „Schicksal von Opfern“ nachzuspüren. Daher fand zu dieser Thematik Ende Juni in Dresden die internationale Konferenz „Nach den Diktaturen. Der Umgang mit den Opfern“ statt. Ein Vortrag von Elena Zhemkova (Moskau), Geschäftsführerin der Menschenrechtsorganisation „Memorial“, beeindruckte. Sie gab einen Überblick über die Opfer der stalinistischen

Sowjetunion. In der Hochphase des Stalinismus fielen über zehn Millionen Menschen entweder Anklagen und Todesurteilen zum Opfer („individuelle Repressionen“) oder mussten Umsiedlungen und Deportationen erleiden („administrative Repressionen“). Das Ableben Stalins leitete eine erste lange und „sehr bescheidene“ Phase der juristischen Rehabilitierung bis 1986 ein. Sträflinge, die nachweisbar zu Unrecht in Arbeitslager deportiert worden waren, kamen frei. Vormalige falsche Todes-Mitteilungen wurden berichtigt. Die Reformen unter Gorbatschow läuteten die nächste Phase ein: Ein Großteil der Menschen, die von außergerichtlichen Gremien wie den „Troikas“ und Sonderräten verurteilt worden waren, konnte wenigstens gesellschaftlich rehabilitiert werden. Mit der Gründung der Russischen Föderation 1992 begann die dritte Phase: Ein Rehabilitierungsgesetz trat in Kraft, das Formen der politischen Repressionen verfassungsrechtlich definiert und konkrete Entschädigungen in Aussicht stellt. Das Gesetz sei, so Zhemkova, „stark reformbedürftig“, weil für Entschädigungen hohe institutionelle Hürden zu überwinden seien.

Heydemann meint zur mittelfristigen Zukunft, als Landesinstitut fühle sich das HAIT der Regionalgeschichte verpflichtet und gehe „den Folgen des Kampfes zwischen Demokratie und Diktatur“ nach, auch außerhalb Deutschlands. Zudem werde das vom Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ geförderte Projekt „Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen“ bearbeitet. Zum 25-jährigen Jubiläum der friedlichen Revolution bereite man eine Dokumentation aus deutschen und tschechischen Archiven zu den Botschaftsflüchtlings in Prag im Herbst 1989 vor. Heydemanns besonnen-freundlicher Kurs scheint dem HAIT gut zu bekommen.

IFrankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. August 2013.



Befreite Häftlinge
des KZ Buchenwald:
Nach dem Bundes-
entschädigungsgesetz
gab es für jeden
Tag der KZ-Haft fünf
Mark.

NACH DEN DIKTATUREN

Die Opfer kommen zu kurz

Ein kurzer Blick auf Totalitarismus in Europa und dessen Bewältigung

Das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung besteht seit nunmehr 20 Jahren. Es entstand 1993 auf Initiative des Sächsischen Landtags und ist als sogenanntes An-Institut mit der Technischen Universität Dresden verbunden. Bei einem Festakt im Sächsischen Landtag am 27. Juni erinnerte Landtagspräsident Matthias Röbber, einer der Initiatoren des Instituts, an die Motivation, eine solche Forschungseinrichtung in Ostdeutschland zu errichten: Dort existiere eine „Transformationsgesellschaft“, die gleich zwei totalitäre Systeme miterlebt und überstanden habe. Aus dem Institutsauftrag resultieren, so die sächsische Wissenschaftsministerin Sabine Freifrau von Schorlemer, „höchst brisante Forschungsvorhaben“.

Ein solches war auch das Ärzte-Projekt. Die Ärzteschaft verdankt dem Institut nämlich eine gründliche, über mehr als drei Jahre laufende Studie zu Ärzten als inoffiziellen Mitarbeitern der DDR-Staatssicherheit. Das Projekt wurde vom Deutschen Ärzteblatt und seinen Herausgebern unterstützt, die Ergebnisse 2008 veröffentlicht. Sie

sorgten für Aufsehen und werden bis heute zitiert. Das Institut beschäftigt sich interdisziplinär mit der Geschichte und Funktionsweise totalitärer Systeme und dem Systemvergleich. Im Blick sind die Täter. Doch gehöre es auch zu den Aufgaben, das Andenken an die Opfer wachzuhalten, betont Institutsleiter Prof. Dr. Günther Heydemann. Die kämen oft zu kurz.

Gerade das trat bei einer internationalen Fachkonferenz am 28. und 29. Juni anlässlich des Institutsjubiläums einmal mehr zutage. Sie galt dem Umgang mit den Opfern in Europa – nach den Diktaturen. Dieser ist zu meist beschämend. Und ein Zweites: Ein Blick auf die Landkarte zeigt, wie verbreitet Diktaturen im 20. Jahrhundert in Europa waren (teils bis heute sind).

So unterschiedlich die Diktaturen und deren Transformation in normalere Verhältnisse auch waren, im Umgang mit Opfern zeigen sich gewisse Parallelen: Anfänglich Leugnung, ja Ablehnung des Opferstatus, gefolgt von zögerlicher Rehabilitation, die in offene Würdigung übergehen kann. In Deutsch-



Das Hannah-Arendt-Institut
wurde 1993 eingeweiht.

land wurden nach 1945 NS-Opfer und Kriegsgeschehen mit „un glaublicher Härte“ (Clemens Gschler, Bochum) behandelt. Die Sowjetunion sah Soldaten, die in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten waren, als Verräter an. In Spanien war und in Griechenland ist das Thema tabuisiert, soweit die Bürgerkriege betroffen sind. Anerkennung und Rehabilitation stehen bisweilen nur auf dem Papier. Manchmal folgt auf die Rehabilitation die materielle Entschädigung in Form unentgeltlicher Krankenbehandlung, Renten oder einmaliger Abfindungen. Wenn Geld fließt, dann wenig. Nach dem Bundesentschädigungsgesetz von 1965 gab es zum Beispiel für jeden Tag der KZ-Haft fünf Mark (!).

Dabei ist Deutschland mit dem Gesetzesanspruch noch großzügig. Entschädigt wurden/werden überwiegend jüdische Opfer. Zu Recht. Andere Opfergruppen indes wurden „vergessen“. Darunter die Zwangssterilisierten. Sie waren/sind auf die Unterstützung durch Härtefonds angewiesen. Genauer zu beleuchten wäre, ob die Herkunft der Opfer über deren Rehabilitation entscheidet. Es scheint zum Beispiel, dass Opfer eigener Diktaturen besonders lange verlegt werden. Opfer, die durch fremde Eroberer Leben oder Gesundheit verloren, werden im eigenen Land eher anerkannt, im Land der ehemaligen Eroberer aber vergessen, sofern nicht pressure groups die Opferentschädigung einfordern. Opfer medizinischer Experimente, von Zwangssterilisationen, ganz zu schweigen von den durch „Euthanasie“ umgebrachten Patienten, die zu den schwächsten einer Gesellschaft gehören, geraten schnell ins Hintertreffen.

In Deutschland wird der NS-Opfer inzwischen angemessen gedacht, im Westen seit längerem, in der DDR wurden nur antifaschistische Opfer gewürdigt, während Opfer der NS-Rassenpolitik außen vor blieben. Ganz selbstverständlich ist das Gedenken aber auch heute nicht. Man denke nur an die zähen Bemühungen um einen zentralen „Euthanasie“-Gedenkort. Er wird nun endlich in Berlin realisiert. ■

Norbert Jachertz

samt den Herausforderungen gereizt, und der kommissarische Direktor hatte manche Woge ja bereits glätten können. Zudem lag mir das Institut sehr am Herzen. Es hat auch in Krisenzeiten ausgezeichnete Arbeit geleistet, und ich wollte dazu beitragen, dass es seinen verdienten Ruf zurückbekommt.

Dann hat es Sie bestimmt hoch erfreut, als kurz nach Ihrem Amtsantritt herauskam, dass ein Institutsmitarbeiter Stasi-IM gewesen war?

Das hat uns kalt erwischt, auch wenn die Verstrickung des Mitarbeiters bei dessen Einstellung bereits bekannt war. Leider ergab sich aber aus einem neuen von uns beauftragten Gutachten der Stasi-Unterlagenbehörde, dass seine Aktivitäten über den damaligen Kenntnisstand erheblich hinausgegangen waren. Aber auch das ist inzwischen geklärt, der Mitarbeiter arbeitet nicht mehr in Dresden.

Kurz vor Anbruch Ihrer Ära hatte ein Gutachten dem Institut viel Positives, aber auch Negatives bescheinigt und Reformen gefordert. Was davon haben Sie umsetzen können?

Im Prinzip das meiste. Der wissenschaftliche Beirat entsendet nun zwei statt einen Wissenschaftler in den Vorstand, das Kuratorium, und

dort selbst sitzen jetzt ein Politologe, ein Philosoph und ein Soziologe. Das hat das Gewicht der wissenschaftlichen Fachkompetenz noch erhöht. Außerdem haben wir die Erforschung der SED-Diktatur nach 20 Jahren ein wenig zurückgenommen und kümmern uns inzwischen wieder etwas mehr um die NS-Zeit. Deren Relevanz hörte schließlich nicht 1945 auf, sie wirkt weiter. Denken Sie nur an die laufenden Forschungsprojekte zur NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amtes oder des Fi-

Deutsches Ärzteblatt vom 4. Oktober 2013.

Institutsbeirat und kannte es gut, samt der Probleme und Konflikte. Ich habe gewusst, dass deren Lösungen Zeit brauchen würde. Ein solches Institut ist ja wie ein Tanker: Man kann das Ruder nicht einfach herumreißen, um die Fahrtrichtung sofort zu ändern.

Das sind jetzt eher Argumente, die gegen eine Bewerbung sprechen ...

Natürlich haben mich auch die herausgehobene Stelle

nanzministeriums. Aber selbstverständlich bleibt auch die Erforschung von SBZ und DDR ein zentraler Punkt unserer Arbeit.

Wirft man einen Blick auf die Zahl Ihrer Forschungsprojekte, fällt auf: Zwölf NS-Projekten stehen nur vier zur DDR-Zeit und zwei zur Sowjetzeit gegenüber. Folgt die Institutsarbeit nun dem umgekehrten Schwerpunkt und konzentriert sich auf den Nationalsozialismus?

Sicher nicht, wenn Sie sich unsere Veröffentlichungen ansehen. Viele Projekte widmen sich den Übergangsphasen, behandeln also beide Diktaturen, denn gerade diese Phasen sind die historisch interessantesten und wissenschaftlich ertragreichsten. Eine Stunde Null gab es 1945 schließlich nicht, vielmehr ging die zweite deutsche Diktatur aus der ersten hervor. Ebenso falsch ist es, so zu tun, als wäre die DDR mit allem, was dazugehörte, 1989 einfach verschwunden.

Das Institut wurde unter anderem gegründet, um im Auftrag der CDU-Landesregierung die DDR wissenschaftlich zu delegitimieren. Einige Vorgänger sind auch gescheitert, weil sie diesen Kurs nicht mitgehen wollten. Jetzt tun Sie dasselbe – und dürfen bleiben?

Die DDR braucht man nicht zu delegitimieren, das hat die SED über vier Jahrzehnte selbst getan. Außerdem ging es den Gründern nach persönlichen und zum Teil leidvollen Erfahrungen um ein Institut, das Mechanismen und Ideologismen von Diktaturen überhaupt nachspürt. 1993 geschah das verständlicherweise mit Schwerpunkt auf die DDR, aber ebenso auf die NS-Diktatur und darüber hinaus.

Heute sitzt kein Minister mehr im Kuratorium. Aber Vorsitzende ist eine Abgesandte des Ministeriums, und ein weiteres Mitglied ist Landtagsabgeordnete. Kommt es nun nicht mehr zu politischer Einflussnahme?

Seit ich hier bin, ist in den Kuratoriumssitzungen so etwas nicht vorgekommen. Es war aber auch vorher nicht die Regel. Und wir sind nun einmal eine Einrichtung des Freistaats. Hätte ich davon ausgehen müssen, dass mir die Politik ständig in meine Arbeit hereinredet, hätte ich mich auf die Stelle sicher nicht beworben.

Warum halten manche Menschen das Institut immer noch für eine freistaatliche DDR-Abrechnungsstelle?

Nichts ist so hartnäckig wie ein griffiger Ruf. Doch der besitzt schon lange keine Grundlage mehr. Es geht uns auch längst nicht mehr darum, nur die deutschen Diktaturen anhand einer speziellen Totalitarismus-Theorie zu analysieren. Wir betreiben vergleichende Diktaturforschung mit unterschiedlichen Methoden in internationaler Perspektive. Dabei schauen wir auch, in wel-

che Bereiche, auf welche Weise und mit welcher Reichweite totalitäre Ideen in die gesellschaftlichen Sphären hineinreichen, in Politik, Wirtschaft, Kultur ...

Also hat sich die Bezeichnung „Institut für Totalitarismusforschung“ überlebt?

Nicht zwingend. Schließlich hat sich auch die Totalitarismusforschung seit ihren Anfängen vor immerhin 90 Jahren ständig gewandelt und ist mit dem Verschwinden der großen Diktaturen des 20. Jahrhunderts keinesfalls obsolet geworden. Was ist etwa mit den heutigen Militärdiktaturen oder religiösen Autokratien? Mit solchen Staaten, die nur dem Anschein und der Verfassung nach Demokratien sind?

Wie Russland, Weißrussland ...

... und die Türkei, selbstverständlich! Die dortigen Verhältnisse sind in hohem Maße autoritär. Da liegt ein immenses Aufgabenfeld vor uns, das weit über den deutschen Tellerrand hinausreicht und trotzdem sehr eng mit unseren eigenen historischen Erfahrungen und außenpolitischen Realitäten verknüpft ist. Und das Interesse von Kollegen im Ausland an unserer Arbeit ist groß, schließlich hat die vergleichende Diktaturforschung in Deutschland eine lange Tradition und entsprechende Erfahrung, vielleicht sogar mehr und intensiver als bei unseren Nachbarn.

Ihr Vorgänger hatte die Forschungsperspektive bereits erweitert auf europaweite vergleichende Diktaturforschung. Schwerpunkte waren Kooperationen mit Polen und Tschechien. Wird es nun auch zu vergleichenden Forschungen kommen etwa zwischen Deutschland, Russland und der Türkei?

Ich denke, das wird spätestens in 20 Jahren am Institut selbstverständlich sein. Wir haben in Zusammenarbeit mit dem Mitteleuropa-Zentrum an der TU Dresden bereits Fühler ausgestreckt nach Nordafrika. Es gibt durchaus Interesse an einer Zusammenarbeit, insbesondere in Tunesien und Marokko, die ja ebenfalls Diktaturen beziehungsweise autoritäre Herrschaftssysteme aufzuarbeiten haben. Trotzdem bleibt der Vergleich mit Osteuropa ein Schwerpunkt. Nehmen Sie etwa unsere Studie „Vom Ostblock zur EU“, in der wir die unterschiedlichen Übergangsprozesse in den ehemaligen Ostblockstaaten einschließlich der neuen Bundesländer miteinander vergleichen. Nur so konnten wir zum Beispiel ermitteln, dass im Unterschied zu den osteuropäischen Staaten nicht nur der wirtschaftliche Modernisierungsprozess in Ostdeutschland schneller verlaufen ist. Vielmehr hat sich, trotz manch anderslautender Meinung, auch das Bekenntnis zur Demokratie in einem Maße verstärkt, wie es bei unseren Nachbarn nicht der Fall ist.

4. Ausgewählte Pressestimmen und wissenschaftliche Rezensionen

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. April 2013

Doppelt zensiert hält auch nicht besser

Eine Leipziger Tagung widmet sich den Künsten im geteilten Deutschland
von Andreas Plathaus

Im Jahr 1990, die Mauer war gefallen, aber die DDR mit der Bundesrepublik noch nicht vereinigt, stellte der Leipziger Schriftsteller Gert Neumann in seinem Aufsatz „Das nabeloonische Chaos“ fest: „Es zeigt sich bereits, dass sich mit der Überwindung der Zensur der DDR die Hoffnung auf die Möglichkeiten paradoxerweise vermindern.“ Traurigerweise traf das gerade für Neumann selbst zu. Sein 1981 nur im Westen (bei S. Fischer) veröffentlichtes Buch „Elf Uhr“ war zwar unmittelbar nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur auch beim Rostocker Hinstorff-Verlag und damit bei einer der bes-

ten literarischen Adressen in Ostdeutschland erschienen, doch danach verschwand der auf strikte Autonomie des Schriftstellers pochende Neumann aus der literarischen Öffentlichkeit. Mit der DDR starb auch die Neugier auf ein Schreiben, das sich von ihr nicht hatte korrumpieren lassen.

Einer erinnerte sich jetzt, fast ein Vierteljahrhundert später, in Leipzig noch an Gert Neumann: Martin Walser. Der Schriftsteller war vom Bodensee ins Zeitgeschichtliche Forum gekommen, um am zweitägigen Symposium „Autonomie und Lenkung – Die Künste im doppelten Deutschland“ teilzunehmen. Und kaum erhielt er das Wort, zog er Neumanns „Elf Uhr“ aus der Tasche, las daraus vor und erzählte, dass er nach dessen westdeutscher Publikation sofort zur nächsten Leipziger Buchmesse angereist sei, um den Verfasser dieses „für mich wichtigsten Buches, nicht nur der DDR-Literatur“, kennenzulernen. Beide trafen im Hotel Astoria zusammen, Wolfgang Hilbig war auch dabei, und Walser wählte sich unbeobachtet. Doch schon beim abendlichen Messeempfang wurde er von einem DDR-Kulturfunktionär auf die Begegnung angesprochen. Walser erregt sich noch heute: „Ich hätte sagen müssen: ‚Das dürfen Sie doch

Hitlers Fahrplan zur Macht

Heute vor 80 Jahren übernahm Hitler in Deutschland die Macht. Bereits 1930 hatte er als Zeuge in einem Prozess vor dem Leipziger Reichsgericht versichert, dass er bei der Beseitigung der Weimarer Republik zu ganz legalen Mitteln greifen würde. Von **Armin Görtz**.

Die Richter des Leipziger Bundesverwaltungsgerichts pflegen heute einen sachlich-kühlen Umgang mit Extremisten, die vor ihre Schranken treten. Immer mal wieder, wenn der Bundesinnenminister einen Rechtsaußen-Verein verbietet, klagen die Betroffenen vor der obersten Verwaltungsinstanz. Eine Chance für politische Reden erhalten sie dort nicht. Vergangenen Monat beispielsweise scheiterte dort eine Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene, die braune Gesinnungsgenossen im Knast unterstützt. Im Herbst 1930 hingegen wurde der als Reichsgericht errichtete Justizpalast Schauplatz eines propagandistischen Auftritts von Adolf Hitler (1889–1945). Hier erklärte er Richtern, Zuschauern und Journalisten den Fahrplan für die zweieinhalb Jahre später folgende Machtübernahme durch seine Partei.

NSDAP-Chef als Zeuge vor Gericht

Drei Reichswehroffizieren aus Ulm wurde vorgeworfen, durch das Verteilen von Flugblättern eine „nationale Volks-erhebung“ im Sinne der Nazi-Partei vorbereitet zu haben. Hitler trat als Zeuge auf und beteuerte, dass er überhaupt nicht vor habe, die Weimarer Republik per Aufstand abzuschaffen. „Die Verfassung schreibt uns nur die Methoden vor, nicht aber das Ziel“, erklärte er. „Wir werden auf diesem verfassungsmäßigen Wege die ausschlaggebenden Mehrheiten in den gesetzgebenden Körperschaften zu erlangen suchen, um in dem Augenblick, wo uns das gelingt, den Staat in die Form zu gießen, die unseren Ideen entspricht.“

Die Offiziere, die nur 18 Monate Festungshaft erhielten, waren von dem Zeugenauftritt enttäuscht. Einer wechselte später gar zu den Kommunisten. „Bürgerliche Kreise aber reagierten beruhigt auf das Bekenntnis zur Gesetzestreue“, erläutert Clemens Vollnhals (57) vom Dresdner Hannah-Arendt-Institut.

Hitlers Auftritt war fast ein Heimspiel. „In Sachsen erzielte die NSDAP damals überdurchschnittliche Wahlergebnisse“, erklärt der Historiker. „Hochburg war vor allem das Vogtland, insbesondere Plauen. Bei den sächsischen Großstädten erzielte die Partei in Chemnitz die höchsten Ergebnisse.“

Auch in Thüringen fand sie über-

durchschnittlich viele Anhänger. Anfang 1930 war es ihr dort erstmals in Deutschland gelungen, in eine Landesregierung aufzusteigen. Bei Landtagswahlen im Sommer 1932 kamen die Nazis auf reichlich 42 Prozent und stellten fortan den Regierungschef.

Deutschlandweit erreichte die Begeisterung für die Rechtsextremen in jener Zeit einen vorläufigen Höhepunkt. Im Juli holten sie bei Reichstagswahlen 37 Prozent. Nur vier Monate später musste erneut gewählt werden – und die Nazis sackten auf 33 Prozent ab. „Das führte zu Spannungen innerhalb der Partei“, erläutert Vollnhals. Hitler sei – im Unterschied zu seinem Organisationschef

Georg Strasser (1892–1934) – zu einer Regierungskoalition nur unter Führung der NSDAP bereit gewesen. Eine Rolle als Juniorpartner habe er abgelehnt. Doch der konservative Reichspräsident Paul von Hindenburg (1847–1934) war zunächst nicht bereit, dem aus seiner Sicht „dahergelaufenen Gefreiten“ den Posten des Reichskanzlers anzubieten.

Während die Sympathiewerte für die Nazis sanken, berief Hindenburg Hitler am 30. Januar 1933 dann doch zum Regierungschef. „Formal gesehen“, so Vollnhals, „war dies ein normaler demokratischer Vorgang: Der Präsident beauftragt den Führer der stärksten Partei des Parlaments, ein Kabinett zu bilden. Hindenburg hoffte, die Nazis auf diese Weise zähmen zu können.“

Terror nach dem Reichstagsbrand

In der mit der Deutschnationalen Volkspartei gebildeten Regierung gab es neben Hitler nur zwei NSDAP-Minister. Doch die Nazis, die den 30. Januar später als „Tag der Machtergreifung“ feierten, waren keineswegs bereit, es bei den bisherigen, demokratischen Regeln zu belassen. Propaganda-Chef Joseph Goebbels notierte: „Die große Entscheidung ist gefallen. Deutschland steht vor seiner historischen Wende.“

In Berlin feierte die SA den Erfolg mit einem abendlichen Marsch. In Halle organisierte die dort besonders starke KPD zeitgleich eine Protest-Kundgebung. Am nächsten Tag folgte eine Demonstration unter dem Motto „Das rote Halle marschiert gegen Hitler“. Vielerorts aber blieb die Lage zunächst ruhig. „Die Menschen litten unter einer extremen

Arbeitslosigkeit“, sagt Vollnhals. „Das Leben auf den Straßen war in den zurückliegenden Monaten von Kämpfen zwischen SA und Rotfrontkämpferbund geprägt worden. Viele hofften, dass mit Hitler Ruhe und ein wirtschaftlicher Aufschwung einsetzen würden.“

In seiner Zeugnisaussage 1930 in Leipzig hatte der Parteichef behauptet, Gewalt nur zur Notwehr einzusetzen, aber zugleich erklärt, dass auch Köpfe rollen würden. Den – möglicherweise von ihr selbst gelegten – Reichstagsbrand Ende Februar 1933 nahm die NSDAP zum Anlass für eine Terrorwelle gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter.

Bei den in einem Klima der Angst abgehaltenen nächsten Wahlen Anfang März holten die Braunen 44 Prozent. Der Stimmanteil der Kommunisten wurde gestrichen und mit Unterstützung bürgerlicher Parteien das Ermächtigungsgesetz verabschiedet. „KPD und SPD wurden verboten und die bürgerlichen Parteien zur Selbstauflösung gezwungen“, erläutert Vollnhals. Die NS-Diktatur kam in Gang.

Ende 1933 rückte noch einmal das Leipziger Reichsgericht in den Fokus: Doch der Prozess um den Reichstagsbrand entsprach keineswegs Hitlers Erwartungen. Er endete mit Freisprüchen für die Kommunisten Ernst Torgeler (1893–1963), Georgi Dimitroff (1862–1949) und Wassil Tanew (1897–1941). Einziger der – kommunistischen Ideen nahestehende – Holländer Marinus van der Lubbe (1909–1934) wurde schuldig gesprochen und erhielt die Todesstrafe.

2007 hob die bundesdeutsche Justiz dieses Urteil als unrechtmäßig auf.



Zeuge Hitler verlässt am 25. September 1930 das Leipziger Reichsgericht. Er hat öffentlich versichert, die Macht mit legalen Mitteln zu ergreifen. Foto: dpa

Leipziger Volkszeitung vom 30. Januar 2013.

Ein dunkles Kapitel

Sachsens Landtag hat 1933 ein eigenes Ermächtigungsgesetz verabschiedet. Nur sechs Sozialdemokraten lehnten es ab.

VON THILO ALEXE

Hermann Liebmann sagte Nein und verlor sein Auge. Einen Tag nach Hitlers Geburtstag wurde der sächsische SPD-Abgeordnete am 21. April 1933 in Leipzig verhaftet. Als er sich später im Konzentrationslager Hohnstein weigerte, zur Belustigung der Wärter aus seinen gegen die Nazis gerichteten Reden vorzulesen, misshandelte ihn ein Aufseher. 1935 wurde der Sozialdemokrat zwar aus der Haft entlassen, starb aber wenig später an den Folgen der Folter.

Liebmann wollte auch am 23. Mai 1933 Nein sagen. Fast auf den Tag vor 80 Jahren ebnete der Dresdner Landtag für Sachsen den Weg in die Diktatur. Mit breiter Mehrheit verabschiedete das Parlament ein Ermächtigungsgesetz, das demokratische Grundrechte aushebelte. Dagegen stimmten lediglich sechs Abgeordnete der SPD, die anderen 16 waren schon auf der Flucht oder saßen wie Liebmann im Gefängnis.

Mit „Stolz und Ehrerbietung“ erinnert Landtagspräsident Matthias Rößler (CDU) jetzt an den Widerstand der sächsischen Sozialdemokraten. Im öffentlichen Bewusstsein ist dieser kaum verankert, obwohl ihn der Landtag im Rahmen einer Gedenkfeier am Donnerstag würdigte.

Der Fokus richtet sich meist auf das im März 1933 beschlossene Ermächtigungsgesetz des Reichstages, das der SPD-Vorsitzen-



Blick in ein leeres Parlament: Sachsens Landtag schaffte sich 1933 selbst ab. Der SPD-Politiker Liebmann wurde gefoltert.

Fotos: Smilg, Naumann, SPD

de Otto Wels mit den legendären Worten ablehnte: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Dass sich wie in Sachsen auch die Länderparlamente unter dem Druck der Nazis selbst abschafften, spielt in der Aufarbeitung nur eine untergeordnete Rolle.

„Wir sollten unsere Wurzeln nicht vergessen“, mahnt der heutige SPD-Fraktionsvorsitzende Martin Dulig. Neben den Sozialdemokraten leisteten auch die Kommunisten Widerstand gegen die Nazis. Doch

deren Partei, die KPD, war zum Zeitpunkt der Abstimmungen praktisch verboten. Ihre Abgeordneten konnten nicht mehr an den Sitzungen teilnehmen, etliche wurden inhaftiert. In Sachsen ordnete der nationalsozialistische Reichskommissar Manfred von Killinger im April 1933 eine Parlamentsumbildung an und schloss die KPD-Politiker aus.

Die systematische Gewalt, die diese totalitären Entscheidungen flankierte, machte vor dem Landtag nicht Halt. So zertren-

SA- und SS-Schergen den langjährigen SPD-Fraktionschef Karl Böchel im Dresdner Ständehaus über eine Treppe und prügeln ihn krankenhaushausreif. Der Historiker Mike Schmeitzner spricht heute von einer Menschenjagd.

Schließlich trat das von der NSDAP dominierte sächsische Parlament Befugnisse an die Hitler-Regierung ab. Formal bestand der Landtag zwar noch bis Ende Januar 1934. Er blieb aber einflusslos.

Den SPD-Abgeordneten Otto Nebrigg schreckte die Brutalität nicht ab. Während des zweiten Weltkriegs verteilte er Flugblätter in Leipzig. Der KZ-Häftling fand jedoch nach 1945 keine politische Heimat. Die neu geschaffene Einheitspartei konnte ihm, wie der am Dresdner Hannah-Arendt-Institut forschende Historiker Schmeitzner sagt, keine Perspektive bieten.

Parlamentspräsident Rößler verweist darauf, dass Sachsens 1946 wieder gegründeter Landtag noch ein zweites Mal aufgelöst wurde – 1952, als die DDR die Länder abschaffte. Erst im Zuge der politischen Wende wählten die Sachsen 1990 wieder ein Landesparlament. 40 Jahre nach der letzten Wahl zum Landtag in der DDR.

Heute sind, wie SPD-Landeschef Dulig betont, die Gegner der Demokratie in der Minderheit. Und dennoch: Die Bevölkerung sei von der Demokratie, vor allem aber von der Politik enttäuscht. „Gegen diese Entwicklung müssen wir uns wehren.“

Sächsische Zeitung vom 18./19. Mai 2013.

gar nicht wissen!“ Gesagt habe ich: ‚Elf Uhr‘ wird Sie alle überleben. Aber damit habe ich nicht recht gehabt.“

Dieser fatalistische Blick auf den Untergang der regimekritischen DDR-Kunst setzte ein frühes Glanzlicht bei diesem Debüt: Noch nie zuvor hatten sich Praktiker und Theoretiker getroffen, um über Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Künste in den beiden deutschen Staaten zu sprechen. Erstaunlich genug – und noch erstaunlicher, dass es sich als nahezu unmöglich erwies, dieses Unterfangen finanziell fördern zu lassen. So taten sich schließlich die Sächsische Akademie der Künste in Dresden und die Sächsische Akademie der Wissenschaften in Leipzig zusammen, gewannen als Gastgeber das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig und luden rund dreißig Referenten und Diskutanten ein, darunter neben Walser mit Durs Grünbein noch eine weitere literarische Berühmtheit und mehrere Vertreter der Musikszene wie den Dresdner Komponisten Wilfried Krätzschmar, der 1983 mit seinen „Heine-Szenen“ unter ideologischen Beschuss geriet, den Dirigenten Ulrich Backofen, der 1985 von der Bundesrepublik aus DDR-Haft freigekauft wurde, und den langjährigen Berliner Konzerthaus-Intendanten Frank Schneider, der sich der Bewahrung des musikalischen Erbes der DDR verschrieben hat.

Gewünscht waren beide Perspektiven, ost- wie westdeutsche, und die bekam man geboten. Allerdings war auffällig, wie sehr der Blick auf die DDR dominierte. Ein einzi-

ger von acht Vorträgen – Stephan Buchloh (Ludwigsburg) über politische Filmkontrolle in der Adenauerzeit – widmete sich einseitig der Bundesrepublik, dagegen drei allein der DDR, und zwei – Günther Heydemann (Dresden) über Kunst in Diktaturen und Siegfried Lokatis (Leipzig) über ideologische Literatursteuerung – zogen beim Vergleich mit der DDR gar nicht die Bundesrepublik, sondern das „Dritte Reich“ heran. Man muss aber auch sagen, dass gerade diese beiden Analysen die überraschendsten und damit inspirierendsten waren.

[...]

Die Aufarbeitung dessen, was das „doppelte Deutschland“ (warum man die Wendung „geteiltes“ vermied, wurde nicht thematisiert) mit den Künsten anstellte, hat also erst begonnen. [...]

mdr.de vom 18. Dezember 2013

Professor soll KZ-Aufseher gewesen sein

Warum wird erst jetzt ermittelt?

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den inzwischen 90-Jährigen. Der ehemalige Professor der Universität Halle-Wittenberg soll sich der Beihilfe zum Mord schuldig gemacht haben. Der stellvertretende Direktor des

Leipziger Volkszeitung vom 8. November 2013

Vor 75 Jahren – die Nationalsozialisten verschärfen ihren Terror gegen Juden

DREI FRAGEN AN ...

... Clemens Vollnhals, Vizedirektor Hannah-Arendt-Institut Dresden

Wie weit reichen jüdische Traditionen in Sachsen zurück?

Der sächsische König ging sehr restriktiv mit der Ansiedlung von Juden um, so dass es um 1850 nur um die 3000 Juden in Sachsen gab. Das änderte sich mit dem Beitritt zum Norddeutschen Bund 1866, wodurch Juden auch in Sachsen als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt wurden und verstärkt aus Osteuropa zuwanderten. In den 1920er Jahren hatte sich ihre Zahl bereits auf 23 000 erhöht. Es gab acht zugelassene israelitische Gemeinden, die größte davon in Leipzig.

Bis zum gewaltsamen Wendepunkt am 9. November 1938...

Brennende Synagogen, demolierte Geschäfte und eine ungeahnte Verhaftungswelle waren auch in Mitteldeutschland der Auftakt zur massiven Vertreibung der Juden. Wer nicht rechtzeitig das Land verließ, dem drohte der Tod in einem der vielen Vernichtungslager der Nazis.

Und nach dem Krieg?

Übrig blieben nur ein paar Dutzend Privilegierte aus sogenannten Mischehen – wie beispielsweise der Romanist Victor Klemperer in Dresden – und einzelne Überlebende der Konzentrationslager. Das kümmerliche jüdische Gemeindeleben der Nachkriegszeit wurde vom DDR-Regime 1952 zudem mit seiner antijüdischen Kampagne abgewürgt. In deren Folge die führenden Gemeindefunktionäre in den Westen flohen. Erst seit den 1990er Jahren pflegen viele Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion hier wieder ihre jüdisch-orthodoxen Traditionen.

Interview: Winfried Mahr



Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, Clemens Vollnhals, erklärt bei MDR INFO, warum erst jetzt 68 Jahre nach dem Ende der Nazi-Diktatur ermittelt wird.

Wurden NS-Verbrechen in der DDR nicht aufgearbeitet?

Natürlich gab es in der DDR vor allem auch während der sowjetischen Besatzungszeit eine sehr stattliche Anzahl von Verfahren wegen NS-Verbrechen, teils von deutschen Gerichten und teils natürlich auch von sowjetischen Militärtribunalen. In den 50er Jahren ist in beiden deutschen Staaten wenig ermittelt worden, weil allgemein doch so die Stimmung überwogen hat, man

müsse jetzt einen Schlussstrich ziehen und das gilt auch für die DDR. Also beispielsweise zwischen 1957 bis 1989 kam es in der DDR nur noch zu 120 Verurteilungen wegen NS-Verbrechen. [...] Und diese späteren Prozesse hatten eigentlich auch immer mehr durchaus auch propagandistische Funktionen. [...] Aber insgesamt kann man sagen, eine sozusagen wirklich planmäßige systematische Ermittlung hat nicht stattgefunden. [...]

Nach dem jetzt bekannt gewordenen Fall: Hat die Uni Halle nach der Wende etwas verschlafen?

Ich glaube die Universität nicht. Die ist ja über das Vorleben ihres Personals auch nur soweit informiert, wie es in den Personalbögen angegeben ist. Diese neuen Ermittlungen hängen zusammen mit einer veränderten Rechtsprechung. Bislang hatte man gesagt, es ist nur noch Mord verfolgbar. [...] Und Mord setzt niedrige Beweggründe, wie Heimtücke voraus und da ist nach der alten Rechtsprechung das Lagerpersonal eigentlich immer außen vor gewesen. Und es gibt dann diesen Demjanjuk-Prozess 2011 vor dem Landgericht München, wo das Gericht nun zu einer ganz anderen rechtlichen Einschätzung gekommen ist, indem es nämlich sagt: [...] Die Funktion der Mitwirkung in dieser arbeitsteiligen Mordmaschinerie reicht für eine Verurteilung aus und aufgrund dieser neuen Rechtsprechung des Landgerichts München wird nun nochmal systematisch das Lagerpersonal ermittelt. [...]

Rechnen sie damit, dass noch mehr Fälle ans Tageslicht kommen?

Das kann man sicherlich nicht ausschließen. Die Ermittlungen zu führen ist ein aufwändiges Verfahren. Es wird mutmaßlich dann sicherlich auch so ausgehen, wie im Demjanjuk-Prozess. Aufgrund seines Alters und seines Gesundheitszustandes ist er von der Haft verschont worden und dann auch zwei Jahre später gestorben. [...]

SPIEGEL ONLINE vom 26. April 2013

SS-Mitglied Horst Tappert

„Er war ein einfacher Soldat“

War er freiwillig dabei? Hat er Kriegsverbrechen begangen? War er am Holocaust beteiligt? Im Interview spricht der SS-Experte Jan Erik Schulte darüber, wie „Derrick“-Star Horst Tappert zum SS-Panzer grenadierregiment 1 „Totenkopf“ gekommen sein könnte – und was dort womöglich seine Aufgabe war.

Ist dem jungen Horst Tappert seine Mitgliedschaft in der Waffen-SS vorzuwerfen?

Harry, hol schon mal den Panzer

War „Derrick“ Horst Tappert ein SS-Verbrecher? Der Dresdner Historiker Jan Erik Schulte rät zur Zurückhaltung im Urteil.

VON OLIVER REINHARD

Trotz Vergleichsverbot haben Äpfel und Birnen Gemeinsamkeiten. Das gilt ebenso für den politisch aktiven Schriftsteller Günter Grass und den politisch eher inaktiv gewesenen Schauspieler Horst Tappert. Beziehungsweise für dessen TV-Kommissar „Derrick“: Wie Grass funktionierte er als massenwirksame Moralinstanz. Die Figur des Ermittlers – und damit dessen Darsteller – galten und gelten Millionen als der Wahrheit unbedingt verpflichtet, integer, aufrecht. Umso ernüchternder ist die Überraschung darüber, dass Horst Tappert wie Grass und dessen Schriftsteller-Kollege Erwin Strittmatter während des Zweiten Weltkriegs in einer SS-Kampfseinheit gedient hat. Bis zu seinem Tode 2008 hatte er dies verschwiegen und nur angegeben, er sei im Krieg Sanitäter gewesen.

Aufgedeckt wurde seine Waffen-SS-Mitgliedschaft zufällig durch die Anfrage eines Journalisten bei der Wehrmachts-Auskunftsstelle (WAST) des Bundes über Horst Tapperts Kriegszeit. Seither reißen Schlagzeilen und Empörungen nicht ab, hat ein holländischer Sender „Derrick“ aus dem Programm gehoben, prüft Bayerns Innenministerium, ob es Tappert den Ehrenkommissartitel posthum aberkennen soll.

Der Dresdner Historiker Jan Erik Schulte mahnt jedoch zu Vorsicht und Zurückhaltung. Schulte ist ausgewiesener Kenner der SS und arbeitet am Hannah-Arendt-Institut an einer Geschichte der Waffen-SS. „An der reinen Tatsache, dass Horst Tappert in der Waffen-SS war, ist nichts Ungewöhnliches, obwohl es damals schon zahlenmäßig üblicher war, in der Wehrmacht zu dienen“, sagt Schulte. „Immerhin waren seinerzeit mehrere Hunderttausend Männer in der Waffen-SS. Und solange es keine detaillierteren Informationen über individuelle Angehörige gibt, müssen wir Historiker uns in solchen Fällen mit Folgerungen und Urteilen zurückhalten.“



Sächsische Zeitung vom 3. Mai 2013.

Aus den bislang bekannten Unterlagen geht nicht klar hervor, in welchem Zusammenhang Horst Tappert eingetreten ist. Wir wissen nicht, wie viel Druck auf ihn ausgeübt wurde, damit er in die Waffen-SS eintritt. Der Druck vor allem auf junge Männer, Mitglied der Waffen-SS zu werden, war 1943 schon sehr groß.

Inwiefern?

Es gab Veranstaltungen, bei denen Offiziere der Waffen-SS erhöhten Druck auf eine ganze Gruppe von Teenagern ausübten, was dann zu kollektiven Eintritten führte – es gibt auch Belege dafür, dass sich manche Eltern danach über diese Vorgehensweise beschwerten. Sicher ist aber auch, dass der Eintritt in der Regel individuell erklärt werden musste. Und es gab auch 1943 durchaus noch freiwillige Meldungen.

Horst Tappert war „SS-Grenadier“ bei der 14. Kompanie des SS-Panzergranadierregiments 1 „Totenkopf“. Was waren die Aufgaben eines Grenadiers?

Der SS-Grenadier ist der unterste Soldatendienstgrad. Das heißt, er war ein einfacher Soldat einer motorisierten infanteristischen Einheit. Er hatte wohl im weitesten Sinne unterstützende Aufgaben zu erledigen und mit Flakgeschützen zu tun. Insgesamt umfasste die Kompanie je nach Einzellage wohl 100 bis 200 SS-Soldaten.

Der Truppenteil Tapperts war 1943 bei Kämpfen in der Ukraine eingesetzt, unter anderem in Charkow. Gilt da noch die Unschuldsvermutung?

Der Kriegsschauplatz in der europäischen Sowjetunion war sehr brutal. Völkerrechtliche Regeln wurden hier nicht beachtet. Verschiedene Einheiten der Waffen-SS begingen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Doch es ist anhand der vorliegenden Dokumente nicht zu klären, wo Tappert als Individuum eingesetzt war – gerade für den Krieg in der Sowjetunion. Auch Art und Umfang seiner Tätigkeit kennen wir nicht.

Wie viele Deutsche waren 1943 insgesamt Mitglied der Waffen-SS?

Anfang 1943, dem Zeitpunkt von Tapperts Zugehörigkeit zur 14. Kompanie des SS-Panzer Grenadierregiments 1 „Totenkopf“, gab es insgesamt rund 250 000 Angehörige der Waffen-SS.

Interview: Felix Bohr

Sächsische Zeitung vom 12. Juli 2013

Kino, Kohlrabi und „Heldentod“

Der Krieg hatte wechselnde Gesichter. Eine Leipziger Historikerin sammelt sie. Sie will über den Totalen Krieg in Sachsen schreiben mithilfe der Sachsen.
von Oliver Reinhard

[...] Während weit weg täglich Tausende starben, an der „Heimatfront“ Luftschutzdienst und Arbeitseinsätze an der Tagesordnung und Lebensmittel rationiert waren, gingen die Menschen immer noch spazieren, ins Kino, in die Operette, baten um Kohlrabi und machten sich Gedanken um die Obsternte?

Für Francesca Weil sind das keine Widersprüche, vielmehr beide Seiten derselben Medaille. „Damals gab es sehr große Unterschiede, wie der Krieg von den Menschen wahrgenommen wurde“, sagt die Leipziger Historikerin. „Generell kann man sagen, dass selbst der Totale Krieg in den Dörfern zwar natürlich dadurch stets präsent war, dass Freunde und Familienangehörige an den Fronten kämpften und starben. Aber ansonsten drehte sich das Leben auch weiterhin um ganz alltägliche Dinge, fast wie im Frieden.“ In den Städten wie Chemnitz, Leipzig und Dresden aber sah es oft anders aus. „Sachsen war Rüstungshochburg, in den Metropolen schufteten Tausende Zwangsarbeiter, die Ernährungslage war ungleich prekärer als auf dem Land“, so Francesca Weil. „Man spürte den Krieg einfach deutlicher, eben weil er die persönlichen Lebensbereiche stärker beeinflusste.“

Auch in ihrem Arbeitszimmer am Dresdner Hannah-Arendt-Institut ist der Totale Krieg sehr gegenwärtig. Überall liegen Schreiben [...], Lebenserinnerungen, Tagebücher, Feldpostbriefe, und es werden immer mehr. Jedes Zeitzeugnis, das die Historikerin aus privaten Händen empfängt, führt sie einen Schritt weiter voran auf dem Weg zu ihrer neuen Studie: Francesca Weil will die Geschichte des Totalen Krieges in Sachsen verfassen – mithilfe der Sachsen.

In der Tat ist die Alltagsgeschichte des Totalen Krieges noch ungeschrieben. Das Militärische, Wirtschaftliche, Politische der Jahre 1943 bis 1945 hingegen ist recht gut erforscht. „Aber das erklärt uns nicht, wie die Menschen

fernab der Front damals dachten, was sie fühlten, welche konkreten Sorgen und Ängste sie hatten“, sagt Francesca Weil. Eine Gesellschaftsgeschichte des Totalen Krieges ist ihr Ziel, was die Sozial- und Mentalitätsgeschichte ja gleichermaßen beinhaltet. „Die Gesellschaft in der Heimat war etwas ganz Besonderes, nämlich eine Greisen-, Frauen- und Kindergesellschaft. Nicht zu vergessen die vielen Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und später auch die KZ-Häftlinge.“

Wie und warum das NS-System so lange hat funktionieren können, selbst dann noch, als die Städte sich nach und nach in Trümmerlandschaften verwandelten; bisher wird es zumeist erklärt aus militärischem und wirtschaftlichem Blickwinkel, aus Sicht der damaligen Machtstrukturen und Entscheider. „Ich glaube aber, dass uns die Perspektive der Frauen und Kinder der Realität viel näherbringt“, vermutet die Historikerin. Deshalb ist sie zur Jägerin geworden. Zur Sammlerin von persönlichen Zeitzeugnissen der Sachsen. Je mehr es werden, aus desto mehr Geschichten, aus desto mehr Wahrheiten wird ihre Geschichte des Totalen Krieges bestehen. „Und warum sollte man diese Geschichte nicht auch einmal aus damals mittel- und heute ostdeutscher Perspektive erzählen?“ Also setzt Francesca Weil das Puzzle des Totalen Krieges in Sachsen zusammen, Stück für Stück. Schon jetzt zeichnet sich ein Bild ab, das in allen Farben des Lebens schillert, die, so unterschiedlich sie auch sind, sich irgendwann zu einem Ganzen fügen sollen. Schon jetzt lassen viele einzelne Puzzlestücke erahnen, wie faszinierend dieses Ganze einmal sein wird. [...]

Rezensionen

Jacob L. Talmon:

Die Geschichte der totalitären Demokratie.

3 Bände, Hg von Uwe Backes, Göttingen 2013
(Vandenhoeck & Ruprecht), 1746 S.

Rezension von Hans Otto Seitschek in:

Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 20. August 2013

In den Jahren 1937/38 schreibt ein einundzwanzigjähriger Geschichtsstudent an der Hebrew-University in Jerusalem eine Seminararbeit über die Französische Revolution und den Terror der Jakobinerdiktatur, während Moskau in großem Stil Schauprozesse gegen Dissidenten anstrengt. Es ist der aus Polen stammende Jacob Leib Flajszer, später Talmon, der mit dieser Seminararbeit sein Lebensthema finden wird: die Geschichte der totalitären Demokratie.

Ein bewegtes und besonders durch den Zweiten Weltkrieg geprägtes Leben führt den jungen Historiker 1940 mit einem Stipendium an die Sorbonne in Paris und – auf der Flucht vor den einrückenden Deutschen – nach London. An der London School of Economics and Political Science, die aufgrund der Luftangriffe ins Peterhouse-College nach Cambridge umziehen musste, verfasst Flajszer/Talmon 1943 seine Dissertation über „The Doctrine of Poverty“ („Die Armutslehre“). Diese leider bisher unveröffentlicht gebliebene Arbeit untersucht die Dynamik christlicher Armutsbewegungen im Hochmittelalter und stellt den mentalitätsgeschichtlichen und methodischen Grundstock für die drei Bände der Geschichte der totalitären Demokratie dar.

Der erste Band, „Die Ursprünge der totalitären Demokratie“, ist in London 1952 bei Secker & Warburg erschienen. Wenige Jahre später folgte die Studie über den „Politischen Messianismus“. Die beiden ersten Bände der Trilogie, die 1980 kurz vor dem frühen Tod des herzkranken Talmon mit dem Band über den „Mythos der Nation und die Vision der Revolution“ einen späten Abschluss fand, wurden rasch ins Deutsche übersetzt, da Talmon in dieser Zeit für Furore in der historischen Zunft sorgte. Sie sind heute längst vergriffen. Der dritte Band war bisher nicht ins Deutsche übersetzt worden.

Diesem Desiderat hat nun Uwe Backes, stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden, zusammen mit einem Team aus Übersetzern und Historikern Abhilfe geschaffen. In einer sorgfältigen Edition liegen die ersten beiden Bände wieder, der dritte erstmals auf Deutsch vor. Gerade am dritten Band hat Talmon, der 1949 kurz nach der Gründung des Staates Israel an die Jerusalemer Universität als Professor für „Modern History“ zurückge-

kehrt war, besonders hart über fast zwei Jahrzehnte gearbeitet. In dieser Zeit unternahm Talmon zahlreiche Forschungsreisen, die ihn 1972/73 auch zu Karl Dietrich Bracher an die Universität Bonn führten.

Talmons Anliegen ist es, die historischen Linien im Stile einer philosophischen Geschichtsschreibung zu ziehen, um die Grundlagen der „totalitären Demokratie“ freizulegen. Dieser eigentlich in sich widersprüchliche Demokratie-Begriff zeigt die historische Sprengkraft, die seiner Entwicklung seit dem achtzehnten Jahrhundert innewohnt. Sie ließ neben der liberalen Entwicklungslinie, die ein politisches System nach der, so Talmon, „Trial and error“-Methode hervorgebracht hat, auch eine totalitäre Linie erstarken. Auf grausame Weise hat sie sich in den großen Totalitarismen, Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus, entladen. Die totalitäre Demokratie gründet ihre Lehre „auf der Annahme einer alleinigen und ausschließlichen Wahrheit in der Politik“, so Talmon ganz zu Anfang seiner Trilogie.

Diese totalitäre Seite der Demokratie untersucht Talmon in besonderer Weise: Für sie ist schon früh ein politischer Messianismus prägend, der von seinen Gefolgsleuten unbedingte Nachfolge erfordert. „Dieses Buch ist keine Ideengeschichte. Es hat ein Ideenklima, eine Geisteshaltung, man kann sagen, einen Glauben zum Gegenstand“, charakterisiert Talmon zu Beginn des zweiten Bandes die Stoßrichtung seiner Forschung. Auch ohne die Utopie und den „Mythos der Nation“ kommt die totalitäre Demokratie nicht aus. Im abschließenden Band schreibt Talmon: „Der nationale Mythos der unterdrückten Nationen entwickelte sich zu einer Mischung aus Nostalgie nach vergangenem Ruhm und der Vision einer nicht minder glorreichen Restauration, der eine spirituelle Wiedergeburt und eine gerechte soziale Ordnung Dauer verliehen.“

Sowohl die Aufklärung in ihren frühen Ausprägungen als auch der Idealismus in seinen verschiedenen Ansätzen bei Fichte und Hegel sind nach Talmon prägend für die Entwicklung der Demokratie in ihren beiden Entwicklungsströmen, also auch für die totalitäre. Hier ist es vor allem das Vergeistigen von Politik und Nation, das katalytisch für die totalitären Entwicklungen war. Jacob L. Talmon steht mit diesem Ansatz zwischen Hannah Arendts Forschungen zum Totalitarismus, der ihr zufolge von Terror und Ideologie gespeist wird, und Eric Voegelin, der im innerweltlichen Abschluss irdischer Reiche den Weg zu den „politischen Religionen“ geebnet sieht.

Uwe Backes gibt in seiner Einleitung einen guten Überblick über die in Deutschland bisher weitgehend unbekannte Vita Talmons, über dessen wenig erforschtes Werk und über die Wirkung seiner philosophisch reflektierten historischen Forschungen. In den frühen Jahren

des Ost-West-Konflikts hat Talmon, ähnlich wie später Abbott Gleason oder Michael Burleigh, den Glutkern des Kalten Krieges – in Ausweitung des „Mythos der Nation“ – in der unbedingten Überzeugung der absoluten Richtigkeit der Position des eigenen Blocks gesehen. Egal, welcher Ausrichtung der gegnerische Block auch sein mag: Er ist das „Reich des Bösen“.

Talmons „Geschichte der totalitären Demokratie“ ist von großem Wert für die aktuelle Totalitarismusforschung, da sie mit dem Konzept des „politischen Messianismus“ auch religiöse Deutungsmuster in der Forschung berücksichtigt. Sie bietet damit eine neue Interpretation der Gefolgschaft totalitärer Regime und der fast gläubigen Anhängerschaft an sie. Diesen Ansatz verfolgt auch Hans Maier in seinen Forschungen zu den „politischen Religionen“. Umso dankenswerter ist es, dass mit der Neuausgabe von Uwe Backes das Hauptwerk eines philosophisch denkenden Historikers wieder zugänglich gemacht wird – eines Typs Historiker, wie ihn die Geschichtsforschung gerade in Bezug auf die Analyse moderner Totalitarismen heute weitgehend vermisst.

Rezension von Armin Pfahl-Traugbher in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 65, 1, (2013) und Aufklärung und Kritik, 4/2013, S. 207–210

Der israelische Demokratietheoretiker und Ideenhistoriker Jacob L. Talmon (1916–1980) ist heute meist nur noch im Bereich der Totalitarismusforschung bekannt. Seine beiden Werke „Die Ursprünge der totalitären Demokratie“ und „Politischer Messianismus“ erschienen zwar 1961 und 1963 auch in deutscher Übersetzung. Sie wurden danach aber nie wieder neu aufgelegt. Über die Gründe für das damit einhergehende Desinteresse kann man nur spekulieren. Angesichts der in den genannten Büchern vertretenen Auffassungen ist dieses aber völlig unverständlich, präsentieren sie doch ebenso erkenntniserhellende wie provozierende Einsichten: Talmon unterscheidet eine liberale und eine totalitäre Form von Demokratie. Die ideengeschichtlichen Wurzeln für die politische Systeme wie den Nationalsozialismus und Stalinismus sah er in einer innerwestlichen Denktradition angelegt. Und hierbei verwies der Autor auch und gerade auf bestimmte Denker der Aufklärung wie Rousseau, aber auch auf die repressive Politik der Jakobiner-Herrschaft in Frankreich.

Eine Neuedition seiner einschlägigen Monographien zum Thema entreißt Talmons Analyse jetzt dem möglichen Vergessen. Das Verdienst dafür kommt dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden zu, wo in mühevoller Kleinarbeit eine Bearbeitung der ursprünglichen Texte der beiden erwähnten Bücher sowie des bislang noch nicht in die deutsche Sprache

übersetzten letzten Teils der Trilogie erfolgte. Bei den ersten beiden Bänden fanden sich in der deutschen Erstausgabe nur summarische Verweise auf die verwendete Literatur. Auf Einzelangaben zu den jeweiligen Aussagen hatte man seinerzeit verzichtet. Eine kleine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Uwe Backes erschloss nun die genauen Bezugsquellen Talmons, welche als detaillierte Nachweise auch seine genaue Arbeitsweise nachvollziehbar machen. Damit liegt „Die Geschichte der totalitären Demokratie“ – so der Sammeltitle der Neuausgabe – erstmals komplett auf der Basis von genauen Quellenangaben mit zusätzlichen Erläuterungen vor. [...]

Mit den drei Bänden liegt ein beeindruckendes und sachkundiges Werk zur europäischen Geistesgeschichte vom 18. bis zum 20. Jahrhundert vor. Talmon kann auch seine heutigen Leser noch durch seine umfassenden Kenntnisse über die Entwicklung politischer Ideen in den unterschiedlichsten Kontexten in Erstaunen versetzen. Bei einem so ambitionierten Projekt blieben Einseitigkeiten und Fehler nicht aus. Zwei Beispiele: Bei Marx kann man keinesfalls von einer „Verurteilung der Religion als der Wurzel allen Übels“ (II/ S. 233) sprechen, sah er diese doch in sozioökonomischen Gegebenheiten. Rousseau prägte herausragend die Auffassungen für eine identitäre, aber auch für eine „totalitäre Demokratie“ (I/S. 93)? Mitunter machte es sich Talmon dann doch bei manchen Einordnungen zu einfach. Vom ersten bis zum dritten Band sinkt auch der Anteil analytischer zugunsten von deskriptiven Aussagen, stellen doch die einzelnen Kapitel des letzten Werkes meist nur noch Beschreibungen ohne innere Verkoppelung mit der eigentlichen Problemstellung dar.

Diese notwendige Kritik an der methodischen Ausrichtung der Bände kann aber nicht deren inneren Ideenreichtum relativieren. Besonders die Ausführungen im ersten Band, welche die inhaltliche Basis für die Entstehung des Modells „totalitärer Demokratie“ in bestimmten Tendenzen der Aufklärung sehen, machen erneut deren innere Ambivalenz in dieser Hinsicht deutlich. Talmon lädt damit indirekt zu einer kritischen Entmythologisierung und Entromantisierung von Aufklärung und Französischer Revolution ein. Damit müssen und sollten sich auch heutige Normen und Regeln der Demokratie einer selbstkritischen Prüfung aussetzen. Talmon spielt in den ersten beiden Bänden auch auf das Modell „Politische Religion“ zur Analyse totalitärer Denkvorstellungen und Systeme an, ohne aber eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Autoren wie Raymond Aron oder Eric Voegelin zu führen. Insofern bleibt seine eigene Positionierung zum Verhältnis von politischer und sakraler Religion hinsichtlich der Einschätzung von letzterer auch etwas unklar.

Gerald Hacke:

Die Zeugen Jehovahs im Dritten Reich und in der DDR. Feindbild und Verfolgungspraxis (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 41) Göttingen 2011 (Vandenhoeck & Ruprecht), 457 S.

Rezension von John S. Conway in:

Contemporary Church History Quarterly, March 2013

For sixty years, from 1930 to 1990, the Jehovah's Witnesses in Germany were almost continuously persecuted by state agencies, first by the Nazis and subsequently in East Germany by the Communist regime. According to one source, this small sect of 20–25,000 followers suffered a higher proportion of some form of persecution than any of the other churches. Their harassment, suppression, and even execution at the hands of the Nazi government has already been excellently described by Detlef Garbe, whose book *Between Resistance and Martyrdom. Jehovah's Witnesses in the Third Reich* was published by the University of Wisconsin Press in 2008. (The original German version was published in 1993.) But nothing in English on their persecution in the German Democratic Republic has yet appeared. We can therefore be grateful to Gerald Hacke for this comparative study, published by the prestigious Hannah Arendt Institute for the Study of Totalitarianism in Dresden.

Hacke's account deals less with the fate of the individual Witnesses and more with a comparison of the methods by which both totalitarian regimes sought to deal with this small group of opponents. He shows how both regimes saw the Witnesses' refusal to declare their loyalty to the state, and their equal determination not to accept any form of military conscription or service, as a deliberate political challenge. From the beginning, in both Nazi Germany and Communist East Germany, severely repressive measures were taken to ban the Witnesses' publications, to persecute open propagation of their faith, and to confiscate their properties. Refusal of military service led to the arrest and imprisonment of most of the male leaders. Many were then transferred to concentration camps without any chance of release, unless they were prepared entirely to renounce their beliefs. Few accepted such a capitulation. But the continued struggle of the Witnesses to practice their beliefs even in prison or underground was regarded as a direct blow to the state's authority which had to be savagely repressed.

Hacke provides a full description of the similarity of the measures deployed against the Witnesses, first by the Gestapo and SD, and then by the Communists' Ministry of State Security, the Stasi. He shows that the tactics of repression, though not necessarily copied the one from the other, took similar forms because of the similar con-

viction in both regimes that the Witnesses' divisive beliefs and practices constituted a serious ideological danger.

Such a comparative approach is open to criticism. For one thing, stressing the continuities and similarities may lead to overlooking the fact that the Nazi persecutions were both more radical and more racial, and led to mass exterminations of unwanted people on an unprecedented scale. Hence such comparisons, or a stress on the undoubted iniquities of the East German regime, might lead to a kind of apologia for the Nazi crimes. On the other hand, emphasizing the uniqueness of the Nazi persecutions, as in the Holocaust, might make it seem as though the East German Communists were less resolute or malicious towards the Witnesses. But this would be a misjudgment. In both cases, the Jehovah's Witnesses, with their 'petit bourgeois' milieu, their messianic message, their readiness to make ultimate sacrifices, and their solidarity with one another, were regarded as a political threat. Both regimes were hell-bent on gaining unchecked control on the population, and mobilizing support for the new society they sought to create. Furthermore, the refusal of the Witnesses to conform was seen as part of a sinister world-wide conspiracy, rooted in America, but evident in the back streets of German towns.

By placing the Witnesses in a global conspiratorial context, and by refusing to accept their religious professions as anything more than skilfully mounted prevarications, the persecutors of both regimes overestimated the Witnesses' significance. But even when the Witnesses' behaviour contradicted the persecutors' preconceptions, these prejudices were not abandoned. Throughout these sixty years, the German repressive agencies continued to regard the Witnesses as politically dangerous extremists. Their alleged subversive activities became a fixed dogma of the security police forces, placing the Witnesses in a global context where Germany's enemies were striving to undermine the ruling party's consensus. Hence unrelenting vigilance was called for. The Witnesses' refusal to collaborate was easily translated as irredeemable fanaticism from which the public had to be protected. In the hands of the Stasi, this persecution mania often lost touch with reality – and not just for the Witnesses.

In the final years, the danger that open persecution would have unfortunate repercussions abroad and damage East Germany's image led the Communist rulers to concentrate on measures designed to undermine the sect from within by infiltrating carefully-placed informers or Stasi agents. But, just like the Gestapo zealots, they were never prepared to admit that the whole campaign was a mistake, or based on false presuppositions. In fact, neither the brutal attempts to compel submission to the state's demands nor the more subtle pressure to under-

mine the Witnesses' group solidarity ever grasped the reality of the Witnesses' religious motivations. At the same time, the resolute resistance of this sect against what they rightly perceived as bigoted persecution was itself fortified by their eschatological anticipation of the world's malevolence. When faced with this seeming endless coercion, the Witnesses displayed a commendable capacity for endurance and faithfulness, which enabled them to outlast their oppressors and to survive the dire effects of political victimization.

Clemens Vollnhals (Hg.):

Jahre des Umbruchs.

Friedliche Revolution in der DDR und Transition in Ostmitteleuropa (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 43), Göttingen 2011 (Vandenhoeck & Ruprecht), 406 S.

Rezension von Martin Munke in:

Portal für Politikwissenschaft (Rezension 9177)

Der Band schließt an eine Reihe ähnlicher Veröffentlichungen an, die auf Veranstaltungen zum 20-jährigen Jubiläum des Umbruchs von 1989 beruhen. Vollnhals versammelt die Beiträge einer Tagung, die im Mai 2009 vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung in Dresden durchgeführt wurde. Der Schwerpunkt liegt auf der DDR sowie – vergleichend – auf den ostmitteleuropäischen „Bruderstaaten“ Polen, Tschechoslowakei und Ungarn. Zwei Abschnitte sind den Ereignissen und Strukturen von „1989“ gewidmet, in einem dritten Teil werden die Transformations- und Transitionsvorgänge bis in die Gegenwart hinein beleuchtet. Die Autoren – Politikwissenschaftler, Historiker, Soziologen – fragen nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden in den jeweiligen Entwicklungen. Zu den besonders interessanten Beiträgen zählt derjenige von Friedbert W. Rüb. Der Autor wendet sich aus analytischen Gründen gegen die Bezeichnung der Ereignisse von 1989 als Revolution – und damit dezidiert gegen mehrere andere Beiträge. Eine solche Bezeichnung verstelle den Blick auf die Einzigartigkeit der Umbruchprozesse, wie Rüb weitgehend überzeugend anhand von verfassungsrechtlichen Argumenten nachzuweisen sucht. Stattdessen schlägt er den Begriff „koordinierte Transformation“ vor, da „die Idee der souveränen verfassungsgebenden Gewalt“ durch eine weitgehende Selbstbeschränkung der oppositionellen Kräfte nicht verfochten worden sei und damit eine „radikale Kontinuität“ (263) zu den Vorgängersystemen bestanden habe. Nationale Unterschiede in der Analyse des Transformationsgeschehens werden im Beitrag von Jerzy Máćków deutlich, der thesenartig eine Marginali-

sierung des Totalitarismusbegriffs in der bundesdeutschen Politikwissenschaft kritisiert. Aufgrund der damit einhergehenden Annahme, „die postkommunistische Systemtransformation führe unausweichlich zur Demokratie, läuft die politologische Transformationsforschung der Entwicklung stets hinterher, statt ihre Forschungsschwerpunkte selbst zu bestimmen“ (169).

Jörg Osterloh/Clemens Vollnhals (Hg.):

NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit.

Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR.

(Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 45) Göttingen 2011 (Vandenhoeck & Ruprecht), 456 S.

Rezension von Ernst Reuß in:

Neues Deutschland vom 22. September 2011

Rechtzeitig vor dem 65. Jahrestag der Urteilsverkündung im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher am 1. Oktober 1946 veröffentlichte das Dresdner Hannah-Arendt-Institut in seiner Schriftenreihe einen Band mit 20 Beiträgen zum Thema „NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit“. Fast alle Autoren konstatieren, dass bereits unmittelbar nach Kriegsende in Deutschland eine Schlussstrichmentalität vorherrschte und NS-Prozesse von der Bevölkerung eher argwöhnisch beäugt wurden. Im Gegensatz zu „Justiz und NS-Verbrechen“, eine von der Universität Amsterdam veröffentlichte vielbändige Sammlung von Gerichtsurteilen zu NS-Verbrechen, geht es hier nicht um die Prozesse selbst, sondern um deren öffentliche Wahrnehmung.

Vom ersten Prozess gegen die Mörder im KZ Bergen-Belsen 1945 über Nürnberg, den Auschwitz- und den Ulmer Einsatzgruppenprozess, den Eichmann-Prozess sowie den Waldheimer Prozessen bis hin zur Verurteilung des KZ-Arztes Horst Fischer 1966 in Berlin (Ost) wird Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik und in der DDR vergleichend analysiert. Abgerundet wird das Buch mit einer Zusammenfassung der bundesdeutschen Verjährungsdebatte sowie einem Blick über die Grenze nach Österreich.

Niemals wieder wurde so viel ermittelt wie in den Jahren der alliierten Besetzung Deutschlands; Militärtribunale räumten in allen Besatzungszonen auf. Nach der Gründung beider deutscher Staaten ebte diesbezügliches Engagement ab. Weite Teile der deutschen Bevölkerung waren mit dem NS-System eng verstrickt. Der Eifer bei der Strafverfolgung von NS-Verbrechen sei daher eher begrenzt gewesen, so die Verfasser.

Die deutsche Öffentlichkeit schrieb alle Verantwortlichkeit auf die SS und die kleine Führungsclique um Hitler, die ja bereits in Nürnberg abgeurteilt war. Warum noch die kleinen Übeltäter bestrafen? So dachte man

wohl in breiten Teilen der Bevölkerung. Zumindest hat man diesen Eindruck, wenn man diesen Band liest, wobei hier nicht immer klar wird, ob es sich um Reaktionen aus der DDR oder der Bundesrepublik handelt und ob es in beiden Staaten gleichermaßen diese Verdrängungsstrategien gab. Die Demoskopie steckte noch in den Kinderschuhen. In der Bundesrepublik gab es zwar einige, im Buch zitierte, Umfragen des frisch gegründeten Allensbach Instituts. In der DDR wird von den Autoren zur Untermauerung ihrer These die Schlussstrichmentalität aus Stasi-Berichten zitiert.

Fakt ist, dass in der Bundesrepublik alte Nazis zunächst weniger zu befürchten hatten und, so sie doch vor Gericht landeten, auf sehr nachsichtige Richter stießen. Aktiv in der Strafverfolgung wurden in der Bundesrepublik nur wenige Juristen, wie der Generalstaatsanwalt von Hessen Fritz Bauer. Mit der Gründung der noch heute bestehenden Zentralen Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg wurden dann die Ermittlungen zentralisiert und professionalisiert. Dort nahm man die Aufgabe der Ahndung von NS-Verbrechen sehr ernst.

In der DDR sah man sich als den antifaschistischen Teil Deutschlands, aus dem die meisten Nazis westwärts geflüchtet waren. Die strafrechtliche Aufarbeitung hatte nicht die höchste Priorität. Die meisten Prozesse gegen Naziverbrecher wurden in den späteren Jahren nicht an die große Glocke gehängt, sondern eher im Lokalteil der Zeitungen abgehandelt. Im „Neuen Deutschland“ wurde schon Ende 1949 eine Stellungnahme von Antifaschisten mit der Überschrift „Wir reichen euch die Hände“ veröffentlicht. Walter Ulbricht meinte, es gebe drängendere Probleme. Und ein sächsischer Innenminister in der DDR soll sogar verkündet haben, ihm seien ehemalige Nazis lieber, als jene Zeitgenossen, die „aus Lauheit“ nicht Nazi geworden seien.

Dennoch wurden in der DDR doppelt so viele NS-Täter als in der Bundesrepublik verurteilt. Dies in Proportion zur jeweiligen Bevölkerungszahl gesetzt und eingedenk der Fluchtbewegung von strammen Nazis nach 1945 von Ost nach West verdient dies Anerkennung, auch wenn die Verfahren in der DDR nicht immer an rechtsstaatlichen Grundsätzen zu messen sind, standen doch dort alsbald Justiz und Medien im Dienste der SED-Propaganda. Die Waldheimprozesse bei denen 3 400 Menschen im Schnellverfahren abgeurteilt wurden, waren eine Farce. Und Wärterinnen des KZ Ravensbrück wurden wegen Morden in Gaskammern verurteilt, obwohl es zu dem Zeitpunkt, als sie dort tätig waren, überhaupt noch keine gab.

Uwe Puschner/ Clemens Vollnhals (Hg.):

Die völkisch-religiöse Bewegung im Nationalsozialismus (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 47), Göttingen 2012 (Vandenhoeck & Ruprecht), 592 S.

Rezension von Hajo Goertz in: zeitzeichen, 2/2013, S. 65

Evangelische und katholische Theologen haben während des „Dritten Reiches“ versucht, das Christentum umzubiegen, um es mit der national-sozialistischen Ideologie für vereinbar zu erklären (siehe auch Seiten 6 und 54). Ungeachtet der antikirchlichen Einstellung der Hitler-Partei und des NS-Kampfes gegen die Kirchen finden sich Gedankenkonstruktionen, die nicht nur im Nachhinein als geradezu absurd erscheinen; etwa die Behauptung, Jesus sei kein Jude gewesen, sondern von „arischer Rasse“ und „arischem Blut“, Christus habe eigentlich den Antisemitismus begründet, er sei der erste und entscheidende Antisemit der Geschichte. Man schreckte selbst vor Manipulationen der Bibel nicht zurück. Auch der Dekalog wurde erweitert: Das elfte Gebot: „Halte das Blut rein und die Ehe heilig!“; und das zwölfte: „Ehre Führer und Meister!“ Gemeint war Adolf Hitler, in dem manche sogar den neuen oder wiedergekommenen Messias entdecken wollten.

Solche verquastten Vorstellungen hatten sich im Rahmen der völkischen Bewegung entwickelt, die im 19. Jahrhundert deutschnationale und antisemitische Ideen mit religiösen Überzeugungen verband. Und sie wurden zu einem Nährboden für den Nationalsozialismus. Dieser geistesgeschichtlichen Vorgeschichte und ihren Auswirkungen im NS-Regime geht sehr detailliert und aufschlussreich dieser Sammelband historischer und theologischer Aufsätze nach. Er bietet ein zu Recht breit angelegtes Mosaik, da diese Zeitgeist-Strömung sich ausgesprochen vielgestaltig darstellt.

Sie war nicht nur ein Wegbereiter (neben anderen), wie der Untertitel „Eine Beziehungs- und Konfliktgeschichte“ offenbart, sie blieb eben auch in einer unfruchtbaren Spannung: Weder konnten sich die einzelnen Vertreter und Gruppen der völkisch-religiösen auf eine Gemeinsamkeit verständigen, die einen bemerkbaren Einfluss auf die nationalsozialistische Ideologie gehabt hätte, noch waren die führenden Nationalsozialisten an völkisch-religiösem Gedankengut interessiert, weil sie ihre eigene rassistische und antisemitische Weltanschauung den Deutschen totalitär verordnen wollten, ohne sie mit anderen zu teilen.

Der Nationalsozialismus habe, auch er wenn für seine Selbstdarstellung Anleihen bei den Liturgien der christlichen Kirchen machte, nicht den Anspruch erhoben, eine Religion zu sein – so lautet ein Fazit des Bandes –, denn Adolf Hitler habe schon in Mein Kampf klar gestellt, seine Aufgabe sei „nicht eine religiöse Reformation“, son-

dern eine „politische Reorganisation des deutschen Volkes“; ein völkisch bestimmter Glaube und eine deutsche Nationalkirche waren also nicht in seinem Sinne, noch wurden sie von ihm angestrebt.

Der Band über die völkisch-religiöse Bewegung belegt zudem, dass auch die katholische und evangelische Kirche nicht frei von antisemitischen Einstellungen waren, die ihr teilweise angepasstes Verhalten gegenüber jüdischen Mitmenschen bestimmten, bis hin zur ausdrücklichen Absage an eine Kirchengemeinschaft mit getauften Juden. So verdienstvoll und für die Wortführer auch nicht ungefährlich etwa die theologische Auseinandersetzung mit Alfred Rosenberg und seinem „Mythus des 20. Jahrhunderts“ war, anzulasten bleibt den Gegenschritten, dass sie die dezidiert antisemitischen Implikationen aussparten. Richtig ist, dass nur wenige Kirchenvertreter einen rassistischen Antisemitismus verfochten, andererseits darf aber die seinerzeit auch unter Christen verbreitete Einstellung mit dem Begriff „Antijudaismus“ nicht verharmlost werden.

Jörg Müller:

Strafvollzugspolitik und Haftregime in der SBZ und in der DDR. Sachsen in der Ära Ulbricht (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 48). Göttingen 2012 (Vandenhoeck & Ruprecht), 379 S.

Rezension von Johannes Raschka in: hsozkult (id=19834)

Auf Sachsen konzentriert sich die Studie im Rahmen der Untersuchung des Strafvollzugs bis 1952: Auch wenn die Haftbedingungen in den ersten Nachkriegsjahren – wie die Lebensverhältnisse insgesamt – katastrophal waren, gab es im Strafvollzug, der in dieser Zeit noch der Justiz unterstand, hoffnungsvolle Reformansätze hin zu einem „Erziehungsstrafvollzug, in dessen Mittelpunkt die Resozialisierung der Häftlinge stand“ (S. 97). Dagegen setzte das Innenministerium, das den Strafvollzug seit Ende der 1940er Jahre schrittweise übernahm, allein auf Sicherheit und Disziplin, die mit militärischer Härte durchgesetzt wurde.

Ausschlaggebend für die Unterstellung des Strafvollzugs unter die Innenbehörden war in erster Linie die wachsende Zahl politischer Häftlinge: Besatzungsmacht und Innenverwaltung „hielten den ‚humanen Strafvollzug‘ der Justiz zur Inhaftierung von vermeintlichen Gegnern der neuen Ordnung für ungeeignet“ (S. 120). Neben die wirkungsvolle Isolierung politischer Gegner trat rasch die Indienstnahme der Häftlingsarbeit für die Wirtschaft der DDR als Hauptzweck eines der Innenverwaltung nachgeordneten Strafvollzugs.

Für die Zeit nach 1952 konzentriert sich Jörg Müller vor allem auf die zentrale Strafvollzugspolitik und konstatiert – als Folge der sich periodisch ändernden politischen Großwetterlage – einen ständigen „Wechsel von Phasen eines verschärften Haftregimes und Phasen gemäßigter Haftbedingungen“ (S. 322). Allerdings führt Müller in diesen Abschnitten seiner Arbeit, etwa durch einen Ausblick auf die Strafvollzugspolitik der 1970er Jahre oder durch die Thematisierung der Frage von Haftentschädigungen nach 1990, auch Fragen an, die für den Leser nur schwer in den Gesamtzusammenhang der Argumentation einzuordnen sind.

Abschließend kommt Müller allerdings zu einem klaren Fazit: Hauptaufgaben des Strafvollzugs seien die Isolierung und Abschreckung von „Feinden“ des SED-Staates sowie die Erfüllung von ökonomischen Planzielen gewesen. Er präsentiert eine knappe Chronologie, die zeigt, wie die Strafvollzugspolitik in Wechselwirkung mit der Politik der Partei zwischen „Überspitzungen“ und „Liberalismus“ schwankte. Und er weist deutlich auf die erheblichen Unterschiede zwischen der Theorie der Strafvollzugspolitik und einer Praxis hin, die vor allem durch die miserable „Kaderlage“ beim Wachpersonal geprägt war. Allerdings hätte sich der Rezensent auch hier eine klarere Einordnung gewünscht, welche dieser Aussagen auf die DDR insgesamt und welche auf Sachsen bezogen sein soll.

Rezension von Tobias Wunschik in: sehepunkte, 13 (2013) 4

[...] Eine detaillierte, quellengestützte Gesamtdarstellung bietet Jörg Müller, der unzählige Akten bezirklicher und zentraler Provenienz sichtete. Aus diesen zitiert er vielfach wörtlich, leistet aber sorgsame Quellenkritik und geht in der Analyse ein paar Schritte weiter: So wagt er einen Vergleich mit dem Strafvollzug der Nationalsozialisten und dem der Bundesrepublik. Den zentralen Begriff des politischen Gefangenen diskutiert der Autor ebenfalls, dehnt ihn aber auf sämtliche Verfolgten des SED-Regimes aus, unabhängig von ihren (echten oder vermeintlichen) Taten und Motiven. Folglich vermutet er auch in den Arbeitserziehungslagern einen „Großteil“ politischer Gefangener (233) und veranschlagt deren Anteil in Bautzen I im Jahre 1952 gar auf 97 Prozent (159), was alle ehemaligen Speziallager-Insassen einschließen würde, unter denen auch echte NS-Täter waren. Leitende Fragestellung seiner Studie sind aber nicht die Gefangenen, sondern die Strafvollzugspolitik und die Haftwirklichkeit, deren Verhältnis zueinander er im „systematischen Nebeneinander von Normenstaat und Maßnahmenstaat“ begründet sieht (333).

Müller beleuchtet zunächst den Wiederaufbau der ostdeutschen Gefängnisverwaltung durch die Justiz nach

Kriegsende. Da hierzu wenige Häftlingsberichte vorliegen, greift der Autor für die 1940er Jahre fast ausschließlich auf Akten der Gefängnisverwaltung zurück. Doch auch diese spiegeln die Haftwirklichkeit wider, da seinerzeit in den Berichten noch nicht so sehr beschönigt wurde. Die Justiz setzte auf Reformen und wollte Gelegenheitstätern mildere Haftbedingungen gewähren oder ihnen eine Strafverbüßung sogar ganz ersparen. Eine neu eingerichtete Gefangenenselbstverwaltung besaß seinerzeit ein Mitspracherecht bei Arreststrafen und wurde sogar bei Entlassungen gehört. Damit kontrastiert die katastrophale materielle Ausstattung: Im Winter 1946/47 gab es kaum Heizmaterial und nicht einmal Decken für alle Gefangenen; reduzierte Verpflegung führte zu vielen Toten. In Beschwerdebriefen kritisierten gleichwohl „freie“ Bürger etwa die Haftanstalt Zwickau als „Erholungsheim“, da hier offener Vollzug herrschte (65). Doch auch innerhalb der Verwaltung setzten viele Verantwortliche auf nackte Repression: Ein Zwickauer Staatsanwalt etwa schrieb 1947 der späteren Justizministerin Hilde Benjamin, „dass die menschliche Gesellschaft absolut nichts verliert, wenn ein Mensch, der x-mal vorbestraft ist, auch aus besonderen Umständen in der Haft einmal stirbt“ (73).

Nach der Phase der Zuständigkeit der Justiz für die Gefängnisse (bis 1950) beleuchtet Müller die Übertragung der Verantwortung auf die Volkspolizei (1950–52) und deren weitere Tätigkeit (bis 1989). Den ersten zehn Jahren des ostdeutschen Strafvollzugs nach Kriegsende gilt so die erste Hälfte der Studie, während die zweite Hälfte dann mehr als dreißig Jahre zum Gegenstand hat. Diese Akzentuierung ergibt sich teils daraus, dass viele Grundsatzentscheidungen zum Strafvollzug tatsächlich in den frühen Jahren fielen. Vor allem jedoch hinterließ die Gefängnisverwaltung ab den 1970er Jahren viel weniger aussagekräftige Unterlagen. Die 1980er Jahre vernachlässigt Müller fast vollständig, obwohl 2009 eine Studie zum ostdeutschen Gefängniswesen im Jahre 1989 erschien. [2] Verzichtet hat Müller auf eigene Zeitzeugeninterviews, kompensiert dies aber durch die intensive Rezeption der Autobiografien ehemaliger Insassen.

Müllers Hauptkapitel über den DDR-Strafvollzug unter der Ägide der Volkspolizei durchläuft die Jahre zwischen 1952 und 1989 zweimal – einmal mit der Darstellung von „Haftregime und Strafvollzug in der Praxis“ (in Abschnitt V.3) und ein weiteres Mal mit der Darstellung der „Haftbedingungen im Überblick“ (in Abschnitt V.5). In beiden Abschnitten geht Müller chronologisch vor, unter Beachtung von allgemeinen historischen Zäsuren wie Volksaufstand und Mauerbau. Der erstgenannte Abschnitt handelt von den Kontroversen zwischen Gefängnisverwaltung, Staatsanwaltschaft, Justiz, Parteigremien und Staatssicherheit, dem Arbeitseinsatz, der

Überbelegung, den Amnestien, der Gefangenenmisshandlung, den Versorgungsproblemen und den unerwünschten Westkontakten der Aufseher. Besonderes Augenmerk legt Müller auf die Haftbedingungen, hauptsächlich aus Sicht der Machthaber im Spiegel ihrer Akten. Im Abschnitt V.5 werden die Haftbedingungen dann mehr aus der Sicht der Betroffenen und stärker auf der Basis von Häftlingsbiografien geschildert – neben neuen Stichworten (wie etwa der Häftlingsseelsorge) werden so abermals Arbeitseinsatz, Gefangenenmisshandlung und Versorgungsprobleme behandelt. Dank der dichten, detaillierten Beschreibung kommen aber nur wenige Aspekte etwas zu kurz – wie etwa die verschiedentliche Gewaltanwendung von Häftlingen untereinander oder die Homosexualität einiger Insassen. Diese Tabu-Themen ließen bislang fast alle Autoren zum DDR-Strafvollzug außer Betracht.

Obwohl Müller die zentrale Gefängnisverwaltung in Ostberlin genau beleuchtet, liegt sein geografischer Schwerpunkt doch auf Sachsen. Sachliche Gründe (wie die Schrittmacherfunktion der sächsischen Strafvollzugsreformen in den Nachkriegsjahren), vor allem aber arbeitsökonomische Überlegungen sprachen dafür. Folglich werden einige regionale Besonderheiten (wie die sächsische Kommandohaft) erwähnt, während der wichtigere Jugendstrafvollzug nicht behandelt wird. Diese thematische, geografische und zeitliche Fokussierung ist, zumal bei einer Dissertation, legitim, hätte jedoch einen präziseren Buchtitel verlangt. Die eingangs vermisste Gesamtdarstellung des DDR-Strafvollzugs steht also noch aus.

Günther Heydemann/Karel Vodička (Hg.):

Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990–2012 im Vergleich (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 49), Göttingen 2013 (Vandenhoeck & Ruprecht), 387 S.

Rezension von Wolfgang David in:

Sächsische Zeitung vom 29. August 2013

Zu Europa gehören sie schon immer, zur Europäischen Union erst wenige Jahre: das knappe Dutzend Staaten, das einst Teil des je nach Perspektive, „Sozialistischen Lagers“ bzw. „Ostblocks“ war. Wie erging es ihnen seither, durch die Hilfe, die sie erhielten und die Anpassungsleistung, die sie erbringen mussten? Hannah-Arendt-Instituts-Direktor Günther Heydemann und sein Kollege Karel Vodička, beide ebenfalls mit Texten vertreten, baten Experten um ihre Meinung. [...]

In einer Art Metastudie erkunden die Herausgeber, wie stabil die Änderungen sind, die sich nach dem Systemwechsel in den betreffenden Staaten vollzogen. Ihr Be-

Postkommunistische Demokratien

Systemtransformationen unter der Ägide der Europäischen Union im Vergleich

Beim Blick auf die zahlreichen Gedenktage der Umbrüche von 1989/90 gerät häufig aus dem Blick, dass mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime des früheren Ostblocks noch keineswegs alles entschieden war. Die Etablierung funktionierender und belastbarer Demokratien brauchte und braucht Zeit, ebenso die Entwicklung funktionierender Marktwirtschaften. Zwei Generationen oder vielleicht sogar 60 Jahre würden benötigt, um bürgerliche Gesellschaften nach dem westlichen Modell entstehen zu lassen, meinte Ralf Dahrendorf im Jahr der deutschen Wiedervereinigung 1990.

23 Jahre nach dieser Prophezeiung legt das Dresdener Hannah-Arendt-Institut ein Handbuch vor, das den Stand der Transformationen im politischen System, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft in allen ehemaligen Ostblockländern dokumentiert, die unterdessen der EU beigetreten sind. Auch die neuen Länder Deutschlands werden dabei berücksichtigt. Als Referenzländer für die Bewertung des erreichten Transformationsgrades werden nicht nur die alten Bundesländer herangezogen, sondern auch die Niederlande und Österreich.

Der Befund, zu dem die Autoren des Handbuchs gelangen, ist ambivalent: Einerseits tragen die elf postkommunistischen Staaten in der EU insgesamt schwer an der Erblast der kommunistischen Regime. Systemische Entmündigung und Lügegebäude in der Zeit des erzwungenen Sozialismus haben in Verbindung mit der sozialen Anomie der ersten Umbruchphase dazu geführt, dass das Misstrauen gegenüber Demokratie und Marktwirtschaft deutlich höher geblieben ist als in den Referenzländern. Die politischen Parteien sind in der Bevölkerung deutlich weniger verankert, die Wahlbeteiligung ist geringer, der Glaube an die Möglichkeit, die Verhältnisse durch eigenes Engagement verändern zu können, ist weniger verbreitet. Ethos, Vertrauen und Moral sind knappe Güter geblieben. Entsprechend hoch ist die Anfälligkeit für populistische Parolen und für Korruption. Die politische Arena neigt dazu, zu einem Selbstbedienungsladen für konkurrierende Politikerkreise zu verkommen, die sich inhaltlich-programmatisch kaum unterscheiden.

Auf der anderen Seite sind gewaltige Aufbauleistungen im politischen System und in der Infrastruktur zu verzeichnen; die Wachstumsraten sind nach den Einbrüchen der Umbruchphase nachhaltig positiv. Die Demokratie wird überall als

die „angemessenste“ Regierungsform akzeptiert. Lediglich in Bulgarien geht die Zustimmung zur demokratischen Idee nicht so weit, dass man sie „auf jeden Fall“ als „gut“ bezeichnen würde. Das zivilgesellschaftliche Engagement hat in den meisten Ländern, von einem niedrigen Niveau ausgehend, tendenziell stark zugenommen. Nach dem Urteil der Herausgeber ist „die schwierigste Zeit in den östlichen EU-Ländern bereits durchschritten: im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereich kann tendenziell mit einer überwiegend positiven Entwicklung gerechnet werden.“ Alle postkommunistischen EU-Länder können als „sich konsolidierende Demokratien“ betrachtet werden, und das unterscheidet sie deutlich von den sonstigen Nachfolgestaaten des sowjetischen Imperiums.

Die vergleichende Betrachtung macht deutlich, dass die Entwicklung hin zu marktwirtschaftlicher Demokratie in den elf Ländern keineswegs gleichförmig erfolgte. Es gab Rückschläge, Stagnationsphasen und unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeiten. Im Ergebnis haben sich bis Ende 2012 die ostdeutschen Länder gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch am stärksten konsolidiert, gefolgt von Estland, Slowenien und Tschechien. Die Slowakei, Polen und Ungarn haben Mittelwerte in der Konsolidierung erreicht. Bulgarien, Litauen, Lettland und Rumänien sind unterdurchschnittlich weit gelangt.

Die Frage ist, wie die drastischen Rückschritte zu bewerten sind, die Ungarn unter der konservativ-populistischen Regierung von Viktor Orbán seit 2010 erfahren hat. Kann man die Abschwächung der Kontrollkompetenzen des ungarischen Verfassungsgerichts, die Reduzierung der Unabhängigkeit der Zentralbank und der Datenschutzbehörde und die Einschränkung der Unabhängigkeit der Nichtregierungsorganisationen und der Medienfreiheit wirklich noch als vorübergehende Rückschläge auf dem Weg zum westlichen Demokratiemodell betrachten, wie es im Fazit der Herausgeber anklingt? Oder ist Ungarn schon auf dem Weg zur Entdemokratisierung? Jürgen Dieringer, Autor des Ungarn-Beitrags, ist hier eher optimistisch: Er sieht „eine Makrodebatte zwischen Generalverdacht, Geschichtsbesessenheit und Machtvergessenheit“ in Gang gekommen, deren Ausgang zumindest offen ist.

Die Fokussierung der Beiträge auf den gegenwärtigen Transformationsstand lässt leider keine fundierten Bewertun-

gen einzelner Transformationspolitiken zu. Mögliche alternative Entwicklungen kommen nicht in den Blick. Deutlich wird durch den Vergleich mit den Nicht-EU-Ländern nur, dass die EU-Beiträge wesentlich zu den bisherigen Transformationserfolgen beigetragen haben. Die Ausrichtung auf eine EU-Mitgliedschaft hat von Anfang an die politische Diskussion bestimmt, die Heranführungsstrategie der EU hat bei der politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung wesentlich mitgeholfen, Interventionen der EU-Organen – etwa in Ungarn oder in Rumänien – haben zur Abschwächung oder gar Rücknahme antidemokratischer Maßnahmen geführt.

Der ehemalige tschechische Ministerpräsident und spätere EU-Kommissar Vladimír Špidla vertritt in einem Vorwort die Auffassung, dass die große EU-Ost-Erweiterung nicht nur für die innere Entwicklung der Beitrittsländer, sondern auch für die Stabilisierung der gesamten Region „essentiell“ gewesen sei: „Ohne den Leuchtturm des EU-Beitritts wäre die Systementwicklung komplizierter gewesen, mit weit größeren Spannungen zwischen den einzelnen Ländern und Regionen. Der anzunehmende Grad der Eskalation, der uns erwartet hätte, ist kaum abzuschätzen.“ Die Herausgeber leiten daraus ab, dass die EU den Friedensnobelpreis 2012 durchaus verdient habe.

Špidla schreibt weiter, dass die wenigen Politiker, die die Transformation gestaltet haben, dabei eine „außerordentlich große persönliche Last“ empfanden. Die Tragweite ihrer Entscheidungen war ihnen bewusst, zugleich aber war die Unsicherheit über die möglichen Konsequenzen der Entscheidungen beträchtlich. Umso dankbarer waren sie für die Unterstützung durch die EU-Institutionen und die einzelnen Mitgliedsländer.

Ein solches Bekenntnis macht deutlich, dass die Nachzeichnung der Transformationsentscheidungen ein dringendes Desiderat der zeitgeschichtlichen Forschung darstellt. Und es weist auch darauf hin, dass sich die Notwendigkeit solcher Unterstützung noch nicht erledigt hat. Die Festigung der Demokratie in den „neuen“ Mitgliedsländern der EU stellt ein Langzeitprogramm dar, für das es auch langfristiger Unterstützung bedarf. Ob wirklich der ganze Zeitraum benötigt werden wird, den Ralf Dahrendorf dafür veranschlagt hat, wird nicht zuletzt davon abhängen, wie stark diese Unterstützung ausfällt.

WILFRIED LOTH

Günther Heydemann/Karel Vodička (Herausgeber): Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990–2012 im Vergleich. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013. 387 S., 64,99 €.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. November 2013.

fund: Ja, es ging voran in den letzten Jahren, obschon viel langsamer als erhofft. Mehrheiten, die sich die alten Verhältnisse zurückwünschen, gibt es nicht. Alle östlichen EU-Länder, auch den Teil Deutschlands, der DDR war, charakterisiert indes ein Syndrom aus Politik- und Reformmüdigkeit. Zu wenige Bürger gehen wählen, und es treten, verglichen mit den etablierten Demokratien, zu wenige Parteien bei. Das Parteiengefüge ist nicht sehr stabil. Zwar wird die Demokratie bejaht, ihrer jeweiligen Manifestation aber distanziert begegnet. Dies enttäuscht besonders in Ländern, in denen sich einst Massen für einen Politikwechsel engagierten. Während die Autoren manche Staaten mit einem Mangel an „prädiktatorischen Demokratieerfahrungen“ entschuldigen, lassen sie in Bezug auf jene, die über solche Erfahrungen verfügen, eine Ungeduld erkennen, die überzogen wirkt. Auch Begriffe wie Krankheit, Devastierung und Trauma dürften dem Phänomen nicht gerecht werden. Die „gesellschaftlichen Ressourcen an Ethos, Vertrauen und Moral“ blieben „im postkommunistischen EU-Raum nach wie vor knappe Güter“, lautet das Resümee. [...]

Der Tjul'panov-Bericht

Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Herausgegeben von Gerhard Wettig (Berichte und Studien 63) Göttingen 2012 (V&R unipress), 424 S.

*Rezension von Winfried Sträter:
www.dradio.de (Kritik 1871626)*

Stalin wollte kein neutrales, sondern ein Sowjet-Deutschland. Das belegt der Rechenschaftsbericht des sowjetischen Oberst Sergej Tjul'panov, den dieser 1948 der politischen Führung in Moskau vorlegte. Gerhard Wettig, der den Text ediert hat, liefert im ersten Teil des Bandes eine sachliche und kenntnisreiche Analyse der sowjetischen Besatzungspolitik nach 1945.

Was wollte Stalin? Wollte er die DDR? Hätte er ein einheitliches Deutschland bevorzugt, wenn es zur Neutralität verpflichtet gewesen wäre? Hätten die Westmächte durch Verzicht auf den Kalten Krieg die Teilung Deutschlands verhindern können?

All diese Fragen haben Publizisten, Politik- und Geschichtswissenschaftler jahrzehntelang umgetrieben. Schon 1952 tobte eine heftige Debatte in der Bundesrepublik, als die Stalin-Note den Anschein erweckte, bei einer Neutralisierung Deutschlands, einem Verzicht der Bundesrepublik auf die Westbindung, wäre eine Wiedervereinigung möglich. Und noch 1994 veröffentlichte der Historiker und Politikwissenschaftler Wilfried Loth ein Buch unter dem Titel: „Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte“.

Vor diesem Hintergrund ist eine geschichtswissenschaftliche Veröffentlichung interessant, die sich eigentlich eher an das Fachpublikum wendet. Gerhard Wettig, der sich wie kaum ein zweiter Geschichtsforscher durch die Akten des Kalten Krieges gewühlt hat, hat eines der aufschlussreichsten Dokumente der sowjetischen Deutschlandpolitik nach dem Krieg in deutscher Übersetzung herausgegeben: den Rechenschaftsbericht des sowjetischen Oberst Sergej Tjul'panov an seine Vorgesetzten und die politische Führung in Moskau 1948.

Drei Jahre lang, von 1945 bis 1948, hatte Tjul'panov in Deutschland eine heikle Mission zu erfüllen: Er sollte dafür sorgen, dass sich die Deutschen freiwillig den politischen Vorgaben der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) fügten. Mehr noch: dass sie den Aufbau eines sozialistischen Systems als ihr eigenes Anliegen begriffen. Die Anleitung von Parteien, Gewerkschaften, Massenorganisationen und Medien war seine Aufgabe – eine spezielle Form von Öffentlichkeitsarbeit. 1948 musste er seinen Posten räumen und wurde in die Sowjetunion zurückbeordert, da die Partei- und Militärführung mit den Ergebnissen unzufrieden war. In dieser Situation schrieb Tjul'panov den von Wettig edierten Bericht, in dem er seine Aufgaben, seine Aktivitäten und die Schwierigkeiten seiner Mission in Deutschland erklärte.

Dieser Bericht dokumentiert in vielen Details die grundsätzliche Schwierigkeit der sowjetischen Deutschlandpolitik. In Moskau hatte man erwartet, dass sich die Deutschen in den Aufbau eines Sowjetsozialismus fügen würden, die Widerstände dagegen hatten sie unterschätzt. Das Dokument ist zweifellos eine historische Quelle – insofern eine „Lektüre für Fortgeschrittene“, die Einblicke in die Argumentation und Gedankenwelt leitender SMAD-Kader in der SBZ nach 1945 bekommen wollen. Doch das Buch besteht aus zwei Teilen: Im ersten Teil beschreibt Gerhard Wettig die Grundzüge der sowjetischen Deutschlandpolitik nach 1945, und allein dieser Text ist ausgesprochen lesenswert.

Wettig kennt die Quellen wie kein zweiter, und auf dieser Grundlage entzieht er jeder Legendenbildung um die deutsche Teilung den Boden. Stalin wollte nicht die DDR, das ist wahr, denn seine Vision war eine andere: Er sah eine realistische Chance, ganz Deutschland und letztlich ganz Europa in seine Gewalt zu bekommen. Auf dieses Ziel war seine Nachkriegspolitik ausgerichtet. Vor Kriegsende hatte US-Präsident Roosevelt in einem Gespräch mit Stalin zu erkennen gegeben, dass die USA in nicht allzu ferner Zeit nach Kriegsende ihre Streitkräfte aus Europa zurückziehen würden. Auf diese Hoffnung, den Amerikanern als Hegemonialmacht in Europa nachzuzufolgen, war Stalins Deutschland- und Europapolitik ausgerichtet.

Eindrucksvoll beschreibt Wettig Stalins Doppelstrategie, einerseits in der eigenen Zone eigene Vorstellungen

durchzusetzen, andererseits den Anschein politischer Offenheit zu wahren, um die nötige Zeit bis zum erwarteten US-Abzug zu gewinnen. Stets war der Blick über die SBZ hinaus auf ganz Deutschland gerichtet. Bis 1947 gelang es Stalin, die wirtschaftliche Erholung auch in den Westzonen zu blockieren. Erst Stalins Kompromisslosigkeit in dieser Frage führte dazu, dass die Westmächte ihre eigenen Wege gingen, um ihre Zonen nicht länger versorgen zu müssen. Wettigs fundiert belegte Schlussfolgerung: Nicht der Westen entfachte den Kalten Krieg, sondern der sowjetische Machthaber.

Auch für diesen Text gilt: Es ist „Lektüre für Fortgeschrittene“, denn Wettig verfasst keinen Nachkriegsthiller, sondern schreibt betont nüchtern und sachlich. Das aber ist ein unschätzbare Vorteil: Er meidet jede Diktion des Kalten Krieges, jede Polemik, sondern analysiert kühl, was hinter den Merkwürdigkeiten der sowjetischen Besatzungspolitik steckt. Das Ergebnis ist eindeutig: Die Diskussionen der vergangenen Jahre haben sich erledigt. Stalin wollte kein neutrales, sondern ein Sowjet-Deutschland. Und als das nicht mehr möglich war, formte er den Teil, auf den er direkten Einfluss hatte, so, wie er gern ganz Deutschland und Europa geformt hätte.

*Rezension von Tilman P. Fichter in: Zeitschrift des
Forschungsverbundes SED-Staat, (2012) 32*

Der sowjetische Oberst Sergej I. Tulpanow (1902–1984) stand seit dem 16. Oktober 1945 der „Propagandaverwaltung“ der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), der späteren „Informationsverwaltung“, vor, welche die Parteien, Gewerkschaften, Frauenorganisationen, die FDJ sowie die Presse und den Kulturbetrieb „anleitete“. Damals verfasste Tulpanow in kurzen Abständen für seine Vorgesetzten in Berlin-Karlshorst und in Moskau vertrauliche schriftliche Berichte über die Erfolge der sowjetischen Besatzungspolitik bzw. die Schwierigkeiten bei ihrer Umsetzung. Die allermeisten der Berichte Tulpanows und seiner Mitarbeiter landeten damals umgehend auf dem Schreibtisch von Stalin, dem die deutschen Dinge ganz offensichtlich äußerst wichtig waren. Im Jahre 1948 überprüfte eine Untersuchungskommission des Zentralkomitees der KPdSU die Tätigkeit Tulpanows und fasste die meisten seiner Berichte, Anordnungen und Stellungnahmen für die Zeit von Oktober 1945 bis Herbst 1948 in einem – offensichtlich in großer Eile erstellten – Gesamtbericht zusammen. Der Osteuropa-Historiker Gerhard Wettig entdeckte diesen Bericht vor kurzem im Staatsarchiv der Russischen Föderation und übersetzte die 273 Seiten, zusammen mit Wladimir Hedeler, ins Deutsche. Das Dresdner Hannah-Arendt-Institut hat jetzt den ausführlich kommentierten Tulpanow-Bericht in seiner Schriftenreihe veröffentlicht. [...]

Die kontroverse Debatte darüber, ob Stalin womöglich ein neutrales Gesamtdeutschland der Existenz eines ostdeutschen Teilstaates vorgezogen hätte, verlief im sich gerade neu vereinigenden Deutschland ergebnislos. Schließlich fehlte damals noch – so Schulz – ein entscheidender Text – nämlich der „Geheimbericht“ des Oberst Tulpanow an die KPdSU vom Herbst 1948.

Löste die Entdeckung dieses „Schlüsseldokuments“ durch Wettig in der westdeutschen Geschichtswissenschaft nun eine neue Debatte zur Spaltung Deutschlands aus? Eher nein. Denn dieser Bericht für die Kommission der KPdSU erwies sich als eine äußerst magere Bilanz. Der russische Oberst, der auch Wissenschaftler war und als Kenner der klassischen deutschen Literatur galt, hatte seine Berichte in einer erstaunlich trockenen und bürokratischen Amtssprache abgefasst. Das erstaunt um so mehr, als er aus einer alten Lenin-grader Bolschewistenfamilie stammte. Seine Eltern waren – so Wettig im Vorwort – in der großen stalinistischen „Säuberungswelle“ von 1938 bzw. 1940 wegen „Spionage“ verurteilt worden. Die Ehefrau seines Lieblingsbruders habe sogar „Verbindung zu einem [als] Botschaftssekretär getarnten Agenten des britischen Geheimdienstes“ gehabt. Außerdem sei ihr Vater als „Feind der UdSSR“ von den Stalinisten liquidiert worden. Angeblich habe er zu einer „rechtsgerichteten trotzkistischen konterrevolutionären Organisation“ gehört. Kurzum: Tulpanow war sicherlich kein geborener Stalinist. Als Überlebender des „Großen Terrors“ hat er sich wohl eher als internationalistisch gesinnter Leninist begriffen und vermutlich bewusst diese vorsichtige Sklavensprache benutzt.

Nicht Stalin, sondern der Chef der SMAD und Oberbefehlshaber der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), Marschall Georgij K. Schukow, hatte im August 1945 den ehemaligen Dozenten für Germanistik Tulpanow wegen seiner guten Deutschkenntnisse nach Berlin geholt. Vielleicht nur ein formaler Unterschied, der jedoch im Stalinismus atmosphärisch nicht unwichtig war. Tulpanow kannte zudem eine Reihe von KPD-Kadern aus dem Moskauer Exil und auch Walter Ulbricht persönlich. Ulbricht selbst soll sogar Tulpanows Namen bei Stalin ins Gespräch gebracht haben.

Tulpanow war, soweit wir wissen, nie an einer in Moskau getroffenen Grundsatzentscheidung über Deutschland beteiligt. Allerdings spielte er bei der Umsetzung der Besatzungspolitik Stalins eine entscheidende Rolle. So ging zum Beispiel die zeitlich überstürzte Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 auf einen Rat Tulpanows zurück. Er rechnete damit, dass die Sozialdemokratie bei den anstehenden Landtagswahlen stärker werden würde als die Ulbricht-KPD. Das wird

aus dem Tulpanow- Bericht deutlich. Wegen solch taktischer Hintergrundinformationen gehört dieses Dokument auch in jede Bibliothek zur deutschen Nachkriegsgeschichte. [...]

Francesca Weil:

Verhandelte Demokratisierung. Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR (Berichte und Studien 60) Göttingen 2011 (V&R unipress), 248 S.

Rezension von Ilko-Sascha Kowalczyk in: sehpunkte, 13 (2013) 7/8

Francesca Weil, seit Jahren eine der produktivsten Historikerinnen am Hannah-Arendt-Institut in Dresden, weist am Beginn ihrer Studie darauf hin, dass die kulturgeschichtliche Tradition „Runder Tische“ bis zur König-Artus-Sage zurückreiche. Um die 1989/90 in der DDR etablierten „Runde Tische“ ranken sich, so Weil, immer noch „verklärende Legenden“ (7). Dem will ihre Studie entgegensteuern.

Nach der Vorstellung des Forschungsstandes und der komplizierten und zuweilen diffusen Quellenlage geht Francesca Weil knapp, aber hinreichend auf vergleichbare Institutionen in anderen kommunistischen Staaten ein. Dabei wird deutlich, dass jedes Land eigene Wege einschlug und selbst die allgemeine Vorbildwirkung des ersten Runden Tisches in Polen eher begrifflich und metaphorisch denn praktisch zu verstehen ist. Anschließend charakterisiert die Autorin den „Zentralen Runden Tisch“ in der DDR, der in der Literatur eine intensive Beachtung erfuhr. Seine Sitzungen sind von Dezember 1989 bis März 1990 überwiegend live im Fernsehen und im Radio übertragen, die Sitzungsprotokolle sind vor Jahren herausgegeben worden und mehrere wissenschaftliche Studien haben sich analytisch mit ihm befasst, ohne dabei erschöpfend zu sein.

Wie viele „Runde Tische“ es in der DDR 1989/90 gab, kann wohl niemand mit Gewissheit sagen. Es existierten hunderte, wenn nicht tausende. Neben dem „Zentralen Runden Tisch“ und den „Runden Tischen“ in den Bezirken und Kreisen kamen zahllose weitere regionale, lokale, institutionell gebundene sowie speziell thematische hinzu. Francesca Weil konzentriert sich auf die 15 „Bezirkstische“. Damit schlägt sie eine Schneise in die bisherige Unübersichtlichkeit und trägt nicht unwesentliche Mosaiksteine zu unserem Bild über die hektischen und heterogenen Abläufe und Ereignisse 1989/90 bei. [...]

Das Buch verdient aufgrund seiner empirischen Dichte, seiner guten Lesbarkeit, seiner ausgewogenen Urteile und nicht zuletzt, weil die Autorin es strikt unterlässt, zu mutmaßen oder – wie es in den letzten Jahren in Mode gekommen ist – Verschwörungstheorien zu entwerfen,

breite Aufmerksamkeit. Denn auch Weils These, dass diese „Runden Tische“ entscheidend zur bislang wenig beachteten und gewürdigten „eigenständigen DDR-Demokratisierung“ beitrugen (230), ist plausibel. Dass die DDR „bereits ein halbes Jahr“ vor der Wiedervereinigung „ein freiheitlich-demokratischer Staat“ (ebd.) war, trifft allerdings so nicht zu. Damals herrschte eher eine lustige Anarchie; einen funktionierenden Rechtsstaat gab es weder am 3. April noch am 2. Oktober 1990 in der DDR. Aber diese These von Francesca Weil sollte man angesichts ihres eindrucksvollen und sonst überzeugenden Buches nicht so ernst nehmen. Hier scheint mehr die Zeitzeugin denn die Historikerin zu sprechen.

Maria Magdalena Verburg:

Ostdeutsche Dritte-Welt-Gruppen vor und nach 1989/90(Berichte und Studien 61) Göttingen 2012 (V&R unipress), 220 S.

Rezension von Jan Peter Behrendt in: sehpunkte, 13 (2013) 5

Die Zeit der Runden Tische in den Umbruchjahren 1989/90 war die große Stunde der ostdeutschen Dritte-Welt-Gruppen: Während sie sowohl in den zwei Jahrzehnten vor der friedlichen Revolution, als auch in den Jahren danach eine eher randständige Existenz führten, gaben sie in der Umbruchzeit mit Experten und Meinungsführern kurzfristig den Ton in der ostdeutschen Entwicklungspolitik an.

Maria Magdalena Verburg hat ihre Dissertation diesen, in der wissenschaftlichen Literatur bislang noch weitgehend vernachlässigten, entwicklungspolitischen Zusammenschlüssen gewidmet. Die Arbeit untersucht die Konzepte der Gruppen, deren Entwicklung und die Schwerpunkte ihrer praktischen Arbeit. Die Studie besteht aus drei Kapiteln und ist chronologisch gegliedert. Im Zentrum der Untersuchung steht die Frage nach dem Verhältnis der Organisationen zu ihrem jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Umfeld. Verburg möchte wissen, welche Möglichkeiten zur eigenständigen Arbeit in der SED-Diktatur bestanden und wie sich die Akteure auf die neuen Rahmenbedingungen im wiedervereinten Deutschland einstellten. Sie verortet die ersten Dritte-Welt-Initiativen der DDR in ihren kirchlichen und studentischen Milieus als Folgeorganisationen der Aktion Sühnezeichen und der Aktionsgemeinschaft für die Hungernden. Nur knapp charakterisiert die Autorin 16 von insgesamt wohl um die 40 Initiativen, die sie als die aktivsten Gruppen identifiziert. Hierbei stellt sie 22 Personen vor, die als leitende Mitglieder dieser Gruppen wirkten.

Es wird deutlich, dass die Dritte-Welt-Gruppen, anders als andere Zusammenschlüsse, die in der friedlichen Revolution auftraten, keineswegs eine Änderung des politischen Systems in der DDR im Sinn hatten. Vielmehr verfolgten die 22 von Verbürg identifizierten Wortführer ihre vor der Wiedervereinigung festgelegten entwicklungspolitischen Ziele ohne einen grundsätzlich veränderten konzeptionellen Zugang zur Thematik auch nach 1989 weiter. Während der friedlichen Revolution konnten die Akteure ein Vakuum füllen, das sich angesichts des Zusammenbruchs der staatlichen Solidaritätspolitik im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit bildete. Fachleute der Dritte-Welt-Gruppen wirkten 1989/90 an der Organisation der entwicklungspolitischen Runden Tische federführend mit, brachten kirchliche, staatliche und gesellschaftliche Organisationen in einen Dialog, formulierten offene Briefe und besetzten leitende Funktionen im 1990 neugegründeten Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit der DDR. Hierbei konnten sie Netzwerke nutzen, die sie in der DDR aufgebaut hatten.

[...] Die Gruppen kamen mit der SED-Diktatur nicht in Konfrontation.

Die alte Systemnähe der Initiativen machte sich nach der Wiedervereinigung in mehrfacher Hinsicht bemerkbar. Zwar hatten die Gruppen nun neue Möglichkeiten des Austauschs mit potentiellen Partnerorganisationen in Westdeutschland und in anderen Ländern, konnten sich frei artikulieren und vor allem eigenständig Projekte im Ausland beginnen. Zu einem großen entwicklungspolitischen Aufbruch kam es in den neuen Bundesländern aber nicht. Trotz einiger Neugründungen blieb die Gesamtzahl der Initiativen weit hinter der Zahl der Gruppen in den alten Bundesländern zurück, was Verbürg plausibel als Hinweis auf ein fortbestehendes bzw. nur langsam überwundenes Defizit an Zivilgesellschaft in den neuen Ländern wertet. Auch nutzten die Gruppen kaum die Möglichkeiten einer Institutionalisierung und Professionalisierung. Die neuen Freiheiten stellten die Akteure stellenweise offenbar vor Schwierigkeiten. Häufig wurde etwa gewarnt, dass die neue Reisefreiheit und die zu starke Konzentration auf das Ausland zu einer Vernachlässigung der Bewusstseinsbildung im Inland führen könne. Mit ihrer postmaterialistischen und modernisierungskritischen Haltung sei es den Gruppen kaum gelungen, eine breite Bevölkerung für sich zu gewinnen. Kontinuität habe bei der Forderung nach einer Reformierung der als ungerecht empfundenen Weltwirtschaftsstrukturen bestanden. Als Ursache für die Armut in den Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens wurde weiterhin die Gewinnmaximierung im kapitalistischen Wirtschaftssystem identifiziert und sozialistische Gesellschaftsentwürfe erschienen nach wie

vor als Alternative. Die Zusammenarbeit mit westdeutschen Gruppen scheiterte oft an Fragen der Kommunikation und des Umgangsstils; viele ostdeutsche Akteure fühlten sich wohl auch zu häufig belehrt und bevormundet. Insgesamt erscheinen der Autorin die Brüche zwischen Ost und West tiefer als zwischen ehemaligen Vertretern der staatsoffiziellen Solidaritätspolitik und den im Umfeld der evangelischen Kirche entstandenen Dritte-Welt-Gruppen.

Mit ihrem spezifischen Fokus auf den Bereich der Entwicklungspolitik liefert die Arbeit einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der politischen Willensbildung 1989/90. Sie enthält zahlreiche grundlegende Informationen zum Wesen der Dritte-Welt-Gruppen in Ostdeutschland. [...]

Manfred Gailus/Clemens Vollnhals (Hg.):

Mit Herz und Verstand. Protestantische Frauen im Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik (Berichte und Studien 65) Göttingen 2013 (V&R unipress), 280 S.

Rezension von Lutz Lemhöfer in:

evangelischesfrankfurt.de (2. Januar 2014)

Der protestantische Widerstand gegen die Nazidiktatur war männlich – mindestens in der Erinnerungskultur. Umso verdienstvoller sind diese Porträts von vierzehn evangelischen Frauen, die dem NS-Staat die Stirn boten. Die hier porträtierten Protestantinnen engagierten sich als couragierte Fluchthelferin wie Agnes Wendland, als Gastgeberin oppositioneller Gesprächskreise wie Elisabeth von Thadden, als scharfsichtige Kritikerin innerkirchlicher Blindheit gegenüber der Judenverfolgung wie Elisabeth Schmitz.

Das politische Spektrum ist breit, von der religiösen Sozialistin bis zur frommen Nationalkonservativen. Zwei der porträtierten Frauen wirkten auch in Frankfurt: Elisabeth Schmitz, die Autorin der scharfsichtigen Denkschrift zur Judenverfolgung, hat an der Schiller-schule Abitur gemacht; Katharina Staritz hat ihre letzten Lebens- und Berufsjahre von 1950–1953 als Vikarin an der Katharinenkirche gewirkt.

Gemeinsam ist den hier vorgestellten Frauen ihr starkes soziales Engagement und die nicht immer erfolgreiche Mühe, dieses Engagement auch beruflich zu realisieren. Die Frauen wurden eingebremst von männlicher Dominanz – auch im Kirchenkampf. Die hier vorliegende gemeinsame Würdigung war überfällig.

*Rezension von Marianne Bäumler in:
Kölner Stadt Anzeiger vom 8. November 2013*

Die Literatur über die Täter und Opfer des deutschen Faschismus füllt Bibliotheken, auch über die wenigen Widerstandskämpfer, wie zum Beispiel die des 20. Juli 1944. Wenig aber ist bekannt über eine kleine Anzahl von Frauen, die sich in der evangelischen „Bekennenden Kirche“ äußerst mutig zur Rettung jüdischer Mitbürger einsetzten. Selbst Otto Dibelius und Martin Niemöller, zwei prominente Führungsmänner der Kirchenopposition, hatten noch 1937 erklärt, „die Frauenbewegung der Weimarer Republikzeit habe die Frauen bedauerlicherweise dazu verleitet, sich für die Politik zu interessieren (...) und über Gebühr am öffentlichen Leben teilzunehmen.“

So ernüchternd kennzeichnet Manfred Gailus als Herausgeber des detailgenauen Sammelbandes „Mit Herz und Verstand. Protestantische Frauen im Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik“ den Hintergrund einer völlig unzureichenden christlichen Opposition im Nationalsozialismus. Wie Gailus schon in seiner Biographie „Mir aber zerriss es das Herz“ über die posthum als „Gerechte unter den Völkern“ geehrte Lehrerin Elisabeth Schmitz recherchierte, war es der sowohl kluge als auch empathische Eigensinn, mit dem diese Frauen vielen Menschen konkret halfen. In ihrer auf Matrizen gefertigten „Denkschrift gegen die Judenverfolgung“ konnte Elisabeth Schmitz 1935 in Berlin wenigstens eine Minderheit über die Folgen des Rassenwahns informieren. Der aktuelle Band dokumentiert eine Reihe weiterer Frauen, die durch ihre Solidarität Zeugnis ablegten, dass es Spielräume für Humanität gab. Es hätten sich nur mehr Mitmenschen mutig einsetzen müssen.

Rezension von Mandy Rabe in: Materialdienst des konfessionskundlichen Instituts Bensheim, 6/2013

Ausgehend vom bisherigen Forschungsdefizit zur Beteiligung von Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus leisten die Herausgeber mit diesem Band, der aus einer 2011 in Dresden stattgefundenen Tagung zum Thema „Die mutigen Frauen der Bekennenden Kirche im Widerstand gegen die nationalsozialistische Rassenpolitik“ hervorgegangen ist, einen wichtigen Beitrag zur schrittweisen Schließung dieser Lücke. Nach einer kurzen Einführung der Herausgeber (7–20), in welcher die zusammengetragenen Ergebnisse gebündelt und auf einer Metaebene thematisiert werden, folgen elf Personen- bzw. Familienporträts protestantischer Frauen, welche jeweils in ihrem persönlichen Kontext Mittel und Wege fanden, um jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Weitervermittlungen, Verstecken oder gefälschten Pässen zu helfen und diese so oftmals vor Deportationen zu bewahren. Auch aufsehenerregende

Protestschriften – teilweise anonym veröffentlicht die auf die antisemitische NS-Rassenpolitik hinwiesen, diese anprangerten und deren Unhaltbarkeit wissenschaftlich belegten, entstammten weiblicher Feder. Dennoch gerieten die Frauen in der Geschichtsschreibung weitestgehend in Vergessenheit. Erst in der jüngeren Vergangenheit wurden nicht wenige der dargestellten Frauen für ihr mutiges und riskantes Engagement mit dem Ehrentitel „Gerechte unter den Völkern“ der Gedenkstätte Yad Vashem (Jerusalem) ausgezeichnet. Folgende Persönlichkeiten versammelt der Band: Agnes von Zahn-Harnack und Elisabeth von Harnack (Gisa Bauer, 21–47); Elisabeth Abegg (Martina Voigt, 48–79); Elisabeth Schmitz (Manfred Gailus, 80–99); Elisabeth Schiemann (Martina Voigt, 100–127); Margarete Meusel (Hansjörg Buss, 128–145); Katharina Staritz (Gerhard Lindemann, 146–162); Agnes Wendland mit ihren Töchtern Ruth und Angelika (Barbara Schieb, 163–189); Helene Jacob (Bete Kosmala, 190–212); Sophie Benfey-Kunert (Rainer Hering, 213–230); Elisabeth von Thadden (Matthias Riemenschneider/Jörg Thierfelder, 231–251) und Ina Gschlössl (Klaus Schmidt/Anselm Weyer, 252–268). Den Autorinnen und Autoren des vorliegenden Bandes gelingt es, sowohl konkrete Widerstandshandlungen darzustellen als auch die Motive und Intentionen, die die Frauen zum jeweiligen Handeln trieben, herauszuarbeiten. Deutlich wird dabei die enge Verknüpfung zur erstarkenden Frauenbewegung. Die meisten der porträtierten Frauen stießen mehrfach an gesellschaftlich konventionierte Grenzen, mit denen sie sich einerseits arrangieren mussten, deren wenige Freiräume sie aber andererseits auch zu nutzen lernten. Auf eine Unterstützung durch die führenden Männer der „Bekennenden Kirche“ (BK) konnten sie dabei nur selten zurückgreifen; Karl Barth und Helmut Gollwitzer bilden rühmliche Ausnahmen. Da sich der Protest der BK vor allem gegen die staatliche Einflussnahme auf kirchliche Angelegenheiten richtete und sich auch auf dieses Feld beschränkte, fühlte sich die BK für politische Fragen wie die der Verfolgung der jüdischen Minderheit nicht zuständig. Obwohl einige der im Band vorgestellten Frauen Mitglieder der BK waren, lässt sich deren mutiges Eintreten demnach nicht unter ein Widerstandshandeln der BK subsumieren. Nach 1945 geriet ihr persönlicher Einsatz in Vergessenheit – er „störte [...] nur die geglättete Erinnerung und Selbstrechtfertigung der Mitläufer“ (20). Ein beigegebenes Personenregister (273–277) rundet den Band ab und macht ihn zur arbeitsfreundlichen Grundlage für die Weiterverwendung in Gemeinde, Unterricht und Forschung.

*Rezension von Marion Gardai in:
Die Kirche vom 10. November 2013, S. 5*

Kennen Sie Elisabeth Schiemann? Haben Sie jemals etwas über Agnes Wendland oder Elisabeth Abegg gehört? Diese mutigen Frauen leisteten im NS-Staat aus ihrem protestantischen Glauben heraus Widerstand gegen die Rassenpolitik und übten Solidarität mit ihren jüdischen und „nicht-arischen“ Glaubensgeschwistern. Dass sie so wenig bekannt sind, liegt auch daran, dass ihre Kirchen sie lange Zeit gründlich vergaßen und bis heute wenig würdigen: In der Gedenkkultur wurden oft nur die „großen Männer“ der Bekennenden Kirche geehrt.

Auch in den Kirchen der 50er Jahre hatten Frauen noch wenig mitzubestimmen, die Deutungshoheit kirchlichen Widerstands im „Dritten Reich“ lag unangefochten bei ihren männlichen Protagonisten. Heute ist das anders und „weltliche“ Historiker interessieren sich zunehmend für die Geschichte der Kirche im „Dritten Reich“. Sie analysieren kritisch und für das kirchliche Selbstverständnis schmerzhaft. Aber sie entdecken dabei Fakten und Personen, die dem Vergessen preisgegeben waren. Einer dieser Historiker ist Manfred Gailus aus Berlin, in seinen streitbaren Publikationen widerspricht er oft dem Selbstbild vom kirchlichen Widerstand. Ihm gebührt der Verdienst die kaum beachtete Protestantin Elisabeth Schmitz und ihre „Denkschrift zur Lage der Juden“ bekannt gemacht zu haben. Jetzt hat Manfred Gailus gemeinsam mit Clemens Vollnhals, Historiker an der TU Dresden, ein Buch über protestantische Frauen im Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik herausgegeben – „Mit Herz und Verstand. Protestantische Frauen im Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik“. Verschiedene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben darin die Biografien und das Lebenswerk von elf widerständigen Frauen beschrieben. [...]

Jan Erik Schulte / Michael Wala (Hg.):
Widerstand und Auswärtiges Amt.
Diplomaten gegen Hitler
München 2013 (Siedler-Verlag), 352 S.

*Rezension von Rainer Blasius in:
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Dezember 2013*

Im Kommissionsbericht „Das Amt und die Vergangenheit“ kommen die Widerstandskämpfer der alten Wilhelmstraße, die seit Jahrzehnten „Identifikations- und Gallionsfiguren“ des neuen Auswärtigen Dienstes sind, eher am Rande vor. Hinter wenigen Aufrechten versteckten sich nach 1945 Scharen von Mitläufern und manche Mittäter, die der jungen Bonner Republik wieder als Diplomaten dienten. Diesen galt auch das eigentliche

Interesse der Unabhängigen Historikerkommission (UHK) des Auswärtigen Amts.

Einer aus dem UHK-Mitarbeiterteam, Jan Erik Schulte, gibt nun mit Michael Wala einen überaus erhellenden Aufsatzband heraus. Laut Vorwort beschreiben 17 Autoren, wie bei einigen Diplomaten „die Entscheidung reifte, gegen den Strom der Millionen Anhänger Hitlers und der meisten Kollegen im Auswärtigen Amt zu schwimmen und dabei nicht nur Wohlstand und Karriere, sondern auch das eigene Leben zu riskieren“.

*Rezension von Oliver Reinhard in:
Sächsische Zeitung vom 5. Dezember 2013*

Jahrzehntelang wurde in Westdeutschland das Märchen weitererzählt: Das Auswärtige Amt des „Dritten Reiches“ war eine Keimzelle des Widerstandes gegen Hitler. Die Legende gehörte zum Gründungsmythos der Bundesrepublik, Diplomaten und Minister beriefen sich auf diese angeblich tadellose Tradition. Umso größer war vor drei Jahren der Krach, als die Studie „Das Amt und die Vergangenheit“ die Legende unter großem Medienrummel entsorgte. Es sei im Gegenteil eine „verbrecherische Organisation“ gewesen, deren Mitglieder sich mehrheitlich an schwersten NS-Vergehen beteiligt hatten, befand die verantwortliche Forscherkommission. Zwar gab es auch Kritik an Vorgehensweise und Urteilsfindung der Arbeit. Doch wurde „Das Amt“ rasch zum Bestseller und gilt bis heute vielen als das Standardwerk zum Thema.

Es passte zur „Alles Mittäter“-Generalstoßrichtung des Projekts, dass ein Forschungsbereich darin äußerst knapp abgehandelt wurde, nämlich das Thema „Spuren der Resistenz, Formen des Widerstands“. Dieses Manko wird nun ein wenig ausgeglichen: Soeben ist der Band „Widerstand und Auswärtiges Amt“ erschienen, herausgegeben von Michael Wala und Jan Erik Schulte, der am Dresdner Hannah-Arendt-Institut forscht.

Das Buch versammelt 15 kürzere Aufsätze, zumeist biografische Skizzen zu ehemaligen Diplomaten des Auswärtigen Amtes, die sich nonkonform verhalten oder verweigert oder aktiv widersetzt haben; ein breit gefasster Widerstands-Begriff! Die Autorenschaft ist dabei durchaus bemerkenswert. Nicht weil etliche internationale Koryphäen wie Christopher Browning oder Francis Nicosia mitwirken. Vielmehr weil mit Eckart Conze auch ein „Hauptverantwortlicher“ für „Das Amt und die Vergangenheit“ darunter ist und mit Hans Mommsen einer der schärfsten Kritiker. [...]

Mag die große Vorarbeit „Das Amt und die Vergangenheit“ auch ein meinungsprägender Bestseller sein; ohne die Ergänzung durch diese viel kürzere Studie „Widerstand und Auswärtiges Amt“ bliebe das Ergebnis unvollständig und damit unbefriedigend.

*Rezension von Hans Monath in:
Der Tagesspiegel vom 8. Januar 2014*

Kaum ein anderes historisches Werk hat die Öffentlichkeit in Deutschland in jüngster Zeit so sehr in den Bann geschlagen wie „Das Amt und die Vergangenheit“. Das 880 Seiten starke Buch über Deutschlands Diplomaten in der Zeit des Nationalsozialismus machte schon Schlagzeilen, bevor es im Herbst 2010 überhaupt ausgeliefert war. Der Umstand, dass auch das Auswärtige Amt (AA) in die Verbrechen der NS-Regierung involviert war, elektrisierte die Medien, obwohl Historiker dazu längst wichtige Forschungsarbeiten vorgelegt hatten.

Viele der zugespitzten Thesen des Buches und auch manche Sachbehauptungen sind seither von anderen Historikern relativiert oder sogar widerlegt worden. [...] Eher an Spezialisten wendet sich der Band „Widerstand und Auswärtiges Amt“, der mehr als ein Dutzend Diplomaten vorstellt und ein differenziertes, nicht leicht auf einen Begriff zu bringendes Bild der NS-Skeptiker, -Kritiker und -Gegner unter ihnen zeichnet, darunter auch Ernst von Weizsäcker. Einer der zwei Herausgeber, Jan Erik Schulte, gehörte auch zu den Autoren von „Das Amt und die Vergangenheit“. Das Buch wirkt wie der Versuch einer Differenzierung beziehungsweise wie ein neuer Blick auf ein Phänomen, dem die Historikerkommission zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet hatte. Auch „Amt“-Herausgeber Conze ist unter den Autoren. Die These von der zentralen Bedeutung des AA bei der „Endlösung“ wiederholt er in seinem Beitrag nicht, sehr wohl aber die vom nach 1945 geschaffenen „Mythos“ vom AA als Hort des Widerstandes. Heute, konzediert Conze, habe sich das Ministerium vom beschönigenden Selbstbild gelöst und stehe dazu, dass es nur wenige NS-Gegner in seinen Reihen gegeben habe. [...]

*Rezension von Lars-Broder Keil in:
Die Welt vom 23. November 2013*

Zwei Sätze reichen aus für ein klares Urteil. „Jetzt haben die Herren den Nachruf bekommen, den sie verdienen“, lautet der eine. Der andere: „Wer wissen will, was wirkliches Eliteversagen ist, lernt es in diesem Buch.“ So kommentierten Joschka Fischer und Frank-Walter Steinmeier vor drei Jahren in der erregten Debatte über den Band „Das Amt und die Vergangenheit“, die Analyse zum Verhalten deutscher Diplomaten in der NS-Zeit und den Nachkriegsjahren. Die Sitze der beiden ehemaligen Außenminister wirkten wie Ohrfeigen für den gesamten Berufsstand.

Das Publikum begrüßte die schonungslose Darstellung einer Historikerkommission, dass das alte Außenamt kein Hort des Widerstandes gewesen sei, sondern eine „verbrecherische Organisation“, wie Mitherausgeber Eckart Conze zugespitzt formulierte. Doch schon bald

mischten sich in das Lob kritische Stimmen. „Diplomat gleich Diplomat, weitere Differenzierung unnötig. So lautet anscheinend Ihre Arbeitsthese“, meinte der Historiker Michael Mayer. Sein britischer Kollege Richard J. Evans monierte, dass Akten möglichst negativ interpretiert worden seien, ohne die vorliegende Forschung hinreichend zu berücksichtigen. Damit sprach er dem Werk die Wissenschaftlichkeit ab. [...]

Einen zentralen Aspekt in dieser längst nicht beendeten Debatte behandelt jetzt der Band „Widerstand und Auswärtiges Amt. Diplomaten gegen Hitler“, herausgegeben von Jan Erik Schulte und Michael Wala. Er enthält zehn Porträts überwiegend unbekannter Widerstandskämpfer aus dem Auswärtigen Amt, schildert ihren Werdegang und ihr Schicksal. [...] Die Porträts zeigen, wie unterschiedlich die Motive für den Widerstand von Diplomaten gewesen sind. Unter ihnen waren entschlossene und mutige, aber auch zögerliche, mitunter schwankende Menschen. Alle waren sich jedoch der möglichen Folgen ihres Handelns und der Gefahr für das eigene Leben bewusst. Ebenso der Einsamkeit ihrer Entscheidung, die sowohl intern als auch in der Bevölkerung auf Ablehnung stieß. Allerdings schlägt bei einigen Autoren die Diktion des Buches „Das Amt“ durch. Die NSDAP-Mitgliedschaft einiger Porträtierte reicht aus, Fragezeichen hinter die Ernsthaftigkeit ihrer Absichten zu setzen. Exemplarisch ist das Porträt Gerhart Feines, als Diplomat auf dem Balkan und in Ungarn unter anderem mit „Judensachen“ betraut. Seine Vorgesetzten lobten die Pflichterfüllung und zeichneten ihn dafür sogar aus. Das ist den Akten zu entnehmen. Doch daneben stehen die Aussagen des Schweizer Vizekonsuls Carl Lutz, denen zufolge Feine bei der Rettung von Juden vor der Deportation nach Auschwitz geholfen habe. Dokumente und Zeugenaussagen widersprechen einander also.

Nun ist eine quellenkritische Sicht natürlich angebracht. Doch genauso darf man von Historikern Verständnis für das Leben in Diktaturen erwarten und Gespür für die Notwendigkeit konspirativen Handelns bei einem Umsturz. Dazu gehört, nach außen keine Zweifel an der eigenen Person aufkommen zu lassen. Natürlich waren die Teilnehmer am Widerstand gegen Hitler keine glatten Helden“. Doch ihre vielfach gebrochenen Biografien machen ihren Entschluss mitunter noch bemerkenswerter. Anstatt sie mit Verständnis, gar Empathie zu betrachten, moniert jedoch auch dieses Buch die geringe Zahl der widerstandsbereiten Diplomaten im Vergleich zur Gesamtzahl der Beamten. Zählt man die heute bekannten Namen zusammen, kommt man auf knapp 30 Diplomaten. Ob das viel oder wenig ist, wird erst feststehen, wenn Vergleiche mit anderen Ministerien vorliegen – und mit der Gesamtgesellschaft. [...]

*Rezension von Alexandra Senft in:
Die Zeit Nr. 59, November 2013*

„Im heutigen Deutschland wird ja auch mehr und mehr des Widerständlers gedacht, ehrend natürlich, einmal im Jahr, am 20. Juli, wobei als ehrenhaftester Widerständler der tote gilt“, schrieb Fritz Kolbe 1965. Der Beamte im Auswärtigen Amt (AA) hatte aus Ablehnung der NS-Politik für die Amerikaner spioniert, im Nachkriegsdeutschland jedoch galt er nicht etwa als Vorbild, sondern als Verräter. Erst 2004, lange nach seinem Tod, rehabilitierte ihn Joschka Fischer. Der damalige Bundesaußenminister berief 2005 eine Historikerkommission, die die Rolle des Amtes während und nach dem Zweiten Weltkrieg untersuchen sollte. Ihr wenig schmeichelhafter Befund löste 2010 eine heftige Debatte aus. Zu den Vorwürfen gegen die Autoren gehörte der, sie hätten den Widerstand im AA nicht ausreichend gewürdigt. Auf einer Tagung befassten sich daraufhin namhafte Wissenschaftler – darunter Mitverfasser und Kritiker der Studie – mit der Frage, wie Widerstand zu definieren sei: Ließ er sich allein auf die Verschwörer des 20. Juli reduzieren, oder gab es auch stillere Formen, sich zu widersetzen?

So entstand der lesenswerte neue Band, und wenngleich die Autoren manche Punkte anders als die Historikerkommission bewerten, kommen sie doch zum selben Ergebnis: Das Auswärtige Amt war kein Hort des Widerstands, vielmehr war es aktiver Bestandteil des „Dritten Reichs“ und seiner Vernichtungspolitik. Die Diplomaten wurden nicht unfreiwillig Komplizen des Verbrechens, sondern jeder Einzelne von ihnen hätte handeln können. „Fritz Kolbe ist der Beweis dafür, dass jeder in Deutschland etwas gegen Hitler unternehmen konnte und dass es trotz des Terrors Alternativen zur widerstandslosen Anpassung an das Regime gab“, so der Pariser Kommunikationswissenschaftler Lucas Delattre. Die Autoren porträtieren nun die wenigen Diplomaten, die als Einzelkämpfer gegen das Regime agierten – das ergibt kein einheitliches Bild von Widerstand, sondern eins voller Paradoxien und Ambivalenzen. Adam von Trott zu Solz etwa war nicht im Dienst, um Schlimmeres zu verhindern, sondern um von Anfang an den Regimesturz voranzutreiben. Der Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, Angeklagter in Nürnberg, galt als Symbolfigur der traditionellen bürokratischen Elite. Ganz anders als Friedrich von Prittwitz und Gaffron, der aus Protest gegen die Nazis schon 1933 von seinem Amt als deutscher Botschafter in den Vereinigten Staaten zurücktrat, verteidigte Weizsäcker sich mit dem „Widerstandsnarrativ“, im Amt geblieben zu sein, um Schlimmeres zu verhüten. Das Argument widerlegen die Autoren, wie es zuvor die Historikerkommission getan hat.

Dieses Buch ist ein Zeugnis der voranschreitenden Widerstandsforschung und würdigt jene Männer, die das „Dritte Reich“ oft mit viel Mut direkt oder indirekt bekämpften – ohne zu heroisieren oder biografische Brüche zu ignorieren: Es widmet sich neben Trott, Kolbe, Prittwitz und Weizsäcker zudem Albrecht Graf von Bernstorff, Otto von Strahl, Rudolf von Scheliha, Gerhart Feine, Wipert von Blücher, Eduard Brücklmeier, Hans Bernd von Haeften, Heinrich Wolff, Wilhelm Melchers. Und der Historiker Eckart Conze stellt abschließend fest, das Auswärtige Amt habe sich vom jahrzehntelang gepflegten Mythos seiner Opposition gegen das NS-Regime gelöst und stehe nun dazu, dass eben nur eine winzige Minderheit von Diplomaten Widerstand geleistet hat.

Andreas Kötzing:

Kultur- und Filmpolitik im Kalten Krieg.

Die Filmfestivals von Leipzig und Oberhausen in
gesamtdieser Perspektive 1954–1972
Göttingen 2013 (Wallstein Verlag), 427 S.

Rezension von Claus Löser in:

Filmdienst 13/2013

Die Kurzfilmtage in Oberhausen sorgten 1962 wegen des berühmten Manifests für Aufsehen, das die Neustrukturierung der deutschen Filmförderung einleitete. Ebenfalls 1962 ereignete sich auf dem Festival ein weiteres spektakuläres Vorkommnis, das im Schatten des Manifests kaum wahrgenommen wurde: Aus Protest gegen den Mauerbau im August 1961 waren erstmals keine Filme aus der DDR eingeladen worden – woraufhin es der ostdeutschen Diplomatie gelang, auch alle anderen „Bruderstaaten“ von der Teilnahme abzuhalten. Erfreuten sich vorher die Filme vor allem aus der ČSSR, aus Polen und Ungarn bei Publikum wie Fachbesuchern größter Beliebtheit, fehlten sie nun ganz. Nur das blockfreie Jugoslawien hatte sich dem realsozialistischen Schulterchluss widersetzt. Der Boykott bildete den Höhepunkt einer langen Kette von wechselnden Annäherungen und Abstoßungen, Verwicklungen, Intrigen, Zensureingriffen und geheimdienstlichen Aktivitäten, die sich bis 1990 fortsetzten. Erstmals liegt nun eine Untersuchung zu diesem exemplarischen Fall deutsch-deutscher Kulturpolitik vor, und sie liest sich wie ein Kriminalroman. Andreas Kötzing konzentriert sich in seinem auf umfangreichen Quellenstudium basierenden Werk auf die extrem schwierigen, dabei doch kontinuierlichen Beziehungen zwischen den Festivals in Oberhausen und Leipzig zwischen 1954 bis 1972, dem Jahr des „Grundlagenvertrages“ zwischen der BRD und der DDR. Die westliche Seite sah sich in einen Zweifrontenkrieg gegen

Bonner Ministerialbeamte und DDR-Kulturfunktionäre verwickelt. Stets versuchten sie, der Realität Kompromisse abzurufen, um dem Motto „Wege zum Nachbarn“ gerecht zu werden. Die ostdeutschen Bürokraten hingegen waren primär mit der Propagierung eines Selbstdarstellungsideals als „besseres Deutschland“ beschäftigt, zu dessen Durchsetzung fast jedes Mittel recht war.

*Rezension von Hans-Jörg Rother in:
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. September 2013*

Sie duzten und sie zankten sich. Auf diese simple Kurzformel könnte man die Beziehungen zwischen den 1954 gegründeten Kurzfilmtagen in Oberhausen („Weg zur Bildung“, von 1958 an „Wege zum Nachbarn“) und des ein Jahr später noch als „gesamtdeutsche Filmwoche“ etablierten Festivals für Dokumentar- und Kurzfilm (heute kurz „Dok Leipzig“) bringen. Mal war der Ton entspannt, und die Direktoren schlossen ihre Briefe mit Grüßen an die Gattin, mal kündigte einer dem anderen die Freundschaft. [...] In Wahrheit standen beide Veranstaltungen unter strenger Beobachtung. [...]

Andreas Kötzing, Historiker mit Lehrauftrag in Leipzig und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut in Dresden, kommt das Verdienst zu, die politischen Aspekte der Entstehung und Entwicklung beider Festivals (samt vergleichendem Blick auf die schon 1952 ins Leben gerufene Mannheimer Filmwoche) vor dem Hintergrund des Kalten Krieges in allen Facetten und Misshelligkeiten dargestellt zu haben. Seine Untersuchung erstreckt sich bis ins Jahr 1972, als mit der neuen Ostpolitik auch beim Kulturaustausch zwischen beiden deutschen Staaten Entspannung möglich wurde – was in Leipzig allerdings am Ende hieß, das Misstrauen vollständig gegen die eigenen Leute zu richten.

Ansatz der Untersuchung, die an Umfang und Horizont weit über eine übliche Dissertation hinausgeht, ist Kötzings These, die Geschichte der DDR müsse als Bestandteil der deutschen Nachkriegsgeschichte gesehen werden und nicht immer nur „als negatives Gegenbeispiel für das erfolgreiche Modell der Bundesrepublik“, wie es etwa der Historiker Hans-Ulrich Wehler darstellt. [...]

Im Grunde dürfte aber das Wesentliche über die politische Dualität und partielle Verschwisterung beider Festivals mit dieser Studie gesagt sein. Wie es auf den florierenden Filmwochen in Oberhausen und Leipzig heute aussieht (experimentell hier, noch immer politisch dort), steht in den Festivalberichten auch dieser Zeitung. Eingriffe von Ministern und Parteifunktionären sind vorerst nicht mehr zu erwarten.

*Rezension von Fernando Ramos Arenas in:
Rundfunk und Geschichte (2013), 3/4*

Unter den zahlreichen Filmfestivals, die in verschiedenen europäischen Ländern im Laufe der 1950er Jahre gegründet wurden, hoben sich die Westdeutschen Kurzfilmtage in Oberhausen (1954) und die Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche (1955) durch ihre besondere Beziehung zum jeweils anderen deutschen Staat ab. Beide formulierten in ihren ersten Jahren den Anspruch, sich als blockübergreifende kulturelle Veranstaltung zu präsentieren: Während sich die Leipziger Filmwoche in ihren ersten Jahren als gesamtdeutsches Festival vorstellte, sollte die Einladung von Filmschaffenden aus den sozialistischen Ländern ab 1956 die Entwicklung des Oberhausener Festivals entscheidend bestimmen (vgl. 70 f.).

Andreas Kötzing, der schon seit einem Jahrzehnt dieses Forschungsfeld bearbeitet, konzentriert sich in diesem Band zeitlich auf die ersten fast 20 Jahre der Geschichte beider Festivals bis zum Abschluss des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR 1972, und thematisch auf die Auswirkungen, die der Ost-West-Konflikt auf beide Seiten hatte.

Damit legt Kötzing eine gemeinsame Betrachtung der gesamtdeutschen Vergangenheit in Form einer integrativen deutschen Nachkriegsgeschichte vor, wofür er auf den methodischen Ansatz einer „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ zurückgreift, die er in Anlehnung an die Arbeiten von Christoph Kleßmann umsetzt. Dabei stehen sowohl die „Verflechtung“ als auch die „Abgrenzung“ beider Festivals zueinander im Zentrum seiner Überlegungen (vgl. S. 23 f.).

Kötzing schreibt somit nicht nur eine Institutionsgeschichte beider Festivals; er formuliert gleichzeitig sowohl eine Geschichte derjenigen Filme, die gezeigt wurden – oder werden sollten –, als auch eine exemplarische Analyse der Kulturpolitik beider deutscher Staaten in diesem Zeitraum. Das Resultat ist somit eine Geschichte, die von Konkurrenz, Austausch und (oft auf einer persönlichen Ebene geführter) Kooperation geprägt war. [...]

Der Verfasser bietet eine konzise Analyse des gesamten Zeitraums. Darüber vergisst er aber nie die konkreten Konflikte um bestimmte Filme. Die Erzählung wird an diesen Stellen am reichsten und spannendsten – siehe z. B. die Geschichte um die Aufführung von Walter Heynowskis „o.k.“ 1965 in Oberhausen (vgl. S. 275 f.) sowie „Kommando 52“ und „Der lachende Mann“ (von Heynowski gemeinsam mit Gerhard Scheumann) in Leipzig 1965 bzw. 1966 (S. 215 f.).

Es gelingt Kötzing, nicht nur eine Geschichte beider Festivals zu schreiben, sondern auch ihrer Verflechtungen und Reaktionen auf das zeitpolitische Ge-

schehen. Und so schafft er es gekonnt, die konkreten Ergebnisse in einen allgemeineren, reflektierten Zusammenhang einzuordnen. Die Geschichte beider Festivals wird somit an zahlreichen Stellen zu einer Geschichte der Beziehungen beider deutscher Staaten.

Insgesamt schließt somit das vorliegende Werk eine Forschungslücke auf eine äußerst überzeugende und innovative Art. Es macht, wie die besten filmwissenschaftlichen Arbeiten, nicht nur Lust auf Kino, sondern auch auf weiteres Wissen. Im Hinblick auf die Geschichte der Filmfestivals nach 1972 kann man sich dementsprechend nur einen Autor wünschen, der sich an den von Kötzing in dieser Studie gelegten Qualitätsstandards orientiert. Dieses Buch verdient eine große Leserschaft.

Mike Schmeitzner, Francesca Weil:

Sachsen 1933–1945.

Der historische Reiseführer

Berlin 2014 (Ch. Links Verlag), 128 S.

Rezension von Oliver Reinhard in:

Sächsische Zeitung vom 8./9. März 2014

Gerne pflegt Sachsen den Stolz auf seine Superlative. Mit Freude erwähnt man, auf welchen Gebieten das Land und seine Bewohner am besten, schnellsten, größ-

ten, weitesten waren oder sind. Doch es gibt sächsische Spitzentaten, die entweder gar nicht oder nur ungern bedacht werden. Wie jene „Leistung“, dass hier nach Hitlers Amtsantritt 1933 ein Viertel der 100 frühen deutschen Konzentrationslager entstand, obwohl das Land gerade mal drei Hundertstel der Reichsfläche bedeckte. Dieser Lagerbestand ist nun noch einmal aufgelistet und kartografisch markiert worden für einen historischen Reiseführer besonderer Art. In „Sachsen 1933–1945“ führen die Historiker, Francesca Weil und Mike Schmeitzner ihre Leser zurück in die Vergangenheit an Plätze und Orte, die während des Nationalsozialismus zu trauriger Bedeutung kamen. Wie die meisten frühen Lager sind auch die anderen Untatorte heute zumeist verschwunden. Etwa das Haus in der Plauener Bärenstraße 61, wo Gauleiter Martin Mutschmann nicht nur wohnte, sondern praktischerweise gleich die Gau- und Kreisleitung einrichten ließ. Oder, nur zehn Fußminuten weiter, die 1929 erbaute und neun Jahre später von Mutschmanns Mannen verbrannte Synagoge. [...]

Nicht nur hier gelingen Francesca Weil und Mike Schmeitzner trotz der gebotenen Kürze recht anschauliche Schilderungen, was man übrigens auch der Gestaltung ihres Bandes attestieren kann. Zudem waren sie darauf bedacht, die Orte mit NS-Vergangenheit in Sachsen – in dessen aktuellen Grenzen – in möglichst breiter geografischer Streuung zu erfassen. [...]

5. Forschungen

5.1 Empirische Diktaturforschung

5.1.1 NS-Diktatur

Projektverbund „Nationalsozialismus in Sachsen“ („Sachsen-Projekt“)

Jüdisches Leben und Antisemitismus in Sachsen, 1871–1945

Die Auswertung der jüdischen und antisemitischen Presse wurde im Berichtszeitraum, soweit es andere Verpflichtungen zuließen, fortgesetzt. Erste Ergebnisse präsentierte *Clemens Vollnhals* auf der Internationalen Tagung „Salman Schocken. Archäologie eines deutsch-jüdischen Lebens“ in Chemnitz (7.–9.10.2013). Eine Synopse soll in einem größeren Aufsatz publiziert werden.

Im Bereich dieses Themenfeldes erschienen in der gemeinsam mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten herausgegebenen Reihe „Lebenszeugnisse – Leidenswege“ die beeindruckenden Aufzeichnungen Isidor Nussenbaums, der als junger Jude in Bautzen aufwuchs und nach seiner Deportation in verschiedenen Konzentrationslagern Zwangsarbeit leisten musste. Das 22. Heft dieser Reihe trägt den Titel „Er kommt nicht wieder. Geschichte eines Überlebenden“ und wurde am 7. November u. a. mit einem Grußwort der Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Prof. Sabine von Schorlemer, in Bautzen vorgestellt.

Gesellschaftsgeschichte Sachsens 1943 bis 1945

Die chronologisch aufgebaute Gesellschaftsgeschichte wird die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungsprozesse in der sächsischen Region in einer gesellschaftlichen Gesamtbetrachtung darstellen. Ausgehend vom Forschungsansatz „Herrschaft als soziale Praxis“ soll eine akteursbezogene Schilderung entstehen, die vor allem die Interaktionen von Personen wie auch von sozialen Gruppierungen innerhalb der nationalsozialistischen Kriegsgesellschaft in den Vordergrund rückt. Mittels dieses Ansatzes kann der Frage nach den jeweiligen Anteilen von Personen oder Personengruppen am Erhalt des NS-Regimes in den letzten Kriegsjahren nachgegangen werden.

Die Quellensammlung für die Studie *Francesca Weils* wurde in diesem Jahr durch einen großen Fundus an Egodokumenten erweitert. Nach einem Aufruf in drei großen sächsischen Regionalzeitungen ging eine Vielzahl

an Feldpostbriefen, Briefen, Tagebüchern etc. aus Privatbesitz ein, die mit großem Zeitaufwand gelesen, sortiert und digitalisiert wurden. Außerdem konnte die Materialgrundlage für die Studie durch zahlreiche Unterlagen aus den NARA in Washington ergänzt werden, welche vor allem die Perspektive des amerikanischen Militärs und der amerikanischen Besatzungsmacht auf die westsächsische Gesellschaft unmittelbar vor und nach Kriegsende 1945 erschließt. Damit wurde neben der Literatur- auch die Archivrecherche abgeschlossen, so dass die Verschriftlichung ab Januar 2014 beginnt.

Die nationalsozialistische Propaganda in Sachsen 1921–1945

Das Dissertationsvorhaben von *Stephan Dehn* ist ein Teil-Projekt des „Sachsen-Projekts“ am Hannah-Arendt-Institut. Der Autor verfolgt in dieser Studie zwei Ziele: Zum einen soll die Entwicklung der nationalsozialistischen Propaganda in Sachsen zwischen 1921 und 1945 untersucht werden, wozu die Struktur des sächsischen Propagandaapparates rekonstruiert und analysiert wird und besonders vertikale und horizontale Wechselwirkungen bzw. Konflikte zwischen den einzelnen Ebenen der Propaganda herausgearbeitet werden sollen. Zum anderen soll untersucht werden, auf welchen gesellschaftlichen Ebenen und nach welchen Modalitäten die NS-Ideologie propagiert wurde. Die Studie ist in zwei strukturell-inhaltliche Ebenen aufgeteilt: Einerseits sollen der organisatorische Rahmen und andererseits die kommunikativen Ebenen der nationalsozialistischen Propaganda in Sachsen untersucht werden.

Im Frühjahr 2013 konnte die Analyse der in gedruckter Form vorliegenden Quellen abgeschlossen werden; der Autor hat vor allem Rundschriften, interne Periodika und Befehlsblätter der sächsischen NSDAP ausgewertet. Im Anschluss daran folgte die vertiefende Recherche staatlichen Schriftguts sowie von Unterlagen der Partei, die in den Staatsarchiven Dresden und Leipzig und im Bundesarchiv Berlin lagern. Darüber hinaus wurden Bestände in sächsischen Stadt- und Gemeindearchiven gesichtet und ausgewertet. Noch bevor der Autor im Juli 2013 mit der Formulierung der Dissertation begonnen hat, erfolgte eine kritische Überprüfung und Spezifizierung der Arbeitsgliederung und Forschungshypothesen im Rahmen der Klausurtagung des HAIT sowie im Oberseminar/Kolloquium von Prof. Heydemann. Parallel dazu wurde die Eingabe der Versammlungstermine der sächsischen NSDAP und der zugehörigen Informationen in eine Datenbank fortgesetzt und im Dezember 2013 abgeschlossen.

Die sächsischen Großlogen nach 1918

Das Promotionssprojekt „Die sächsischen Großlogen nach 1918“ befasst sich mit den Freimaurerlogen der Großen Landesloge von Sachsen und der Großloge „Deutsche Bruderkette“ als klassische bürgerliche Vereinigungen zwischen Demokratie und Diktatur(en). Konkret soll die Entwicklung der Logen bis zum Verbot der Freimaurerei von 1935 sowie dessen Auswirkungen behandelt werden. Während der Weimarer Republik gilt es, die unterschiedlichen Abwehrstrategien der Freimaurer gegen die Angriffe der völkischen und nationalsozialistischen Bewegung herauszuarbeiten. Nach 1933 konzentriert sich die Arbeit auf die verschiedenen Formen der Anpassung, die meist mit einer Umwandlung in sogenannte Christliche Orden und damit der offiziellen Loslösung von der Freimaurerei einherging. Nach dem Verbot soll das weitere Vorgehen der Nationalsozialisten gegen die Freimaurerei und die Eingliederung der einstigen Logenmitglieder in die NS-Gesellschaft behandelt werden. Den Abschluss wird ein Exkurs über die sächsischen Freimaurer in der DDR bilden. Nachdem sich *Franziska Böhl* mit der Forschungsliteratur zu den sächsischen Logen beschäftigt hatte, begann eine intensive Archivrecherche, u. a. im Bundesarchiv und einer Reihe sächsischer Archive. Wegen eines befristeten Volontariats musste allerdings die weitere Arbeit am Projekt vorerst ausgesetzt werden.

Einzelprojekte zum Nationalsozialismus

Die Deutsche Volksliste im besetzten Polen 1939/41–1945

Johannes Frackowiak hat 2013 die Arbeit an dem von der DFG geförderten Projekt zur Deutschen Volksliste beendet. Vorläufiges Ergebnis der umfassenden Untersuchung ist ein größerer Aufsatz des Bearbeiters mit den Hauptthesen des Forschungsprojekts. Erstmals werden darin auf fundierter Quellengrundlage nicht nur der Umgang des NS mit der von der Deutschen Volksliste betroffenen Bevölkerung Westpolens, sondern auch deren Motive für eine gegebenenfalls freiwillige Eintragung in die DVL bzw. bewusste Ablehnung analysiert. Dieser Beitrag ist unter dem Titel „Die Deutsche Volksliste als Instrument der NS-Germanisierungspolitik im annektierten Polen 1939–1945“ in dem vom Bearbeiter herausgegebenen Sammelband „Nationalistische Politik und Ressentiments“ erschienen. Der Band, zu dem zwölf Historiker, Politik- und Sozialwissenschaftler aus Deutschland, Polen und Tschechien beigetragen haben, nimmt den Einfluss von nationalistischem Denken und gegenseitigen Ressentiments auf das Verhältnis zwischen

Deutschen und Polen in den Blick. Die gegenseitige Verflechtung von deutschem und polnischem Nationalismus wird in einer langen Perspektive beleuchtet. Ausgangspunkte sind die in ihrer Radikalität ständig gesteigerte Polenpolitik des Deutschen Kaiserreichs und die um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert dominierende Gegnerschaft zwischen Deutschen und Polen. Beträchtlicher Raum ist dabei dem absoluten Tiefpunkt der deutsch-polnischen Geschichte gewidmet: der nationalsozialistischen Besatzungspolitik in Polen während des Zweiten Weltkriegs und der anschließenden Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße. Erfreuliches Fazit des Bandes ist, dass entgegen dem medialen Eindruck Ressentiments in der Bevölkerung beider Länder aktuell kaum noch eine Rolle spielen.

Geschichte der SS: Herrschaftspraxis zwischen Zentrum und Peripherie. Zur dynamischen Expansion eines NS-Gewaltapparates

Jan Erik Schulte erarbeitet eine Monographie zur Geschichte der SS. Hiermit wird eines der wichtigsten Forschungsdesiderate der NS-Forschung aufgegriffen. Denn obwohl in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine große Zahl von Detailstudien zu verschiedensten Aspekten der SS, ihres Personals, des Holocaust und der Besatzungsherrschaft erschienen sind, datieren die „jüngsten“ wissenschaftlichen Gesamtdarstellungen aus den Jahren 1967 (deutschsprachig) und 1983 (englischsprachig). Die Monographie wird daher die neueren Erkenntnisse zur Organisation, Entwicklung, Mentalität, Weltanschauung sowie Herrschafts- und Gewaltpraxis in einen konzisen Überblick integrieren. Dabei bezieht die Studie sowohl die Frühphase der SS in der Weimarer Republik mit ein, wie auch deren Entfaltung während der NS-Herrschaft. Darüber hinaus fasst die Monographie zum ersten Mal die Nachgeschichte und Wirkungen der SS von 1945 bis zur Gegenwart zusammen. Theoretisch und methodisch von der kulturgeschichtlich erweiterten neuen Politikgeschichte ausgehend, untersucht das Projekt den kommunikativen Prozess und die Netzwerkbildung innerhalb der SS und zwischen SS und weiteren Herrschaftsträgern sowie gesellschaftlichen Gruppen. Im Berichtsjahr konnten vor allem die Kapitel, die sich mit der Geschichte der SS in den Jahren 1933 bis 1939 beschäftigen, weiter bearbeitet sowie Recherchen für die Zeit nach 1945 durchgeführt werden. Die verfolgte methodische Zugriffsweise ermöglicht es beispielsweise, die weltanschaulichen Vorgaben, wie sie sich in den „SS-Leitheften“ oder in Reden Himmlers fanden, nicht isoliert geistesgeschichtlich oder primär ideologiekritisch

hinsichtlich des Gegensatzes zwischen Weltbildern und Praxis zu betrachten, sondern die Funktion der weltanschaulichen Postulate für den Vergemeinschaftungsprozess innerhalb der SS zu analysieren. Hieran schließt sich die Frage an, in wieweit es die weltanschaulichen Sprachregelungen der SS ermöglichten, gemeinsam handlungsfähig zu werden. Direkt an das Forschungsprojekt anknüpfend, wurden ein Workshop durchgeführt und verschiedene Sammelbände erarbeitet.

Lebensläufe und Spruchpraxis von Wehrmachtrichtern

In dem von *Claudia Bade* bearbeiteten Projekt, das von der Sächsischen Akademie der Wissenschaften gefördert wird, wurden die im Bundesarchiv Militärarchiv überlieferten mehreren Hundert Verfahrensakten zweier Kriegsgerichte des Untersuchungssamples (Gericht des Kommandanten von Groß-Paris; Gericht des Kommandanten der rückwärtigen Armeegebiete 580) vollständig erschlossen. Von einem dritten Kriegsgericht wurden stichprobenartig Strafsachenlisten eingesehen und analysiert. Zudem wurden weitere biographische Details von Wehrmachtrichtern recherchiert: zum einen personenbezogene Unterlagen der Richter des Untersuchungssamples, zum anderen Richter des Reichskriegsgerichtes, deren Personalunterlagen im Militärhistorischen Archiv der Tschechischen Republik in Prag überliefert sind. Nach der Beendigung des von *Claudia Bade* bearbeiteten Forschungsprojektes im Herbst 2012 stand die Erstellung sowie das Lektorat für den geplanten Sammelband zur NS-Militärjustiz im Zweiten Weltkrieg im Vordergrund. Da einige Beiträge intensiver redaktioneller Bearbeitung bedurften und zudem die Ablieferung eines Aufsatzes auf sich warten ließ, hat sich die Herausgabe des Bandes verzögert und musste auf Frühjahr 2014 verschoben werden.

Mutige Frauen der Bekennenden Kirche im Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik

Der von *Clemens Vollnhals* in Zusammenarbeit mit *Manfred Gailus* (TU Berlin) herausgegebene Sammelband, der im Kern auf einen Workshop des HAIT anlässlich des Evangelischen Kirchentages in Dresden 2011 zurückgeht, würdigt in elf biographischen Porträts den bislang wenig beachteten Widerstand von Frauen der Bekennenden Kirche gegen die NS-Judenpolitik. Der Band wurde am 5. November 2013 in einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Stiftung Topographie des Terrors und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin vorgestellt.

Biographie des ehemaligen Löbauer Amtshauptmanns und späteren Leipziger Kreishauptmanns Dr. Curt Ludwig Ehrenreich von Burgsdorff

Francesca Weil schloss die umfangreichen Recherchen zur Biografie des ehemaligen Löbauer Amtshauptmanns und späteren Leipziger Kreishauptmanns, Dr. Curt Ludwig Ehrenreich von Burgsdorff (1886–1962) ab, der während des Zweiten Weltkrieges Führungsämter in Zivilverwaltungen des angegliederten Österreichs und der vom „Dritten Reich“ besetzten Gebiete einnahm. Dadurch soll der im 20. Jahrhundert geradezu typische Lebenslauf und die Berufskarriere eines Spitzenbeamten rekonstruiert und analysiert werden, dessen Tätigkeit sich in der Weimarer Republik, im NS-Staat und in der Bundesrepublik vollzog. Die Abfassung der Biografie wird ab 2015 nach der Fertigstellung der Gesellschaftsgeschichte Sachsens beginnen.

Die Moralische Ordnung des Nationalsozialismus

Nationalsozialistische Moral wird in diesem Projekt nicht als separates Forschungsfeld bearbeitet, sondern als Schnittstelle von Forschungen zur nationalsozialistischen Ideologie und Herrschaftspraxis (u. a. Täter- und Antisemitismusforschung sowie Forschungen zur nationalsozialistischen Rasseforschung), die in einem eigenen Ansatz zusammengeführt werden. Dabei werden vor allem in ideologischen, philosophischen und medizinethischen Texten des Nationalsozialismus jene historischen und naturgesetzlichen, rassischen und bevölkerungspolitischen, volkshygienischen und biologischen Argumente untersucht, mit denen die Konditionierung der Deutschen zur Herrenrasse und der ideologisch begründete Ausschluss der Juden aus dem Geltungsbereich moralischer Verpflichtungen als ethisch richtig und notwendig gerechtfertigt wurden.

Wolfgang Bialas hat die Monographie „Moralische Ordnungen des Nationalsozialismus“ fertiggestellt. Ebenfalls zur Publikation fertiggestellt wurden der von ihm gemeinsam mit *Lothar Fritze* herausgegebene deutsche und englischsprachige Tagungsband „Ideologie und Moral im Nationalsozialismus“.

KZ-Häftlinge

Für eine kommentierte Quellenedition zu KZ-Stärkemeldungen im Wesentlichen aus dem Jahr 1942, die *Jan Erik Schulte* zusammen mit *Marc Buggeln* von der Humboldt-Universität zu Berlin und *Stefan Hördler* vom Deutschen Historischen Institut in Washington D. C. vor-

bereitet, wurden weitere Autorinnen und Autoren gewonnen; zudem sind erste Beiträge eingegangen. Ferner wurden die Quellen digitalisiert und allen Beiträgern zur Verfügung gestellt. Die Beiträge berichten über jeweils einzelne Konzentrationslager und deren Entwicklung im Jahr 1942.

Hilfswissenschaftliches Projekt zum Nationalsozialismus

Datenbank zur Dresdner Tageszeitung der NSDAP für den Gau Sachsen „Der Freiheitskampf“

Die Zeitung stellt eine zentrale Quelle zur Geschichte des Nationalsozialismus in Sachsen dar. Sie erschien täglich vom 1. September 1930 bis 8. Mai 1945 und enthält neben Artikeln aus allen Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wichtige Mitteilungen zu Ereignissen und Personen von regionaler Bedeutung. Das historiographische Potential der Datenbank zum „Freiheitskampf“ besteht in Sachbeiträgen zur nationalsozialistischen Politik und biografischen Informationen zu nationalsozialistischen Akteuren.

Bis Anfang 2012 wurden die Jahrgänge von 1930 bis einschließlich August 1934 sowie die Jahrgänge 1944 und 1945 in der Datenbank verzeichnet. Nach einer Unterbrechung wurde im Juni 2013 die Arbeit an der Datenbank wieder aufgenommen. Unter Anleitung *Thomas Wideras* verzeichnen drei studentische Hilfskräfte die Einträge. Die Voraussetzungen für die Arbeit haben sich inzwischen deutlich verbessert: Die Bearbeitung erfolgt nicht wie zuletzt an einem mechanischen Filmlesegerät, sondern von den digitalisierten Vorlagen. Dabei hat sich die Lesbarkeit der Kopien verbessert, da sie stufenlos vergrößert werden. Der Nutzer kann außerdem eine gesamte Seite überblicken und erhält eine Übersicht, die eine rasche Erfassung des Inhalts der Zeitung gestattet.

5.1.2 SED-Diktatur

Die Ersten im Kreis. Sozialprofil, Karriere und Herrschaft regionaler sächsischer SED-Eliten in der Ulbricht-Ära

Das Forschungsprojekt von *Tilman Pohlmann* (ehem. Promotionsstipendiat des HAIT) basiert auf einer Verbindung aus Kollektiv- und Einzelbiographien, einer Struktur- und Funktionsanalyse der sächsischen SED-Eliten sowie deren Parteiorganisationen auf Kreisebene. Dabei sollen sowohl die funktional-statischen als auch die dynamischen Aspekte totalitärer Herrschaftsstrukturen herausgearbeitet, individuelle Ausprägungen berücksichtigt und nach den Wechselwirkungen von Parteiherrschaft und Gesellschaft gefragt werden. Zentraler Untersuchungspunkt hierbei ist – neben dem Stellenwert der regionalen Kader innerhalb der Parteistruktur der SED – der Zusammenhang von funktionaler und/oder personeller Vernetzung politischer und staatlicher Aufgabenbereiche im Kreis.

Der Schwerpunkt der Arbeiten am Dissertationsprojekt im Jahr 2013 lag auf dem Abschluss der Verschriftlichung der Analysen zur Sozialstruktur der 1. SED-Kreissekretäre und der Erstellung von biografischen Porträts einzelner für die Bezirke bestimmender Funktionäre.

Frühe Todesurteile in der SBZ

Dass die dokumentarische Untersuchung erst im Herbst 2013 abgeschlossen werden konnte, hat mehrere Gründe: Es handelt sich hierbei zunächst um ein quellen- und arbeitsintensives Projekt, das sich aus mehreren, recht unterschiedlichen russischen und deutschen Archiven/ Institutionen speist. Dieser Situation ist es mit zuzuschreiben, dass die Projektmitarbeiter auch noch 2012/13 Auskünfte über Urteile in einer Zahl erreichten, die komplette Neuabfragen nach sich zogen (über 400 Fälle). Zum anderen hat die Erstellung von bestimmten Einleitungsteilen längere Zeit in Anspruch genommen als ursprünglich angenommen, was vor allem auf Krankheitsfälle (*Andreas Weigelt* und *Klaus-Dieter Müller*) zurückzuführen ist. Mittlerweile liegen sämtliche Manuskripte vor. Die Überarbeitung dieser Teile durch alle vier Herausgeber (weiter *Thomas Schaarschmidt* und *Mike Schmeitzner*) ist Ende 2013 abgeschlossen worden. Der Band wird 2014 erscheinen.

Geschichte des Haftortes U-Haftanstalt Bautzner Straße und der BV Dresden des MfS 1945–1990

Das seit 2012 laufende Kooperationsprojekt des HAIT mit der Stasi-Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden zur Erforschung der Geschichte des MfS im ehemaligen Bezirk Dresden wurde fortgesetzt. In dem von *Thomas Widera* bearbeiteten Projektteil „Untersuchungshäftling und Vernehmer“ geht es um die Gruppe der Untersuchungsführer als Bestandteil der zentralen Funktion der Staatssicherheit, Repression auszuüben. Historischer Ort der Repression war die Untersuchungshaftanstalt Bautzner Straße der Bezirksverwaltung (BV) Dresden des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Vorrangig werden die Personalakten des Untersuchungsorgans Abteilung IX der BV Dresden analysiert, ausgewählte Untersuchungsvorgänge ausgewertet und die Rekrutierungspraxis des MfS rekonstruiert. Welche externen Auswahlkriterien kamen zur Anwendung, welche Eigenschaften und Fähigkeiten der Mitarbeiter waren ausschlaggebend bei der Zuweisung von Aufgabenfeldern und Verantwortung, wie erfolgte die Auswahl für eine Position auf mittlerer Leitungsebene? Wer waren diese Vernehmer? Außerdem werden Berufsbiografien hochrangiger Offiziere des MfS für die Dauerausstellung der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden verfasst.

Die Prager Botschaftsflüchtlinge 1989

Im Rahmen des von *Karel Vodička* in Kooperation mit der Philosophischen Fakultät der Jan-Evangelista-Purkyně-Universität Aussig/Ústí nad Labem durchgeführten Projekts wurden über 800 relevante Dokumente aus deutschen Archiven zusammengetragen. Diese Archivdokumente wurden durch Dokumente aus tschechischen Archiven ergänzt. Die Verbindung beider Dokumentenquellen erbrachte bereits völlig neue Erkenntnisse zu den Hintergründen der Ereignisse. Einer eingehenden Analyse werden insbesondere die Wechselwirkungen des Prager Flüchtlingsdramas mit der Friedlichen Revolution in der DDR sowie der „Samtenen Revolution“ in Prag unterzogen. In Vorbereitung ist ein wissenschaftlich fundiertes Sachbuch mit Quellentexten und Fotos zum Thema.

Bausoldaten in Prora und ihr Protest gegen die SED-Militärpolitik

In dem abgeschlossenen Projekt zur Verweigerung des bewaffneten Wehrdienstes in der NVA untersuchte *Thomas Widera* das pazifistische Protestpotential, das

sich zunächst gegen die Aufrüstung in der DDR, bald aber auch gegen das politische System der SED-Diktatur richtete. Das Projekt gibt Aufschluss über die Rolle der Wehrdienstgegner bei der Entstehung der Friedensbewegung. Im Zentrum stehen die DDR-Bausoldaten, eine gesellschaftliche Randgruppe, die als Gegner des Wehrdienstes aus der Zurückweisung ihres gesellschaftsgestaltenden Handelns eigenes Profil gewann und eine weit über die marginale Position hinausreichende Wirksamkeit entfaltete. In dem abschließend bearbeiteten Manuskript wird die Bedeutung dieser Baueinheiten in der NVA als legales Sammelbecken der Opposition, wo sich resistente Verhaltensweisen ausbildeten und passiver Widerstand eingeübt wurde, rekonstruiert und analysiert.

Die LDPD als SED-Blockpartei zwischen Bau und Fall der Mauer 1961–1989/90

Ziel des im Berichtsjahr 2013 neu entwickelten Projektes ist es, die Geschichte der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) umfassend zu erforschen und darzustellen. Zugleich soll damit exemplarisch die Funktionsweise des vorgetäuschten Mehrparteiensystems in der SBZ/DDR analysiert werden, um am Beziehungsgeflecht zwischen LDPD und Sozialistischer Einheitspartei Deutschlands (SED) die Funktionsmechanismen der „sozialistischen Bündnispolitik“ zu verdeutlichen.

Im diachronen Vergleich leuchten *Tilman Pohlmann*, *Michael Thoß* und *Thomas Widera* in enger Abstimmung und in intensivem Austausch das Spannungsfeld zwischen der Politik der LDPD und den SED-Vorgaben auf allen Ebenen der Parteieinstitutionen von der Führung bis zu den Kreisverbänden, in den Regionen und für den gesamten Zeitraum zwischen Mauerbau und Mauerfall aus.

Das Forschungsdesign besteht in der Verknüpfung aller drei Ebenen zu einer Gesamtstudie; i. e. dem Parteiapparat mit seinen Kommissionen und Ausschüssen, einem regionalen Vergleich in der Fläche des DDR-Territoriums sowie der politischen Praxis an der Parteibasis. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht die wichtigste Funktion der LDPD: Sie sollte die politische Mobilisierung jener Teile der Bevölkerung bewirken, die von der Politik der SED nicht erreicht wurden. Welche Möglichkeiten standen der Parteiführung der LDPD zur Durchsetzung der von der SED oktroyierten Politik gegenüber der Parteibasis zur Verfügung?

Kerzen vor dem „Capitol“ – Das Ministerium für Staatssicherheit und die Leipziger Dokumentarfilmwoche

Das Projekt von *Andreas Kötzing* befasst sich mit dem Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit auf die Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche. Den Anlass bietet der 30. Jahrestag einer Demonstration, die am 18. November 1983, dem Eröffnungsabend der 26. Internationalen Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche, stattfand. Damals versammelten sich etwa zwei Dutzend Jugendliche vor dem Kino „Capitol“. Sie entzündeten Kerzen, um ein Zeichen gegen die militärische Aufrüstung in Ost und West zu setzen. Binnen weniger Minuten wurden sie von Einsatzkräften der Staatssicherheit und der Volkspolizei verhaftet – vor den Augen zahlreicher internationaler Journalisten. In den folgenden Tagen protestierten westliche Festivalgäste energisch gegen die willkürliche Auflösung der friedlichen Demonstration. Das Projekt greift dieses Ereignis auf, um den Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit auf die Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche genauer zu untersuchen. Die Recherchen und die Arbeit am Manuskript wurden im Jahr 2013 weitgehend abgeschlossen.

Das 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 – Ein Schlüsselereignis der DDR-Geschichte

Das 11. Plenum des ZK der SED ist wegen seiner rigiden kulturpolitischen Einschnitte als „Kahlschlag“-Plenum in die Geschichte der DDR eingegangen. Die umfangreiche Kritik von Erich Honecker, Kurt Hager, Paul Fröhlich und anderen führenden SED-Funktionären an Intellektuellen, Schriftstellern und insbesondere den Filmschaffenden der DEFA zählt zu den tiefsten Zäsuren der SED-Kulturpolitik. Zugleich wurde auf dem Plenum intensiv über die Wirtschaftsreformen im Rahmen des NÖSPL diskutiert.

Andreas Kötzing greift in diesem Projekt die Geschichte des 11. Plenums auf, um daran beispielhaft die Funktionsweise der SED-Diktatur zu schildern. Die kultur- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen der 1960er Jahre sollen dabei ebenso in den Blick genommen werden wie die konkreten Auswirkungen des Plenums auf regionaler Ebene in der DDR. Ein wichtiger Aspekt ist dabei, wie auf der Bezirksebene die angeordneten Maßnahmen der Partei umgesetzt wurden und welche Reaktionen sie hervorriefen. Untersucht wird darüber hinaus, wie das Plenum sowohl in den Staaten des Ostblocks als auch in der Bundesrepublik und anderen westlichen Staaten rezipiert worden ist.

Für das Projekt wurden zuletzt intensive Aktenrecherchen im Bundesarchiv in Berlin durchgeführt. Dabei

konnten zahlreiche neue, in der Forschung bislang wenig beachtete Quellen erschlossen werden.

„Der Bundeskanzler wünscht einen harten Kurs!“ DDR-Filmpropaganda und die westdeutsche Zensur durch den Interministeriellen Ausschuss für Ost-/West-Filmfragen

Dass es in den 1950er und 1960er Jahren auch in der Bundesrepublik eine staatliche Filmzensur gab, ist heute weitgehend unbekannt. Verantwortlich dafür war ein Gremium der Bundesregierung, das sich aus Vertretern verschiedener Ministerien und einzelner Bundesbehörden zusammensetzte. Der sogenannte „Interministerielle Ausschuss für Ost-/West-Filmfragen“ sichtete zwischen 1954 und 1966 über 3 000 Filme aus den osteuropäischen Staaten, einschließlich der DDR, die in der Bundesrepublik öffentlich vorgeführt werden sollten. In mehr als 100 Fällen untersagte der Ausschuss eine Aufführung. Verboten wurden vor allem Filme, die kommunistische Propaganda enthielten oder in der Bundesrepublik umstrittene Themen aufgriffen, wie z. B. die Re-Integration ehemaliger NS-Straftäter. Die Tätigkeit des Ausschusses war äußerst umstritten, weil seine Arbeit im permanenten Konflikt mit dem Zensurverbot des Grundgesetzes stand. Auch in der Öffentlichkeit regte sich ab Anfang der 1960er Jahre Widerstand gegen die Zensurpraxis des Ausschusses.

Andreas Kötzing erforscht im Projekt die Arbeit des Ausschusses und schildert die Zensurpraxis vor dem Hintergrund der deutsch-deutschen Beziehungen. Geplant ist eine eigenständige Publikation, die durch Originaldokumente und eine Liste aller zensierten Filme ergänzt werden soll.

5.1.3 Vergleichende Forschung

Arenen des Neubeginns. Sachsen, Niedersachsen und Österreich zwischen 1920 und 1960

Gemeinsam mit der Universität Hannover und den Ludwig Boltzmann Instituten in Wien und Graz wurde das umfangreiche zeithistorische Grundlagen- und Kooperationsprojekt mit insgesamt neun Einzelprojekten zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden des Verhaltens von Menschen in den großen gesellschaftspolitischen Umbrüchen von 1933/38 und 1945 erarbeitet. Neben einem Vergleich ausgewählter ländlicher Regionen in Sachsen, Niedersachsen und der Steiermark sowie urbaner Ballungsräume (am Beispiel von Zwickau, Osnabrück und Graz) sollen außerdem spezielle Sektoren zueinander in Beziehung gesetzt werden. Im Fokus stehen die drei

Bereiche Wirtschaft, Kulturpolitik und Schulpolitik. Der Antrag ist im Februar 2013 bei der DFG eingereicht worden.

Regionale Herrschaftsträger der NS- und der SED-Diktatur in Sachsen – ein Vergleich

Anfang 2010 hat das HAIT ein komparatives Grundlagenprojekt in Angriff genommen, das den Biografien und beruflichen Karrieren von NS-Funktionären und KPD/SED-Kadern auf der mittleren, regionalen Ebene nachspürt. Im Kontext jüngster NS- und DDR-Forschung wird der Frage nachgegangen, in welchem Maß und mit welcher Reichweite die sogenannten „kleinen Diktatoren“ das jeweilige totalitär intendierte Herrschaftssystem im Nationalsozialismus und Realsozialismus stützten. Das vornehmlich prosopographisch angelegte, diktaturvergleichend konzipierte „Sachsen-Projekt“ wird von *Francesca Weil* geleitet, die zugleich die Arbeit von Einzelprojekten koordiniert (vgl. hierzu die Dissertation von *Tilman Pohlmann*).

Erste Ergebnisse im Rahmen des Projekts wurden in Heft 1/2013 unserer Institutszeitschrift unter dem Titel „Akteure der Diktatur – Regionale Fallstudien zur NS- und SED-Herrschaft“ vorgestellt. In den Beiträgen richtet sich der Blick auf unterschiedliche Akteure beider Diktaturen, vornehmlich auf regional-lokaler Ebene. Dabei wird die jeweilige Stellung der Akteure im System bestimmt und die soziale Praxis des Handelns in beiden Diktaturen ausgelotet.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) und dem polnischen Innenministerium (MSW). Ideologische Auseinandersetzungen und geheimdienstliche Tätigkeit 1970–1990

Ergebnisse der Untersuchung sind: a) Die Zusammenarbeit beider Geheimdienste kam faktisch kaum zustande und war häufig kontraproduktiv. b) Die bilaterale Zusammenarbeit war minimal im Vergleich zu eigenen Aktivitäten (2–3 Prozent im Vergleich mit den eigenen operativen Vorgängen). c) Das MfS und das volkspolnische Innenministerium nutzten die bestehenden bilateralen Kontakte vor allem als Instrument für die Durchsetzung eigener Interessen. d) Die in der Literatur vertretene These über uneingeschränkte Kapazitäten und Möglichkeiten der Staatssicherheit in Polen konnte revidiert werden. e) Offensive Aktivitäten polnischer Geheimdienste gegen die DDR sind ebenso nachzuweisen wie die der ostdeutschen Seite gegen die VR Polen.

f) Die in der Fachliteratur genannte Zahl der IM des MfS in Polen beruht auf falschen Einschätzungen.

Die polnische Fassung des Projektergebnisses wurde begutachtet und liegt einem namhaften wissenschaftlichen Verlag der Universität Warschau vor. Die Veröffentlichung ist für das erste Quartal 2014 vorgesehen und soll mit der Eröffnung des Habilitationsverfahrens verbunden werden. *Tytus Jaskułowski* konnte die neuesten Erkenntnisse aus den im BStU-Archiv wiederhergestellten und nun zugänglichen Akten der Operativgruppe Warschau sowie der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS einarbeiten. Ende September 2013 wurde die Übersetzung der Arbeit ins Deutsche beendet.

Archäologie im politischen Diskurs. Ethnische Interpretationen prähistorischer Bodendenkmale in Sachsen, Böhmen und Schlesien zwischen 1918 und 1989

In dem Gemeinschaftsprojekt von HAIT und Landesamt für Archäologie analysierten Judith Schachtmann und *Thomas Widera* die Wirkungsgeschichte der Interpretation vor- und frühgeschichtlicher Funde und Befunde unter interdisziplinärer Fragestellung. In beiden deutschen Diktaturen hatte die Geschichtswissenschaft eine herrschaftslegitimierende Funktion. Archäologische Forschung sollte den Nachweis der Wissenschaftlichkeit von Weltanschauung erbringen und in spezifischer Akzentuierung die Gegenwart aus der Vergangenheit herleiten und die Zukunftsperspektive ausleuchten. Archäologen und Historiker stellten wichtige Komponenten für die jeweilige Ideologie bereit und rechtfertigten gesellschaftliche Umwälzungen mit historischen „Beweisführungen“. Die Projektbearbeiter gingen von der Forschungshypothese aus, dass die Herrschaftseliten in diktatorischen politischen Systemen nicht nur das größere Interesse an einer Indienstnahme der Wissenschaft haben, sondern zugleich über die weitreichenderen Möglichkeiten dazu verfügen. Auf Fachtagungen von Archäologen und Bodendenkmalpflegern haben sie Forschungsergebnisse vorgetragen und die Niederschrift des Manuskripts fortgesetzt.

5.2 Theoretische und konzeptionelle Grundlagen

Typen der Autokratie

Auf der Grundlage einer allgemeinen Herrschaftssoziologie arbeitet *Uwe Backes* an einer Typologie autokratischer (nicht-demokratischer) Systeme. Sie soll die Grundlage eines systematischen Vergleichs der Herrschaftsstrukturen autokratischer Systeme in Geschichte und Gegenwart bilden. Der totalitäre Regimetypus soll auf diese Weise präziser in seinen Gemeinsamkeiten und spezifischen Unterschieden mit anderen autokratischen Systemen erfasst werden. Zudem geht es um eine differenziertere historische Einordnung der Autokratien des 20. Jahrhunderts. Die konzeptionellen Grundlagen der Studie enthält ein Beitrag, der für das Sonderheft 47/2012 der Politischen Vierteljahresschrift verfasst worden ist: „Vier Typen der Autokratie und ihre Legitimierungsstrategien“.

Varianten der Autokratie und ihre Dauerhaftigkeit

Steffen Kailitz untersucht die Varianten der Autokratie im Rahmen einer auf Studien Max Webers aufbauenden, systematisch entwickelten Herrschaftstypologie. Dabei geht es um die Herausarbeitung der verschiedenen Funktionslogiken und der Gründe für die Dauerhaftigkeit von unterschiedlichen Formen der Autokratie. Im Frühjahr 2012 wurde aus dem Projektkontext ein Themenheft der Institutszeitschrift „Totalitarismus und Demokratie“ zum Thema „Legitimation, Kooptation und Repression in Ideokratien“ zusammengestellt. In seinem Einleitungsbeitrag stellt Kailitz den theoretischen Bezugsrahmen der Beiträge vor, in einem weiteren Beitrag widmet er sich speziell den verschiedenen Mustern der Einbindung von Bevölkerung und Eliten in den Autokratietypp der Ideokratien.

Anfang 2013 erschienen von *Steffen Kailitz* in Zusammenarbeit mit Patrick Köllner (Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Hamburg) ein umfangreiches Sonderheft der „Politischen Vierteljahresschrift“ zum Thema „Autokratien im Vergleich“ und ein Sonderheft der Zeitschrift „Democratization“ zur Autokratienforschung. Weiter wurden 2013 zwei englischsprachigen Bände unter dem Titel „Comparing Autocracies in the Early Twenty-first Century“ fertig gestellt, die Kailitz zusammen mit Aurel Croissant (Universität Heidelberg), Patrick Köllner und Stefan Wurster (Universität Heidelberg) bei Routledge/London herausgibt. Die Bandtitel lauten: Volume 1: Unpacking Autocracies: Explaining Similarity and Difference; Volume 2: The

Performance and Persistence of Autocracies. Für die zwei Bände erstellte Steffen Kailitz gemeinsam mit den Mitherausgebern jeweils einen umfangreichen Beitrag zur Einführung in die Thematik des Bandes. Für Band 1 wurde ein Beitrag zu der im Projekt entwickelten Regimetypologie beige-steuert.

Zusammen mit *Uwe Backes* wurde 2013 weiterhin ein Sammelband mit Beiträgen zum Thema „Legitimation, Kooptation und Repression in Ideokratien“ fertig gestellt der als Band 51 in der Schriftenreihe des HAIT erschienen ist. Er enthält eine breiter angelegte thematische Einführung und einen umfangreichen Beitrag mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse durch die Herausgeber sowie einen Beitrag von Kailitz zur Einbindung von Bevölkerung und Eliten in Ideokratien.

Zusammen mit Daniel Stockemer (Universität Ottawa) wurde 2013 auf der Grundlage des im Projekt erstellten Datensatzes politischer Regime (1945–2010) ein Beitrag zum Zusammenhang zwischen den Varianten der Autokratie und ihrer Dauerhaftigkeit erarbeitet. Der Beitrag befindet sich im Begutachtungsprozess („Peers review“) bei einer renommierten englischsprachigen Zeitschrift. Weiterhin wurden 2013 das Codebook für den Datensatz politischer Regime (1945–2010) fertig gestellt und letzte Fehlerkorrekturen am Datensatz vorgenommen.

Die Diktatur des Proletariats. Eine Begriffs- und Wirkungsgeschichte

In der Zeit der Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West verstanden sich die Staaten des Ostblocks selbst als „Diktatur[en] des Proletariats“. Die in Arbeit befindliche Studie *Mike Schmeitzners* hat seit der ersten Konzipierung mehrere Wandlungen durchlaufen: Zeitlich und forschungsgeschichtlich setzt die Studie mit den aus der französischen Revolution herrührenden Überlegungen zu einer Übergangsdiktatur (Babeuf) an, die in den späten 1840er Jahren in Marx' bekannten Äußerungen kulminierten. Die Diskussionen um Marx' „klassische“ Formel von 1875 bilden – gemeinsam mit Lenins Avantgarde-Ausdeutungen – sodann die theoriegeschichtliche Basis, um der Wirkmächtigkeit der oft strapazierten Formel nachzugehen. Dabei werden die mitteleuropäische und die sowjetische Entwicklung aus nachvollziehbaren Gründen im Fokus stehen; mit den Entwicklungen in Österreich und der Schweiz werden überdies interessante Zwischenkriegsexkurse abgehandelt. Die Studie mündet schließlich in den Aufbau der (verschiedenen) osteuropäischen Diktaturen nach 1945, wobei auch hier wiederum der Fokus auf die mitteleuropäische und sowjetische Entwicklung gelegt wird. Bislang konnten – nach intensiven Recherchen in verschiedenen

europäischen Archiven – bereits erste Ergebnisse in Fachzeitschriften veröffentlicht werden; eine längere Studie mit mehreren Kernthesen erscheint im „Archiv für Sozialgeschichte“ (Band 53) Ende 2013. Das Buchmanuskript selbst wird im Sommer 2014 vorliegen.

Utopisches Denken – Karl Marx und der Marxismus

Lothar Fritze hat nach der Veröffentlichung seines Buches „Anatomie des totalitären Denkens. Kommunistische und nationalsozialistische Weltanschauung im Vergleich“, München 2012, die Arbeit am Projekt, das der Marx'schen Geschichts- und Gesellschaftstheorie gewidmet ist, fortgesetzt. Der Zusammenbruch des Kommunismus in Europa war geeignet, eine lange vor diesem Zusammenbruch gewachsene Überzeugung zu bestätigen – die Überzeugung, in den Ländern des sogenannten realen Sozialismus werde versucht, ein Gesellschaftsmodell zu etablieren, dass nicht wirklich zu realisieren oder jedenfalls auf Dauer nicht überlebensfähig und damit – sofern überhaupt wünschenswert – in einem bestimmten Sinne utopisch sei. Da sich sowohl die Führer der jeweils herrschenden marxistisch-leninistischen Einheitsparteien als auch ihre Ideologen zur legitimatorischen Abstützung ihres Herrschafts- und Führungsanspruchs auf die Lehre von Karl Marx (und Friedrich Engels) beriefen, liegt es nahe, das Marx'sche Denken erneut einer kritischen Sichtung zu unterziehen. Im Mittelpunkt der geplanten Monographie steht die Frage nach dem Charakter des utopischen Denkens von Marx. Es wird zunächst darum gehen, die Grundzüge der Marx'schen Geschichtstheorie (soweit für das Thema relevant) darzustellen sowie das Verhältnis dieser Theorie zum utopischen Denken zu klären. Einer kurz gefassten Entschlüsselung der Anatomie der Marx'schen Geschichtstheorie soll eine Kritik dieser Theorie folgen. Dazu wurden Quellen- und Literaturstudien durchgeführt.

Zur Logik der Weltanschauungsdiktatur

Lothar Fritze hat im Berichtsjahr seine Studien zur Logik der Weltanschauungsdiktatur fortgesetzt und einzelne Ergebnisse in Aufsätzen veröffentlicht. Ferner hat er an der Veröffentlichung des Bandes „Moral des Nationalsozialismus“, herausgegeben als Band 50 in der Schriftenreihe des HAIT zusammen mit Wolfgang Bialas, gearbeitet. Der Band ist Ende des Jahres 2013 erschienen. Eine englische Übersetzung ist für 2014 geplant.

5.3 Systemtransformation und politischer Extremismus

Postkommunistischer EU-Raum: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Konsolidierungsstand und Perspektiven

Karel Vodička untersuchte im Rahmen der Projektarbeiten zur Erstellung des Bandes der internationalen HAIT-Konferenz „Vom Ostblock zur EU“ vergleichend die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Systemtransformation im – aus den ostdeutschen Bundesländern und den östlichen EU-Staaten bestehenden – postkommunistischen EU-Raum. Die komparative Analyse erbrachte völlig neue Forschungserkenntnisse. Für den postkommunistischen EU-Raum sind substantielle Gemeinsamkeiten und analoge Entwicklungstrends kennzeichnend, die ihn sowohl von den etablierten EU-Demokratien auf der einen als auch von den übrigen Ländern des ehemaligen Ostblocks auf der anderen Seite signifikant unterscheiden. Die gemeinsam mit Günther Heydemann verfasste vergleichende Analyse hat Eingang in den Band „Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990–2012“ (Schriften des HAIT 49 und Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 1353) gefunden. Darin enthalten ist zudem eine Analyse Karel Vodičkas zur Entwicklung Bulgariens.

Warum brechen Demokratien zusammen?

Die Arbeiten am Manuskript zur Monographie über die Gründe für das Scheitern und Überleben von Demokratien in der Zwischenkriegszeit nähern sich dem Abschluss. Die komparative Studie sucht zu klären, welche Bedeutung strukturelle Faktoren, Institutionen und Akteure für das Scheitern und Überleben von Demokratien in der Zwischenkriegszeit (1918–1938) haben. Den Hauptteil der Monographie machen die Fallanalysen zu zwölf in der Zwischenkriegszeit gescheiterten Demokratien aus. Daran anschließend werden systematische qualitative Vergleiche der Demokratiezusammenbrüche vorgenommen, die gescheiterten mit den überlebenden Demokratien kontrastiert und die Ergebnisse einer konfigurationsanalytischen Vergleichsanalyse zu den Gründen für das Scheitern und Überleben der Demokratien präsentiert. Weiterhin wurde ein gemeinsam mit Andreas Umland (Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt) verfasster englischsprachiger vergleichender Beitrag vorgelegt, der anhand der Fälle der Weimarer Republik und des postkommunistischen Russland untersucht, warum die Demokratisierung (potentieller) Großmächte mit postimperialen Erbe besonders schwierig verlief. Als spezifische Gründe für die Demokratieerosion dieser Großmächte

werden massiv enttäushtes Großmachtstreben, ein damit verbundenes Gefühl nationaler Erniedrigung und nationaler Irredentismus herausgearbeitet.

Darüber hinaus wurde zusammen mit Andreas Umland ein zweiter gemeinsamer englisch-sprachiger Beitrag fertig gestellt, in dem die Gründe dargelegt werden, warum die Kombination aus enttäushtem Großmachtstreben und nationalem Irredentismus in der Weimarer Republik in den Aufstieg des Nationalsozialismus mündete, während das postkommunistische Russland trotz erkennbarer Gefährdung durch eine Drift zum Faschismus letztlich „nur“ in einer elektoralen Autokratie mit Großmachtrhetorik endete. Der Beitrag befindet sich ebenfalls im Begutachtungsverfahren bei einer renommierten englischsprachigen Zeitschrift und wird auf der Grundlage der Gutachterkritik noch überarbeitet.

Rechtsextreme Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt in europäischen Demokratien

Im Bereich der allgemeinen Jugendkriminalität ist nur ein kleiner Prozentsatz der Straftäter für etwa die Hälfte der registrierten Delikte verantwortlich. Schwerpunktregionen rechter Gewalt, etwa in Sachsen, weisen hingegen einen hohen Anteil an Mehrfachtätern auf (so u. a. ein Ergebnis des BKA-Projektes des HAIT). Diese offenkundige Konzentration der Deliktbelastung führt zu der Annahme, dass durch ein gezieltes Vorgehen gegen die

Kerngruppe der Mehrfach- und Intensivtäter die Gewaltkriminalitätsrate wesentlich gesenkt werden könnte. Folglich richtet sich das Interesse auf die spezifischen Problemkonstellationen dieser Gruppe. Untersuchungsgegenstand des Projekts ist der Einfluss dieser Intensivtäter auf die Entwicklung von Verdichtungsräumen rechter wie linker Gewalt. Zentrales Ziel des von *Uwe Backes*, *Michail Logvinov*, *Matthias Mletzko* und *Jan Stoye* beantragten, 2012 (im Rahmen des Programms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ vom Sächsischen Ministerium des Innern) bewilligten und im Juli 2012 in Kooperation mit der Forschungsstelle Extremismus/Terrorismus des Bundeskriminalamts begonnenen Projektes ist es, ein Instrumentarium zur Früherkennung rechtsorientierter Mehrfach- und Intensivtäter zu entwickeln, Eingriffsmöglichkeiten aufzuzeigen und den Behörden Handlungsempfehlungen zu unterbreiten.

Im Berichtsjahr wurde die Täterpopulation aus den vom LKA Sachsen zur Verfügung gestellten Daten bestimmt und statistisch ausgewertet. Für alle namhaft gemachten Mehrfach- und Intensivtäter wurden über die Staatsanwaltschaften Untersuchungs- und Gerichtsakten angefordert und nach Eingang quantitativ wie qualitativ ausgewertet. In Kooperation mit dem Sächsischen Ministerium der Justiz wurden Täterinterviews sowie die Einsichtsnahme in Strafvollzugsakten vorbereitet. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat Medien gewaltaffiner Szenen zur Verfügung gestellt, die inhaltsanalytisch ausgewertet wurden.

6. Konferenzen, Arbeitstagungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

Internationale Konferenz: Nach den Diktaturen: Der Umgang mit den Opfern in Europa

Dresden, 28./29. Juni 2013

Die Konferenz im Sächsischen Hauptstaatsarchiv war der wissenschaftliche Höhepunkt des 20-jährigen Jubiläums des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung (HAIT). Ziel der Tagung war es, einen neuen, vergleichenden Kenntnisstand über den politischen und gesellschaftlichen Umgang mit den Opfern von europäischen Diktaturen zu erhalten. Dabei betrat das HAIT Neuland, da es in länderübergreifender Perspektive bisher kaum solide Kenntnisse gibt und ein entsprechender Vergleich bisher nicht vorgenommen worden ist.

Die Konferenz war inhaltlich in drei Sektionen gegliedert, die sich jeweils mit den Opferperspektiven in ehemaligen faschistischen, kommunistischen und Militärdiktaturen auseinandersetzten. Das Panel zu den faschistischen Diktaturen wurde mit einem Beitrag von Constantin Goshler (Bochum) eröffnet, der sich dem Opfer-Begriff auf einer semantisch-politischen Ebene näherte. Weiterhin stellte der Referent die grundsätzliche Frage, wer überhaupt Anerkennung als Opfer verdiene. Während in der Bundesrepublik eine integrale Opfererinnerung vorherrschte, bei der vor allem das Leiden der Juden im Mittelpunkt stand, dominierte in der DDR eine antifaschistische Erinnerungskultur wie im „Mainstream des Ostblocks“. Nach der Wiedervereinigung entstand eine Spannung zwischen den Opfern des Nationalsozialismus und denen der SED-Diktatur. Goshler forderte dazu auf, das Gedenken an die Opfer der Diktaturen in Deutschland zu einem inter-generationalen Anliegen werden zu lassen.

Federico Scarano (Neapel) stellte den Umgang mit den Opfern der faschistischen Diktatur Italiens und die Heterogenität der Personengruppen, die als Opfer des italienischen Faschismus zwischen 1922 und 1945 gelten, vor: angefangen bei den Verhaftungen von mehreren tausend Politikern nach der faschistischen Machtergreifung im Jahre 1922, über die Opfer der italienischen Rassengesetze ab 1938 (ca. 47 000) bis hin zu den 500 000 toten italienischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg. Er erwähnte ferner die enormen Opfer, welche die Kolonialkriege Italiens in Afrika hervorgerufen hätten, sowie die harten Repressalien gegen die italienische Zivilbevölkerung im Zuge der deutschen Besetzung Norditaliens im Jahr 1943. Obwohl nach dem Ende des

Krieges der Kampf gegen den Faschismus zur Staatsräson der italienischen Republik erklärt wurde, haben sich die Heterogenität der Opfer-Gruppen auch in ihren unterschiedlichen Organisationen fortgesetzt. Scarano thematisierte sowohl die Interessen als auch die teilweise fast feindselige Abgrenzung dieser Opferverbände untereinander und stellte zum Abschluss die Bünde ANFIM (Italienischer Verband der Familien der für die Freiheit des Vaterlandes gefallenen Märtyrer), ANPI (Verband der Partisanen Italiens) und schließlich FILDIR (Freier Internationaler Bund der Internierten und Deportierten der Widerstandsbewegung) vor.

In der Moskauer Deklaration von 1943 war Österreich als erstes Opfer der Aggressionspolitik Adolf Hitlers definiert worden. Stefan Karner (Graz) umriss die Entwicklung dieser Form der Schuldabwehr in der österreichischen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Schon seit den Verhandlungen zum Staatsvertrag, bei denen eine staatliche und gesellschaftliche Mitschuld immer wieder negiert wurde, bestimmte dieser „Opfermythos“ noch Jahrzehnte nach Ende des Krieges die Erinnerungs- und Entschädigungspolitik in Österreich. Erst mit der sogenannten „Waldheim-Affäre“ von 1986 und anschließend dem öffentlichen Eingeständnis von



Prof. Dr. Stefan Karner, Graz.

Bundeskanzler Vranitzky von 1991 über die von Österreichern begangenen Verbrechen während der NS-Zeit wurde dieses politische und gesellschaftliche Tabu gebrochen. Karner fasste den heterogenen Opfer-Begriff noch weiter und sprach vor allem den kulturellen Aspekt an. Schließlich hatte die „Entjudungs-“ und „Arisierungspolitik“ der Nationalsozialisten vor allem Juden ihrer kulturellen Besitztümer enteignet. Nachdem in den späten 1990er Jahren zahlreiche Klagen zum Vermögensentzug massiven Druck auf Politik und Gesellschaft in Österreich ausübten, wurde eine Historikerkommission gebildet, die das Thema „nationalsozialistische Raubgüter“ während der NS-Zeit aufarbeitete.

Im *zweiten* Panel wurde der Umgang mit den Opfern der südeuropäischen Militärdiktaturen konkretisiert. Heinz A. Richter (Mannheim) begann seinen Vortrag mit einer Einordnung des Begriffs der Diktatur in Griechenland. Die Regierungszeit General Metaxas bis 1941 könne durchaus als faschistische Diktatur bezeichnet werden. Für die Nachkriegszeit bis 1967 sprach Richter hingegen von einer klassischen „Königsdiktatur“, die 1967 in eine Militärdiktatur unter Papadopoulos gemündet sei. Erst mit der fortschreitenden Demokratisierung seit Mitte der 1970er Jahre und mit der Aufnahme Griechenlands in die EG 1981 sei eine erste Debatte über die Opfer der Diktaturen entstanden. Die Beschäftigung mit der griechischen Zeitgeschichte sei für Historiker lange ein Tabu gewesen sei. Noch heute würden Politiker und Journalisten die Interpretation zum gesellschaftlichen Umgang und vor allem das Gedenken an die Opfer der Diktaturen bestimmen. Und weil in Griechenland bisher keinerlei Entschädigung geleistet worden ist, soll die Wut der Bevölkerung nach außen reflektiert werden. Richter wies in diesem Zusammenhang auf die griechischen Forderungen nach Entschädigungszahlungen Deutschlands hin.

In Spanien war der gesellschaftliche Diskurs über die Opfer der Franco-Diktatur über Jahrzehnte stark gehemmt. Nach einem „Schweige-Pakt“ Ende der 1970er Jahre, einer Amnestie für Gewalttaten während des Franco-Regimes von 1977 und einer allgemeinen oberflächlich-versöhnlichen Interpretation des Spanischen Bürgerkrieges setzte erst in den 1990er Jahren eine eingehende Beschäftigung mit den Opfern der Militärdiktatur unter Francisco Franco ein. Walther Bernecker (Erlangen) nannte Zahlen von mehreren zehntausend Opfern, die in Spanien zwischen 1936 und 1975 ihr Leben verloren, beziehungsweise unter Krieg, Gewalt und Repression gelitten hätten. Der Streit um die Frage nach Opfern und Tätern habe zu heftigen politischen Auseinandersetzungen zwischen Sozialisten und Konservativen geführt, die bis heute andauern. Mit dem „Gesetz zur Gerechtigkeit und Wiedergutmachung“ von

2006 sei zwar ein erster Schritt in Richtung Aufarbeitung getan worden, aber der Großteil der Vergangenheitsbewältigung müsse in Spanien immer noch geleistet werden.

In Portugal endete 1974 die am längsten andauernde Diktatur in Europa. Antonio Costa Pinto (Lissabon) betonte, dass der Weg in die Demokratie nach fast 46 Jahren unter der Herrschaft Salazars und Caetanos für die Portugiesen schwierig gewesen sei. Im Zuge dieses schleppenden Prozesses konnte sich die Gesellschaft ebenfalls nicht einigen, ob und wie man der Opfer der Diktatur gedenken sollte. Es gab keineswegs unbedeutende Strömungen, die sich gänzlich von der Vergangenheit distanzieren wollten. Andere gesellschaftliche Gruppen blieben im Streit, wer eigentlich Opfer Salazars Politik gewesen war. Daher gab es nur Versuche, die Opfer allgemein zu rehabilitieren. Immer noch sehr stark im Bewusstsein der Bevölkerung verankert seien die Opferzahlen des portugiesischen Kolonialkrieges in Afrika zwischen 1961 und 1975.

Das *dritte* Panel der Tagung thematisierte den Umgang mit Opfern in postkommunistischen Staaten Osteuropas und Ostmitteleuropas. Elena Zhemkova (Moskau), Geschäftsführerin der Menschenrechtsorganisation „Memorial“, gab ihren Zuhörern einen umfassenden Überblick über die Opfer der stalinistischen Sowjetunion, ihre juristische Rehabilitation und ihre gegenwärtige Lebenssituation in Russland. Insbesondere in der „Hochphase“ des Stalinismus fielen über 10 Millionen Menschen Anklagen und Todesurteilen (individuelle Repressionen) zum Opfer, oder mussten Umsiedlungen und Deportationen (administrative Repressionen) erleiden. Erst mit Stalins Tod im Jahr 1953 wurde eine lange, wenngleich sehr bescheidene Phase der juristischen Rehabilitation bis 1986 eingeleitet. Sträflinge, die nachweisbar unschuldig und somit zu Unrecht in Arbeitslager deportiert worden waren, kamen frei. Gleichzeitig wurden vormals falsche Todesmitteilungen revidiert und berichtigt. Elena Zhemkova erläuterte, dass die politischen Reformen unter Gorbatschow auch eine neue Phase der Aufarbeitung einläuteten, die von 1986 bis zum Zerfall der UdSSR 1991 andauerte. Ein Großteil der Menschen, die von außergerichtlichen Gremien wie den Troikas und sowjetischen Sonderräten verurteilt wurden, konnte gesellschaftlich rehabilitiert werden. Mit der Gründung der russischen Föderation 1992 habe die dritte, bis heute andauernde Phase begonnen. Es ist ein Rehabilitationsgesetz in Kraft getreten, das Formen der politischen Repressionen verfassungsrechtlich definiert und konkrete Entschädigungsmaßnahmen in Aussicht stellt. Doch gebe es weiterhin einen immensen Nachholbedarf. Sie bezeichnete das bestehende Gesetz als hochgradig reformbedürftig, da der Zugang zu Entschädigungen mit erheblichen, institutio-



Elena Zhemkova (Moskau).

nellen Hürden verbunden sei. Auch die Rolle der rehabilitierten Opfer innerhalb der russischen Gesellschaft sei bedauerlich. Als Hauptgrund der gesellschaftlichen Ausgrenzung von Rehabilitierten bis heute identifizierte Elena Zhemkova das instrumentalisierte Verhältnis der Regierung zur Geschichte.

Eine weitgehend differenzierte Rehabilitationspraxis und engagierte geschichtliche Aufarbeitung nahm hingegen die tschechische Republik vor. Karel Vodička (Karlsruhe) erläuterte die Prämissen des politischen Systems der Tschechoslowakei, die Opfer zur Zeit des Realsozialismus und schließlich die Formen der Rehabilitation. Die Tschechoslowakei stünde in einem komplizierten Verhältnis zu Ost und West. Neville Chamberlains Appeasement-Politik und nicht zuletzt die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg, hätten laut Vodička das Vertrauen der Tschechoslowaken gegenüber dem Westen für Jahrzehnte zerstört. Die „Befreiung“ durch die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg wurde daher anfangs mehrheitlich begrüßt. Doch spätestens seit der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 und des Niedergangs der sozialistischen Wirtschaft habe der Großteil der Tschechoslo-

waken auch dem sowjetischen System kritisch gegenüber gestanden.

Auf politischer Ebene bestimmte die Einheitspartei KPČ mittels einer orthodox-kommunistischen Staatsdoktrin das Gesamtgeschehen der ČSSR seit 1948. Unter ihrer Herrschaft wurden etwa 267 000 Menschen – zumeist Dissidenten und Intellektuelle – in Schauprozessen oder durch Militärtribunale verurteilt. Weitere Opfer brachten die Umerziehungs- und Arbeitslager, die Liquidation des landwirtschaftlichen Sektors sowie auch der „Eiserne Vorhang“ mit sich. Die fortwährenden Fluchtversuche forderten das Leben sowohl von Flüchtlingen, als auch von Grenzposten. Vodička wies darauf hin, dass der Kommunismus in der heutigen tschechischen Öffentlichkeit als nationale Katastrophe angesehen wird. Im April 1990 verabschiedete die Föderalversammlung der Tschechen und Slowaken vor den ersten freien Wahlen das Gesetz Nr. 119/1990 zur Rehabilitierung. Es ermöglichte eine schnelle Überprüfung aller vergangenen Gerichtsfälle und sicherte zu Unrecht Verurteilten eine angemessene Entschädigung zu. In keinem anderen postkommunistischen Staat Europas sei die Rehabilitation so effizient vonstatten gegangen. Daher käme Tschechien eine Vorbildfunktion unter den ehemaligen Regimes des Ostblocks zu.

Den Abschluss des ersten Konferenztages bildete eine Podiumsdiskussion über die bisherigen Leistungen und gegenwärtigen Probleme der DDR-Forschung. Neben Institutsdirektor Günther Heydemann nahmen die Regisseurin und Schriftstellerin Freya Klier, der Historiker und Theologe Ehrhart Neubert, der Bürgerrechtler Siegfried Reiprich, sowie der Zeithistoriker Ulrich Mählerl an der Diskussion teil. Im Kern der Debatte standen zwei Leitfragen: die Bewertung des gegenwärtigen Forschungsstandes mit richtungsweisenden Empfehlungen für den zukünftigen Forschungskurs sowie die Frage, ob die DDR-Forschung innerhalb der zeithistorischen und politikwissenschaftlichen Forschung einen Inselcharakter habe. Darüber hinaus beteiligte sich das Publikum mit vertiefenden Rückfragen und Anmerkungen an der Diskussion.

Am zweiten Tag der internationalen Fachkonferenz des Hannah-Arendt-Instituts berichtete Krysztján Ungváry (Budapest) über den Umgang mit den Opfern von Diktaturen in Ungarn. Der Referent erweiterte den auf den Zeitraum nach 1990 konzipierten Analysezeitrahmen, indem er sich nicht auf die posttotalitäre Periode beschränkte, sondern drei markante chronologische Zäsuren hervorhob, die für eine differenzierte Analyse des ungarischen Opferdiskurses zu unterscheiden seien: die Zeit vor und nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die Zeit nach 1990. In Ungarn habe man es, ähnlich wie in Deutschland, mit einer doppelten Diktatur-



Podiumsdiskussion zur Konferenz 27.–29. Juni 2013.

erfahrung zu tun, die sich notwendigerweise auch auf die Beschäftigung mit der Opfer-Kategorie auswirke. Ungváry arbeitete nicht nur die Veränderung des Opferbegriffes je nach der Zeit der untersuchten „Prozessierung“ heraus, sondern machte darüber hinaus anhand einer kritischen Analyse der Gedenkpraxis vor 1990 und danach die politische Instrumentalisierbarkeit der Opferkategorien durch die Änderung der politischen und demokratischen „Vorzeichen“ in Ungarn deutlich. Mit einer nahezu gegensätzlichen Perspektive eröffnete Tytus Jaskułowski (Dresden) seine Ausführungen über den staatlichen und gesellschaftlichen Umgang mit den Opfern der totalitären Regime in Polen. Die Geschichte Polens sei, so bemerkte Jaskułowski gleich zu Beginn des Vortrags, ohne Zweifel eine Opfergeschichte. Die Perioden des 18. und 19. Jahrhunderts mit der Nichtexistenz eines politischen Staates, die Politik der Teilungsmächte, etwa die Russifizierung beziehungsweise Germanisierung, der Kulturkampf sowie die Besatzungszeit der polnischen Gebiete während des Zweiten Weltkrieges und

die Integration in die Einflussphäre der Sowjetunion nach 1945 hätten bereits früh Anlass dazu gegeben, die Pflege eines polnischen „Opfermythos“ zur Konstituierung nationaler Identität zu betreiben. Anhand der Analyse der posttotalitären strafrechtlichen Täterverfolgung und der staatlichen Rehabilitierungs- und Entschädigungspraxis kam der Referent gleichwohl zu dem „paradoxen“ Ergebnis, dass Opfersein und Opfermythos oft wenig mit den konkreten juristischen und politischen Aspekten einer Aufarbeitung zu tun hätten, und stellte neben verschiedenen Defiziten in der staatlichen Aufarbeitungspraxis ebenso ein zunehmendes Nachlassen des gesellschaftlichen Allgemeinwissens über die polnische Opfergeschichte fest.

Die Rehabilitierungs- und Entschädigungspraxis für die Opfer der SED-Diktatur in der wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland nach 1990 bildete den zentralen Bezugspunkt für Clemens Vollnhals (Dresden). Im Vergleich zur Täterverfolgung sowie der Aufarbeitung des MfS- und des DDR-Unrechts sei dieser Gegenstand

weit weniger gut erforscht. Anhand eines auf die Gesetzgebung und Rechtsprechung konzentrierten Zugangs konnte Vollnhals zeigen, dass trotz der relativ erfolgreichen strafrechtlichen Verfolgung der Täter im Laufe der 1990er Jahre die verwaltungsrechtliche und sozialpolitische Rehabilitierung der Opfer in vielen Fällen problematisch gewesen sei und nur schleppend voranginge. Die Bundesrepublik habe damit die Chance vertan, Opfern von Verfolgung in der DDR auf der moralischen Ebene rechtzeitig Entschädigung zuteil werden zu lassen. Dies sei ein irritierender Befund vor dem Hintergrund der Tatsache, dass auf Täterseite etwa ehemalige SED-Kader noch zehn Jahre nach dem Mauerfall – bis zu einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts – Rentenbezugs-Sonderleistungen in Anspruch hätten nehmen können.

Claudia Matthes (Berlin) behandelte im abschließenden Beitrag der Konferenz den schwierigen Fall Lettland. Insbesondere ging sie auf die Themen „Transitional Justice“ und „Ethnopolitik“ in der dortigen historischen Aufarbeitung in Lettland ein. Sie beleuchtete einerseits die verschiedenen Opfergruppen, andererseits die institutionelle lettische Diktaturaufarbeitung. Darüber hinaus widmete sie sich den gesellschaftlichen Debatten und den bestimmenden Akteuren der Aufarbeitung und

erweiterte so den Blick auf das Baltikum als eine Region, in der sich der Opferdiskurs besonders durch den hohen Anteil der dort noch immer lebenden russischen Bevölkerung unter anderen Vorzeichen als in den übrigen Staaten des ehemaligen Ostblocks entwickelt habe. Mit Blick auf die Erstellung eines Tagungsbandes, der die verschiedenen Diskurse aufnehmen und einen Vergleich der europäischen Aufarbeitungsbemühungen in den jeweiligen Ländern leisten soll, bestand insgesamt Konsens, dass noch weitere systematisierende Analyse-kriterien auszuarbeiten sind. Doch sei mit dieser Konferenz des Hannah-Arendt-Instituts ein entscheidender Schritt eingeleitet worden.

Stephan Dehn, Alexander Becker, Tilman Pohlmann

Workshop: ‚Rassische‘ Segregation. Die nationalsozialistische Volkstumspolitik. Neuere Forschungen

Dresden, 19.–20. September 2013

Am 19. und 20. September 2013 fand am Hannah-Arendt-Institut der Workshop „Rassische“ Segregation. Ideologie und Pragmatismus in der Volkstumspolitik des



Workshop ‚Rassische‘ Segregation, 19.–20. September 2013 in Dresden.

Nationalsozialismus. Neue Forschungen“ statt, der von Dr. Johannes Frackowiak und Dr. Jan Erik Schulte geleitet wurde und Teilnehmer aus vier Ländern zusammenführte. Der Kreis der Referenten setzte sich aus den Kolleginnen und Kollegen zusammen, die in den vergangenen Jahren zur sogenannten „Volkstumspolitik“ während der NS-Zeit geforscht und publiziert hatten bzw. deren Studien vor dem Abschluss standen. So konnte ein weitgehend umfassender Blick auf dieses aus weltanschaulichen und praktischen Gründen wichtige Politikfeld des Nationalsozialismus geworfen werden. In neun Beiträgen mit anschließenden Diskussionen wurde ein Bogen von den ideologischen Voraussetzungen der völkisch-rassischen Politik, über die Rhetorik und Organisation des „Volkstumsapparates“ bis hin zur Praxis von örtlichen Segregationsmaßnahmen und der Reaktion der betroffenen Bevölkerungsgruppen geschlagen. Dabei zeigte es sich, wie fruchtbar es ist, nicht von einer Dominanz oder von einem Konflikt von Ideologie auf der einen Seite und Praxis auf der anderen Seite auszugehen, sondern beide als dialektisch aufeinander bezogen zu begreifen. Selbst die dem Diktum der „Deutschen Volksliste“ im annektierten Polen unterworfenen Betroffenen konnten mitunter die vorgegebenen Anweisungen und die Praxis der Herrschenden instrumentalisieren, um ihre individuellen Interessen durchzusetzen. In den Diskussionen während des Workshops erwies sich zudem, wie erhellend Vergleiche mit anderen Prozessen des sogenannten „social engineering“ sein können, um vor dem Hintergrund der Folie der NS-Politik Kontinuitäten wie Diskontinuitäten bei den Versuchen einer sozialen und biologischen Steuerung von Gesellschaften im 20. Jahrhundert herauszuarbeiten.

3. Internationale Demokratiekonferenz

Leipzig, 14./15. November 2013

Rede von Prof. Dr. Günther Heydemann zur Eröffnung der Konferenz: Warum ist eine wissenschaftliche Einrichtung, wie das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, das sich mit der Erforschung von Diktaturen und autokratischen Herrschaftssystemen beschäftigt, Kooperationspartner der Internationalen Leipziger Demokratiekonferenz? Diese Frage ist durchaus berechtigt. Schließlich geht es heute und morgen um die Demokratie und nicht um Diktaturen. Doch haben wir der Anfrage, daran teilzunehmen, sofort und gerne zugestimmt. Denn gerade weil



wir womöglich einige Kenntnisse über nicht- oder nur teildemokratische Herrschaftssysteme besitzen, ist uns der Wert von Demokratien auch besonders bewusst.

In der Tat gibt es in der Welt nur ganz wenige Staaten, die auf den Begriff „Demokratie“ verzichten. Das ist immerhin einigermaßen erstaunlich. Denn nach wie vor beherrschen Diktaturen rund ein Viertel aller Nationalstaaten in der Welt und damit rund ein Drittel der Menschheit. Außer der Verfassung Saudi-Arabiens z. B. verkünden heutzutage nahezu alle Verfassungen der Welt, ihr Land sei demokratisch regiert. Nur Saudi-Arabien macht eine Ausnahme, doch dort dürfen Frauen bekanntlich nicht einmal Auto fahren. Demokratie beginnt aber schon damit, dass die Geschlechter völlig gleichberechtigt sind. Ohne die Achtung und Wahrung von Menschen- und Bürgerrechten gibt es keine Demokratie.

Nehmen wir statt Saudi-Arabien China, den mit Abstand bevölkerungsreichsten Staat der Welt. Dort ist in der chinesischen Verfassung die Rede von einer „demokratischen Diktatur des Volkes, die von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht“. Erst vorgestern hat das Politbüro der kommunistischen Partei jedoch beschlossen, noch mehr Marktwirtschaft zu fördern. Wie passt das zusammen? Offensichtlich klafft zwischen dem verordneten ideologischen Weltbild und der realen Welt ein großer Widerspruch. Denn wer heute Bilder vom modernen China sieht oder durch die großen, versmogten Städte des Landes reist, wird schnell sehen, dass dies nur noch wenig mit dem Bündnis der Partei mit der Arbeiterklasse und den Bauern zu tun hat, obwohl es natürlich nach wie vor Millionen von Arbeitern und Bauern gibt. Zudem beansprucht die kommunistische Monopolpartei bis heute, demokratisch legitimiert zu sein, obwohl dies nicht der Fall ist und Wahlen als Voraussetzung für demokratische Legitimierung noch immer ausstehen.

Aber auch in Russland kann und will man nicht auf Demokratie verzichten, zumal es ein Zurück zum früheren sozialistischen System des Sowjetstaates nicht mehr gibt. Was macht man stattdessen? Man führt demokratische Wahlen durch, die freilich von der Regierungspartei und den in ihrer Hand befindlichen Medien schon im Vorfeld beeinflusst werden, nicht zuletzt durch Druck auf die Wähler. Darüber hinaus werden sogar oppositionelle Parteien zugelassen, so dass oppositionelle Mitglieder auch im russischen Parlament, der Duma, sitzen. Allerdings dürfen sie zwei Dinge nicht tun, nämlich zu viel Kritik an der herrschenden Regierung äußern, wobei die Grenzen, wenn und wann das überschritten ist, immer nur von der sog. „Staatsmacht“ gezogen werden. Und zugleich wird natürlich alles dafür getan, dass die Opposition niemals die Mehrheit im Parlament erreicht, d. h. die Macht im Staat auf demokratischem Wege er-

ringt. Diesen Typus von scheinbarer Demokratie nennt man in der Wissenschaft inzwischen sog. „elektorale Autokratien“, also „Wahl“-Autokratien, doch könnte man ein solches Vorgehen auch einfacher als die „Putinisierung“ von Demokratie(n) bezeichnen. Leider sind ähnliche Tendenzen wie in Russland übrigens auch in einigen südamerikanischen Staaten wie in Argentinien, Ecuador, Guatemala, Kolumbien oder Panama zu beobachten.

Erfreulicherweise hat es durch den Zusammenbruch der ehemals realsozialistischen Staaten im früheren Ostblock in den Jahren 1989/90 einen starken Zugewinn von Demokratien gegeben. Und die Europäische Union hat dazu erfolgreich beigetragen. Doch was ist mit Weißrussland und der Ukraine? In Weißrussland finden wir die Neuauflage einer stalinistischen Diktatur vor, und in der Ukraine die Existenz einer „elektoralen Autokratie“, in der einige wenige einflussreiche Männer, sog. „Oligarchen“, die eigentliche politische Gewalt in Händen halten.

Freilich sollten wir auch bei den neuen Demokratien in Osteuropa genauer hinschauen. Besonders in Ungarn und Rumänien hat es Versuche gegeben, das Wahlrecht zu manipulieren, die Unabhängigkeit der Justiz einzuschränken und die Medien an die Kette zu legen. Im Grunde sind es immer wieder die gleichen Machenschaften, um eine Demokratie auszuhebeln.

Aber auch die etablierten Demokratien, wie z. B. in unserem Land, sind nicht gefeit vor innerer Auszehrung. Die größte Gefahr liegt womöglich darin, dass wir unsere Demokratie für selbstverständlich nehmen, dass wir uns selbst nicht einbringen oder – noch schlimmer – für unser demokratisches Gemeinwesen überhaupt nicht interessieren. Demokratie gibt es aber nicht zum Nulltarif; das wissen gerade diejenigen, die die Demokratie mühsam erstreiten mussten, besonders gut. Man kann in der Demokratie nicht einfach „abhängen“.

Zudem ist den etablierten Demokratien erst vor wenigen Wochen eine ganz neue Gefahr erwachsen, die zu ihrem Hauptproblem im 21. Jahrhundert werden könnte. Ihre inzwischen möglich gewordene und ja längst praktizierte Überwachung durch elektronische Technik. Es wird meines Erachtens noch langer politischer Auseinandersetzungen bedürfen, um einen wirklich rechtlich verbindlichen und technisch wirksamen Schutz zu schaffen, damit wir nicht alle zu gläsernen Staatsbürgern in einer überwachten Demokratie werden. Es gibt deshalb viel zu tun, bringen Sie sich mit ihren Diskussionen und Beiträgen ein!

Denn Demokratie bedeutet neben der Wahrung von Menschen- und Bürgerrechten, Gewaltenteilung und Meinungsfreiheit und vielem anderen mehr auch und nicht zuletzt Diskussion.

Konferenz: Von der sozialistischen Zentralplanwirtschaft der SBZ/DDR zur sozialen Marktwirtschaft in den Neuen Bundesländern

Dresden, 21.–22. November 2013

Wirtschaftswissenschaftler und Historiker ebenso wie ehemalige Politiker, die den 1990 beginnenden Transformationsprozess mitgestalteten, diskutierten über die Gründe des Niedergangs der DDR-Wirtschaft und die Probleme des ökonomischen Wiederaufbaus in den neuen Bundesländern.

Günther Heydemann wies einleitend darauf hin, dass sich das HAIT in den letzten Jahren verstärkt mit den Folgen der ostdeutschen Transformation beschäftigt hat. Mit Blick auf die DDR-Wirtschaft und den sozio-ökonomischen Transformationsprozess gebe es in der DDR-Forschung jedoch bis heute noch Defizite, die aufzuarbeiten seien. Wie aktuell die Thematik der Tagung sei, zeige der jüngst herausgegebene Bericht zum Stand der deutschen Einheit. Das Wirtschaftsniveau der neuen Länder habe auch 20 Jahre nach dem Ende der DDR erst 71 Prozent des Weststandards erreicht.

In den Vorträgen standen vor allem zwei Aspekte im Vordergrund. Zum einen wurden die wichtigsten Probleme der DDR-Wirtschaft und ihres Niedergangs erörtert, zum anderen die daraus hervorgehenden Herausforderungen der ökonomischen Transformation. In der Mehrzahl der Beiträge wurde deutlich, dass nicht externe Faktoren, sondern vor allem die systemimmanenten Strukturprobleme der DDR dazu beigetragen haben, dass deren Volkswirtschaft scheiterte.

Jürgen Schneider (Altdorf) betonte in seinem Referat die negative Wirkung des Zentralismus in der Wirtschaft. Basierend auf den theoretischen Ausführungen von Hayek und Leipold wies er die Unbeweglichkeit des sozialistischen Systems nach, das kaum auf die für eine dynamische Volkswirtschaft relevante und permanent notwendige Einführung von Basisinnovationen reagieren konnte. Aufgrund der Systemgröße wurden die Verantwortlichen zudem niemals richtig darüber informiert, wie die einzelnen Betriebe funktionierten. Ein System von zwei Millionen Betrieben könne nur mit wirtschaftlicher Autonomie funktionieren, die ebenso wenig vorhanden gewesen sei wie der Konsumentenmarkt.

Christian Heimann (Barleben) vertrat die These, dass die DDR schon aufgrund ihrer Planwirtschaft wirtschaftlich untergehen musste. Basierend auf den Werken von Ludwig Mises argumentierte er, dass wirtschaftliche Zentralplanung nichts anderes bedeute als totalitäre Planung und grundsätzlich nichts mit einer Marktwirtschaft gemeinsam habe. Die Krisen oder externe Faktoren, wie z. B. die Ölkrise zu Beginn der 1970er Jahre, trugen in



Konferenz 21.–22. November 2013 in Dresden.

der Marktwirtschaft dazu bei, Systemänderungen vorzunehmen, die jedoch in der DDR grundsätzlich nicht möglich gewesen seien. Auf die in der Diskussion aufgeworfene Frage, warum die DDR nicht etwa das chinesische Modell zu kopieren versuchte, antwortete Heumann, dass dies aus politisch-ideologischen Gründen unmöglich gewesen wäre. Die DDR orientierte sich an der Außenpolitik der UdSSR, deren Beziehungen mit China zu angespannt waren, als dass man die chinesische Ökonomie hätte kopieren können.

Spiridon Paraskewopoulos (Köln) konzentrierte sich in seinem Vortrag ebenfalls auf die Makroebene der sozialistischen Zentralplanwirtschaft. Er stellte die verschiedenen Versuche systemimmanenter Korrekturen dar, die allerdings an den strukturellen Bedingungen der Zentralplanwirtschaft scheiterten. Nicht nur war es schlicht unmöglich, die Produktion sämtlicher in einer Volkswirtschaft notwendigen Güter zentral zu steuern; vielmehr verfolgten auch Zentrale und Einzelbetriebe unterschiedliche Interessen, die jeweils zu einer mangelhaften Nutzung der Produktionsmittel, zu Ineffizienz und zu einer niedrigen Arbeitsproduktivität führten. Wie auch seine Vorredner kam der Referent zu dem Ergebnis, dass die Planwirtschaft ohne systemsprengende Reformen nicht zukunftsfähig war.

Udo Ludwig (Halle) bezeichnete die DDR als Wirtschaftsexperiment, das nicht nur aus reinen System-

gründen scheitern musste. Denn diejenigen, die dieses System verbessern oder ändern wollten, mussten mit Verfolgung bzw. mit Repressionen rechnen, was wiederum zu einer weitgehenden Passivität der entscheidenden Kader führte. Diese Kader genossen zudem auch Privilegien, die sie in einem marktwirtschaftlichen System nicht gehabt hätten und daher nicht ohne Weiteres aufgeben wollten.

Klaus Ziege-Bollinger (Dresden) fügte hinzu, dass die DDR bereits vor dem Aufstand von 1953 1,1 Mrd. DDR-Mark Defizit aufwies, da die SBZ schon zuvor mit mangelnder Produktivität kämpfte und die Massenemigration enorme Verluste bei den Fachkadern hervorrief. Nach seiner Einschätzung gab es außerdem in der DDR keine Verbindung zwischen Investitionen und Arbeitsorganisation. Die anschließende Diskussion konzentrierte sich vor allem auf die Bewertung des DDR-Industrievermögens, einschließlich der Problematik der Berechnung von Abschreibungen.

Genau an diesem Punkt setzte Horst Hartte (Neu-Isenburg) ein, der die unterschiedlichen Kriterien für die Erstellung von Bilanzen in Ost- und Westdeutschland darlegte, die im Vorfeld der Währungsunion zu einem viel zu optimistischen Bild von der DDR-Wirtschaft geführt hatten. Aufgrund niedrigerer Abschreibungssätze sei das Anlagekapital weit überschätzt worden. Die

DDR-Betriebe seien letztlich weit weniger wert gewesen als ursprünglich bilanziert.

Barbara Bischoff (Münster) schilderte den Organisationsaufbau der institutionalisierten Kontrollen bei der Privatisierung im Zuge der ökonomischen Transformation Ostdeutschlands und präsentierte Daten zum Ausmaß der Wirtschaftskriminalität während der Privatisierungen. Wirtschaftskriminalität sei dabei eine Sammelbezeichnung für alle Straftaten, die von Unternehmen und Unternehmern im Zuge eines wirtschaftlichen Gewinnstrebens begangen werden. Laut den Ergebnissen von Bischoff gab es bei rund 14 000 Privatisierungen durch die Treuhandanstalt rund 300 Verfahren und 80 Verurteilungen wegen Wirtschaftskriminalität. Das Ausmaß der Wirtschaftskriminalität habe sich demnach entgegen der weit verbreiteten öffentlichen Meinung im normalen Rahmen bewegt.

Karl-Heinz Paqué (Magdeburg) verglich den Transformationsprozess in den Neuen Bundesländern mit denen in den Staaten Osteuropas. Seine Kernthese lautete: Die deutsche Einigung ist eine unbestreitbare Erfolgsgeschichte. Dem drastischen wirtschaftlichen Einbruch, der Deindustrialisierung im Zuge der Transformation einschließlich des bedauerlichen Verlusts von Millionen von – allerdings unrentablen – Arbeitsplätzen sei eine erfolgreiche Reindustrialisierung gefolgt. Zwar sei der Grad der Industrialisierung in Ostdeutschland heute noch immer deutlich geringer als in Westdeutschland, aber höher als etwa in Frankreich. Die Abwanderung aus dem Osten sei zudem nahezu gestoppt.

In der abschließenden Podiumsveranstaltung befragte Karl-Heinz Paqué zum Themenkomplex: „Der Transformationsprozess im vereinten Deutschland – ein geglückter ordnungspolitischer Wandel?“ Alexander Koch, zwei Jahre Verantwortlicher für Personal im Vorstand der Treuhand, Johannes Ludewig, 1991 bis 1995 im Bundeskanzleramt für die Koordination der neuen Bundesländer zuständig und von 1995 bis 1997 Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Lothar de Maizière, vom 12. April bis 2. Oktober 1990 der einzige, durch freie Wahlen legitimierte Ministerpräsident der DDR, Gerhard A. Ritter, Wirtschafts- und Sozialhistoriker, und Richard Schröder, Fraktionsvorsitzender der SPD in der 1990 frei gewählten Volkskammer der DDR. Einmütig stellte das Podium fest: Der höchst schwierige ordnungspolitische Wandel ist im Großen und Ganzen geglückt. Als Tiefpunkt des ökonomischen Reformationsprozesses beschrieb dabei Ludewig den 31. Dezember 1991. Der Zusammenbruch der Sowjetunion habe zum Wegfall der bisherigen Absatzmärkte der DDR-Betriebe geführt. Lothar de Maizière unterstrich, dass zuvor rund 90 Prozent der Exporte an die Sowjetunion gegangen waren. Alle Podiumsteilnehmer

beschrieben die Probleme der ökonomischen Transformation Ostdeutschland als enorm. Alexander Koch relativierte aber, dass gemessen an dem, was andere Transformationsstaaten wie etwa Rumänien oder Russland bewältigen mussten, die deutschen Probleme doch deutlich kleiner waren. Laut Ritter federte das System der Sozialleistungen den höchst schwierigen Transformationsprozess in Deutschland doch stark ab. Insbesondere Ludewig und Ritter betonten die ungeheuren Anpassungsleistungen der Menschen in Ostdeutschland im Zuge des ökonomischen Umbaus, ohne die der jetzige Erfolg nicht möglich gewesen wäre. Wie aus der Podiumsdiskussion und den Debattenbeiträgen während der Tagung deutlich wurde, bestand unter den Tagungsteilnehmern bezüglich der Gründe für das Scheitern der DDR-Wirtschaft und dem Tatbestand der prinzipiellen Erfolgsgeschichte der Transformation weitgehend Übereinstimmung, doch über die Leistungen der Betriebsbelegschaften in der Wendezeit sei noch viel zu wenig bekannt.

Tytus Jaskułowski, Steffen Kailitz, Jan Erik Schulte

Workshop: Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen

Dresden, 9. Dezember 2013

In der Mitte der Laufzeit des im Juli 2012 begonnenen Projekts diskutierten die Mitarbeiter Probleme und erste Ergebnisse ihrer Untersuchung (Auftraggeber: Sächsisches Ministerium des Innern, Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“) mit geladenen Experten aus Wissenschaft und Sicherheitsbehörden (Bundeskriminalamt, LKA und LfV Sachsen, Staatsanwaltschaften).

7. Öffentliche Vorträge

Filmvorführung mit Podiumsdiskussion

20. Januar 2013: Filmvorführung und Podiumsdiskussion zum Film „Hannah Arendt. Ihr Denken veränderte die Welt“ mit der Regisseurin Margarethe von Trotta und Prof. Dr. Günther Heydemann im Kino in der Fabrik in Dresden.

Buchvorstellungen

Clemens Vollnhals, Manfred Gailus (Hg.): Mit Herz und Verstand – Protestantische Frauen im Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik, Göttingen 2013

5. November 2013, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin

Isidor Nussenbaum: „Er kommt nicht wieder.“ Geschichte eines Überlebenden. Hg. von Hans Medick und Jens-Christian Wagner, Dresden 2013

7. November 2013, Sorbisches Gymnasium, Bautzen



Von Margarethe von Trotta signiertes Plakat zur Podiumsdiskussion zum Film: Hannah Arendt. Ihr Denken veränderte die Welt.



Prof. Dr. Lothar Fritze zur Langen Nacht der Wissenschaften an der TU Dresden.

*Öffentliche Vorträge und Vorträge im Rahmen
von Institutsseminaren*

16. Mai 2013: Nora Blumberg (Leipzig): Mitteldeutsch-
land unter amerikanischer Besatzung

23. Mai 2013: Nadin Schmidt (Leipzig): Die Deportation
der wissenschaftlichen Intelligenz an den Universitäten
der SBZ nach 1945 und deren Reintegration an Univer-
sitäten der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

20. Juni 2013: Dr. Yvonne Fiedler (Leipzig): Kunst im
Korridor. Private Galerien in der DDR zwischen Auto-
nomie und Illegalität

1. Juli 2013: Dr. Frederico Scarano (Neapel): Die
Beziehungen zwischen Hitler und Mussolini vor 1933
und die italienische Außenpolitik

3. Juli 2013: Prof. Amos Guiora (University of Utah):
Tolerating Extremism: To What Extent Should Intole-
rance be Tolerated

5. September 2013: Dr. Jan Bury (Wyszynski-Universität
Warschau): Selected communist Polish Cold War coun-
terintelligence operations against West German agents.
Perception of West German intelligence by the Warsaw
regime

18. September 2013: PD Dr. Thomas Kramer (Berlin):
Rote Brüder und Wstenshne. Gemeinsamkeiten, Un-
terschiede und Kontinuitäten populärer Medien im
Nationalsozialismus und der DDR

16. Oktober 2013: Prof. Everhard Holtmann (Halle):
Unsicherheiten in Zeiten des Systemumbruchs und die
Entdeckung der Individualität. Ein Lngsschnittvergleich
der Demokratiegrndungen in Deutschland 1945/49
und 1989/90

*Lange Nacht der Wissenschaften
Dresden, 5. Juli 2013*

Dr. Francesca Weil: „Zuerst wurde der Parteisekretär
begrut, dann der Rektor ...“

Dr. Andreas Kötzing: Dreifacher Beckmann. Wolfgang
Borcherts Drama „Draußen vor der Tür“ und seine
Verfilmungen in der Bundesrepublik und in der DDR

Prof. Dr. Lothar Fritze: Tötung Unschuldiger?

8. Kooperationen mit wissenschaftlichen Partnereinrichtungen/ Gastwissenschaftler

Seit langem bestehen vielfältige Kontakte mit deutschen und ausländischen Lehrstuhlinhabern. Engere Kooperationen, die sich in gemeinsamen Projekten, Tagungen, Lehraufträgen oder gegenseitigen Vereinbarungen niederschlagen, bestanden 2010 mit folgenden Institutionen:

Abteilung Bildung und Forschung bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR, Berlin

Bundeskriminalamt, Forschungsstelle
Terrorismus/Extremismus (Dr. Uwe Kemmesies)

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
(Dr. Anna Kaminsky, Dr. Ulrich Mählert)

Center for the Study of the Holocaust and Religious
Minorities in Oslo (Dr. Anton Weiss-Wendt)

Collegium Bohemicum Ústí nad Labem
(Mgr. Blanka Muralová)

Deutsches Historisches Museum Berlin

Dipartimento di Studi Euro-Americani, Facoltà di
Lettere e Filosofia, Università degli Studi Roma III
(Prof. Alfredo Breccia, Prof. Luca Ratti)

Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (Dr. Meik Woyte)

Friedrich-Naumann-Stiftung, Gummersbach (Prof.
Ewald Grothe, Prof. Martin Neumann)

Fritz Bauer Institut, Frankfurt am Main (Prof. Raphael
Gross, Dr. Jörg Osterloh, Dr. Werner Konitzer)

Gedenkstätte Bautzner Straße, Dresden

German Institute of Global and Area Studies (GIGA),
Hamburg, Gruppe „Autoritäre Systeme“ (Prof. Dr.
Patrick Köllner, Dr. Thomas Richter)

Groupe de Recherche sur la Culture de Weimar, Paris
(Prof. Gérard Raulet)

Helmut Schmidt Universität/Universität der
Bundeswehr Hamburg (Prof. Bernd Wegner)



Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Heinz Paqué auf der Podiumsdiskussion im Dresdner Stadtmuseum anlässlich der Tagung: Von der sozialistischen Zentralplanwirtschaft der SBZ/DDR zur sozialen Marktwirtschaft in den Neuen Bundesländern.

Historisches Seminar der Universität Leipzig
(Prof. Wolfgang Höpken)

Historisches Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Prof. Dr. Thomas Großbölting)

Historiska institutionen, Uppsala universitet
(Dr. Heléne Löw)

Institut für Politikwissenschaft, TU Dresden
(Prof. Hans Vorländer)

Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschau (Prof. Piotr Madajczyk)

Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin
(Prof. Andreas Wirsching)

Institut für Zeitgeschichte der Tschechischen Akademie der Wissenschaften in Prag (Prof. Oldřich Tůma)

Institutt for statsvitenskap, Universitetet i Oslo
(Prof. Bernt Hagtvet)

International Institute for Holocaust Research – Yad Vashem, Jerusalem (Eliot Nidam Orvieto, Prof. David Bankier)

Jan-Evangelista-Purkyne-Universität Ústí nad Labem
(Dr. Kristina Kaiserová)

Karls-Universität Prag (Doc. ThDr. Jan Blahoslav Lašek)

Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt (Prof. Leonid Luks, Dr. Andreas Umland)

KZ-Gedenkstätte Flossenbürg/Stiftung Bayerische Gedenkstätten (Dr. Jörg Skriebeleit, Ulrich Fritz)

Laboratoire Cultures et Sociétés en Europe der Universität Straßburg (Prof. Pascal Hintermeyer)

Landesamt für Archäologie Sachsen (Dr. Thomas Westphalen, Dr. Regina Smolnik)

Lehrstuhl für Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt Nationalsozialismus an der Humboldt-Universität zu Berlin (Prof. Michael Wildt)

Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (Prof. Karl-Heinz Paqué)

Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung Graz (Prof. Stefan Karner)

Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft (LBIHS) Wien (Prof. Gerhard Botz)

Mitteleuropa Zentrum der TU Dresden
(Prof. Walter Schmitz)

Niedersächsisches Forschungskolleg „Nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘?“ an der Universität Hannover (Prof. Detlef Schmiechen-Ackermann)

Oddělení bezpečnostních a strategických studií, Fakulta sociálních studií, Masarykova Univerzita
(Prof. Miroslav Mareš)

Philosophische Fakultät der Westböhmenischen Universität Pilsen (Prof. Ivo Budil)

Royal Military Academy Sandhurst, U. K.
(Dr. Peter Lieb)

Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Geschichtswissenschaft (Prof. Michael Wala)

Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung
(Frank Richter)

Sorbisches Institut Bautzen (Prof. Dr. Dietrich Scholze)

Stiftung Ettersberg (Prof. Hans-Joachim Veen)

Stiftung Sächsische Gedenkstätten (Siegfried Reiprich, Dr. Klaus-Dieter Müller)

The Emanuel Ringelblum Jewish Historical Institute, Warschau (Prof. Eleonora Bergman)

The Institute for Holocaust Research, University of Haifa
(Dr. Yael Granot-Bein)

Universität Kopenhagen, Saxo-Institut (Prof. Karl Christian Lammers)

Universität Ottawa, Kanada (Dr. Daniel Stockemer)

Universität Warschau (Prof. Włodzimierz Borodziej)

Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wrocław
(Prof. Krzysztof Ruchniewicz)

Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam
(Prof. Martin Sabrow)

Gastwissenschaftler

Dr. Patrick Moreau war ständiger Gastwissenschaftler (unentgeltlich) am Hannah-Arendt-Institut. Auf diese Weise wurde die Kooperation mit der internationalen Kommunismusforscher-Gruppe von Prof. Stéphane Courtois und dem Laboratoire Cultures et Sociétés en Europe der Universität Straßburg (Prof. Pascal Hintermeyer) institutionell verankert.



Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts mit Praktikanten und studentischen Hilfskräften auf einem Ausflug vor der Silhouette der Altstadt von Meißen mit dem Dom.

9. Wissenschaftliches Personal

9.1 Wissenschaftliche Mitarbeiter



apl. Prof. Dr. Uwe Backes
Stellvertretender Direktor

Studium:
Politikwissenschaft, Geschichte,
Germanistik an der Universität
Trier

Berufliche Stationen:
1997/98 Feodor Lynen-Forschungs-
stipendiat der Alexander von Hum-
boldt-Stiftung am „Centre d’Etude pour la Vie Politique

Française“ (CEVIPOF), Paris
1998/99 Heisenberg-Stipendiat der DFG
seit 1999 stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-
Instituts
seit 2004 apl. Prof. an der TU Dresden
Gastprofessuren an den Universitäten Innsbruck,
Eichstätt, Paris-Nanterre und Nancy
2010/11 Inhaber des Gutenberg-Lehrstuhls (Chaire
Gutenberg) am Laboratoire Cultures et Sociétés en
Europe der Universität Straßburg

Forschungsschwerpunkte:
Demokratietheorie, Ideologieggeschichte, vergleichende
Extremismusforschung, autoritäre und totalitäre Dikta-
turen

Aktuelles Forschungsprojekt:
Typen der Autokratie

Ausgewählte Veröffentlichungen:

- Jahrbuch Extremismus und Demokratie. Hg. mit Eck-
hard Jesse, 1989 ff.
- Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte
von der Antike bis in die Gegenwart, Göttingen 2006
(englische Ausgabe: Political Extremes. A conceptual
history from antiquity to the present, London/New
York 2011; französische Ausgabe: Les Extrêmes poli-
tiques. Un historique du terme et du concept de
l’Antiquité à nos jours, Paris 2011).
- NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte
Gewalt. Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kon-
trastiven Vergleich (mit Matthias Mletzko und Jan
Stoye), Köln 2010.
- Extrémisme et violence (Revue des Sciences Sociales,
Nr. 46). Hg. mit Pascal Hintermeyer und Patrick
Moreau, Strasbourg 2012.

- The Extreme Right in Europe. Current Trends and
Perspectives, Hg. mit Patrick Moreau, Göttingen
2012.
- Ideokratien im Vergleich. Legitimation – Kooptation –
Repression. Hg. mit Steffen Kailitz (Schriften des
HAIT 51), Göttingen 2014.



Dr. Johannes Frackowiak

Studium:
Geschichte, Politikwissenschaft
und Soziologie an der Universität
Leipzig

Berufliche Stationen:
1999–2003 Promotionsstudent am
Historischen Seminar der
Universität Leipzig

2004–2007 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der
Forschungsstelle für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
Ostmitteleuropas der Europa-Universität Viadrina
Frankfurt (Oder)
seit 2010 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-
Arendt-Institut

Forschungsschwerpunkte:
Verfassungsgeschichte, Migrationsforschung, Geschichte
des deutsch-polnischen Verhältnisses im 19. und
20. Jahrhundert

Aktuelles Forschungsprojekt:
Die Deutsche Volksliste (DVL) im nationalsozialistisch
besetzten Polen 1939/41–1945

Ausgewählte Veröffentlichungen:

- Wanderer im nationalen Niemandsland. Polnische
Ethnizität in Mitteldeutschland von 1880 bis zur
Gegenwart (Studien zur Historischen Migrations-
forschung, 24), Paderborn 2011.
- (Hg.) Nationalistische Politik und Ressentiments.
Deutsche und Polen von 1871 bis zur Gegenwart
(Berichte und Studien 64), Göttingen 2013.



apl. Prof. Dr. Lothar Fritze
apl. Prof. an der Technischen
Universität Chemnitz

Studium:
Betriebswirtschaft in Karl-Marx-
Stadt (Chemnitz)

Berufliche Stationen:
1978–1990 Forschungsinstitut für
Textiltechnologie Karl-Marx-Stadt

1992–1993 Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung
Chemnitz

seit 1993 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-
Arendt-Institut

Forschungsschwerpunkte:
Probleme der angewandten Ethik
Totalitarismusforschung

Aktuelles Forschungsprojekt:
Totalitäres Denken im Marxismus und
Nationalsozialismus

Ausgewählte Veröffentlichungen:

- Legitimer Widerstand? Der Fall Elser, Berlin 2009.
- Anatomie des totalitären Denkens. Kommunistische und nationalsozialistische Weltanschauung im Vergleich, München 2012.
- Ideologie und Moral im Nationalsozialismus. Hg. mit Wolfgang Bialas (Schriften des HAIT 50), Göttingen 2014.



Prof. Dr. Günther Heydemann
Direktor

Studium:
Geschichte, Germanistik,
Sozialkunde und Italienisch an den
Universitäten Erlangen-Nürnberg,
Bonn, Pisa und Florenz

Berufliche Stationen:
seit 1993 Lehrstuhl für Neuere und

Zeitgeschichte an der Universität Leipzig
Gastprofessuren in Italien, den USA und der Russischen
Föderation

seit Oktober 2009 Direktor des Hannah-Arendt-Instituts

Forschungsschwerpunkte:

Zeitgeschichte
Diktaturenvergleich (NS-, SED-Regime)
vergleichende europäische Geschichte im 19. und
20. Jahrhundert
Transformationsforschung

Aktuelles Forschungsprojekt:

Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern

Ausgewählte Veröffentlichungen:

- „Zuerst wurde der Parteisekretär begrüßt, dann der Rektor ...“. Zeitzeugenberichte von Angehörigen der Universität Leipzig (1945–1990). Hg. mit Francesca Weil, Leipzig 2009.
- Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Band 3: Das zwanzigste Jahrhundert 1909–2009 (mit Ulrich von Hehl, Klaus Fitschen, Fritz König), Leipzig 2010.
- Konsens, Krise und Konflikt. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen im Zeichen von Terror und Irak-Krieg. Eine Dokumentation. Hg. mit Jan Gülzau, Bonn 2010.
- Streitkräfte im Nachkriegsdeutschland. Hg. mit Hans-Jörg Bücking, Berlin 2011.
- Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990–2012 im Vergleich. Hg. mit Karel Vodička, Göttingen 2013.
- Sachsen und der Nationalsozialismus. Hg. mit Jan Erik Schulte und Francesca Weil (Schriften des HAIT 53), Göttingen 2014.



Dr. Tytus Jaskułowski

Studium:

Politikwissenschaft und Wirtschaft
an der Universität Danzig, an der
TU Danzig sowie an der FU Berlin

Berufliche Stationen:

2002–2003 Projektleiter im
Osteuropa-Zentrum Berlin
2004–2006 Wissenschaftlicher
Mitarbeiter am Polnischen Institut

für Internationale Angelegenheiten

seit 2006 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-
Arendt-Institut

Forschungsschwerpunkte:

DDR-Geschichte, deutsch-polnische Beziehungen

Aktuelles Forschungsprojekt:

Die Zusammenarbeit zwischen dem MfS der DDR und dem polnischen Geheimdienst 1970–1990

Ausgewählte Veröffentlichungen:

- Ostatnie miesiące NRD, Wrocław 2010
- (Hg.) Nachrichten aus einem Land das doch existierte: Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990, Berlin 2010.
- Zwanzig Jahre danach. Gespräche über den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag. Zweisprachige Ausgabe. Herausgegeben mit Karoline Gil, Wrocław 2011.
- (Hg.) Anna Walentynowicz: Solidarność – eine persönliche Geschichte, Göttingen 2012



PD Dr. Steffen Kailitz

Studium:

Studium der Politikwissenschaft und Ostslavistik an der Universität Mannheim

Berufliche Stationen:

1998–2007 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Chemnitz,

Lehrstuhl Politische Systeme, Politische Institutionen
Habilitation TU Chemnitz 2004
seit 2007 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut
Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten Greifswald 2009/2010 und Erfurt 2010/2011

Forschungsschwerpunkte:

Vergleichende Demokratieforschung
Extremismus- und Totalitarismusforschung
politische Kulturforschung
Wahlsystemforschung
Parteienforschung

Aktuelle Forschungsprojekte:

Ursachen von Demokratiezusammenbrüchen
Diktaturentypologie für die empirische Forschung

Ausgewählte Veröffentlichungen:

- Autokratien im Vergleich. Hg. mit Patrick Köllner, Sonderheft der „Politischen Vierteljahresschrift“ 47/2012.
- Unpacking Autocracies: Explaining Similarity and Difference, Democratization, online: 2012, print: 20 (2013) Heft 1. Hg. mit Patrick Köllner.

- Ideokratien im Vergleich. Legitimation – Kooptation – Repression. Hg. mit Uwe Backes (Schriften des HAIT 51), Göttingen 2014.



Dr. Andreas Kötzing

Studium:

1998–2004 Neuere und Neueste Geschichte sowie Kulturwissenschaften, Universität Leipzig

Berufliche Stationen:

2005–2006 Volontariat bei der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

2006–2007 Wissenschaftlicher Redakteur bei der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

2008–2011 Promotionsstipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes, Doktorand am Historischen Seminar der Universität Leipzig

seit 2013 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut

Forschungsschwerpunkte:

Deutsch-Deutsche Nachkriegsgeschichte
Film- und Mediengeschichte im 20. Jahrhundert

Aktuelle Forschungsprojekte:

Das 11. Plenum des ZK der SED im Kontext der SED-Kultur- und Wirtschaftspolitik
Zensur von DEFA-Filmen in der Bundesrepublik

Ausgewählte Veröffentlichungen:

- Kultur- und Filmpolitik im Kalten Krieg. Die Filmfestivals von Leipzig und Oberhausen in gesamtdeutscher Perspektive, Göttingen 2013.
- Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte. Hg. mit Detlev Brunner und Udo Grashoff, Berlin 2013.



Dr. Dr. (rus) Michail Logvinov

Studium:

Slawistik, Germanistik, Pädagogik, Politikwissenschaft sowie Neuere und Neueste Geschichte

Berufliche Stationen:

2001–2004 Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Promovend an der

Sozial-Pädagogischen Universität Wolgograd

2004 Promotion im Fach Philologie

2005–2007 Forschungsaufenthalt und Teilzeitstudium der Politikwissenschaft, Neueren und Neuesten Geschichte und Germanistischen Sprachwissenschaft an der TU Chemnitz

2007–2011 Promotion an der TU Chemnitz

2011 Lehrbeauftragter an der Professur Politische Systeme, Politische Institutionen an der TU Chemnitz
seit 2012 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut

Forschungsschwerpunkte:

Transformationsforschung

Extremismus- und Terrorismusforschung

Politik und Gesellschaft in Kaukasien und Zentralasien

Aktuelles Forschungsprojekt:

Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen

Ausgewählte Veröffentlichungen:

- Russlands Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Eine kritische Bestandsaufnahme des Bekämpfungsansatzes, Stuttgart 2012



Matthias Mletzko M. A.

Studium:

Politikwissenschaft, Soziologie, Kriminologie an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz

Berufliche Stationen:

1989–1996 Veröffentlichung von Hintergrundartikeln zum Themen-

bereich Extremismus/Terrorismus in Tages- und Wochenzeitungen (u. a. Die Welt, Hannoversche Allgemeine Zeitung, Rheinischer Merkur) und Fachzeitschriften (Kriminalistik, Terrorismus-Informationsdienst, Deutscher Informationsdienst).

1993–1995 verantwortlicher Redakteur des Informationsdienstes Terrorismus – Extremismus – Organisierte Kriminalität (T.E.OK).

1996–1998 zwei Auswertungsarbeiten für das sächsische Staatsministerium des Innern zu den Themen „Gibt es Anhaltspunkte für extremistische Einstellungen in den Organisationen mit der Präsenz ehemaliger MfS-Mitarbeiter?“ und „Bericht zur Auswertung von Gutachten über Ursachen des Extremismus“.

2000 Mitarbeit am Berichtsteil „Politisch motivierte Kriminalität“ des ersten periodischen Sicherheitsberichtes für die Bundesregierung (PSB) in der Arbeitsgruppe Eckert/Willems.

2007–2009 Mitarbeit am Auftragsprojekt der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des BKA „NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt“.

2010 Auswertungsarbeit „Vergleichende Analyse von Gewaltdelikten der Bereiche PMK rechts und PMK links aller Bundesländer für die Jahre 2006–2009“ für die Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des BKA.
seit 2012 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut

Forschungsschwerpunkt:

Politisch motivierte Gewalt

Aktuelles Forschungsprojekt:

Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen

Ausgewählte Veröffentlichungen:

- NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt - Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich. Köln 2010 (zusammen mit Uwe Backes und Jan Stoye)



PD Dr. Mike Schmeitzner

Studium:

Geschichte und Germanistik an der PH und TU Dresden

Berufliche Stationen:

1994–1997 Graduiertenstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung
seit 1998 Wissenschaftlicher Mit-

arbeiter am Hannah-Arendt-Institut

Gast- und Vertretungsprofessor für Neuere und Zeitgeschichte an der Universität Erfurt 2010/2011
Habilitation TU Dresden 2013

Forschungsschwerpunkte:

Parlamentarismus im 19. und 20. Jahrhundert, Sachsen in der Weimarer Republik und unter zwei Diktaturen, Geschichte der SBZ und frühen DDR, Jugendbewegung, Totalitarismuskonzepte von links

Aktuelle Forschungsprojekte:

Die Diktatur des Proletariats. Eine Begriffs- und Wirkungsgeschichte
Frühe Todesurteile in der SBZ
Geist, Macht und Gewalt. Heinrich Bennecke und die SA

Ausgewählte Veröffentlichungen:

- Doppelt verfolgt. Das widerständige Leben des Arno Wend, Berlin 2009
- (Hg.) Richard Löwenthal: Faschismus – Bolschewismus – Totalitarismus. Schriften zur modernen Weltanschauungsdiktatur, Göttingen 2009.
- Der Fall Mutschmann. Sachsens Gauleiter vor Stalins Tribunal, Beucha 2011.
- Eine totalitäre Revolution? Richard Löwenthal und die Weltanschauungsdiktaturen im 20. Jahrhundert, Bonn 2012.
- Braune Karrieren. Dresdner Täter und Akteure im Nationalsozialismus. Hg. mit Christine Pieper und Gerhard Naser, Dresden 2012
- Eine totalitäre Revolution? Richard Löwenthal und die Weltanschauungsdiktaturen im 20. Jahrhundert (Gesprächskreis Geschichte Heft 96 [Friedrich-Ebert-Stiftung]), Bonn 2012.
- (mit Francesca Weil) Sachsen 1933–1945. Ein historischer Reiseführer (Historische Reiseführer), Berlin 2014.



Dr. Jan Erik Schulte

Studium:

Geschichte, Volkswirtschaftslehre und Germanistik an der Ruhr-Universität Bochum und der Universität Liverpool

Berufliche Stationen:

1994–1996 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere Geschichte der Ruhr-Universität Bochum
1997–1999 Historiker in der War Crimes Section des kanadischen Justizministeriums in Ottawa
2000–2010 Mitarbeiter und wissenschaftlicher Leiter bei der Neukonzeption der Dauerausstellung „Ideologie

und Terror der SS“ in der Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg

2005–2010 Vertreter einer wissenschaftlichen Assistentenstelle und Wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Bochum und Marburg
seit 2010 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut

Forschungsschwerpunkte:

Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust
Geschichte der internationalen Beziehungen und kanadische Geschichte; Erinnerungskultur

Aktuelle Forschungsprojekte:

Geschichte der SS: Herrschaftspraxis zwischen Zentrum und Peripherie
UN-Blauhelme zwischen nationaler Mythologisierung und globalem Konfliktmanagement. Kanada und die Politik des Peacekeeping im 20. Jahrhundert

Ausgewählte Veröffentlichungen:

- (Hg.) Die SS, Himmler und die Wewelsburg, Paderborn 2009.
- Widerstand und Auswärtiges Amt. Diplomaten gegen Hitler. Hg. mit Michael Wala, München 2013.
- Sachsen und der Nationalsozialismus. Hg. mit Günther Heydemann und Francesca Weil (Schriften des HAIT 53), Göttingen 2014.



Dr. Karel Vodička

Studium:

Rechtswissenschaften, Universität Prag; Dissertation im Bereich Wirtschaft/Recht, Universität Prag; Wissenschaftliche Aspirantur im Bereich Wirtschaft, Universität Brunn/Brno

Berufliche Stationen:

1982–1985 Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Brunn/Brno, Tschechoslowakei
1987–1989 Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Collegium Carolinum München
1992–1996 Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität-Gesamthochschule Siegen
1997–2003 Lehrauftrag an der Karls-Universität Prag, Fakultät für Sozialwissenschaften
1996–2005 Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Institut für Internationale Politik

seit 2010 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut

Forschungsschwerpunkte:

Das politische System der Tschechoslowakei/
Tschechiens, die Teilung der Tschechoslowakei,
Transformations- bzw. Konsolidierungsforschung

Aktuelle Forschungsprojekte:

Tschechien: politische und wirtschaftliche
Transformation 1990–2012
Konsolidierungsprozess im postkommunistischen EU-
Raum. Verlauf, Stand, Perspektiven

Ausgewählte Veröffentlichungen:

- Politický systém České republiky. Historie a současnost (Das politische System Tschechiens. Geschichte und Gegenwart). 3. Auflage Prag 2011.
- Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990–2012 im Vergleich. Hg. mit Günther Heydemann, Göttingen 2013



Dr. Clemens Vollnhals M.A.
Stellvertretender Direktor,
Lehrbeauftragter an der Techni-
schen Universität Dresden

Studium:

Neuere und Neueste Geschichte,
Sozial- und Wirtschaftsgeschichte,
Politikwissenschaft an der Ludwig-
Maximilians-Universität München

Berufliche Stationen:

1989–1992 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts
für Zeitgeschichte, München
1992–1997 Fachbereichsleiter in der Abteilung Bildung
und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unter-
lagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
DDR, Berlin
seit 1998 Stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-
Instituts
Gastdozenturen an den Universitäten Prag (2003–2006)
und Sofia (2006–2009)

Forschungsschwerpunkte:

Konservative Revolution und NS-Bewegung, Entnazifi-
zierung, Staatssicherheit und politische Justiz, kirchliche
Zeitgeschichte

Aktuelle Forschungsprojekte:

Konservative Revolution und Nationalsozialismus
Jüdisches Leben und Antisemitismus in Sachsen (1871 –
1945)

Ausgewählte Veröffentlichungen:

- (Hg.) Jahre des Umbruchs. Friedliche Revolution in
der DDR und Transition in Ostmitteleuropa
(Schriften des HAIT 43), Göttingen 2011.
- NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit.
Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR.
Herausgegeben mit Jörg Osterloh (Schriften des
HAIT 45), Göttingen 2011.
- Die völkisch-religiöse Bewegung im Nationalsozialis-
mus. Eine Beziehungs- und Konfliktgeschichte
(Schriften des HAIT 47), 1. und 2. Auflage Göttingen
2012.
- Mit Herz und Verstand – Protestantische Frauen im
Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik. Hg. mit
Manfred Gailus (Berichte und Studien 65), Göttingen
2013



Dr. Francesca Weil

Studium:

Pädagogische Hochschule Leipzig
Abschluss: Diplomlehrer für Ge-
schichte und Deutsch

Berufliche Stationen:

1985–1988 Forschungsstudium an
der Pädagogischen Hochschule
Leipzig/Fachbereich Geschichte
(Promotion)
1988–1995 Wissenschaftliche Assistenz an der PH Leip-
zig sowie am Historischen Seminar der Universität Leip-
zig
1996–2002 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehr-
stuhl für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Leip-
zig
2003–2006 Stipendiatin am HAIT
seit 2007 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hannah-
Arendt-Institut

Forschungsschwerpunkte:

Geschichte des Nationalsozialismus
Diktaturenvergleich („Drittes Reich“, SBZ/DDR)
Sozial- und Alltagsgeschichte der DDR
Widerstand und politische Verfolgung in der SBZ/DDR
Geschichte des MfS
Transformationsforschung

Aktuelles Forschungsprojekt:

Gesellschaftsgeschichte Sachsens in den 1940er Jahren

Ausgewählte Veröffentlichungen:

- „Zuerst wurde der Parteisekretär begrüßt, dann der Rektor ...“. Zeitzeugenberichte von Angehörigen der Universität Leipzig (1945–1990). Hg. mit Günther Heydemann, Leipzig 2009.
- Verhandelte Demokratisierung. Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR (Berichte und Studien 58), Göttingen 2011.
- (mit Mike Schmeitzner) Sachsen 1933–1945. Ein historischer Reiseführer (Historische Reiseführer), Berlin 2014.
- Sachsen und der Nationalsozialismus. Hg. mit Günther Heydemann und Jan Erik Schulte (Schriften des HAIT 53), Göttingen 2014.



Dr. Thomas Widera

Studium:

Neuere und Neueste Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Soziologie an der Technischen Universität Dresden

Forschungsschwerpunkte:

Nationalsozialismus
Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone,

Konflikt- und Gewaltforschung
Friedensbewegung und Friedliche Revolution
Wissenschaftsgeschichte (Archäologie)

Aktuelles Forschungsprojekt:

Die prähistorische Archäologie im geschichtspolitischen Diskurs

Ausgewählte Veröffentlichungen:

- Politik und Wissenschaft in der prähistorischen Archäologie. Perspektiven aus Sachsen, Böhmen und Schlesien. Hg. mit Judith Schachtmann und Michael Strobel (Berichte und Studien 56), Göttingen 2009.
- Die Zerstörung Dresdens 13. bis 15. Februar 1945. Gutachten und Ergebnisse der Dresdner Historikerkommission zur Ermittlung der Opferzahlen, Göttingen 2010. Hg. mit Rolf-Dieter Müller und Nicole Schönherr (Berichte und Studien 58), Göttingen 2010

9.2 Wissenschaftliche Hilfskräfte



Michael Thoß

Wissenschaftliche Hilfskraft

Studium:

TU Dresden, Erstes Staatsexamen in den Fächern Geschichte und Geographie

Berufliche Stationen:

seit 2010 Wissenschaftliche Hilfskraft am Hannah-Arendt-Institut

9.3 Funktionen und Mitgliedschaften

apl. Prof. Dr. Uwe Backes

Vorsitzender des Freundeskreises des Hannah-Arendt-Instituts Dresden
Vorsitzender des Veldensteiner Kreises zur Erforschung von Extremismus & Demokratie
Mitglied des Beirats des Bündnisses für Demokratie und Toleranz

apl. Prof. Dr. Lothar Fritze

Mitherausgeber der Zeitschrift „Aufklärung und Kritik“

Prof. Dr. Günther Heydemann

Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Deutschen Historischen Museums, Berlin
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte, München-Berlin
Mitglied des Wissenschaftlichen Fachbeirats der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin
Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Dresden
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung Ettersberg, Erfurt
Mitglied der Wissenschaftlichen Auswahlkommission „Pro Niedersachsen“, Hannover
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für die Graduiertenschule „Geschichte der Bergakademie Freiberg im 20. Jahrhundert“, Freiberg
Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Deutschlandforschung e. V., Berlin
Mitglied des Kuratoriums der Horst-Springer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Leipzig

Mitherausgeber der Wissenschaftlichen Zeitschrift
(Comitato scientifico) „Processi Storici e Politiche di
Pace“, Rom
Mitglied der Gestaltungskommission für den Dresdner
Revolutionsweg 1989/90
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Compass
Archivs (ZEDHIA), Wien

PD Dr. Steffen Kailitz

Sprecher der Gruppe „Vergleichende Diktatur- und
Extremismusforschung“ (bis August 2012); Sprecher
der Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“ (ab
September 2012) der „Deutschen Vereinigung für
Politische Wissenschaft“

PD Dr. Mike Schmeitzner

Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung
Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die
Opfer politischer Gewaltherrschaft, Dresden
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung
Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte,
Heidelberg
Mitglied des Redaktionsbeirates „Dresdner Hefte.
Beiträge zur Kulturgeschichte“
Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung an der
TU Dresden

Dr. Jan Erik Schulte

Stellvertretender Vorsitzender des International
Committee for Memorial Museums for the Remem-
berance of Victims of Public Crimes (IC MEMO)

9.4 Lehrtätigkeit

apl. Prof. Dr. Uwe Backes

2012/13 Wintersemester, TU Dresden, Vorlesung:
Systemvergleich II: Diktaturen
2013 Sommersemester, TU Dresden, Seminar:
Diktaturen im Vergleich
2013/14 Wintersemester, TU Dresden, Vorlesung:
Systemvergleich II: Diktaturen

apl. Prof. Dr. Lothar Fritze

2012/13 Wintersemester, TU Chemnitz, Seminar: Der
Rechtsstaat und das Recht auf Leben

2013 Sommersemester, TU Chemnitz, Seminar:
Einführung in den Libertarianismus und Anarcho-
Kapitalismus

2013/14 Wintersemester, TU Chemnitz, Seminar:
Neuere Literatur

Prof. Dr. Günther Heydemann

2012/13 Wintersemester, Universität Leipzig, Kollo-
quium/Oberseminar: Grundprobleme der Neueren
und Zeitgeschichte

2013 Sommersemester, Universität Leipzig,
Kolloquium/Oberseminar: Grundprobleme der
Neueren und Zeitgeschichte

2013/14 Wintersemester, Universität Leipzig, Kollo-
quium/Oberseminar: Grundprobleme der Neueren
und Zeitgeschichte

Dr. Andreas Kötzing

2012/13 Wintersemester, Universität Leipzig, Seminar:
„Davon haben wir nichts gewusst!“ Das Wissen der
deutschen Bevölkerung um den Holocaust

PD Dr. Mike Schmeitzner

2012/13 Wintersemester, TU Dresden, Pro-Seminar:
Weimars Ende 1928/30–1933. Zusammenbruch
einer Demokratie

2013/14 Wintersemester, TU Dresden, Hauptseminar:
Deutsche Kolonialgeschichte im Zeitalter des
Imperialismus

Dr. Jan Erik Schulte

2013 Sommersemester, TU Dresden, Pro-Seminar:
Der nationalistische Krieg 1939 bis 1945: Kriegsge-
sellschaft, Besatzungsherrschaft, Massenverbrechen

Dr. Clemens Vollnhals

2012/13 Wintersemester, TU Dresden Hauptseminar:
Jüdisches Leben und Antisemitismus in Deutschland
(1871–1933)

2013 Sommersemester, TU Dresden, Hauptseminar:
Rassismus als Staatsdoktrin. Verfolgung und jüdisches
Leben im Nationalsozialismus

2013/14 Wintersemester, TU Dresden Hauptseminar:
Opposition und Widerstand im Nationalsozialismus

9.5 Veröffentlichungen

1. Monographien

Bialas, Wolfgang: Moralische Ordnungen des Nationalsozialismus (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 52), Göttingen 2014.

Kötzing, Andreas: Kultur- und Filmpolitik im Kalten Krieg. Die Filmfestivals von Leipzig und Oberhausen in gesamtdeutscher Perspektive, Göttingen 2013.

Schmeitzner, Mike; Weil, Francesca: Sachsen 1933–1945. Ein historischer Reiseführer (Historische Reiseführer), Berlin 2014.

2. Herausgebertätigkeit

Backes, Uwe (Hg.): Jacob L. Tamon, Die Geschichte der totalitären Demokratie, Band 1: Die Ursprünge der totalitären Demokratie, Band 2: Politischer Messianismus: Die romantische Phase, Band 3: Der Mythos der Nation und die Vision der Revolution: Die Ursprünge ideologischer Polarisierung im zwanzigsten Jahrhundert (Wege der Totalitarismusforschung), Göttingen 2013.

Backes, Uwe; Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 25, Baden-Baden 2013.

Backes, Uwe; Kailitz, Steffen (Hg.): Ideokratien im Vergleich. Legitimation, Kooptation und Repression (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 51), Göttingen 2014.

Brunner, Detlev; Grashoff, Udo; Kötzing, Andreas (Hg.): Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, Berlin 2013.

Frackowiak, Johannes (Hg.): Nationalistische Politik und Ressentiments. Deutsche und Polen von 1871 bis zur Gegenwart (Berichte und Studien 64), Göttingen 2013.

Heydemann, Günther; Vodicka, Karel (Hg.): Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990–2012 im Vergleich (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 49), Göttingen 2014.

Heydemann, Günther; Schulte, Jan Erik; Weil, Francesca (Hg.): Sachsen und der Nationalsozialismus (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 53), Göttingen 2014.

Kailitz, Steffen; Köllner, Patrick (Hg.): Unpacking Autocracies: Explaining Similarity and Difference, Special Issue of the journal „Democratization“, London 2013.

Schulte, Jan Erik; Wala, Michael (Hg.): Widerstand und Auswärtiges Amt. Diplomaten gegen Hitler, München 2013.

Vollnhals, Clemens; Gailus, Manfred (Hg.): Mit Herz und Verstand – Protestantische Frauen im Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik (Berichte und Studien, 65), Göttingen 2013.

3. Artikel in Sammelbänden/Zeitschriften

Backes, Uwe: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland und die muslimische Welt – eine Entwicklungsskizze. In: Gallus, Alexander; Schubert, Thomas; Thieme, Tom (Hg.): Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 393–408.

Backes, Uwe: DIE LINKE in der Zerreißprobe – Das „Superwahljahr“ 2011 und seine Folgen. In: Hirscher, Gerhard; Jesse, Eckhard (Hg.): Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden 2013, S. 169–187.

Backes, Uwe: Europa en la crisis existencial. Hannah Arendt, María Zambrano y la experiencia totalitaria. In: SymCity, 4 (2013), S. 1–12.

Backes, Uwe: Extremism: Concepts and Controversies. In: Moroskiej-Bonkiewicz, Aleksandry (Hg.): Ekstremizm polityczny we współczesnym świecie, Wrocław 2013, S. 21–41.

Backes, Uwe: Extremismus und politisch motivierte Gewalt im vereinten Deutschland. In: Enzmann, Birgit (Hg.): Handbuch Politische Gewalt. Formen – Ursachen – Legitimation – Begrenzung, Wiesbaden 2013, S. 363–395.

Backes, Uwe: Muslimfeindlicher Rechtsextremismus? Pro-Bewegung als Teil eines internationalen Netzwerks. In: Backes, Uwe; Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 25, Baden-Baden 2013, S. 150–161.

Backes, Uwe: Organisationen 2012. In: Backes, Uwe; Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 25, Baden-Baden 2013, S. 112–129.

Backes, Uwe: Rechts und links motivierte Gewalt in Deutschland. Taten, Täter, Motive, Wechselwirkungen und Interaktionen. In: Hasskriminalität. Herausforderungen an Staat und Gesellschaft. Bundesweite Fachtagung 2012. Hg. vom Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz u. a., Mainz 2013, S. 63–104.

Backes, Uwe: Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft? Paradoxie und triste Banalität eines Gemeinplatzes alarmistischer Zeitdiagnostik. In: Rechtsextremismus zwischen „Mitte der Gesellschaft“

- und Gegenkultur. Tagungsband zur Fachtagung des Verfassungsschutzes der Länder Sachsen und Brandenburg am 28. Januar 2013 in Dresden. Hg. vom Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Dresden 2013, S. 29–42.
- Backes, Uwe: Rechtsextremistische Gewalt in Europa – Qualitative und quantitative Bedrohungsdimensionen. In: Hirscher, Gerhard; Jesse, Eckhard (Hg.): Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden 2013, S. 43–61.
- Backes, Uwe: Totalitarismus: auf der Suche nach einem definitorischen Minimum. In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 17 (2013) Heft 1, S. 45–63.
- Backes, Uwe: Vier Typen der Autokratie und ihre Legitimierungsstrategien. In: Kailitz, Steffen; Köllner, Patrick (Hg.): Autokratien im Vergleich (PVS Sonderheft 27), Baden-Baden 2013, S. 157–175.
- Backes, Uwe: Zwischen Hasskriminalität und Terrorismus: politisch motivierte Gewalt in Deutschland. In: Totalitarismus und Demokratie, 10 (2013) Heft 2, S. 325–349.
- Backes, Uwe; Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard: Editorial. In: Backes, Uwe; Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 25, Baden-Baden 2013, S. 7–10.
- Backes, Uwe; Kailitz, Steffen: Einleitung. In: Backes, Uwe; Kailitz, Steffen (Hg.): Ideokratien im Vergleich. Legitimation, Kooptation und Repression, Göttingen 2013, S. 7–16.
- Backes, Uwe; Logvinov, Michail: Einführung. In: Totalitarismus und Demokratie, 10 (2013) Heft 2, S. 291–204.
- Bade, Claudia: Mehrere Beiträge zu Akteuren der Wehrmachtjustiz. In: Garbe, Detlef; Koch, Magnus; Skowronski, Lars unter Mitarbeit von Claudia Bade (Hg.): Deserteure und andere Verfolgte der NS-Militärjustiz: Die Wehrmachtgerichtsbarkeit in Hamburg. Texte, Fotos und Dokumente (Ausstellungskatalog), Hamburg 2013.
- Brunner, Detlev; Grashoff, Udo; Kötzing, Andreas: Asymmetrisch verflochten? Einleitung. In: Brunner, Detlev; Grashoff, Udo; Kötzing, Andreas (Hg.): Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, Berlin 2013, S. 9–15.
- Frackowiak, Johannes: Nationalismus und Ressentiments. Deutsche und Polen – Eine Einführung. In: Frackowiak, Johannes (Hg.): Nationalistische Politik und Ressentiments. Deutsche und Polen von 1871 bis zur Gegenwart (Berichte und Studien 64), Göttingen 2013, S. 7–20.
- Frackowiak, Johannes: Die „Deutsche Volksliste“ als Instrument der nationalsozialistischen Germanisierungspolitik in den annektierten Gebieten Polens 1939–1945. In: Frackowiak, Johannes (Hg.): Nationalistische Politik und Ressentiments. Deutsche und Polen von 1871 bis zur Gegenwart (Berichte und Studien 64), Göttingen 2013, S. 181–220.
- Heydemann, Günther: Das Jahrhundert der Diktaturen in Deutschland. Modelle der Bewältigung im Vergleich. In: Mayer, Tilman; Paqué, Karl-Heinz; Apelt, Andreas H. (Hg.): Modell Deutschland (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 103), Berlin 2013, S. 75–86.
- Heydemann, Günther: DDR. In: Heydemann, Günther; Vodicka, Karel (Hg.): Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990–2012 im Vergleich (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 49), Göttingen 2013, S. 101–136.
- Heydemann, Günther: Die DDR in Hans-Ulrich Wehlers „Deutscher Gesellschaftsgeschichte“. In: Gallus, Alexander; Schubert, Thomas; Thieme, Tom (Hg.): Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 445–459.
- Heydemann, Günther: Pfarrer, Pfarrfamilien und Pfarrhäuser in der SBZ/DDR. In: Leben nach Luther. Eine Kulturgeschichte des evangelischen Pfarrhauses. Hg. von der Stiftung Deutsches Historisches Museum. Bönen 2013, S. 185–189.
- Heydemann, Günther: Politik des Dialogs. Das SED-SPD-Papier von 1987. In: Apelt, Andreas H.; Grünbaum, Robert; Schöne, Jens (Hg.): 2x Deutschland. Innerdeutsche Beziehungen 1972–1990, Halle 2013, S. 174–183.
- Heydemann, Günther: Vorwort. In: Brunner, Detlev; Grashoff, Udo; Kötzing, Andreas (Hg.): Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, Berlin 2013, S. 9–10.
- Heydemann, Günther; Schulte, Jan Erik; Weil, Francesca: Sachsen und der Nationalsozialismus: Zur Vielfalt gesellschaftlicher Teilhabe – Einführung. In: Heydemann, Günther; Schulte, Jan Erik; Weil, Francesca (Hg.): Sachsen und der Nationalsozialismus (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 53), Göttingen 2013, S. 9–19.
- Heydemann, Günther; Vodicka, Karel: Postkommunistischer EU-Raum: Konsolidierungsstand und Perspektiven. In: Heydemann, Günther; Vodicka, Karel (Hg.): Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990–2012 im Vergleich (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 49), Göttingen 2013, S. 319–380.
- Jaskułowski, Tytus: Die Stasi macht Ferien. Das MfS und die polnischen Jugendlager in der DDR und Polen am Ende des Realsozialismus. In: Konstantin

- Hermann (Hg.): Die DDR und die Solidarność, Dresden 2013, S. 119–133.
- Jaskułowski, Tytus: Niemcy opoka Europy? In: Roman Kuzniar (Hg.): Rocznik Strategiczny 2012/2013, Warszawa 2013, S. 144–154.
- Jaskułowski, Tytus: Polen im Blick. Die Bewertung der Lage in Polen durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR 1981–1983. In: Konstantin Hermann (Hg.): Die DDR und die Solidarność. Ausgewählte Aspekte einer Beziehung., Dresden 2013, S. 83–93.
- Jaskułowski, Tytus: Ressentiments im deutsch-polnischen Verhältnis seit 1989. Mythos oder Wirklichkeit? In: Johannes Frackowiak (Hg.): Nationalistische Politik und Ressentiments. Deutsche und Polen von 1871 bis zur Gegenwart (Berichte und Studien 64), Göttingen 2013, S. 287–304.
- Kailitz, Steffen: Charakteristika der staatlichen Einbindung von Bevölkerung und Eliten in Ideokratien. In: Backes, Uwe; Kailitz, Steffen (Hg.): Ideokratien im Vergleich. Legitimation, Kooptation und Repression, Göttingen 2013, S. 313–338.
- Kailitz, Steffen: Classifying Political Regimes Revisited: Legitimation and Durability. In: Democratization, 20 (2013) Heft 1, S. 39–60.
- Kailitz, Steffen: Comparing Autocracies: Theoretical Issues and Empirical Analyse. In: Democratization, 20 (2013) Heft 1, S. 1–12.
- Kailitz, Steffen: Ergebnisse. In: Backes, Uwe; Kailitz, Steffen (Hg.): Ideokratien im Vergleich. Legitimation – Kooptation – Repression, Göttingen 2013, S. 383–402.
- Kailitz, Steffen: Zur Unterscheidung demokratischer Regierungsformen – Vorschlag einer polythetischen Typologie. In: Gallus, Alexander; Schubert, Thomas; Thieme, Tom (Hg.): Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 345–356.
- Kleßmann, Christoph; Frackowiak, Johannes: Die Polenpolitik des Deutschen Kaiserreichs 1871–1918. In: Frackowiak, Johannes (Hg.): Nationalistische Politik und Ressentiments. Deutsche und Polen von 1871 bis zur Gegenwart (Berichte und Studien 64), Göttingen 2013, S. 23–38.
- Kötzing, Andreas: Jugend im geteilten Deutschland. In: Zeitreise 6. Ausgabe für Mittelschulen in Sachsen, Leipzig 2013, S. 8–27.
- Kötzing, Andreas: Kein Platz für „konterrevolutionäre Auffassungen“. Die Leipziger Dokumentarfilmwoche und die Solidarność. In: Hermann, Konstantin (Hg.): Die DDR und die Solidarność. Ausgewählte Aspekte einer Beziehung, Dresden 2013, S. 137–153.
- Kötzing, Andreas: Kultur- und Filmpolitik im Kalten Krieg. Die Filmfestivals von Oberhausen und Leipzig und die deutsch-deutschen Beziehungen. In: Brunner, Detlev; Grashoff, Udo; Kötzing, Andreas (Hg.): Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, Berlin 2013, S. 75–91.
- Kötzing, Andreas: Provozierte Konflikte. Der Club der Filmschaffenden und die Beteiligung der DEFA an der Mannheimer Filmwoche 1959/1960. In: Wedel, Michael u. a. (Hg.): DEFA International. Grenzüberschreitende Filmbeziehungen vor und nach dem Mauerbau, Wiesbaden 2013, S. 369–384.
- Schachtmann, Judith; Widera, Thomas: Zwangsarbeit – NS-Terror in der Prähistorischen Archäologie? In: Graben für Germanien – Archäologie unterm Hakenkreuz. Hg. vom Focke-Museum, Stuttgart 2013, S. 120–125.
- Schmeitzner, Mike: „Wieder gelesen“: Ein dritter Weg nach Kriegsende. Paul Sering [Richard Löwenthal]: Jenseits des Kapitalismus, Lauf bei Nürnberg 1947. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 25 (2013), S. 279–283.
- Schmeitzner, Mike: Ambivalenzen des Fortschritts. Zur Faszination der proletarischen Diktatur in der demokratischen Revolution 1918–1920. In: Archiv für Sozialgeschichte, 53 (2013), S. 113–145.
- Schmeitzner, Mike: Deutsche Polenpolitik am Ende? Alfred Herrmann, der Deutsche Volksrat und die Nationalitätenkämpfe in Posen 1918/19. In: Frackowiak, Johannes (Hg.): Nationalistische Politik und Ressentiments. Deutsche und Polen von 1871 bis zur Gegenwart (Berichte und Studien 64), Göttingen 2013, S. 63–103.
- Schmeitzner, Mike: Die totalitäre Erfahrung. Das Beispiel Arno Wend. In: Faulenbach, Bernd; Helle, Andreas (Hg.): Menschen, Ideen, Wegemarken. Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie, Berlin 2013, S. 181–189.
- Schmeitzner, Mike; Steinberg, Swen: Zwischen sozialer Bewegung und politischer Partei. Die sächsische Sozialdemokratie im 19. und 20. Jahrhundert. In: Nahles, Andrea; Hendricks, Barbara (Hg.): Für Fortschritt und Gerechtigkeit. Eine Chronik der SPD, Berlin 2013, S. 97–126.
- Schulte, Jan Erik: Die Konzentrationslager 1939 bis 1941: Fortsetzung der Expansion und Verschlechterung der Existenzbedingungen der Gefangenen. In: Moors, Markus; Pfeiffer, Moritz (Hg.): Heinrich Himmlers Taschenkalender 1940. Kommentierte Edition, Paderborn 2013, S. 141–154.
- Schulte, Jan Erik: Die Wannsee-Konferenz und Auschwitz. Rhetorik und Praxis der jüdischen Zwangsarbeit als Voraussetzung des Genozids. In: Kampe, Norbert; Klein, Peter (Hg.): Die Wannsee-

- Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen, Köln 2013, S. 216–238.
- Schulte, Jan Erik: Gestapo und nationalkonservative Opposition bei Kriegsbeginn. Der Fall Eduard Brücklmeier. In: Schulte, Jan Erik; Wala, Michael (Hg.): Widerstand und Auswärtiges Amt. Diplomaten gegen Hitler, München 2013, S. 135–149.
- Schulte, Jan Erik: Im Zentrum der Verbrechen: Das Verfahren gegen Oswald Pohl und weitere Angehörige des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamts. In: Priemel, Kim C.; Stiller, Alexa (Hg.): NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013, S. 67–99.
- Schulte, Jan Erik; Wala, Michael: Gegen den Strom. Diplomaten gegen Hitler. In: Schulte, Jan Erik; Wala, Michael (Hg.): Widerstand und Auswärtiges Amt. Diplomaten gegen Hitler, München 2013, S. 7–10.
- Vodička, Karel: Bulgarien. In: Heydemann, Günther; Vodička, Karel (Hg.): Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990–2012 im Vergleich (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 49), Göttingen 2013, S. 289–380.
- Vodička, Karel: Tschechien. In: Heydemann, Günther; Vodička, Karel (Hg.): Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990–2012 im Vergleich (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 49), Göttingen 2013, S. 165–192.
- Vollnhals, Clemens; Gailius, Manfred: Protestantische Frauen mit viel Empathie und klugem Eigensinn. Zur Einführung. In: Vollnhals, Clemens; Gailius, Manfred (Hg.): Mit Herz und Verstand – Protestantische Frauen im Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik (Berichte und Studien 65), Göttingen 2013, S. 7–20.
- Weil, Francesca: Die „Zwickauer Konferenz“. Informelle Zusammenkünfte westsächsischer Amtshauptleute während der Jahre 1919 bis 1945 im Kontext ihrer Dienstberatungen. In: Heydemann, Günther; Schulte, Jan Erik; Weil, Francesca (Hg.): Sachsen und der Nationalsozialismus (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 52), Göttingen 2013, S. 91–109.
- Widera, Thomas: Bezirksverwaltung des MfS. Die Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden am historischen Ort. In: Dresdner Hefte, (2013) Heft 115, S. 33–42.
- #### 4. Rezensionen
- Backes, Uwe: Rezension von: Wolf Schmid, Jung, deutsch, Taliban, Berlin 2012. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 25 (2013), S. 361–363.
- Kötzing, Andreas: Rezension von: Christiane Mückenberger; Ingrid Poss; Anne Richter (Hg.): Das Prinzip Neugier. DEFA-Dokumentarfilmer erzählen, Berlin 2012. In: H-Soz-Kult (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2013-1-203>), 2013.
- Schmeitzner, Mike: Rezension von: Steffen Kachel: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949. In: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde von Erfurt, 74 (2013) Heft 21, S. 165–169.
- Schulte, Jan Erik: Rezension von: Pascal Maeder: Forging a New Heimat. Expellees in Post-War West Germany and Canada, Göttingen 2011. In: H-Soz-Kult (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2013-1-184>), 2013.
- Schulte, Jan Erik: Rezension von: Stephanie Becker; Christoph Studt (Hg.): „Und sie werden nicht mehr frei sein ihr ganzes Leben“. Funktion und Stellenwert der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände im „Dritten Reich“ (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e. V. 16), Münster 2012. In: Totalitarismus und Demokratie, 10 (2013), S. 167–169.
- Vollnhals, Clemens: Rezension von: Andreas Eichmüller: Keine Generalamnestie. Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen in der frühen Bundesrepublik, München 2012. In: Militärgeschichtliche Zeitschrift, 72 (2013), im Druck.
- Vollnhals, Clemens: Rezension von: Charlotte Knobloch: In Deutschland angekommen. Erinnerungen, München 2012. In: FAZ vom 21. Januar 2013, S. 8.
- Vollnhals, Clemens: Rezension von: Rainer Volk: Das letzte Urteil. Die Medien und der Demjanjuk-Prozess, München 2012. In: H-Soz-Kult (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2013-4-010>), 2013.
- Vollnhals, Clemens: Rezension von: Werner Otto Müller-Hill: „Man hat es kommen sehen und ist doch erschüttert.“ Das Kriegstagebuch eines deutschen Heeresrichters 1944/45, München 2012. In: Militärgeschichtliche Zeitschrift, 72 (2013), im Druck.
- Widera, Thomas: Rezension von: Andreas Peschel (Hg.): Die SA in Sachsen vor der „Machtübernahme“. Nachgelassenes von Heinrich Bennecke (1902–1972). Beucha 2012. In: Neues Archiv für sächsische Geschichte, 84 (2013), im Druck.

5. Zeitungsartikel

Vodička, Karel: Jak se volí postkomunisticky (Wie wird im Postkommunismus gewählt). In: Mladá fronta dnes vom 22. Oktober 2013, S. A 12.

Vodička, Karel: Mezinárodní srovnání ukazuje: bez EU by bylo hůře (Der internationale Vergleich zeigt: ohne die EU wäre es schlechter). In: Mladá fronta dnes vom 8. Oktober 2013, S. A 13.

Jaskułowski, Tytus: Freunde und Feinde. Das MfS und das polnische Innenministerium. Interview. In: Monatszeitschrift des polnischen Instituts des Nationalen Gedenkens, Ausgabe November 2013, S. 13–17.

9.6 Vorträge und Diskussionsleitungen

Prof. Dr. Uwe Backes

28.1.2013, Dresden, Gemeinsame Fachtagung des Verfassungsschutzes der Länder Sachsen und Brandenburg, *wiss. Vortrag*: Rechtsextremismus zwischen „Mitte der Gesellschaft“ und Gegenkultur

11.2.2013, Dresden, MDR Figaro-Diskussion, Interview: „Wie rechts ist die Mitte der Gesellschaft?“

9.3.2013, Kloster Banz, Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit dem Lehrstuhl Systeme II der TU Chemnitz, *wiss. Vortrag*: Rechtsextremistische Parteien in Europa

15.3.2013, Landshut, Jahresseminar des Lehrgangs für Verwaltungsführung, Bayerische Staatskanzlei, *wiss. Vortrag*: Extremismus als aktuelle Herausforderung – deutsche Entwicklungen im europäischen Vergleich

10.4.2013, Wiesbaden, BKA-Workshop Politisch Motivierte Gewalt, *wiss. Vortrag*: Politisch motivierte Gewalt in Deutschland

13.6.2013, Poznan, Polen, Vortragsreihe an der Philosophischen Fakultät der Adam-Mickiewicz-Universität, *wiss. Vortrag*: Ideology and Terror: Hannah Arendt on Totalitarianism

14.6.2013, Berlin, Konferenz „Sichere Zeiten? – Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“, Bundesministerium für Bildung und Forschung, *wiss. Vortrag*: Politisch motivierte Konfrontationsgewalt – alte und neue Konfliktlinien in Deutschland

24.6.2013, Berlin, Beiratssitzung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*

2.9.2013, Oslo, Universitätsseminar „Totalitarianism and intellectuals“, *wiss. Vortrag*: Ideocracy – A Sketch of the History of a Concept

4.11.2013, Berlin, Veranstaltungsreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, *Teilnahme an Podiumsdiskussion*: „Themenzeit Rechtsextremismus“

16.11.2013, Schloss Wendgraben, 47. Tagung des Veldensteiner Kreises zur Erforschung von Extremismus & Demokratie, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*

Dr. Claudia Bade

31.1.2013, Hamburg, Begleitprogramm zur Ausstellung „Deserteure und andere Verfolgte der NS-Militärjustiz – Die Wehrmachtgerichtsbarkeit in Hamburg“, *wiss. Vortrag*: Hamburger Wehrmachtrichter – Karrieren und Rechtfertigungen

Prof. Dr. Lothar Fritze

5.7.2013, Dresden, Lange Nacht der Wissenschaften, *wiss. Vortrag*: Tötung Unschuldiger?

Prof. Dr. Günther Heydemann

6.1.2013, Leipzig, Opernhaus, Internationaler Workshop: Risorgimento intermediale – Verdi, Verga, Visconti, *wiss. Vortrag*: Die nationalen Einigungsprozesse in Italien und Deutschland 1848/49 – 1870/71 – Versuch eines Vergleichs

9.1.2013, MDR-Mittagsmagazin, *Interview*: Hannah-Arendt-Film und HAIT

11.1.2013, MDR-Figaro, *Interview*: Hannah-Arendt-Film und HAIT

13.2.2013, Universität Gabés (Tunesien), Vorlesung, *wiss. Vortrag*: Die Kontinuität politischer Umbrüche in der deutschen Geschichte von 1870/71 bis 1989/90

14.2.2013, Universität Gabés (Tunesien), Vorlesung, *wiss. Vortrag*: Erfolge und Probleme des Transformationsprozesses in der DDR bzw. den Neuen Bundesländern 1989–2012

5.4.2013, Leipzig, Zeitgeschichtliches Forum, Symposium: Autonomie und Lenkung. Die Künste im doppelten Deutschland, *wiss. Vortrag*: Zwischen totalitärer Intention und „realer“ Durchherrschaft: Die Kunst in den Diktaturen in Deutschland. Ein Problemaufriss

17.4.2013, Università LUMSA, Rom (Italien), Veranstaltungsreihe zur Förderung des deutsch-italienischen Dialogs: Ein neues Zeitalter bricht an: Die 1980er Jahre in Deutschland und Italien. Historikergespräche, *wiss. Vortrag*: Im vierten Jahrzehnt des geteil-

- ten Deutschland: Zwischen Modernisierung und Niedergang
19. 4. 2013, Dresden, Haus an der Kreuzkirche, Tagung: Die Ideologisierung der sächsischen Hochschulen 1945 bis 1990, *wiss. Vortrag*: Die Ideologisierung der Hochschulen in der SBZ und DDR
30. 5. 2013, Dresden, HAIT, Vortrag vor 15 Lehrern des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, *Vortrag politische Bildung*: Wesensmerkmale totalitärer Diktaturen
18. 6. 2013, Dresden, Zionskirche, Vortrag vor der ESG der TU Dresden, *wiss. Vortrag*: Gegen das Unrecht aufstehen – Studentischer Widerstand in der SBZ und DDR
27. 6. 2013, Dresden, Landtagsgebäude, Konferenz: Nach den Diktaturen. Der Umgang mit den Opfern in Europa, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*
28. 6. 2013, Dresden, Sächsisches Hauptstaatsarchiv, Podiumsdiskussion, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Zur Aufarbeitung der SBZ/DDR-Geschichte
11. 7. 2013, Forchheim, Volkshochschule, *wiss. Vortrag*: Auf dem Weg in den Großen Krieg
19. 9. 2013, Dresden, HAIT, Vortrag vor dänischen Geschichtslehrern, *Vortrag politische Bildung*: Das Hannah-Arendt-Institut und die Totalitarismusforschung
23. 9. 2013, Dresden, HAIT, Vortrag vor Studenten der Universität Thorn (Polen), *Vortrag politische Bildung*: Das Hannah-Arendt-Institut und die Totalitarismusforschung
30. 9. 2013, Ohio University (USA), *wiss. Vortrag*: Post-Communist Space: State of Consolidation and Prospects – Politics, Economy, Society
2. 10. 2013, Ohio University (USA), *wiss. Vortrag*: The Difficult Road from Dictatorship to Democracy: The Delayed Revolution of 1989 at the University of Leipzig
11. 10. 2013, Radio Mephisto/Leipzig, *Interview*: Einschätzung der Feiern zum 200-jährigen Jubiläum der Völkerschlacht in Leipzig
14. 10. 2013, Leipzig, Gewandhaus, 3. Internationale Demokratiekonferenz, *Rede zur Eröffnung*
18. 10. 2013, Würzburg, Universität, Wiss. Seminar: Das Protestverhalten in Städten und Gemeinden der DDR vor und nach dem 17. Juni 1953, *wiss. Vortrag*: Der 17. Juni 1953 am Beispiel der Städte im Süden der DDR
23. 10. 2013, Dresden, HAIT, Vortrag vor Schülern der Gesamtschule Aurich, *Vortrag politische Bildung*: Das Hannah-Arendt-Institut und die Totalitarismusforschung
6. 12. 2013, Università Roma Tre, Dipartimento di lingue letterature e culture straniere, Konferenz: The

Atlantic Alliance and the Security System: from the bipolar confrontation to conflicts after the „Cold War“, *wiss. Vortrag*: The Reunified Germany – a difficult Ally? American-German Relations after 1990

Dr. Tytus Jaskulowski

31. 1. 2013, Berlin, Lesung veranstaltet durch die GFPS (Gemeinschaft für studentischen Austausch in Mittel- und Osteuropa e. V.) mit dem Jungen Kreis der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Buchpräsentation der Autobiographie von Prof. M. Tomala
20. 3. 2013, Berlin, Generationsdialog im Rahmen der Jungen DGAP, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Das Weimarer Dreieck- Ein Dreigestirn Europas?
29. 6. 2013, Dresden, HAIT-Konferenz: Nach den Diktaturen: Der Umgang mit den Opfern in Europa, *wiss. Vortrag*: Der Umgang mit den Opfern des Totalitarismus in Polen nach 1989
28. 11. 2013, Dresden (BStU), Stasi und polnischer Geheimdienst, *wiss. Vortrag*: Auf gute Zusammenarbeit? Stasi und polnischer Geheimdienst im Bereich der operativen Technik
11. 12. 2013, Berlin, Kolloquium beim BStU, *wiss. Vortrag*: Von einer Freundschaft, die es nicht gab. Das MfS und das polnische Innenministerium 1974–1990

Dr. Andreas Kötzing

5. 7. 2013, Dresden, Lange Nacht der Wissenschaften, *wiss. Vortrag*: Dreifacher Beckmann. Wolfgang Borcherts Drama „Draußen vor der Tür“ und seine Verfilmungen in der Bundesrepublik und in der DDR.
29. 10. 2013, Leipzig, *Teilnahme an Podiumsdiskussion*: Kerzen vor dem „Capitol“. Kritische Jugend, die Leipziger Dokfilmwoche und das Ministerium für Staatssicherheit.
23. 11. 2013, Hamburg, Cinegraph – Filmhistorischer Kongress, *wiss. Vortrag*: „Der Bundeskanzler wünscht einen harten Kurs!“ Filmzensur durch den Interministeriellen Ausschuss für Ost-West/Filmfragen in der Ära Adenauer.

PD Dr. Mike Schmeitzner

- 26.1.2013, Dresden, Studententag der Friedrich-Ebert-Stiftung, des Ökumenischen Informationszentrums e. V., der Dreikönigskirche und des HAIT zum Thema „Verführtes Volk – verführbares Volk? Deutschland und die Deutschen 80 Jahre nach der ‚Machtergreifung‘“, wiss. Vortrag: Verführtes Volk? Faktoren und Mechanismen aus historischer Sicht
- 14.2.2013, Dresden, Abendveranstaltung der Dresdner Buchhandlung an der Frauenkirche, Vortrag politische Bildung: Braune Karrieren. Täter und Akteure in Dresden und Sachsen
- 21.2.2013, Leipzig, Interview mit der „Leipziger Internet-Zeitung“, Jenseits des Kapitalismus? Ein Buch zeigt Sozialdemokratie in Bewegung
- 23.2.2013, Dresden, Vortragsveranstaltung des Jugendarbeitskreises des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, Vortrag politische Bildung: Sowjetische Militärtribunale in Deutschland 1945–1955
- 25.2.2013, Bautzen, Vortragsveranstaltung des Sorbischen Institutes in Bautzen, wiss. Vortrag: Martin Mutschmann, Sachsen und die Oberlausitz. Karriere-muster eines NS-Gauleiters
- 21.3.2013, Bordeaux, Wissenschaftliche Konferenz der Universität Bordeaux zum Thema „Widerstand und Opposition in der DDR“, wiss. Vortrag: Im Visier der sowjetischen Besatzungsmacht: Frühe Formen von Opposition und Widerstand in der SBZ 1945–1950
- 27.4.2013, Gröditz, Teilnahme an Podiumsdiskussion anlässlich der Ausstellungseröffnung Zwangsarbeit in Gröditz im Zweiten Weltkrieg
- 14.5.2013, Magdeburg, Abendveranstaltung des Geschichtsvereins Magdeburg, wiss. Vortrag: Georg Gradnauer – ein jüdischer Staatsmann aus Magdeburg
- 16.5.2013, Dresden, Feierstunde des Sächsischen Landtages anlässlich der Verabschiedung des sächsi-schen Ermächtigungsgesetzes, Vortrag politische Bildung: 80 Jahre Ermächtigungsgesetz in Sachsen (23.5.1933)
- 18.5.2013, Dresden, Interview zum Thema „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie“ für den „Sachspiegel“ des MDR-Fernsehens
- 30.5.2013, Dresden, Interview mit dem MDR-Hörfunk über die Frage der Normerhöhung als Auslöser des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953
- 22.6.2013, Usti, Gegen Hitler und Henlein. Studienrei-se des Herbert-Wehner-Bildungswerkes e. V., wiss. Vortrag: Der Grenzraum als politischer Ort: Deutsche Emigranten, Widerstandsarbeit nach 1933 und innere Auseinandersetzungen



Dr. Jan Erik Schulte und Dr. Johannes Frackowiak auf dem Workshop „Rassische Segregation. Ideologie und Pragmatismus in der Volkstumspolitik der Nationalsozialisten. Neue Forschungen“ am 19.9.2013 in Dresden.

- 25.6.2013, Dresden, „Wir wollen freie Menschen sein!“ Der DDR-Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Eine Veranstaltungsreihe der CDU Dresden, Vortrag politische Bildung: Aufstand gegen die Diktatur in und um Dresden
- 11.9.2013, Crimmitschau, Ausstellungseröffnung „Frühe KZ in Sachsen“, wiss. Vortrag: Frühe KZ in Sachsen 1933–1937
- 7.11.2013, Leipzig, Abendveranstaltung in der „Runden Ecke“ zum Thema: „So kann es nicht weitergehen“. Zur Neugründung der ostdeutschen Sozialdemokratie in Leipzig, Vortrag politische Bildung: Einführung
- 13.11.2013, Tharandt, Abendveranstaltung des Herbert-Wehner-Bildungswerkes e. V. zu Emil Adolf Roßmässler. Volkspädagoge und Demokrat der ersten Stunde, Vortrag politische Bildung: Emil Adolf Roßmässler: Arbeiterbildner und Demokrat der ersten Stunde
- 17.12.2013, Chemnitz, Vortrag im Rahmen der Vorlesung „Außenseiter, Rebellen, Querdenker – Dissidenz und politisches Denken“ von Prof. Dr. Alexander Gallus, wiss. Vortrag: Richard Löwenthal – KPD-Studentenführer, sozialistischer Theoretiker, Totalitarismusforscher

Dr. Jan Erik Schulte

- 8.1.2013, Bochum, Ruhr-Universität, Kolloquium Prof. Dr. Constantin Goshler, *wiss. Vortrag*: Geschichte der SS. Überlegungen zu einer Gesamtdarstellung
- 5.3.2013, Dachau, Vortrag in der KZ-Gedenkstätte Dachau, *wiss. Vortrag*: Darstellungen von NS-Täterschaft: zum Dialog zwischen Gedenkstätten und Forschung
- 19.9.2013, Dresden, HAIT, Workshop: ‚Rassische‘ Segregation. Ideologie und Pragmatismus in der Volkstumspolitik der Nationalsozialisten. Neue Forschungen, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*
- 19.9.2013, Dresden, HAIT, Workshops ‚Rassische‘ Segregation. Ideologie und Pragmatismus in der Volkstumspolitik der Nationalsozialisten. Neue Forschungen, *wiss. Vortrag*: Auf der Suche nach dem Eigenen: Die rassistische Rhetorik Heinrich Himmlers

Dr. Clemens Vollnhals

- 5.3.2013, Schneeberg, Kulturzentrum „Goldene Sonne“, *Vortrag politische Bildung*: Antisemitismus in Sachsen. Die Antisemitenparteien im 19. Jahrhundert und ihr Erbe: die NSDAP
- 29.6.2013, Dresden, Nach den Diktaturen: Der Umgang mit den Opfern in Europa. Internationale Konferenz zum 20-jährigen Bestehen des HAIT, *wiss. Vortrag*: Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern der SED-Diktatur
- 7.10.2013, Chemnitz, Salman Schocken. Archäologie eines deutsch-jüdischen Lebens und seines Kontextes. Internationale Tagung des Staatlichen Museums für Archäologie Chemnitz, *wiss. Vortrag*: Jüdisches Leben und Antisemitismus in Sachsen im Kaiserreich und der Weimarer Republik
- 30.10.2013, Dresden, *Interview* mit Wolfram Nagel (MDR), Interview: Stellung der evangelischen Kirche zum Novemberpogrom 1938
- 5.11.2013, Berlin, Buchvorstellung in der Stiftung Topographie des Terrors in Kooperation mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und dem HAIT, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*: Mit Herz und Verstand – Protestantische Frauen im Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik

- 8.11.2013, *Interview* mit Leipziger Volkszeitung zum Novemberpogrom 1938
- 21.11.2013, Dresden, Buchvorstellung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, *Vortrag politische Bildung*: Laudatio auf die Neuerscheinung „Widerstand und Wehrmacht“
- 17.12.2013, Dresden, *Interview* mit MDR-Magazin „artour“ zur Strafverfolgung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik und DDR
- 17.12.2013, Dresden, *Interview* mit MDR-Magazin „Sachsen Spiegel“ zur Strafverfolgung von NS-Verbrechen in der DDR
- 18.12.2013, Dresden, *Interview* mit MDR-Magazin „Sachsen-Anhalt heute“ zu den neuen Ermittlungsverfahren gegen KZ-Wachmannschaften

Dr. Francesca Weil

- 19.4.2013, Dresden, Die Ideologisierung der sächsischen Hochschulen von 1945 bis 1990, *Teilnahme an Podiumsdiskussion*: Zu Zeitzeugenberichten von Angehörigen der Universität Leipzig 1945–1989/90
- 22.6.2013, Berlin, Lehrveranstaltung, *wiss. Vortrag*: Die Runden Tische in der DDR 1989/90
- 5.7.2013, Dresden, Lange Nacht der Wissenschaften an der TU Dresden, *wiss. Vortrag*: „Zuerst wurde der Parteisekretär begrüßt, dann der Rektor ...“ Zeitzeugen berichten über die Jahre 1945–1989/90 an der Universität Leipzig
- 1.12.2013, Berlin, UOKG-Verbandetreffen, *Vortrag politische Bildung*: Zielgruppe Ärzteschaft. Ärzte als inoffizielle Mitarbeiter des MfS

Dr. Thomas Widera

- 14.5.2013, Bremen, Jahrestagung des Verbandes der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland, *wiss. Vortrag*: Perspektiven systemvergleichender Wissenschaftsgeschichte in der Prähistorischen Archäologie
- 17.6.2013, Dresden, Dresden und der 17. Juni 1953, *wiss. Vortrag*: Volksaufstand in der DDR, 17. Juni 1953
- 17.10.2013, Chemnitz, Workshop: Die Staatssicherheit im Bezirk Karl-Marx-Stadt, *wiss. Vortrag*: Zur Berufsbiographie von Generalmajor Horst Böhm

10. Technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Sekretariat

Hannelore Georgi



Haushalt

Evelyn Brock



IT und Publishing

Dipl.-Ing. Walter Heidenreich



Christine Lehmann

Bibliothek

Dipl.-Bibliothekarin
Claudia Naumann



Dipl.-Bibliothekarin
Michaela Jacob



Gabriele Schmidt

11. Bibliothek und Archiv

Die Bibliothek des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek. Vorrangig werden die Informationsbedürfnisse der Mitarbeiter des Hauses bedient, sie steht aber auch Studierenden und anderen Interessierten ab dem 18. Lebensjahr als Präsenzbibliothek zur wissenschaftlichen Nutzung zur Verfügung.

Der Bibliotheksbestand in Freihandaufstellung umfasst derzeit ca. 48 740 Bände. Auf ein umfangreiches Angebot an Fachzeitschriften, Tageszeitungen und Datenbanken kann gleichfalls zugegriffen werden. Im Herbst konnte der Monographienbestand durch die Gesamtausgabe von Benito Mussolinis „Opera Omnia“ (44 Bände) ergänzt werden. Die Bibliothek des Hannah-Arendt-Instituts ist damit eine der wenigen Bibliotheken deutschlandweit, die im vollständigen Besitz dieses Werkes ist. Die Sammelschwerpunkte der Bibliothek orientieren sich an den Forschungsgebieten des Instituts. Vorrangig findet man Literatur zur Geschichte ab 1918 u. a. zu den Themen:

- Geschichte des Nationalsozialismus
- Geschichte der SBZ/DDR
- Geschichte des deutschen Wiedervereinigungsprozesses 1989 ff.
- Politischer Extremismus
- Freiheitsforschung
- Diktaturen in Europa
- Schriften Hannah Arendts in deutscher und englischer Sprache
- Spezialbestand: Theoretische Grundlagen der Totalitarismusforschung.

Der Bestand der Bibliothek ist über diverse elektronische Kataloge über das Internet recherchierbar. Die Monographien sind sowohl über den Online-Katalog auf der Homepage des Instituts (<http://www.hait.tu-dresden.de/webopac/woload.asp>) als auch über den Südwestdeutschen Bibliotheksverbund abrufbar (<http://swb.bsz-bw.de>). Ebenfalls auf der Bibliothekshomepage existiert ein Link zum elektronischen Zeitschriftenbestandsverzeichnis und zum aktuellen Neuerwerbungsverzeichnis. Hier erhält man Auskunft über die im vergangenen Monat erworbenen Bände. Alle Kataloge und Bestandsverzeichnisse werden ständig auf den neuesten Stand gebracht.

Die Bibliothek befindet sich im Tillichbau der Technischen Universität Dresden, Helmholtzstraße 6. Sie ist von Montag bis Mittwoch von 9.00 Uhr bis 17.00 Uhr, Donnerstag und Freitag von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr geöffnet. In der vorlesungsfreien Zeit sind die Bestände

von Montag bis Freitag von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr zugänglich.

12. IT und Internet

Der IT-Verantwortliche des Instituts hat die Aufgabe, den Mitarbeitern zeitgemäße Computerarbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Er erstellt und verwaltet weiter die rechentechnische Basis der im Institut verwendeten Datenbanken. Das Institut ist Mitnutzer des Deutschen Wissenschaftsnetzes über die Technische Universität Dresden. Die Bibliothek des Instituts ist in das Netz integriert. Aufgrund fehlender Investitionsmittel konnten 2013 keine Neu- bzw. Ersatzinvestitionen in die zentrale Rechen-technik getätigt werden.

Die Arbeit auf virtuellen Desktops ist 2013 im Institut zum Alltag geworden. Alle Mitarbeiter, die ausschließlich Office-Programme benutzen, sowie alle Praktikanten und studentischen Hilfskräfte arbeiten mit dieser Technik. Sie bietet ortsunabhängig, also auch bei Zugriffen außerhalb des Instituts, den Vorteil einer immer gleichen Benutzeroberfläche. Außerdem erlaubt sie die Arbeit mit Thin-Clients.

Die Überarbeitung der Webangebote des Instituts wurde als ständige Aufgabe auch 2013 fortgeführt. Dabei wird auf eine Trennung der Pflege von Inhalt und Layout der Webseiten geachtet. Über die Seiten werden Veranstaltungen des Instituts sowie Neuerscheinungen angekündigt. Es wird ein Überblick über die Mitarbeiter, die Forschungsprojekte, die Publikationen und Lehrveranstaltungen gegeben. Der Bibliothekskatalog sowie der Zeitschriftenbestand sind online recherchierbar. Für die Zeitschrift „Totalitarismus und Demokratie“ wurden separate Seiten erstellt. In einem online-Archiv, welches sich regen Zuspruchs erfreut, sind alle erschienenen Artikel und Rezensionen recherchierbar. Außerdem werden in Absprache mit dem Verlag Vandenhoeck & Ruprecht Göttingen alle Artikel und Rezensionen bis einschließlich Jahrgang 9 (2012) online im Volltext zur Verfügung gestellt.

Der Ausbau der elektronischen Dokumentensammlung des Instituts wurde im Jahr 2013 fortgeführt. Grundlage ist die Dokumentations-Software FAUST.

13. Gremien, Freundeskreis

Leitung:

Direktor:

Prof. Dr. Günther Heydemann

Stellvertretende Direktoren:

apl. Prof. Dr. Uwe Backes

Dr. Clemens Vollnhals, M. A.

Kuratorium:

Vorsitzende:

Regierungsdirektorin Dr. Caroline Wagner (Vertreterin des Sächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst)

Stellvertretender Vorsitzender:

Prof. Dr. Karl Lenz (Vertreter der Technischen Universität Dresden)

Mitglieder:

Aline Fiedler (Vertreterin des Sächsischen Landtags)

Prof. Dr. Wolfgang Höpken (Vertreter des Wissenschaftlichen Beirates)

Prof. Dr. Konrad H. Jarausch (Vertreter des Wissenschaftlichen Beirates)

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Oberreuter (von der Mitgliederversammlung gewähltes Mitglied des Vereins)

Prof. Dr. Pirmin Stekeler-Weithofer (Vertreter der Sächsischen Akademie der Wissenschaften)

Wissenschaftlicher Beirat:

Vorsitzender:

Prof. Dr. Konrad Jarausch

Stellvertretender Vorsitzender:

Prof. Dr. Wolfgang Höpken

Mitglieder:

Prof. Dr. Everhard Holtmann

Prof. Dr. Stefan Karner

Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg

Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz

Prof. Dr. Oldřich Tuřina

Prof. Dr. Hans Vorländer

Prof. Dr. Barbara Zehnpefennig

Ehrevorsitzender:

Prof. Dr. Gilbert Merlio

Mitglieder des Vereins:

Dr. Martin Gillo, MdL

Prof. Dr. Manfred Heinemann

Prof. Dr. Günther Heydemann

Dr. Günter Kröber

Dr. Wolf-Dieter Legall

Prof. Dr. Wolfgang Marcus

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Dr. Matthias Röbber, MdL

Dr. Monika Runge, MdL

Prof. Dr. Cornelius Weiss

Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig

(vertreten durch Prof. Dr. Christian Lübke)

Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e. V.

(vertreten durch Prof. Dr. Winfried Müller)

Sächsische Akademie der Wissenschaften (vertreten

durch Prof. Dr. Pirmin Stekeler-Weithofer)

Sächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst

(vertreten durch Regierungsdirektorin Dr. Caroline

Wagner)

Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und

Kultur e. V. (vertreten durch Prof. Dr. Dan Diner)

Technische Universität Dresden (vertreten durch Prof.

Dr. Werner J. Patzelt)

Freundeskreis des Hannah-Arendt-Instituts e. V.

Zur Förderung der wissenschaftlichen und publizistischen Tätigkeit des Hannah-Arendt-Instituts wurde am 10. Mai 2005 ein Freundeskreis ins Leben gerufen. Er ist als gemeinnütziger Verein anerkannt. Spenden an den Freundeskreis (HypoVereinsbank IBAN DE 38 8502 0086 0002 4656 20, BIC HYVEDEMM496) sind steuerlich abzugsfähig. Anträge zur Aufnahme in den Freundeskreis nimmt der Vorstand (Prof. Dr. Uwe Backes, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, 01062 Dresden) gerne entgegen. Über eine Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung. Der Jahresmitgliedsbeitrag für persönliche Mitglieder beträgt 100,00 €.

14. Personal und Finanzen

Wissenschaftliche Mitarbeiter	Technische Mitarbeiter	Wissenschaftliche Hilfskräfte	Stipendiaten/ Doktoranden
Backes, Uwe (Stellv. Direktor)	Brock, Evelyn	Blasinski, Felix	Böhl, Franziska
Fritze, Lothar	Georgi, Hannelore	Gründel, Julia	Dehn, Stephan
Heydemann, Günther (Direktor)	Heidenreich, Walter	Pruditsch, Nick	Heine, Pia
Jaskułowski, Tytus	Jacob, Michaela (ab 06/13 Vertretung für Cl. Naumann)	Thoß, Michael	Kiessling, Jeannet-Susann
Kailitz, Steffen	Lehmann, Christine		Pohl, Claudia
Kötzing, Andreas	Naumann, Claudia (ab 06/13 Elternzeit)		Pohlmann, Tilman
Richter, Michael (abgeordnet)	Schmidt, Gabriele		Ziege-Bollinger, Klaus
Schmeitzner, Mike			
Schulte, Jan Erik			
Vollnhals, Clemens (Stellv. Direktor)			
Weil, Francesca			
drittmittelfinanziert:			
Frackowiak, Johannes (bis 7/13)			
Logvinov, Michail			
Mletzko, Matthias			

Studentische Hilfskräfte: Sebastian Prosche, Nadine Reinhardt, Clara-Auguste Süß, Anna-Maria Weber

Praktikanten: Alexander Becker, Rudi Bigalke, Steve Bittner, Till Gierlich, Sascha Gillmann, Henrike Großmann, Marcel Huber, Christoph Leonhardt, Maria Peukert, Lucas Pohl, Robin Reschke, Alexander Roßbach, Markus Wahl

Das *Haushaltsvolumen* des Instituts betrug 2013 ca. 1,54 Mio. €; ca. 1,33 Mio. € dieser Summe entfielen auf Zuwendungen des Freistaates Sachsen, ca. 210 000 € auf Drittmittel.

15. Verzeichnis der Publikationen in den Reihen des Hannah-Arendt-Instituts

Schriften des Hannah-Arendt-Instituts

erscheinen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen (bis Band 23 im Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien erschienen)

Nr. 1: Die politische „Wende“ in Sachsen. Rückblick und Zwischenbilanz. Hg. von Alexander Fischer und Günther Heydemann, Köln/Weimar/Wien 1995, ISBN 3-412-07995-2

Nr. 2: Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung. Hg. von Michael Richter und Martin Rissmann, Köln/Weimar/Wien 1995, ISBN 3-412-07895-6

Nr. 3: Stefan Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Köln/Weimar/Wien 1996, ISBN 3-412-04596-9

Nr. 4: Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Köln/Weimar/Wien 1996, ISBN 3-412-04496-2

Nr. 5: Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und der Sowjetunion 1941–1945. Hg. von Klaus-Dieter Müller, Konstantin Nikischkin und Günther Wagenlehner, Köln/Weimar/Wien 1998, ISBN 3-412-04298-6

Nr. 6: Lothar Fritze: Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus, Köln/Weimar/Wien 1998, ISBN 3-412-04398-2

Nr. 7: Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Hg. von Achim Siegel, Köln/Weimar/Wien 1998, ISBN 3-412-04498-9

Nr. 8: Bernd Schäfer: Staat und katholische Kirche in der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999, ISBN 3-412-01299-8

Nr. 9: Widerstand und Opposition in der DDR. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, Peter Steinbach und Johannes Tuchel, Köln/Weimar/Wien 1999, ISBN 3-412-15698-1

Nr. 10: Peter Skyba: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961, Köln/Weimar/Wien 2000, ISBN 3-412-15798-8

Nr. 11: Heidi Roth: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Mit einem einleitenden Kapitel von Karl Wilhelm Fricke, Köln/Weimar/Wien 1999, ISBN 3-412-06399-1

Nr. 12: Michael Richter, Erich Sobeslavsky: Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90, Köln/Weimar/Wien 1999, ISBN 3-412-06499-8

Nr. 13: Johannes Raschka: Justizpolitik im SED-Staat. Anpassung und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers, Köln/Weimar/Wien 2000, ISBN 3-412-06700-8

Nr. 15: Ralf Ahrens: Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW. Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976, Köln/Weimar/Wien 2000, ISBN 3-412-12200-9

Nr. 16: Frank Hirschinger: „Zur Ausmerzung freigegeben“. Halle und die Landesheilanstalt Altscherbitz 1933–1945, Köln/Weimar/Wien 2001, ISBN 3-412-06901-9

Nr. 17/1: Sowjetische Militärtribunale. Band 1: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941–1953. Hg. von Andreas Hilger, Ute Schmidt und Günther Wagenlehner, Köln/Weimar/Wien 2001, ISBN 3-412-06701-6

Nr. 17/2: Sowjetische Militärtribunale. Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955. Hg. von Andreas Hilger, Mike Schmeitzner und Ute Schmidt, Köln/Weimar/Wien 2003, ISBN 3-412-06801-2

Nr. 18: Karin Urich: Die Bürgerbewegung in Dresden 1989/90, Köln/Weimar/Wien 2001, ISBN 3-412-06801-2

Nr. 19: Innovationskulturen und Forschlittserwartungen im geteilten Deutschland. Hg. von Johannes Abele, Gerhard Barkleit und Thomas Hänseroth, Köln/Weimar/Wien 2001, ISBN 3-412-07001-7

Nr. 20: „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien. Hg. von Uwe Backes und Stéphane Courtois, Köln/Weimar/Wien 2002, ISBN 3-412-15001-0

Nr. 21: Mike Schmeitzner, Stefan Donth: Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952, Köln/Weimar/Wien 2002, ISBN 3-412-07702-X

Nr. 22: Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952. Hg. von Rainer Behring und Mike Schmeitzner, Köln/Weimar/Wien 2003, ISBN 3-412-14802-4

Nr. 23: Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart. Hg. von Uwe Backes, Köln/Weimar/Wien 2003, ISBN 3-412-03703-6

Nr. 24: Michael Richter: Die Bildung des Freistaates Sachsen. Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/90, Göttingen 2004, ISBN 978-3-525-36900-5

- Nr. 25: Thomas Widera: Dresden 1945–1948. Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft, Göttingen 2005, ISBN 978-3-525-36901-2
- Nr. 26: Stefan Paul Werum: Gewerkschaftlicher Niedergang im sozialistischen Aufbau. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) 1945 bis 1953, Göttingen 2005, ISBN 978-3-525-36902-9
- Nr. 27: Frank Hirschinger: Gestapoagenten, Trotzlisten, Verräter. Kommunistische Parteisäuberungen in Sachsen-Anhalt 1918–1953, Göttingen 2005, ISBN 978-3-525-36903-6
- Nr. 28: Politische Religion und Religionspolitik. Zwischen Totalitarismus und Bürgerfreiheit. Hg. von Gerhard Besier und Hermann Lübke, Göttingen 2005, ISBN 978-3-525-36904-3
- Nr. 29: Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich. Hg. von Uwe Backes und Eckhard Jesse, Göttingen 2006, ISBN 978-3-525-36905-0
- Nr. 30: Babett Bauer: Kontrolle und Repression. Individuelle Erfahrungen in der DDR 1971–1989, Göttingen 2006, ISBN 978-3-525-36907-4
- Nr. 31: Uwe Backes: Politische Extreme. Eine Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen 2006, ISBN 978-3-525-36908-1
- Nr. 32: Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Hg. von Andreas Hilger, Mike Schmeitzner und Clemens Vollnhals, Göttingen 2006, ISBN 978-3-525-36906-7
- Nr. 33: Totalitarismus und Literatur. Deutsche Literatur im 20. Jahrhundert – Literarische Öffentlichkeit im Spannungsfeld totalitärer Meinungsbildung. Hg. von Hans Jörg Schmidt und Petra Tallafuss, Göttingen 2007, ISBN 978-3-525-36909-8
- Nr. 34: Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert. Hg. von Mike Schmeitzner, Göttingen 2007, ISBN 978-3-525-36910-4
- Nr. 35: Hannah Arendt weitergedacht. Ein Symposium. Hg. von Lothar Fritze, Göttingen 2008, ISBN 978-3-525-36913-5
- Nr. 36: Communist and Post-Communist Parties in Europe. Ed. by Uwe Backes and Patrick Moreau, Göttingen 2008, ISBN 978-3-525-36912-8
- Nr. 37: Totalitarismus und Transformation. Defizite der Demokratiekonsolidierung in Mittel- und Osteuropa. Hg. von Uwe Backes, Tytus Jaskułowski und Abel Polese, Göttingen 2009, ISBN 978-3-525-36911-1
- Nr. 38: Michael Richter: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90. 2 Bände, Göttingen 2009, ISBN 978-3-525-36914-2
- Nr. 39: Henrik Steglich: Rechtsaußenparteien in Deutschland. Bedingungen ihres Erfolges und Scheiterns, Göttingen 2010, ISBN 978-3-525-36915-9
- Nr. 40: Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen. Die Protokolle der Sitzungen vom 9. Juli 1945 bis 10. Dezember 1946. Hg. von Andreas Thüsing unter Mitarbeit von Agatha Kobuch, Göttingen 2010, ISBN 978-3-525-36916-6
- Nr. 41: Gerald Hacke: Die Zeugen Jehovas im Dritten Reich und in der DDR. Feindbild und Verfolgungspraxis, Göttingen 2010, ISBN 978-3-525-36917-3
- Nr. 42: Wolfgang Bialas: Politischer Humanismus und „verspätete Nation“. Helmuth Plessners Auseinandersetzung mit Deutschland und dem Nationalsozialismus, Göttingen 2010, ISBN 978-3-525-36918-0
- Nr. 43: Jahre des Umbruchs. Friedliche Revolution in der DDR und Transition in Ostmitteleuropa. Hg. von Clemens Vollnhals, Göttingen 2012, ISBN 978-3-525-36919-7
- Nr. 44: Jörn-Michael Goll: Kontrollierte Kontrolleure. Die Bedeutung der Zollverwaltung für die „politisch-operative“ Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Göttingen 2011, ISBN 978-3-525-36920-3
- Nr. 45: NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR. Hg. von Jörg Osterloh und Clemens Vollnhals, Göttingen 2011, ISBN 978-3-525-36921-0
- Nr. 46: The Extreme Right in Europe. Current Trends and Perspectives. Hg. von Uwe Backes und Patrick Moreau, Göttingen 2012, ISBN 978-3-525-36922-7
- Nr. 47: Die völkisch-religiöse Bewegung im Nationalsozialismus. Eine Beziehungs- und Konfliktgeschichte. Hg. von Uwe Puschner und Clemens Vollnhals, Göttingen 2012, ISBN 978-3-525-36996-8
- Nr. 48: Jörg Müller: Strafvollzugspolitik und Haftregime in der SBZ und in der DDR. Sachsen in der Ära Ulbricht, Göttingen 2012, ISBN 978-3-525-36959-3
- Nr. 49: Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990–2012 im Vergleich. Hg. von Günther Heydemann und Karel Vodička, Göttingen 2013, ISBN 978-3-525-36960-9
- Nr. 50: Ideologie und Moral im Nationalsozialismus. Hg. von Wolfgang Bialas und Lothar Fritze, Göttingen 2014, ISBN 978-3-525-36961-6

Nr. 51: Ideokratien im Vergleich. Legitimation – Kooptation – Repression. Hg. von Uwe Backes und Steffen Kailitz, Göttingen 2014, ISBN 978-3-525-36962-3

Nr. 52: Wolfgang Bialas: Moralische Ordnungen des Nationalsozialismus, Göttingen 2014, ISBN 978-3-525-36963-0

Nr. 53: Sachsen und der Nationalsozialismus. Hg. von Günther Heydemann, Jan Erik Schulte und Francesca Weil, Göttingen 2014, ISBN 978-3-525-36964-7

Wege der Totalitarismusforschung

erscheinen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht Göttingen

Richard Löwenthal: Faschismus – Bolschewismus – Totalitarismus. Schriften zur modernen Weltanschauungsdiktatur. Eingeleitet und bearbeitet von Mike Schmeitzner, Göttingen 2009, ISBN 978-3-525-32600-8

Jacob Talmon: Die Geschichte der totalitären Demokratie. Bände I–III. Herausgegeben von Uwe Backes Göttingen 2013, ISBN 978-3-525-31012-0

Berichte und Studien

erscheinen im Verlag V&R unipress Göttingen
(bis Heft 42 im Eigenverlag)

Nr. 1: Gerhard Barkleit, Heinz Hartlepp: Zur Geschichte der Luftfahrtindustrie in der DDR, Dresden 1995, ISBN 3-931648-00-1

Nr. 2: Michael Richter: Die Revolution in Deutschland 1989/90. Anmerkungen zum Charakter der „Wende“, Dresden 1995, ISBN 3-931648-01-X

Nr. 3: Jörg Osterloh: Sowjetische Kriegsgefangene 1941–1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen. Forschungsüberblick und Bibliographie, Dresden 1995, ISBN 3-931648-02-8

Nr. 4: Klaus-Dieter Müller, Jörg Osterloh: Die Andere DDR. Eine studentische Widerstandsgruppe und ihr Schicksal in Spiegel persönlicher Erinnerungen und sowjetischer NKWD-Dokumente, Dresden 1995, ISBN 3-931648-03-6

Nr. 5: Gerhard Barkleit: Die Rolle des MfS beim Aufbau der Luftfahrtindustrie in der DDR, Dresden 1995, ISBN 3-931648-04-4

Nr. 6: Christoph Boyer: „Die Kader entscheiden alles“. Kaderpolitik und Kaderentwicklung in der zentralen Staatsverwaltung der SBZ und der frühen DDR (1945–1952), Dresden 1996, ISBN 978-3-931648-05-3

Nr. 7: Horst Haun: Der Geschichtsbeschluss der SED 1955. Programmdokument für die „volle Durchsetzung des Marxismus-Leninismus“ in der DDR-Geschichtswissenschaft, Dresden 1996, ISBN 3-931648-06-0

Nr. 8: Erich Sobeslavsky, Nikolaus Joachim Lehmann: Zur Geschichte von Rechentechnik und Datenverarbeitung in der DDR 1946–1968, Dresden 1996, ISBN 3-931648-07-9

Nr. 9: Manfred Zeidler: Stalinjustiz kontra NS-Verbrechen. Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR in den Jahren 1943–1952. Kenntnisstand und Forschungsprobleme, Dresden 1996, ISBN 3-931648-08-7

Nr. 10: Eckhard Hampe: Zur Geschichte der Kerntechnik in der DDR 1955–1962. Die Politik der Staatspartei zur Nutzung der Kernenergie, Dresden 1996, ISBN 978-3-931648-09-1

Nr. 11: Johannes Raschka: „Für kleine Delikte ist kein Platz in der Kriminalitätsstatistik“. Zur Zahl der politischen Häftlinge während der Amtszeit Honeckers, Dresden 1997, ISBN 3-931648-10-9

Nr. 12: Die Verführungskraft des Totalitären. Saul Friedländer, Hans Maier, Andrzej Szczypiorski auf dem Hannah-Arendt-Forum in Dresden. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, Dresden 1997, ISBN 978-3-931648-11-4

Nr. 13: Michael C. Schneider: Bildung für neue Eliten. Die Gründung der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten, Dresden 1998, ISBN 978-3-931648-13-8

Nr. 14: Johannes Raschka: Einschüchterung, Ausgrenzung, Verfolgung. Zur politischen Repression in der Amtszeit Honeckers, Dresden 1998, ISBN 978-3-931648-14-5

Nr. 15: Gerhard Barkleit, Anette Dunsch: Anfällige Aufsteiger. Inoffizielle Mitarbeiter des MfS in Betrieben der Hochtechnologie, Dresden 1998, ISBN 978-3-931648-15-2

Nr. 16: Manfred Zeidler: Das Sondergericht Freiberg. Zu Justiz und Repression in Sachsen 1933–1940, Dresden 1998, ISBN 978-3-931648-16-9

Nr. 17: Ursula Ludz, Ingeborg Nordmann: Über den Totalitarismus. Texte Hannah Arendts aus den Jahren 1951 und 1953, Dresden 1998, ISBN 978-3-931648-17-6

- Nr. 18: Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, Dresden 1999, ISBN 978-3-931648-19-0
- Nr. 19: Henry Krause: Wittichenau. Eine katholische Kleinstadt und das Ende der DDR, Dresden 1999, ISBN 978-3-931648-20-6
- Nr. 20: Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung der Parteiherrschaft in der DDR und in der ČSSR. Hg. von Christoph Boyer und Peter Skyba, Dresden 1999, ISBN 978-3-931648-21-3
- Nr. 21: Horst Haun: Kommunist und „Revisionist“. Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956–1959), Dresden 1999, ISBN 978-3-931648-22-0
- Nr. 22: Sigrid Meuschel, Michael Richter, Hartmut Zwahr: Friedliche Revolution in Sachsen, Dresden 1999, ISBN 978-3-931648-24-4
- Nr. 23: Gefangene in deutschem und sowjetischem Gewahrsam. Dimensionen und Definitionen. Hg. von Manfred Zeidler und Ute Schmidt, Dresden 1999, ISBN 978-3-931648-25-1
- Nr. 24: Gerald Hacke: Zeugen Jehovas in der DDR. Verfolgung und Verhalten einer religiösen Minderheit, Dresden 2000, ISBN 978-3-931648-26-8
- Nr. 25: Komponisten unter Stalin. Aleksandr Veprik (1899–1958) und die Neue jüdische Schule. Hg. von Friedrich Geiger, Dresden 2000, ISBN 978-3-931648-28-2
- Nr. 26: Johannes Abele: Kernkraft in der DDR. Zwischen nationaler Industriepolitik und sozialistischer Zusammenarbeit 1963–1990, Dresden 2000, ISBN 978-3-931648-29-9
- Nr. 27: Silke Schumann: „Die Frau aus dem Erwerbsleben wieder herausnehmen“. NS-Propaganda und Arbeitsmarktpolitik in Sachsen 1933–1939, Dresden 2000, ISBN 978-3-931648-30-5
- Nr. 28: Andreas Wiedemann: Die Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag (1942–1945), Dresden 2000, ISBN 978-3-931648-31-2
- Nr. 29: Gerhard Barkleit: Mikroelektronik in der DDR. SED, Staatsapparat und Staatssicherheit im Wettstreit der Systeme, Dresden 2000, ISBN 3-931648-32-X
- Nr. 30: Włodzimierz Borodziej, Jerzy Kochanowski, Bernd Schäfer: Grenzen der Freundschaft. Zur Kooperation der Sicherheitsorgane der DDR und der Volksrepublik Polen zwischen 1956 und 1989, Dresden 2000, ISBN 978-3-931648-33-6
- Nr. 31: Harald Wixforth: Auftakt zur Ostexpansion. Die Dresdner Bank und die Umgestaltung des Bankwesens im Sudetenland 1938/39, Dresden 2001, ISBN 978-3-931648-34-3
- Nr. 32: Auschwitz. Sechs Essays zu Geschehen und Vergegenwärtigung. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, Dresden 2001, ISBN 978-3-929048-35-0
- Nr. 33: Mike Schmeitzner: Schulen der Diktatur. Die Kaderausbildung der KPD/SED in Sachsen 1945–1952, Dresden 2001, ISBN 978-3-929048-36-2
- Nr. 34: Jaroslav Kučera: „Der Hai wird nie wieder so stark sein“. Tschechoslowakische Deutschlandpolitik 1845–1948, Dresden 2001, ISBN 978-3-929048-37-4
- Nr. 35: Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955. Hg. von Andreas Hilger, Mike Schmeitzner und Ute Schmidt, Dresden 2001, ISBN 978-3-929048-38-1
- Nr. 36: Gerhard Sälter: Interne Repression. Die Verfolgung übergelaufener MfS-Offiziere durch das MfS und die DDR Justiz (1954–1966), Dresden 2002, ISBN 978-3-929048-39-8
- Nr. 37: Stephan Posta: Tschechische „Fremdarbeiter“ in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, Dresden 2002, ISBN 978-3-929048-40-4
- Nr. 38: Michael Richter: Entscheidung für Sachsen. Grenzkreise und -kommunen bei der Bildung des Freistaates Sachsen. Bürgerwille und repräsentative Demokratie, Dresden 2002, ISBN 3-929048-41-9
- Nr. 39: Martin Kupke, Michael Richter: Der Kreis Oschatz in der friedlichen Revolution 1989/90, Dresden 2002, ISBN 978-3-929048-42-8
- Nr. 40: Wehrmacht – Verbrechen – Widerstand. Vier Beiträge zum nationalsozialistischen Weltanschauungskrieg. Hg. von Clemens Vollnhals, Dresden 2003, ISBN 978-3-929048-43-5
- Nr. 41: Siegfried Jenkner: Erinnerungen politischer Häftlinge an den GULAG. Eine kommentierte Bibliographie, Dresden 2003, ISBN 978-3-931648-45-9
- Nr. 42: Andreas Thüsing: Demokratischer Neubeginn? Aufbau, Organisation und Transformation des sächsischen Justizministeriums 1945–1950, Dresden 2003, ISBN 978-3-931648-46-6
- Nr. 43: Harald Schmid: Antifaschismus und Judenverfolgung. Die „Reichskristallnacht“ als politischer Gedenktag in der DDR, Göttingen 2004, ISBN 978-3-89971-201-8

Nr. 44: Pazifisten in Uniform. Die Bausoldaten im Spannungsfeld der SED-Politik 1964–1989. Hg. von Thomas Widera, Göttingen 2004, ISBN 978-3-89971-181-3

Nr. 45: Tim Fauth: Deutsche Kulturpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren 1939 bis 1941, Göttingen 2004, ISBN 978-3-89971-187-5

Nr. 46: Matthias Piefel: Antisemitismus und völkische Bewegung im Königreich Sachsen 1879–1914, Göttingen 2004, ISBN 978-3-89971-213-1

Nr. 47: Mike Schmeitzner: Im Schatten der FDJ. Die „Junge Union“ in Sachsen 1945–1950. Mit einem autobiographischen Essay von Wolfgang Marcus, Göttingen 2004, ISBN 978-3-89971-180-6

Nr. 48: Manfred Zeidler: Der 20. Juli 1944, Göttingen 2005, ISBN 978-3-89971-146-2

Nr. 49: Henrik Steglich: Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolges 2004, Göttingen 2005, ISBN 978-3-89971-262-9

Nr. 50: Allierter Bombenkrieg. Das Beispiel Dresden. Hg. von Lothar Fritze und Thomas Widera, Göttingen 2005, ISBN 978-3-89971-273-5

Nr. 51: „Tod den Spionen“. Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953. Hg. von Andreas Hilger, Göttingen 2006, ISBN 978-3-89971-286-5

Nr. 52: Lothar Mertens: Priester der Clio oder Hofchronisten der Partei? Kollektivbiographische Analysen zur DDR-Historikerschaft, Göttingen 2006, ISBN 978-3-89971-307-7

Nr. 53: Frank Hirschinger: Fälschung und Instrumentalisierung antifaschistischer Biographien. Das Beispiel Halle/Saale 1945–2005, Göttingen 2007, ISBN 978-3-89971-354-1

Nr. 54: Francesca Weil: Zielgruppe Ärzteschaft. Ärzte als inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Göttingen 2007, ISBN 978-3-89971-423-4

Nr. 55: Stanislav Kokoška: Prag im Mai 1945. Die Geschichte eines Aufstandes, Göttingen 2009, ISBN 978-3-89971-540-8

Nr. 56: Politik und Wissenschaft in der prähistorischen Archäologie. Perspektiven aus Sachsen, Böhmen und Schlesien. Hg. von Judith Schachtman, Michael Strobel und Thomas Widera, Göttingen 2009, ISBN 978-3-89971-741-9

Nr. 57: Frank Hirschinger: Der Spionage verdächtig. Asylananten und ausländische Studenten in Sachsen-

Anhalt 1945–1970, Göttingen 2009, ISBN 978-3-89971-750-1

Nr. 58: Die Zerstörung Dresdens 13. bis 15. Februar 1945. Gutachten und Ergebnisse der Dresdner Historikerkommission zur Ermittlung der Opferzahlen. Hg. von Rolf-Dieter Müller, Nicole Schönherr, Thomas Widera, Göttingen 2010, ISBN 978-3-89971-773-0

Nr. 59: Udo Grashoff: Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlentung in der DDR. Göttingen 2011, ISBN 978-3-89971-826-3

Nr. 60: Francesca Weil: Verhandelte Demokratisierung. Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR, Göttingen 2011, ISBN 978-3-89971-881-2

Nr. 61: Maria Magdalena Verbarg: Ostdeutsche Dritte-Welt-Gruppen vor und nach 1989/90, Göttingen 2012, ISBN 978-3-89971-936-9

Nr. 62: Anna Walentynowicz: Solidarność – eine persönliche Geschichte. Hg. und bearbeitet von Tytus Jaskułowski, Göttingen 2012, ISBN 978-3-89971-980-2

Nr. 63: Der Tjul’panov-Bericht. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Hg. von Gerhard Wettig, Göttingen 2012, ISBN 978-3-8471-0002-7

Nr. 64: Nationalistische Politik und Ressentiments. Deutsche und Polen von 1871 bis zur Gegenwart. Hg. von Johannes Frackowiak, Göttingen 2013, ISBN 978-3-8471-0152-9

Nr. 65: Mit Herz und Verstand – Protestantische Frauen im Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik. Hg. von Manfred Gailus und Clemens Vollnhals, Göttingen 2013, ISBN 978-3-8471-0173-4

Lebenszeugnisse – Leidenswege

gemeinsame Publikationsreihe mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft

Nr. 1: Luxemburger Zwangsrekrutierte im Wehrmachtgefängnis Torgau-Fort Zinna 1943–1945, Dresden 1996, ISBN 978-3-9805527-0-7

Nr. 2: Hans-Dieter Scharf: Von Leipzig nach Workuta und zurück. Ein Schicksalsbericht aus den frühen Jahren des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates 1950–1954, Dresden 1996, ISBN 978-3-9805527-1-4

Nr. 3: Maria Vittoria Zeme: „... und entzündete einen Funken Hoffnung“. Aus dem Tagebuch einer italieni-

schen Rotkreuzschwester im Kriegsgefangenenlager Zeithain 1943–1944, Dresden 1996, ISBN 978-3-9805527-2-1

Nr. 4: Hunger – Kälte – Isolation. Erlebnisberichte und Forschungsergebnisse zum sowjetischen Speziallager Bautzen 1945–1950, 5., korrigierte und ergänzte Auflage Dresden 2009, ISBN 978-3-9805527-3-8

Nr. 5: „Die Entscheidung konnte mir niemand abnehmen“. Dokumente zu Widerstand und Verfolgung des evangelischen Kirchenjuristen Martin Gauger (1905–1941), Dresden 1997, ISBN 978-3-9805527-4-5

Nr. 6: Achim Kilian: „From Special Camp No. 1 to U.S.“ Jugendjahre zwischen Vogtland, Mühlberg und Arkansas, 2. ergänzte Auflage Dresden 2004, ISBN 978-3-9805527-5-2

Nr. 7: Kurt Kohlsche: „So war es! Das haben sie nicht gewusst.“ Konzentrationslager Sachsenburg 1935/36 und Wehrmachtgefängnis Torgau-Fort Zinna 1944/45 – ein Häftlingsschicksal, Dresden 2001, ISBN 978-3-9805527-6-9

Nr. 8: Wege nach Bautzen II. Biographische und autobiographische Porträts, 3., korrigierte und ergänzte Auflage Dresden 2003, ISBN 978-3-9805527-7-6

Nr. 9: Aktenzeichen: „unerwünscht“. Dresdner Musikerschicksale und nationalsozialistische Judenverfolgung 1933–1945, Dresden 1999, ISBN 978-3-9805527-8-3

Nr. 10: Günter Heinisch: „Solange du lebst, lebt auch die Hoffnung noch.“ Erinnerungen an Haft und Selbstbehauptung in Chemnitz, Dresden und Bautzen (1950–1956), Dresden 2000, ISBN 978-3-9805527-9-0

Nr. 11: Dr. Margarete Blank (1901–1945). Justizmord und Erinnerungspolitik, Dresden 2000, ISBN 978-3-934382-00-8

Nr. 12: Zum Beispiel Vilem Kostka. Der tschechische Widerstand vor dem Oberlandesgericht Dresden. Ein Haftschicksal in Briefen 1941–1945, Dresden 2001, ISBN 978-3-934382-03-9

Nr. 13: Friedrich Salzburg: Mein Leben in Dresden vor und nach dem 30. Januar 1933. Lebensbericht eines jüdischen Rechtsanwalts aus dem amerikanischen Exil im Jahr 1940, Dresden 2002, ISBN 978-3-934382-04-6

Nr. 14: „... ist uns noch allen lebendig in Erinnerung.“ Biografische Porträts von Opfern der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Anstalt Pirna-Sonnenstein, Dresden 2003, ISBN 978-3-934382-07-7

Nr. 15: Hans Corbat: „Unserer Entwicklung steht er feindselig gegenüber.“ Erlebnisse in kommunistischen Lagern und Gefängnissen in Berlin, Torgau und Bautzen, Dresden 2004, ISBN 978-3-934382-10-7

Nr. 16: Kassiber aus Bautzen. Heimliche Briefe von Gefangenen aus dem sowjetischen Speziallager 1945–1950, Dresden 2004, ISBN 978-3-934382-11-4

Nr. 17: Gezeichnet. Kunst und Widerstand. Das Dresdner Künstlerehepaar Eva Schulze-Knabe (1907–1976) und Fritz Schulze (1903–1942), Dresden 2005, ISBN 978-3-934382-17-6

Nr. 18: Peter Blachstein: „In uns lebe die Fahne der Freiheit.“ Zeugnisse zum frühen Konzentrationslager Burg Hohnstein, Dresden 2005, ISBN 978-3-934382-16-9

Nr. 19: Benno Kirsch: Walter Linse. 1903 – 1953 – 1996, Dresden 2007, ISBN 978-3-934382-19-0

Nr. 20: Hannelore Hahn: „Auf dem Weg zu den Schwänen“. Autobiografische Erinnerungen einer Dresdner Jüdin, Dresden 2008, ISBN 978-3-934382-21-3

Nr. 21: Daniela Martin: „... Die Blumen haben fein geschmeckt“. Das Leben meiner Urgroßmutter Anna L. (1893–1940), Dresden 2010, ISBN 978-3-934382-23-7

Nr. 22: Isidor Nussenbaum: „Er kommt nicht wieder.“ Geschichte eines Überlebenden. Hg. von Hans Medick und Jens-Christian Wagner, Dresden 2013, ISBN 978-3-934382-24-4



Totalitarismus und Demokratie/ Totalitarianism and Democracy

Zeitschrift für internationale Diktatur und Freiheitsforschung /
An International Journal for the Study of Dictatorship and Liberty

erscheint 2x im Jahr, je Heft etwa 180 Seiten, kartoniert
Jahrgänge 1 (2004) bis 7 (2012) auch online: <http://www.hait.tu-dresden.de/TD>

Jahresbezugspreis € 54,00
Einzelheftpreis € 31,95
ISSN 1612-9008

Totalitarismus und Demokratie / Totalitarianism and Democracy (TD) ist eine Zeitschrift, die sich als internationale Drehscheibe der vergleichenden, historischen wie gegenwartsorientierten Erforschung nichtdemokratischer Systeme und Bewegungen versteht. Ausgehend von den beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts sollen Entstehungsbedingungen, Funktionsweisen und Auswirkungen autokratischer Systeme im europäischen und außereuropäischen Raum vergleichend analysiert werden. Darüber hinaus sind historisch-politische, sozialpsychologische und kulturelle Konstellationen, Bedingungen und Dispositionen zu ergründen, die Geist und Wirklichkeit freiheitlich-demokratischer Gesellschaften fördern.

Die Zeitschrift versteht sich als ein Forum interdisziplinären Austauschs zwischen Historikern, Politikwissenschaftlern, Soziologen, Psychologen, Pädagogen, Religionswissenschaftlern und Philosophen.

Herausgegeben von Günther Heydemann.

Beirat: Michael Burleigh (London) / Stéphane Courtois (Paris) / Emilio Gentile (Rom) / Eckhard Jesse (Chemnitz) / Peter Graf Kielmansegg (Mannheim) / Werner J. Patzelt (Dresden) / Kurt Salamun (Graz) / Hans-Peter Schwarz (München).

V&R

Weitere Informationen:
Vandenhoeck & Ruprecht, Geschichte
37070 Göttingen
<http://www.v-r.de>; info@v-r.de

10. Jahrgang 2013, Heft 1

Akteure der Diktatur – Regionale Fallstudien zur NS- und SED-Herrschaft

Kathrin Stern: Ländliche Elite und Volksgemeinschaft – Ostfrieslands Volksschullehrkräfte im „Dritten Reich“

Anja Hildebrandt: Der Berliner NSDAP-Lokalfunktionär Karl Kasper – Eine exemplarische Karriere

Kathy Hannemann: Die Leiter der staatlichen Chemiekombinate im mitteldeutschen Raum – Interessenvertreter ihrer Belegschaften im Rahmen der SED-Wohnungspolitik in den 1960er Jahren

Tilmann Siebeneichner: Proletarische Virtuosen? Widersprüche und Verwerfungen in der Elitenpolitik der SED am Beispiel der Kampfgruppen der Arbeiterklasse

Tilman Pohlmann: Von „Antifaschisten“ und „neuen Kadern“ – Sozialbiografische Betrachtungen zu den Ersten Kreissekretären der SED in der Region Sachsen (1945–1971)

Lothar Fritze: Indoktrination und irrationale Überzeugungsbildung – Über eine Herrschaftstechnologie der Weltanschauungsdiktatur

10. Jahrgang 2013, Heft 2

Rechtsextremistische Gewalt

Christoph Busch: Die NSU-Morde – ein neuer Typ rechtsextremistischer Gewalt

Matthias Mletzko: Resonanzräume der Gewaltkriminalität – Zwei rechtsextremistische Gruppen im Vergleich

Michail Logvinov: Terrorismusrelevante Indikatoren und Gefahrenfaktoren im Rechtsextremismus

Jan Buschbom: Anlass oder Legitimation? Zum Verhältnis zwischen rechter Gewalt und Ideologie

Uwe Backes: Zwischen Hasskriminalität und Terrorismus: politisch motivierte Gewalt in Deutschland

